

verteuert die Wohnungen auch wieder sehr. So sah beziehungsweise sieht das so groß propagierte Sonderwohnbauprogramm des Landes Steiermark aus! (Abg. Harmtodt: „Nein, das stimmt nicht! Mit den 3 Prozent Kassaskonto, die den Unternehmern weggenommen werden, damit wird das bezahlt!“) Nein, ich bin selbst in einer Baugenossenschaft tätig, ich weiß schon, wer das zahlt!

Jetzt zum etwas erfreulicheren Teil: Gestern wurde ein zweites Sonderwohnbauprogramm beschlossen, das zusätzlich den Bau von zweimal 5000 Wohnungen in ganz Österreich vorsieht. Laut Aufteilungsschlüssel für die Bundesländer werden für die Steiermark zirka 1400 Wohnungen aus diesem Programm zur Verfügung stehen. Auf die Bedeutung eines solchen Sonderwohnbauprogramms für die Bauwirtschaft hat ja Kollege Loidl schon hingewiesen. Mir geht es darum, auch die Bedeutung dieses Sonderwohnbauprogramms der Bundesregierung für die wohnungssuchenden Familien in unserem Land aufzuzeigen. Ist es doch so, daß die Finanzierung dieser Wohnungen gerade für jene Familien, die zu den Kleinverdienern zählen, weit günstiger sein wird als die nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968.

Diese 1400 Wohnungen, die dem Land Steiermark zur Verfügung stehen werden, können ausschließlich dann jenen Menschen zur Verfügung gestellt werden, die sich trotz der Eigenmitteleinsatzdarlehen eine neue Wohnung sonst nicht anschaffen könnten. So gesehen kann man vom Standpunkt der zukünftigen Mieter beziehungsweise Eigentümer den Bau dieser Wohnungen als sozialen Wohnbau bezeichnen. Sozial deshalb, weil für die Mietwohnungen kein einziger Schilling an Eigenmitteln aufgebracht werden muß. Nur für die Eigentumswohnungen müssen 10 Prozent Eigenmittel bezahlt werden, wobei es den Ländern überlassen bleiben soll, ob sie nur für Mietwohnungen Wohnbeihilfen zahlen oder auch für die Eigentumswohnungen.

Die monatliche Belastung für den Mieter im Rahmen des Kapitaldienstes wäre in den ersten drei Jahren 2,5 Prozent, das wären zirka 22,92 Schilling pro Quadratmeter, liegt also deutlich unter der Belastung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968. Bund und Länder müssen sich in den ersten drei Jahren mit Annuitätzuschüssen von 50 Prozent des Differenzbetrages zwischen der sich aus dem Hypothekendarlehen ergebenden Annuität und dem vom Förderungswerber zu leistenden Beitrag beteiligen. Ab dem vierten Jahr sinken die Annuitätzuschüsse des Landes und Bundes.

Da bekanntlich das Land Steiermark für Wohnbauten nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 die Kosten mit 60 Prozent an Darlehen fördert, entfallen nach dem Sonderwohnbauprogramm diese Darlehen, da die Gesamtkosten mit Hypothekendarlehen finanziert werden. Da für Mietwohnungen keine Eigenmittel aufgebracht werden müssen, entfallen auch die vom Land zu zahlenden Eigenmitteleinsatzdarlehen für diese Wohnungen. Durch die geringe Annuitätenbelastung der Mieter wird auch die zu zahlende Wohnbeihilfe wesentlich geringer sein als bei den Bauten nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968. Es ist erfreulich, daß nun die steirische ÖVP doch auch zur Meinung gekommen ist, daß dieses Sonderwohnbauprogramm auch für das Land Steiermark finanziell erschwinglich ist und

dem monatelangen Drängen und den vehementen Forderungen der SPÖ-Fraktion im Steiermärkischen Landtag nun doch nachgibt und – (Abg. Harmtodt: „Frau Kollegin, wir haben jetzt andere Voraussetzungen!“) – diesem Sonderwohnbauprogramm beitrifft. (Beifall bei der SPÖ.) Man wird dadurch 1400 steirischen wohnungssuchenden Familien mit geringem Einkommen die Möglichkeit geben, zu einer für sie erschwinglichen Wohnung zu kommen.

Wir Sozialisten glauben nach wie vor, daß eine moderne Wohnbaupolitik primär vom Grundsatz auszugehen hat, daß das Recht auf Wohnen ein wichtiger Grundpfeiler einer zukunftsorientierten Gesellschaftspolitik sein muß. Und dieses Recht auf eine qualitativ hochwertige Wohnung muß jedem unserer Mitbürger, ganz gleich, welcher Bevölkerungsschicht er auch angehört, zugestanden werden. Die Qualität und die Größe einer Wohnung dürfen nicht allein vom Einkommen und der sozialen Stellung abhängen.

Wir Sozialisten haben uns immer dazu bekannt und werden auch weiterhin Anwalt der Schwächeren sein. Die Österreichische Volkspartei hat gut daran getan, im Interesse der Arbeitsplatzsicherung, der Arbeitsplatzhalterhaltung und im Interesse unserer sozial schwächeren Familien dem zweiten Sonderwohnbauprogramm des Bundes beizutreten. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus!

Alle guten Dinge sind drei, und ein Schluck Wasser ist etwas Erfrischendes. (Abg. Brandl: „Das tut gut!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir Freiheitlichen haben zum Kapitel 4 den Antrag der Sozialisten, der die Steiermärkische Landesregierung aufforderte, dem Sonderwohnbauprogramm des Bundes beizutreten, unterstützt. Die dringende Wohnversorgung der Bevölkerung und eine beschäftigungspolitische Komponente für die Bauwirtschaft standen unseren Überlegungen voran. Der eingebrachte Resolutionsantrag wurde ja damals abgelehnt, aber Gott sei Dank wurde inzwischen die Meinung geändert, und das Land Steiermark nimmt doch an diesem Sonderwohnbauprogramm des Bundes teil.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie sieht denn dieses Sonderwohnbauprogramm aus? Was hat eigentlich den Sinneswandel der ÖVP möglich gemacht? Und schließlich und endlich: Wer trägt dafür die Verantwortung? (Abg. Ritzinger: „Weil es besser ist!“)

Danke! Vollkommen richtig! Es ist besser. Der gravierende Unterschied zwischen dem alten und dem neuen liegt darin, daß eben durch einen Initiativantrag der Freiheitlichen mit der SPÖ die Förderung von Eigentumswohnungen und die Einbindung der Gemeinden und eine Änderung des Zinssatzes berücksichtigt wurden. Dies wird sicherlich auch noch positive Auswirkungen auf die Beschäftigungslage der Klein- und Mittelbetriebe haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesem Sonderwohnbaugesetz können im Bereich des Bauhaupt- und -nebgewerbes in der direkten Beschäfti-

gungsauswirkung zirka 18.000 Arbeitsplätze und in den Nebengewerben, in den Zulieferfirmen, mit der indirekten Beschäftigungsauswirkung zirka 28.000 Arbeitsplätze – so errechnete man – gehalten werden. Ich kann mir die Zahlen ja alle sparen, der Chef der Baugewerbetengewerkschaft hat ja hier schon diese Zahlen aufgeführt. Aber immerhin möchte ich doch anmerken, daß für den Jänner und den Februar die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter zwischen 50.000 und 65.000 betragen wird. Das ist sicherlich arg. Wir hoffen, daß das Sonderwohnbauprogramm auch zu einer Milderung dieser Arbeitslosigkeit beitragen wird. (Abg. Loidl: „Nächstes Jahr, heuer ist es zu spät!“) Wir wollen nicht übersehen, daß auch das Grundbedürfnis Wohnen des Menschen mitbetrachtet werden muß, und daß wir natürlich auch eine entsprechende Zahl von Wohnungen bereitstellen wollen, die für unsere Jugend und für unsere jugendlichen Menschen adäquate und finanziell erschwingliche Wohnungen möglich macht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei Eigentumswohnungswerbern sind ja meist auf Grund eines besseren Einkommens eine bessere Kapitalausstattung, eine höhere Leistungsfähigkeit und Bereitschaft vorhanden. Daher ist es auch gut, daß diese Eigentumswohnungen mitgefördert werden. Genossenschaftswohnungen haben ja eigentlich den Sinn gehabt, daß die weniger gut Dotierten und Einkommensschwächeren auch zu einer Wohnung kommen können. Das Einbinden der Gemeinden als Zahler ist natürlich auch etwas, was Sie als Grund anführen, warum Sie beitreten können, meine sehr geehrten Damen und Herren. Diese positiven Änderungen im neuen Sonderwohnbauprogramm waren ja der Anlaß, daß Sie diesem Sonderwohnbauprogramm der Regierung beitreten konnten. Sie sagen zwar immer sozialistische Koalitionsregierung, das ist eine SPÖ-FPÖ-Regierung, und das möchte ich hier anmerken, meine Damen und Herren! Ich bin ja überzeugt – (Abg. Kanduth: „Wo merkt man das?“) –, gerade an diesem Sonderwohnbauprogramm, meine Damen und Herren, an diesem merkt man es, und ich muß ganz ehrlich sagen, lieber Kollege Kanduth, du hast ja gesagt, daß das einfach nicht geht, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Nur, was hätte die ÖVP in einer Situation getan, in der sie die Verantwortung übernehmen hätte müssen? Gar keine Frage, wir brauchen nur zurückzublättern in das Jahr 1968, und dann sehen wir, was sie auch getan hätte. Die Frage ist ja immer nur, wie. Und hier muß man ja eine aufkommensneutrale Möglichkeit finden, und die ist eben hier in der Mehrwertsteuer. (Abg. Kanduth: „Zurückschauen nützt nichts! Vorschauen muß man!“ – Abg. Dr. Maitz: „Weiter verschwenden und belasten, das ist das Problem!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einen größeren Applaus hätte die FPÖ auf Bundesebene und auch eine größere Anerkennung unser Bundesobmann Dr. Steger durch die ÖVP gar nicht finden können, als durch den Beitritt zum Sonderwohnbauprogramm hier in der Steiermark. (Abg. Dr. Maitz: „Da lacht sogar der Klubkollege Rader!“) Sie haben immer wieder behauptet, sehr geehrte Damen und Herren der ÖVP, der FPÖ wäre es nur um Regierungssitze gegangen und nicht um die Sachprobleme. Jetzt müssen wir feststellen, daß Sie es sind, die auf Grund der Änderungen, die die

Freiheitlichen den Sozialisten hart abgerungen haben, diesem Wohnbauprogramm beitreten können. Das ist für uns etwas, was uns irgendwie doch beruhigt; wir empfinden es als Applaus, und dafür danken wir. (Abg. Ritzinger: „Herr Kollege, der Herr Abgeordnete Loidl ist nicht so überzeugt wie Sie!“)

Meine Damen und Herren! Sie sehen, der Eintritt der Freiheitlichen in die Regierung hat auch dem steirischen Bürger und auch der steirischen ÖVP etwas gebracht, nämlich, daß sie die Möglichkeit hat, das Wohnbauprogramm, das sowieso leidend ist, in diesem Land aufrechtzuerhalten und weiterzuführen. Ich würde hier den Abgeordneten Kanduth und den Abgeordneten Ritzinger bitten, daß sie vielleicht doch eine Dankesdepesche an den Bundesobmann der Freiheitlichen Partei nach Wien dafür schicken. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist kabarettreif!“ – Abg. Kanduth: „Er ist ununterbrochen im Ausland!“) Er ist schon zurück. Ihn wird es sicherlich freuen, wenn er so etwas bekommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kommen wir zurück zum sozialen Wohnbau der Steiermark. Wir haben im Kontrollausschuß bereits mehrere Wohnbaugenossenschaften prüfen lassen, und die Prüfungsergebnisse sind vorgelegen. Ich möchte hier auch sagen, daß es viele Verfehlungen gegeben hat. Aber ich möchte nochmals betonen, daß es auch gute und brave Wohnbaugenossenschaften gibt. Nur ist in der Steiermark eine Entwicklung festzustellen, die sich darin zeigt, daß die braven großen Wohnbaugenossenschaften immer größer werden und die braven kleinen mehr oder minder oft am Existenzminimum dahinvegetieren müssen. Warum? Das ist die Frage, die mit Sicherheit damit zu beantworten ist, daß jene finanzpotenter sind. Ich will nicht behaupten, daß sie die Baufirmen leichter unter Druck halten und setzen können. Das wäre sicher nicht gut. Aber sie erwirtschaften oder konnten bis jetzt mit Skontis sehr viel Eigenmittel erwirtschaften, weil sie leichter und schneller zahlen und dadurch hier mehr Geld anhäufen können. Dazu kommt, daß Bauunternehmungen ja diese Möglichkeit des Arbeitens bei den Wohnbaugenossenschaften nicht verlieren wollen. Aber die Statistik zeigt, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß Wohnbaubaustellen immer kleiner werden. Und da ist auch die Frage, warum, lieber Kamerad Eichtinger? (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Kamerad und Kollege!“) Der erste Grund ist mit Sicherheit das Gießkannenprinzip. Jeder Bürgermeister soll auch seinen Wohnbau haben. Ich muß ganz ehrlich sagen, ich hätte auch gerne einen Wohnbau gehabt. (Abg. Kanduth: „Schau, daß du einen bekommst!“) Aber da hat man gesagt, das ist zu, da ist nichts. Aber bitte – (Abg. Aichhofer: „Bist du zu wenig lang Bürgermeister gewesen?“) – es sind alle gleich, nur ein paar sind gleicher, nicht!

Zweiter Grund ist die allgemeine schlechte Budgetsituation, der dritte Grund weniger Geld, bedingt durch die jahrelangen Vorgriffe, und viertens, heute notwendiger denn je ist die Sanierung zur Erhaltung alter Bausubstanz, wie in der Altstadterhaltung. Fünftens: die Wohnungsverbesserung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Kommission Kontrolle im Wohnbau hat festgestellt, daß die Bauzeit für solche Baustellen im Durchschnitt 15 Monate, im besten Fall zwölf Monate, im längsten Fall 18 Monate ist. Wir

Freiheitlichen haben den Vorschlag eingebracht, daß die Wohnbauträger bei solchen kurzen Bauzeiten eben bei diesen kleineren Wohnbauten eine Pauschalvergabe durchführen sollen; eine Pauschalvergabe von Einzelleistungen mit Fixkosten ist vertretbar, weil dadurch Einsparungen von Zeit und Kosten bei den Bauausführenden, bei den Wohnbauträgern wie auch bei der Rechtsabteilung 14 erreicht werden können. Diese Zeitersparnis gibt es, weil Regiekosten, weil Nachtragsanbote mit vielen Anträgen und Genehmigungen, die nicht mehr notwendig werden und somit wegfallen, hier eingebracht werden. Ebenfalls entfällt eine zeitaufwendige Kontrolle und Überprüfung der Schlußrechnung. Die Probleme, die sich in den Berichten des Landesrechnungshofes immer wieder gezeigt haben, waren Ausschreibungstricks, Regiekosten, die gigantisch gestiegen sind, Nachtragsanbote und natürlich auch mangelnde Zeit oder zuwenig Zeit für die Kontrolle. Die Firmen hätten dadurch rasch ihr Geld, die Bürokratie könnte verringert werden, und die freiwerdende Zeit könnte für mehr Kontrolle der notwendigen Qualität verwendet werden, wobei ich hier anmerken möchte, daß die Qualität bereits sehr gut ist, bereits große Fortschritte gemacht hat, und daß das Bauphysikalische Institut bei Dipl.-Ing. Sundinger in guten Händen ist. Die Kommission Kontrolle im Wohnbau hat sich mit verschiedenen Problemen, mit der Eigenmittelkomponente der Wohnbauträger, den Skontis und dem städtebaulichen Wettbewerb beschäftigt. Ich möchte aber hier nicht ausführen, wie und was. Die Kommission hat ihre Arbeiten noch nicht abgeschlossen, und daher will ich nicht vorgreifen. Aber ich möchte doch eine Forderung in den Raum stellen: Man sollte doch beim Bau von Wohnungen im Verhältnis von 1 zu 10, das heißt bei 10 gebauten Neuwohnungen eine zumindest als Behindertenwohnung adaptierbar machen. (Abg. Kanduth: „Das ist ja längst vorgesehen, Herr Kollege!“) Danke, aber gesetzlich nicht. (Abg. Kanduth: „Das geht reibungslos: Der Invalide braucht sich nur bei der Bezirkshauptmannschaft zu melden, und wir als Genossenschaft bekommen die Meldung!“) Ja, nur gesetzlich ist das noch nicht fixiert. (Abg. Kanduth: „Wir brauchen kein Gesetz – machen muß man es!“) Richtig! Ich bin erfreut, daß du sagst, daß das geht. Sehr gut, freut mich! (Landesrat Koiner: „Solche Wohnungen werden schon gebaut!“) Na prima, freut mich!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich aber noch einem Kapitel zuwenden. Das ist die Flucht aus dem Budget: Dadurch, daß Wohnbauträger Bauten des Landes ausführen, die eigentlich von der Bauabteilung des Landes betreut werden könnten und deren Herstellungskosten dadurch, daß sie eben von Wohnbauträgern errichtet werden, meiner Meinung nach eine Kostenerhöhung aufweisen. Es ist halt doch so – man kann darüber sicherlich streiten, aber ich glaube halt doch, daß Mittel, die dem Wohnbau zugeführt wurden und die auch die Wohnbaugenossenschaften erwirtschaftet haben, wieder dem Wohnbau zugeführt und nicht zur Vorfinanzierung von anderen Bauten eingesetzt werden sollen. Es gibt schon Möglichkeiten. Wie man so hört, werden natürlich hier Vorfinanzierungen zum Beispiel von Tennishallen und ähnlichen Dingen durchgeführt. Ich meine, daß das nicht sein darf. (Abg. Ritzinger und Harmtodt: „Das stimmt nicht!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten auch die ungesunde Entwicklung unserer Wohnbauträger im Auge behalten, da, wie ich schon angezogen habe, die Großen immer größer werden und die Kleinen oft am Existenzminimum dahinvegetieren. Wenn heute die großen Wohnungsgenossenschaften schon weit über 10.000 Wohnungen verwalten, sollten wir uns doch überlegen, ob eine weitere Konzentration in der Wohnungsverwaltung zu befürworten ist. (Abg. Kanduth: „Das ist nicht notwendig, denn es kann jede Hausgemeinschaft aus der Verwaltung der Genossenschaft ausscheiden!“) Aber wir sollten uns das überlegen. Ist das sicher, daß das auch jeder Wohnungsnahmer weiß? (Abg. Kanduth: „Herr Kollege, ich bringe ein Rundschreiben, in dem wir das jährlich mitteilen. Die Ombudsmänner und Beratungsstellen sorgen dafür. Du mußt zur Rechtsabteilung 14 hingehen und dich aufklären lassen!“) Ich werde mich von dir zu Weihnachten einladen lassen, daß du mich aufklärst. Das wäre eine Möglichkeit, nicht? Das wäre nämlich auch ein guter Schluß für meine Rede jetzt. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Meine Damen und Herren!

Als letzter hat man den Vorteil, daß man ein bißchen auf das eingehen kann, was vorher gesagt worden ist. Ich werde nicht auf alles eingehen, weil ja nicht alles, glaube ich, was gesagt worden ist, so wichtig ist, aber einiges ist doch interessant, auf das man zurückkommen müßte.

Vorausschicken möchte ich das, was auch der Herr Abgeordnete Loidl gesagt hat – und ich halte das für ganz wichtig –, daß wir in den wichtigen Fragen des Wohnbaues in der Steiermark eigentlich immer einen Konsens gefunden haben und die einzige wirklich kontroversielle Frage die Frage des ersten Sonderwohnbauprogramms war und ist. Ich möchte hier, meine Damen und Herren, doch auch dazu noch etwas sagen. Da bin ich mit dem Kollegen Loidl durchaus nicht einer Meinung, daß es nur die Tatsache ist, daß Eigentumswohnungen mitgebaut werden können. Das ist gut, und wir sind froh darüber, das hat es uns sicher erleichtert.

Es ist ein zweiter Punkt, der auch erwähnt worden ist: die Tatsache, daß sich auch die Gemeinden beteiligen können. Ich halte das für wichtig, weil sie ja bei den Mietwohnungen nach Ablauf dieser Zeit auch Eigentümer dieser Wohnungen werden. Wir haben hier gewisse Vorstellungen etwa in der Form, daß sie Grund- und Aufschließungskosten beistellen könnten oder zumindest einen Anteil der Finanzierungskosten.

Ein dritter Punkt muß auch gesagt werden, der meines Erachtens ein ganz wichtiger war: Nämlich die Tatsache, daß im Jahr 1982 eine völlig andere Zinssituation war als heute. Ich möchte Ihnen das an einem Beispiel erläutern – wir haben das durchgerechnet: Diese 728 Wohnungen, die uns aus der ersten Tranche zustehen, hätten im Jahre 1982 einen Gesamtfinanzierungszuschuß des Landes von 631 Millionen Schilling erforderlich gemacht und machen im Jahr 1984 400 Millionen Schilling erforderlich. Das heißt, infolge

der wesentlich günstigeren Zinssituation ersparen wir uns 230 Millionen Schilling. Meine Damen und Herren, das ist ein sehr saftiger Betrag, und das hat es uns auch leichter gemacht, in diese Situation einzusteigen.

Ich möchte die Frage des weniger Bauens nicht so polemisch sehen wie die Frau Kollegin Meyer, denn ich könnte ihr gerne auch genauso polemisch antworten – es liegt mir zwar nicht. (Abg. Brandl: „Es war alles ganz fair und friedlich!“) Wartet ein bißchen, hört zu, ich werde gleich darauf zurückkommen.

Erstens könnte ich sagen, meine Damen und Herren: Wenn wir weniger bauen können, dann deshalb, weil wir weniger Geld vom Bund zur Verfügung haben. Sie wissen ganz genau, daß die Wohnbauförderung 1968 zu 80 Prozent aus Bundesmitteln finanziert wird. Und ich könnte auch erwähnen – und der Herr Kollege Schützenhöfer hat das in seiner Hauptrede gesagt –, ich brauche nur das Inserat in der „Arbeiterzeitung“ vom 24. Februar 1970 zu zitieren, wo gestanden hat: „100.000 Menschen suchen eine neue Wohnung. Wir bauen sie ihnen: 775.000 Wohnungen in den nächsten zehn Jahren, ab 1980 werden es jährlich 100.000 sein.“ Und die Wahrheit, meine Damen und Herren: Statt der 775.000 sind nur 554.000, also um mehr als 200.000 weniger, gebaut worden. (Abg. Brandl: „Das war auch beim Land rückläufig!“) Ich komme schon noch darauf. Sei nicht so ungeduldig! Du bekommst deine Antwort ohne weiteres. (Abg. Brandl: „Ich habe nur aufmerksam gemacht!“) Ja, sehr fein.

Ich möchte es mir eben nicht so billig machen, meine Damen und Herren, und ich möchte auch sagen: Mein Kollege Loidl, mit dem ich mich sonst sehr gut verstehe, hat in der Frage ein bißchen einen Untergriff angewandt, und zwar insoweit, als er bei der Zitierung der Bausummen natürlich das Jahr 1975 herausgegriffen hat, wo wir tatsächlich 5500 Wohnungen gebaut haben. Wenn ich auch einen Untergriff anwenden würde, würde ich das Jahr 1974 nehmen, wo wir 2700 Wohnungen gebaut haben. Ich glaube, er hat natürlich das Jahr herausgesucht, wo man durch Vorgriffe auch damals aus konjunkturpolitischen Gründen natürlich einen gewaltigen Schub gemacht hat. Und wenn wir uns heute beklagen, meine Damen und Herren, daß nicht mehr ausgezahlt werden kann, dann hängt es ja auch damit zusammen, daß durch die Vorgriffe einfach so viel auch notwendiger- und richtigerweise konjunkturpolitisch gemacht worden ist, aber uns auf der anderen Seite natürlich das Geld abgeht. Aber, bitte, insoweit muß ich sagen, um noch einmal auf den Kollegen Loidl zurückzukommen, ich bin mit ihm durchaus auch der Meinung, und es ist nicht von der Hand zu weisen und nicht wegzudiskutieren, daß weniger gebaut ist. Es ist überhaupt keine Frage, daß das Bauvolumen kleiner geworden ist. Das ist ein Faktum, mit dem wir uns sicher auseinandersetzen werden müssen. Wenn du die Althausmilliarde bedauerst, daß sie nicht in Anspruch genommen wird: Ich bedaure es auch, es ist nur so, ich kann niemanden zwingen, ein Geld in Anspruch zu nehmen, wenn es ihm wenig attraktiv erscheint. Und wenn ich dort 6 Prozent Verzinsung habe, ist bei der jetzigen Zinssituation der Sprung nicht mehr so groß. Aber ich wäre auch froh, wenn sie mehr in Anspruch genommen würde, damit wir dort im Altbaubereich auch mehr leisten könnten.

Nun, vielleicht muß man doch eines feststellen: Ich wiederhole, ich kann der Feststellung des Loidl insoweit nur hinzufügen, es stimmt, daß wir weniger bauen. Wir müssen uns die Frage stellen, wo liegt der Grund? Einmal sicherlich in der von mir zitierten Tatsache, daß wir weniger Mittel verfügbar haben. Wir haben nicht weniger, müssen wir dazusagen, wir bekommen schon immer ein bißchen mehr, aber zuwenig haben wir. Die Frage, die auch immer wieder gestellt wird: Sind wir schon zu sozial? – ich bin durchaus mit dem Kollegen Loidl einer Meinung, daß wir ein sehr soziales Wohnbauförderungssystem haben. Ich glaube auch, das Problem liegt wirklich nicht beim Wohnungserwerb primär und bei den Kosten aus den Darlehensrückzahlungen, sondern es liegt vor allem bei den Betriebskosten. Nun könnte man die Frage stellen, sind wir zu sozial geworden, und vermindert uns diese soziale Note das Bauvolumen? Haben wir zuviel Subjektförderung gemacht? Geben wir zuviel Geld hinein in die Wohnbauhilfe, was immer wieder behauptet worden ist? Es sind immerhin heuer im Budget 260 Millionen Schilling veranschlagt. Das sind zwar nicht ganz 10 Prozent, aber es ist eine stolze Summe.

Ich behaupte, meine Damen und Herren, daß wir nicht zuviel, sondern zuwenig Subjektförderung betreiben. Ich werde das gleich zu belegen versuchen. Ich glaube, daß das derzeitige Förderungssystem – und auch da gehe ich mit dem Kollegen Loidl Hand in Hand – Schwächen aufweist. Schwächen, die einfach damit zusammenhängen, daß auf der einen Seite in das Wohnbauförderungsgesetz 1968 sehr viel Wasser hineingegossen worden ist. Es ist einige Male – und da sind wir uns einig – unsinnig novelliert worden. Das ist ein Grund, aber nicht der einzige. Es gibt einen zweiten Grund, daß ich einfach meine, daß die Voraussetzungen im Jahre 1983 oder 1984 einfach auch andere sind als im Jahre 1968. Ich möchte drei oder vier Punkte nennen: Der Unsinn der langen Laufzeiten, meine Damen und Herren. Dem Gesetz nach müßten wir jetzt noch 48,5 Jahre Darlehen ausgeben – in einer Zeit der Inflationen ein Unsinn und auch sonst, weil niemand von uns sagen kann, was in 50 Jahren eigentlich ist. Wir haben in der Steiermark einen Schritt gemacht – auch das ist festgestellt worden –, der sehr kritisiert wird, der aber richtig ist. Der kritisiert wird vom Rechnungshof des Bundes, der aber richtig ist, da wir auch, ohne auf das Gesetz zu warten, die Laufzeiten auf 28 Jahre verkürzt haben. Ich komme zu einem zweiten Punkt, über den wir noch nie geredet haben, meine Damen und Herren. Ich glaube auch, daß die Verzinsung mit einem halben Prozent extrem niedrig und auch nicht mehr vertretbar ist in einer Zeit der Hochzinspolitik. Momentan haben wir – Gott sei Dank – etwas günstigere Verhältnisse. Aber wir haben Zeiten gehabt, wo wir 11, 12 und 13 Prozent bezahlt haben. Das ist nicht mehr vertretbar. Ich werde das begründen. Und ein Drittes, es gibt sicherlich auch in einer – ich möchte fast sagen – Überfunktion einen falschen Förderungsansatz insoweit, als das Eigenmitteldarlehen für diese 10 Prozent, die jeder selbst aufbringen muß, ursprünglich gedacht war als Hilfe für die, die es sonst nicht könnten, und daher zehnjährig war, inzwischen verlängert wurde auf 20 Jahre, unverzinslich ist, meine Damen und Herren, und dann noch mitberücksichtigt wird bei der Berechnung der Wohnbeihilfe – das heißt eine dreifache Förderung. Ein

unverzinsliches Geld auf 20 Jahre, und dann noch einrechenbar – (Abg. Loidl: „Nicht wertgesichert!“) – bitte, nicht wertgesichert –, und dann noch einrechenbar in die Belastungsrechnung bei der Wohnbeihilfe.

Nun die Folgen dieses nicht mehr ganz stimmenden Systems: Erstens: Es gibt so etwas wie einen enormen Inflationsgewinn. Das heißt, jeder, der eine solche geförderte Wohnung hat, profitiert von der Inflation. Ich werde das auch dann mit Zahlen belegen. Zweitens: Das System ist nicht angepaßt oder nicht entsprechend angepaßt an den Lebensrhythmus des Menschen. Ein junges Ehepaar, das vielleicht wirklich in einer ganz schwierigen Situation ist, mit Recht auf Grund der Einkommens- und Familiensituation ein ganz günstiges Darlehen verdient, weil es vielleicht 10.000 Schilling Einkommen hat, verdient unter Umständen in 15 Jahren das Drei- oder Vierfache, weil der Mann beruflich inzwischen weiter gewachsen ist, und profitiert immer noch bei dem ganz billigen Geld mit einer wahnsinnig langen Laufzeit. Eigentlich ein sehr teures System, meine Damen und Herren! Und warum ich das alles sage? Weil ich glaube – ich komme auch noch darauf zurück –, daß wir jetzt die Chance hätten, unter Umständen hier manches zu ändern. Ich frage mich, wie gerecht das ganze angesichts dieser Dinge, deren Hintergrund ich aufzuzeigen versucht habe, noch ist. Wenn Sie eine Wohnung hernehmen, gehen wir von einer 70-Quadratmeter-Wohnung aus, die gefördert worden ist im Jahre 1954, nach dem damaligen WFG 1954: Sie bewohnen eine solche Wohnung heute, dann bezahlen Sie für diese 70 Quadratmeter 140 Schilling Darlehensrückzahlung. Das sind auf den Quadratmeter zwei Schilling. Wenn Sie eine Wohnung haben, die im Jahre 1970 gefördert worden ist, bezahlen Sie immerhin bereits 1050 Schilling oder 15 Schilling auf den Quadratmeter. Wenn die gleiche Wohnung im Jahre 1980 gefördert worden ist, bezahlen Sie bereits 30 Schilling je Quadratmeter, oder in Schilling ausgedrückt 2100 Schilling. Und wenn Sie eine Wohnung haben, die heuer gefördert worden ist, kommen Sie bereits auf 42 oder 2940 Schilling. Wie gerecht ist ein solches System? Die Frage muß man sich wirklich stellen, weil dort der Ansatz für eine Reform gefunden werden muß. Daß zum Beispiel einer, der heute vielleicht eine damals geförderte Wohnung sehr billig bewohnt, aber schon sehr gut verdient, praktisch nichts bezahlt für die Wohnung, während der andere, wenn er nicht in den Genuß der Wohnbeihilfe kommt, sehr viel bezahlt. Nun, hier muß ich sagen, hier kann ich wirklich der Bundesregierung manche Vorwürfe nicht ersparen. Und zwar deswegen nicht – wir wissen, diese Dinge, da sind wir uns auch immer einig gewesen innerhalb des Wohnbauförderungsbeirates –, wir wissen diese Dinge seit Jahren, wir können sie nicht ändern, weil wir anstehen am Wohnbauförderungsgesetz und eigentlich seit Jahren davon geredet wird, daß sich hier etwas ändert, daß man ein neues Gesetz bringt. Geschehen ist eigentlich nichts, im Gegenteil, wir haben uns Vorwürfe eingehandelt, weil wir in dem Fall in ungesetzlicher Weise vorgeprescht sind, das gebe ich gerne zu. Nun, ich höre – Gott sei Dank –, daß nun doch der Wille da ist, dieses Wohnbauförderungsgesetz jetzt rasch zu verabschieden. Ich habe den ersten Entwurf gesehen, obwohl es ein Geheimpapier war. Es ist ja auch nicht so sinnvoll, daß man solche Dinge nicht ins Begutachtungsverfahren gibt. Ich habe

mir einen Entwurf besorgt. Ich sage ganz ehrlich, er ist gut. Der Entwurf zum Wohnbauförderungsgesetz 1984, wenn man von einigen Punkten absieht, ist durchaus gut. Er gibt uns vor allem sehr viel Möglichkeiten und gäbe uns die Möglichkeit, alles das, was ich jetzt genannt habe, zu korrigieren, das heißt, die Laufzeitverkürzung auch dann legitim durchzuführen und damit auch die Rückflußzeiten zu verkürzen.

Ein zweiter, sehr wichtiger Punkt ist, uns den Spielraum einzuräumen, daß man nicht gezwungenermaßen mit 0,5 Prozent direkt fördern, sondern bis zu 6 Prozent geben kann und vor allem – das ist ein Punkt, über den man sicher noch reden wird müssen, aber den ich auch im Sinne der Gerechtigkeit für notwendig halte –, daß man diskutiert, gewisse Verzinsungen auch rückwirkend zu regeln, meine Damen und Herren. Das heißt, die aushaftenden Darlehen, die bisher mit 0,5 oder 1 Prozent verzinst sind, höher aufzuzinsen.

Und ein vierter Punkt: Das Eigenmitteldarlehen, das bisher unverzinslich war und auf 20 Jahre gewährt wird, in Zukunft auch zu verzinsen.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel erläutern, was das in der Praxis für uns bedeuten könnte: Nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1984 sind derzeit rund eine Milliarde Schilling in der Steiermark aushaftend. Wenn wir dort die Verzinsung von 1 auf 6 Prozent anheben könnten – Sie werden sagen, das ist ein Wahnsinn. Das ist kein Wahnsinn, weil das bedeuten würde, daß die Wohnung, die ich früher genannt habe, die 140 Schilling kostet, dann 280 Schilling kostet, also immer noch enorm interessant ist –, würde das allein aus diesem Titel Mehreinnahmen für das Land in der Höhe von 30 Millionen Schilling erbringen.

Wenn Sie jetzt zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 gehen: Da sind in der Steiermark 16,3 Milliarden Schilling aushaftend. Das ist eine stolze Summe. Wenn wir dort den Zinssatz von jetzt 0,5 oder 1 Prozent auf 4 Prozent erhöhen könnten – ich werde dann auch noch auf die Folgen kurz zurückkommen –, würde das bedeuten, daß wir zusätzlich jährlich 440 Millionen Schilling hereinbekommen würden. Wenn wir das Eigenmitteldarlehen auch noch mit 4 Prozent verzinsen, sind das weitere 40 Millionen Schilling. Insgesamt würden wir damit für die Wohnbauförderung 510 Millionen Schilling in das Budget zurückbekommen.

Meine Damen und Herren, Sie werden natürlich sagen, das wird dann für den einen oder anderen unerträglich, weil er sich die Wohnung nicht mehr leisten kann. Das wäre aber nur dann der Fall, wenn wir nicht die Wohnbeihilfe hätten. Und jetzt könnten wir die Rechnung anstellen – und ich stelle sie an, meine Damen und Herren –, daß diese Rechnung sehr wohl auch zu unseren Gunsten aufgeht. Wenn man nämlich diese Verzinsung anheben würde, würde das natürlich bedeuten, daß der Kreis der Anspruchsberechtigten steigt, was Mehrkosten bei der Wohnbeihilfe – das sind errechnete Zahlen, meine Damen und Herren – von 150 Millionen Schilling erfordern würde. Das heißt, wir könnten damit im Endeffekt, auch wenn wir berücksichtigen, daß wir diese erhöhten Wohnungskosten über die Wohnbeihilfe abdecken, 360 Millionen Schilling aus diesem Titel allein für die Wohnbauförderung rückfließend machen und damit

das Bauvolumen enorm verbessern, ohne daß damit auf der anderen Seite für irgend jemanden die Wohnung im Endeffekt teurer wird, immer abgestimmt auf seine Leistungsfähigkeit und auf seine Möglichkeiten. Das heißt mit anderen Worten, wir haben derzeit infolge Nichtmöglichkeit rund 350 Millionen Schilling verschenkt, und für die Zukunft gesehen werden wir, je später dieses Gesetz kommt, umso mehr verschenken.

Ich glaube – und auch das möchte ich am Schluß sagen; auch der Herr Abgeordnete Loidl hat das gesagt, und da deckt sich unsere Meinung –, das Instrument der Wohnbeihilfe gibt uns die Möglichkeit, den einzelnen, die Familie, ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend zu fördern, aber auf der anderen Seite eben jene zu fördern, die die Hilfe brauchen, und jenen, die gut verdienen, auch zuzumuten, daß sie für die Wohnung mehr aufwenden. Was meine ich damit? Ich meine, daß wir unter Ausnützung dieser Möglichkeiten durchaus erreichen können, daß das Wohnen für den einzelnen im unteren und mittleren Bereich nicht teurer wird, aber sehr viele Mittel zusätzlich für den Wohnbau zur Verfügung gestellt werden.

Meine Damen und Herren, ich wollte diesen Punkt deshalb heute auch einmal in diesem Haus zur Diskussion stellen, weil wir sehr bald vor der Frage stehen werden, wenn das WFG 1984 kommt und wenn es diese Möglichkeiten bringt, die ich genannt habe, wie wir den Gestaltungsrahmen in der Steiermark finden werden. Ich glaube, daß wir dann auch im Sinne der Gerechtigkeit zu überlegen haben, jedem nach seinem Maß zu helfen, auch in Zukunft sozial zu fördern und die Förderungsleistung erhöhen zu können.

In diesem Sinne hoffe ich, daß das Gesetz bald und einvernehmlich verabschiedet wird, und hoffe, daß wir dann auch in diesen Fragen einen Konsens im Land finden, wie wir ihn immer gefunden haben, nicht zuletzt auch zum Wohl unserer Bürger. Ich danke Ihnen herzlich. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ofner.

Abg. Ofner: Sehr geehrte Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Ursprünglich wollte ich mich eigentlich zu diesem Kapitel nicht melden, aber ich glaube, es ist einfach notwendig, daß man hier einige Dinge richtigstellt. Vor allem bin ich enttäuscht über diese einseitige und einäugige Rede von dir, Herr Kollege Kanduth, und ich glaube, es gehört einfach richtiggestellt, daß das nicht stimmt. Und hier möchte ich sagen: Wir alle wissen, daß die Betriebskosten sicherlich enorm gestiegen sind, man muß aber auch wissen, warum. Ich möchte hier einige Zahlen anführen: Im Jahre 1972 hat ein Faß Öl 2,45 Dollar gekostet, im Jahre 1982 kostete ein Faß Öl 35,08 Dollar. Das ist eine Erhöhung von fast 1500 Prozent. (Abg. Kanduth: „Nicht mehr, der Preis ist gesunken!“) Na gut, das ist zwischenzeitlich, ein bißchen gesunken, das ist richtig. Daß sich das natürlich in den gesamten Betriebskosten niederschlägt, Kollege Kanduth, bei Strom, Gas und so weiter, ist ja wohl klar. Dann wissen wir auch, daß natürlich die Kosten bei Wasser, Müll und so weiter auch beträchtlich gestiegen sind. (Abg. Harmtodt: „Die Verteuerungen sind ja die Betriebskosten!“) Ja, sicherlich! Wir wissen aber auch,

daß sich die Wohnflächen ja auch enorm vergrößert haben gegen früher und daß natürlich auch das mehr kostet, ist auch klar. (Abg. Kanduth: „Ich habe ein Haus von 1000 Quadratmetern damals und heute zugrundegelegt!“) Lieber Kollege Kanduth, du hast natürlich die Berechnung von deiner Genossenschaft genommen. Vielleicht ist sie überhaupt ein bißchen teurer. Ich weiß es nicht. Ich möchte das gar nicht beurteilen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte aber ein anderes Thema ansprechen, was heute hier noch nicht gesagt worden ist, und zwar ist das die Eigenheimförderung. Wir wissen, daß sich immer mehr Menschen natürlich immer schwerer tun und sich keine Wohnung auf Grund der Kosten leisten können. Es ist aber interessant, daß es eigentlich immer mehr Ansuchen bei den Eigenheimförderungen gibt. Es ist ja im Finanz-Ausschuß sehr klar gesagt worden, daß etwa 4900 Ansuchen zur Zeit bei der Rechtsabteilung aufliegen, und es ist natürlich klar, daß gerade im ländlichen Bereich der Wunsch nach einem Eigenheim eigentlich größer ist. Das hat natürlich einige Ursachen:

Erstens einmal, daß der Baugrund etwas billiger zu haben ist. Zweitens, daß die Eigenmittel nicht immer so vorhanden sind und diese eben durch die eigene Arbeitskraft ersetzt werden können. Das Dritte ist natürlich auch, daß es sehr verlockend ist, ein eigenes Heim mit Garten zu haben.

Wir wissen, daß die Eigenheimförderung gegenüber dem Geschößbau ja eigentlich sehr gering ist. Der Sockelbetrag beträgt 140.000 Schilling, und die Höchstförderung wäre 420.000 Schilling, wenn eben der Elternanteil und die Kinderanteile dazukommen. (Abg. Pörtl: „Dafür ist man das erste Sonderwohnbauprogramm nicht angegangen!“) Moment, ich bin bei der Eigenheimförderung, wir können später darüber reden.

Die letzte Erhöhung bei der Eigenheimförderung hat es im Jahre 1981 gegeben. Da ist der Sockelbetrag um 20.000 Schilling angehoben worden. Jetzt schreiben wir 1984, und ich glaube, es wäre einfach an der Zeit, daß man hier wieder etwas anhebt, und zwar in einem größeren Maße.

Meine geschätzten Damen und Herren, die Wartezeit ist das nächste Problem. Wir alle wissen, daß man, um die Wohnbauförderung zu erreichen, zwei bis drei Jahre warten muß. Das ist natürlich für die Häuslbauer eine arge finanzielle Belastung, sie kommen dadurch sehr oft in beträchtliche finanzielle Schwierigkeiten. Sicherlich auch dadurch, daß man aber notwendigerweise vorzeitig mit dem Bau beginnen muß und daß eben die Rückzahlungen und die großen Kreditzinsen sie dann in einem beträchtlichen Maße belasten. Meine sehr geehrten Damen und Herren! So viele Menschen haben sich durch Fleiß und harte Arbeit ein Eigenheim geschaffen. Helfen wir diesen Menschen durch eine Förderungsaufstockung und durch eine Verkürzung der Wartezeit, daß sie schneller zu ihrem Eigenheim kommen können. Danke! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Präsident Klasnic: Nächste Wortmeldung: Herr Landesrat Koiner.

Landesrat Ing. Koiner: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich muß mich nur zuerst einmal, so wie im vorigen Jahr, herzlich bedanken, denn an und für sich wäre die Debatte für Wohnbauförderung eine solche, daß man mit gutem Gewissen eigentlich sagen kann: Es ist nichts mehr dazu zu sagen. Großartige Kenntnisse der Menschen, die am Rednerpult gestanden sind, was einfach imponierend ist, was Freude macht, und ein in gewissen Passagen erheiternder Beitrag ist in einer so ernstesten Zeit auch angebracht. Ich möchte mich herzlich bedanken und möchte dazu eigentlich ein bißchen im Vorgriff mit großer Beruhigung sagen, fast jeder dieser Herren könnte da heroben als Referent stehen und in Zukunft Wohnbauförderung betreiben. (Abg. Loidl: „Das ist schon bestimmt!“) Loidl, von der Kenntnis her, so habe ich es gemeint!

Was nicht zu überhören war, meine Damen und Herren, ist, daß Kollege Loidl angefangen hat mit den Dingen, daß alle diese wichtigen Bestimmungen in der Wohnbauförderung in Steiermark eigentlich einstimmig über die Bühne gegangen sind, bis auf diese eine Differenz. Und was ich noch erwähnen will, trotzdem du es gesagt hast, Herr Kollege Loidl, daß die Gesetzgebung des Bundes mit unseren Richtlinien in der Steiermark – ich glaube, das muß man noch einmal unterstreichen – eigentlich gar nicht so schlecht war. Was auch in der Wortmeldung des Hermann Schaller zum Ausdruck gekommen ist, der gesagt hat, „ich habe ihn gesehen“, und ich darf mit Stolz sagen, er paßt sich in so weitgehenden Passagen den Dingen an, die wir in der Steiermark so quasi im Vorgriff getan haben, daß ich das als ein Kompliment – bitte nicht für die Steiermark, sondern für die Menschen – betrachte, die ja vor allem im Beirat die Dinge vorbereiten und also doch so initiiert haben, daß nun der Bund daran denkt, die Dinge zu tun. Ich hoffe nur, daß es jetzt wirklich nicht noch einmal zu einer Verschiebung kommt. Ich habe es voriges Jahr erwähnt, ich habe mit großem Interesse die Pressestunde gehört, alles ist klar gewesen, weg war es, ich höre nun einen näheren Termin, als er ursprünglich vorgesehen war, das Jahr 1986, jetzt hört man doch mit Beginn 1985, ich hoffe, daß dies nun hält. Der Herr Bautenminister hat ja gemeint, er wird dies jetzt selbst in die Hand nehmen, es ist ihm zu langsam gegangen – auch bekannt.

Nun vielleicht ein Wort auch zur Sache dieser Vorgriffe. Ich bin durchaus einverstanden, und es wäre niemandem lieber, meine Damen und Herren, heute als Wohnbaureferent nicht darauf Rücksicht nehmen zu müssen, daß in gewissen Zeiten Vorgriffe gemacht worden sind. Wahrscheinlich nicht nur deswegen, weil man so mutwillig war, sondern sicherlich auch damals über Drängen ganz verschiedener Interessen, wahrscheinlich auch der Bauwirtschaft, so wie heute, wahrscheinlich auch der Baugewerkschaft, aber daß es – leider Gottes – auch die Tatsache ist, daß solche Vorgriffe irgendwann einfach zu Buche schlagen und dann natürlich immer unangenehm zu Buche schlagen. Das ist eine Tatsache, und wenn ich gestern gesagt habe, im neuen Sonderwohnbauprogramm, das wir nun mitvollziehen werden, ist auch ein Wermutstropfen drinnen, dann deshalb, weil wir sehr genau wissen, daß im jetzigen Moment eine Aufstockung der Wohnbauförderungsmittel in einem anderen Sinn als

nach 1968 nicht realistisch ist, daß es bestimmte Situationen in der Bauwirtschaft gibt, und es weisen vor allem auch die Wirtschaftsprognosen darauf hin, daß das nicht um so viel besser wird. Daß dies die einzige Möglichkeit ist, hier einzugreifen, aber daß es für mich auch keine Frage ist, daß es ein Vorgriff in die Zukunft ist, für die bezahlt werden muß. Das ist gar keine Frage. Und das ist der Wermutstropfen dabei. Wobei ja wahrscheinlich, meine Damen und Herren, die Politik sicherlich zunehmend bei den Schwierigkeiten gefordert sein wird deshalb, weil ich, wenn ich heute Probleme habe, sie dadurch meistere, daß ich die Zukunft belaste, natürlich im Moment das Unvermeidbare ist, der gangbare Weg. Aber dafür ist zu bezahlen, und darüber müssen wir uns alle miteinander im klaren sein. Und wenn es einen anderen Weg gäbe, ich würde mir wünschen, es gäbe so einen Erfinder. Bis jetzt hat es ihn noch nicht gegeben. Das ist auch der Klartext.

Ein kurzes Wort auch noch, weil das vielleicht als einziges in der Wohnbauförderungsdebatte nicht so stark zum Ausdruck gekommen ist: Die Situation der Bauwirtschaft ist gar nicht so rosig. Wohnungsübergaben, ich hoffe, daß die Bauwirtschaft bei der jetzigen Konkurrenzlage, bei dem Andrang auch auf ihre Rechnung kommt. Erstens einmal können sie damit die Arbeitsplätze erhalten und zweitens, bitte, bezahlen sie auch die Steuern, aus denen wir letzten Endes alle miteinander wieder Wohnbauförderung betreiben können. Ich sage das auch in Anwesenheit derjenigen, die letzten Endes – und zwar begünstigt – gefördert wurden, aber die Dinge wieder zurückzahlen. Wir schenken den Leuten ja eigentlich bis auf die Wohnbeihilfe nichts. Alles übrige sind Darlehen, die sehr begünstigt, aber doch zu bezahlen sind. Nur, was man immer wieder durchhört, die Wohnbauförderung könne das ausgleichen, meine Damen und Herren, was auf dem privaten Sektor an Bautätigkeit heute leider nicht gemacht wird, und zwar gar nicht deswegen, weil es nicht die Nachfrage gibt, sondern weil die Finanzierungsmöglichkeiten dort im Moment nicht gegeben sind. Ich will gar nicht näher darauf eingehen. Das, bitte, kann ich nicht zur Kenntnis nehmen, weil das weiß ein jeder in diesem Bereich. Mit den Mitteln, die wir haben, auch wenn wir sie versuchen, halbwegs vernünftig und optimal zu administrieren, kann dieser Ausfall nicht ausgeglichen werden. Und das geht natürlich hinein in einen anderen Bereich der Politik. Woran liegt es? Wir könnten darüber streiten, es gehört nicht in den Wohnbau. Aber wenn natürlich bauliche Maßnahmen bei den Möglichkeiten der steuerlichen Absetzbarkeit, auch wenn sie manchmal begünstigt sind, mit Fremdmitteln finanziert werden müssen, die vor zwei, zweieinhalb Jahren noch 10, 11, 12 Prozent ausgemacht haben, dann wird sich jeder Private wahn-sinnig schwer entschließen können, bei einer Zukunft, von der er nicht weiß, wie sie sich entwickelt, solche baulichen Maßnahmen zu tätigen. Das ist eines der Kernprobleme wahrscheinlich der gesamten Bauwirtschaft auch in Österreich. Soviel zu diesen Problemen. Es ist nichts dazu zu sagen. Es ist alles großartig von den Debattenrednern gesagt worden. Herr Kollege Ofner, der Antrag ist eingebracht. Ich bin auch der Meinung, weil ich eigentlich in der ganzen Wohnbauförderungsabwicklung – ich sage das auch sehr deutlich – gegenüber den Einfamilienhausbauern, den Häuslbauern, immer das schlechteste Gewissen gehabt

habe. Obwohl ich auch sage, von dort her haben wir die wenigsten Vorwürfe und die große Befriedigung, wenn der sein Geld bekommt. Das ist bezeichnend. Aber, bitte schön, wer weiß, was so ein Häusl heute kostet und dann die Förderung gegenüberstellt, der hat auch nicht unrecht, wenn er sagt, ja, gegenüber jeder anderen Förderung, vor allem im Geschosfbau, ist das eine „Schmafu-Förderung“. Das kann man ruhig so sagen. Ich weiß aber auch genau, wie geschickt die Leute dort sind und wie sie sich gegenseitig helfen, Gott sei Dank. Ich glaube, ich habe es auch voriges Jahr gesagt, und ich bleibe dabei: Sosehr wir der Bauwirtschaft und wahrscheinlich auch der Baugewerkschaft wünschen würden, daß gerade auch im Einfamilienhausbau zusätzliche Beschäftigung kommt: Da hat es immer wieder solche Ansinnen gegeben, daß man gesagt hat, machen wir das bei der Elektroinstallation, daß eine Firma dafür bei der Bauabnahme die Garantie übernehmen muß, und verhindern wir dadurch den sogenannten Pfusch. Die Bauwirtschaft hat sehr schnell eingesehen, was ich ihr dort gesagt habe. Ja, ich verstehe bei eurer Lage, daß der Wunsch da ist, aber es ist eine Illusion, wenn wir das machen würden, daß ihr dort die Arbeit bekommt. Dann wird auf diesem Sektor nichts mehr gebaut. Denn das kann der Einfamilienhausbauer nicht tun, es würde nur wegfallen, daß er einen Zement kauft, daß er Ziegel kauft, daß er Fenster kauft und so weiter, das würde im Baunebengewerbe wegfallen, aber ihr würdet die Arbeit nicht bekommen. Das ist auch sofort immer wieder eingesehen worden.

Ich bin sehr froh, wenn es zu diesen Entschließungen kommt, auch da aufzustocken, aber im Klartext heißt das halt auch, bitte, irgendwo muß das eingespart werden. Es gibt leider Gottes keinen anderen Weg. Und ich glaube auch, die Subjektförderung können wir nicht vermindern. Wir können sie wirklich nicht vermindern! Ich bin sogar der Meinung, genauso wie Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Schaller gesagt hat, daß wir hier die Möglichkeit haben, auf die Möglichkeiten der einzelnen Familien stärker einzugehen, und zwar in der Bezuschussung, in der Förderung, aber wegzugehen, bitte schön, und damit mehr Wohnungen im Sinne der Bauwirtschaft zu bauen, das wäre wirklich keine sinnvolle Administration der Förderungsmittel. Dann könnten wir vielleicht, wenn wir jetzt die Beihilfe und das Eigenmitteldarlehen und was weiß ich noch alles zusammenziehen, um 500 Wohnungen im Jahr mehr bauen, und die Leute würden dann sagen, so, jetzt habt ihr schöne Wohnungen gebaut, aber leisten können wir uns das nicht. Dann kommt dieses Riesenskapitel der Betriebskosten dazu, die wir jetzt auch gesetzlich nicht fördern können, und selbst wenn das Gesetz aufmachen würde – ich bin ganz deiner Meinung, Herr Kollege Loidl –, dann ist das einfach auf der anderen Seite im Volumen des Bauens nicht mehr möglich. Das müßte, wenn schon, über einen anderen Topf gehen, wenn man sich dazu entschließen kann und wenn man eine Aussicht hat, so etwas zu finanzieren. Über die Wohnbauförderung, glaube ich, ist das einfach wirklich nicht möglich. So daß ich sage, ja, von Herzen gern, dort habe ich immer das schlechteste Gewissen gehabt, aber mit dem Aufmerksammachen, daß das aus dem Topf herausgeht.

Vielleicht eine ungefähre Zahl – die Fachmänner werden es ja sowieso wissen: Wir brauchen auf dem

Gebiet der Eigenheime doch 800 Millionen Schilling. (Abg. Loidl: „In den letzten Jahren stark gestiegen!“) Die Wartezeit beträgt für die angegebenen zirka 5000 etwa eineinhalb Jahre. Wenn früh genug angesucht wird, dann geht es, weil wir die 50 Prozent erst mit der Fertigstellung des Rohbaues auszahlen. Manche allerdings suchen zu spät an. Ich glaube auch, daß das eine richtige Maßnahme ist, die die Landesregierung hier getroffen hat, daß ein Jahr Wartezeit ist und daß bei meinen Anträgen auch chronologisch nachgewiesen werden muß, daß diese Reihenfolge eingehalten wird. Weil eigentlich jeder dann leidet und sagt, bitte schön, schnell, schnell, schnell. Wenn einer hier vorgezogen würde, muß der andere einfach um das länger warten. Deshalb glaube ich, daß das eine richtige Maßnahme ist.

Es bleibt mir abschließend, für die Beiträge herzlich zu danken. Wenn die Administration auch ein so großes Vergnügen wäre wie das Sitzen während der Wohnbauförderungsdebatte, würde es für den zuständigen Referenten eigentlich ein großes Vergnügen werden. Ganz so ist es nicht, manchmal treffen einen auch Sorgen. Nicht nur von den kleinen Wohnbaugenossenschaften, das richtet sich nicht danach, Herr Kollege Chibidziura, ob klein oder groß, sondern ob gut oder schlecht. (Allgemeiner Beifall.) Das bringt uns wirklich große Sorgen.

Ich glaube auch, hier sind wir auf einem guten Weg; wir werden die Dinge nicht ganz weghaben, Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross, aber wir sind auf einem Weg, wo sich die Dinge wesentlich bessern. Vielleicht wird es dem nächsten dann möglich sein, einmal zu sagen, so, jetzt habe ich keine Probleme, was wir uns alle in dem Haus sehr, sehr wünschen. Darüber sind wir uns durchaus einig. Von welcher Farbe immer die Genossenschaft in die öffentliche Diskussion, in die Kritik und in die Vorwürfe kommt, letzten Endes werden alle miteinander zusammengeworfen. Darüber müssen wir uns im klaren sein und hier parteipolitisch etwa eine Freude zu haben, wenn es den anderen erwischt, ist eine sehr kurzfristige und kurzfristige Freude.

Meine Damen und Herren, herzlichen Dank für die Beiträge. Ich möchte mich heute auch bei den Herren der Rechtsabteilung 14 bedanken, die mir in vorbildlicher Weise immer zur Seite gestanden sind, die eine korrekte Abwicklung gewährleisten und die weit über den Rahmen dessen hinaus, was an Stunden zu zählen ist, zur Verfügung gestanden sind. Herrn Hofrat Dr. Nopp herzlichen Dank und ebenfalls Ihrem Stellvertreter Dr. Rauchlatner. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Gruppe 4 vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Preamberger: Frau Präsident!

Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen Antrag, die Gruppe 4 zu genehmigen.

Präsident Klasnic: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 4 einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Die Gruppe 4 ist einstimmig angenommen.

Damit kommen wir zur Gruppe 5 „Gesundheit“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Halper. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Halper: Hohes Haus, Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Als Berichterstatter der Gruppe 5 „Gesundheit“ darf ich Ihnen nachfolgende Ansätze und Unteransätze zum Vortrag bringen und den Antrag auf Genehmigung stellen. Gesundheitsdienst, medizinische Bereichsversorgung, Familienberatung, sonstige medizinische Beratung und Betreuung, Röntgenzug, Umweltschutz, Natur- und Landschaftsschutz, Reinhaltung der Gewässer, Reinhaltung der Luft, Lärmbekämpfung, Müllbeseitigung, Rettungs- und Warndienste, Ausbildung im Gesundheitsdienst, Krankenpflegefachdienste, medizinisch-technische Dienste, Sanitätshilfsdienste, sonstige Gesundheitsdienste, eigene Krankenanstalten, Unteransatz Zentralkrankenanstalten, Schwerpunkt-Krankenanstalten, Standard-Krankenanstalten, Sonder-Krankenanstalten, Pflegeanstalten für chronisch Kranke, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen mit einem Einnahmenvolumen von 3.403,626.000 Schilling für die Gruppe 5 und Ausgaben von 4.092,241.000 Schilling.

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus! Sehr geehrte Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Es ist, glaube ich, keine zwei Monate her, da haben wir uns hier in diesem Haus mit dem gesamten Fragenkomplex des sauren Regens auseinandergesetzt. In der Zwischenzeit, obwohl so eine kurze Zeit verstrichen ist, haben sich auch andere Institutionen und vor allem auch alle politischen Parteien mit diesem Fragenkomplex, aber auch mit den Fragen des Natur- und Umweltschutzes befaßt. Auf der einen Seite hat die Österreichische Volkspartei im Rahmen des Modells Steiermark eine Tagung abgehalten „Saurer Regen, Strategien zur Luftreinhaltung“. Auch im Rahmen des Modells Steiermark hat die Österreichische Volkspartei das Jahr 1984 zum Jahr des Umweltschutzes erklärt und in jeder Gemeinde sozusagen einen Umweltschutzbeauftragten ernannt. Auf Initiative unseres Herrn Landeshauptmannes – und das möchte ich besonders herausstreichen – wurde auch im Rahmen des Modells Steiermark ein Ideenwettbewerb ins Leben gerufen, in dem alle Steirerinnen und Steirer und die Jugend und die Studenten aufgerufen wurden, neue Ideen für den Umweltschutz einzubringen und dann im Landtag in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. Als ein besonderer Hit hat sich auch eine Veranstaltung erwiesen, die im Rahmen des Modells Steiermark abgewickelt wurde, nämlich ein Vortrag des berühmten Professors Baldur Preiml „Gesundheit und Ernährung“. Aber auch die Sozialistische Partei hat Initiativen in dieser kurzen Zeit gesetzt und hat das Jahr 1984 zum Jahr des Waldes erklärt. Meine Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Rainer hat in seiner Generalrede gesagt, wir sollen den Umweltschutz, den Naturschutz und alles, was damit zusammenhängt, als eine gemeinsame Sache und ein gemeinsames Anliegen betrachten. Ich teile hier seine Meinung. Und

hätte er nicht so verbindliche Worte bei der Generalrede in diesem Zusammenhang gesagt, hätte ich ihn jetzt an das Murjahr 1974 erinnert, das ja auch von der Sozialistischen Partei proklamiert wurde und wo wir alle einheitlich feststellen können, daß sich die Mur in den letzten zehn Jahren nicht verändert hat. Es ist wirklich erfreulich, daß sich die Sozialistische Partei nach zehn Jahren wieder einmal einen Stoß gibt, nach einem Jahrzehnt ein neues Jahr zu proklamieren. Aber es ist erfreulich, daß es das Jahr des Waldes ist, weil hier ist es wirklich „5 vor 12“. Ich bin auch überzeugt, daß es nicht aus Opportunität geschieht, seit der Herr Abgeordnete Mag. Rader nun im Landtag ist, daß sich auch die Freiheitliche Partei etwas stärker mit den Fragen des Umweltschutzes befaßt. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Schon immer!“) Nicht nur, aber, lieber Herr Kollege Chibidziura, so stark, wie derzeit nicht. Und ich sage auch gar nicht, daß jetzt die Freiheitliche Partei versucht, noch sozusagen im letzten Moment auf den Umweltzug aufzuspringen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wir haben schon immer den Umweltschutz behandelt. Wir waren die ersten, nur haben wir nicht die Möglichkeiten wie Ihr!“) Ich glaube Ihnen das. Ich glaube wirklich, daß auch Sie etwas verspätet erkannt haben, daß die Frage des sauren Regens und alles, was damit zusammenhängt, einfach eine ganz wichtige Sache ist.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns heute nochmals mit der Frage des Waldsterbens beschäftigen und wenn man sich ein bißchen auch über die Funktion des Waldes sozusagen den Spiegel vorhält, dann muß man sagen – ich habe schon eingangs gesagt –: Es ist höchste Zeit. Auf der einen Seite nimmt der Giftgasausstoß immer mehr und mehr zu, und die Situation im Wald und in unserer Landschaft, was die Vergiftung betrifft, hat ein Ausmaß erreicht, wo wir wirklich alle zusammen sagen können, es ist bedenklich geworden. Man hat zum Beispiel bei der Veterinärmedizinischen Universität in Wien im Rahmen der Wildforschung festgestellt, daß Gemsen im Alter von drei bis acht Jahren so viel Bleigehalt mit sich tragen, daß sie fast nicht mehr genießbar sind. Genauso haben Wilduntersuchungen bereits ergeben, man möchte das nicht glauben, daß Rehe und Hirsche ebenfalls bedenkliche Rückstände aufweisen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Schlecht geschossen!“) Das hat nichts mit dem Schießen zu tun, das ist eine Frage der Umwelt, Herr Kollege, aber bitte, als ein Flachlander verstehe ich es ja. Sie verstehen einiges vom Wohnbau, nicht viel, das haben wir festgestellt. Sie verstehen von einigen Sachen beachtlich etwas. Aber bitte, von der Jagd, würde ich Ihnen raten, nicht zu reden, denn da verstehen Sie wirklich nichts!

Aber, meine Damen und Herren, interessant ist, wenn man den Wald ansieht: Wir geben dem Wald zwar eine große Schutzfunktion, aber in der Frage der Entgiftung unserer Luft hat der Wald nicht diese Bedeutung, als man ihm schlechthin zumuten kann. Er hat zwar eine große Funktion in der Erzeugung des Sauerstoffes, und man rechnet ungefähr, daß von einem Hektar Sauerstoffproduktion im Wald zehn Personen leben. Wenn man diese Zahlen umrechnet, und Sie wissen, Sie kennen ja die letzten Ergebnisse, wie weit bereits der Wald angegriffen ist, ich möchte nicht sagen, daß er deshalb schon völlig kaputt ist, aber es ist

immerhin ein angekränkelter Wald in Österreich, ein Bestand von 300 Hektar. Wenn man sich überlegt, daß von einem Hektar zehn Personen den Sauerstoff entnehmen, da wären das immerhin schon drei Millionen, die davon Schaden erleiden, wenn der Wald in dieser Größenordnung gestorben wäre. Jedenfalls, wenn man diese Zahl nennt, dann zeigt sich hier bereits, umgelegt auf unsere Bevölkerung, daß sich hier etwas tut, dem man entgegenwirken muß.

Ein weiteres: Ich möchte Ihnen eine kleine Geschichte erzählen. Vor kurzem war ich auf der Stolzalpe. Dort erzählt mir eine Krankenschwester im Kinderheim, daß dort die Kinder in der Sonne liegen und daß sie zählen, wieviele Flugzeuge hier über die Stolzalpe nach Frankfurt oder in Richtung Süden dieses Gebiet überfliegen. Die Kinder haben dort gezählt, daß stündlich nur in diesem Raum 22 Flugzeuge diese Strecke bewältigen. Wenn man dem gegenüberstellt und weiß, daß ein Jumbo-Jet beispielsweise auf 100 Kilometer 1000 Tonnen Kerosin verbraucht und zum Verbrauch von einer Tonne Kerosin 350 Kilogramm Sauerstoff notwendig sind, dann kann man sich vorstellen, wie groß dieser Verbrauch ist oder was in einem solchen Gebiet allein durch die Luft auf uns herunterkommt. Ich sage das deshalb, weil ich glaube, daß es doch notwendig ist, daß wir diesen Dingen ein besonderes Augenmerk zuwenden. Jeder von uns weiß um die Filterwirksamkeit des Waldes. Jeder von uns kennt die Lärmschutzwirkung gestaffelter Wälder. Auch hier ein Beispiel: Ein Waldgürtel von 250 Metern hat eine Lärmschutzabwehrkraft, als ob man ein Haus zwei Kilometer auf einer Wiese wegbaut. Darüber hinaus die Bedeutung des Waldes für unsere ganze Wasserwirtschaft. Es ist auch in diesem Zusammenhang interessant, daß ein Fichtenwald beispielsweise im Sommer bei einem Platzregen, bei einem überstarken Regen allein sozusagen 40 Prozent „ausbalanciert“. Und man möchte es nicht für möglich halten, daß zum Beispiel die Zirbe 60 Prozent zum Ausgleich beiträgt. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „60 Prozent Alkohol beim ‚Zirberl‘?“) Nein, das mag vielleicht ein Wert sein, mit dem sich der Herr Abgeordnete Chibidziura als Oberbaurat beschäftigt, bitte. Dafür habe ich Verständnis. (Abg. Rainer: „Jetzt wirst du nicht mehr behaupten, er versteht nichts!“) Wenn er den Geist von der Zirbe mithineinnimmt, dann kann es ja besser werden, bitte!

Meine Damen und Herren, Spaß beiseite, die ökologische Zeitbombe tickt, das ist außer Zweifel. Wir haben hier den Herrn Präsidenten Feldgrill, das ist ein Forstexperte, der mir auch bestätigen wird, daß auf einem Hektar etwa 500 Bäume wachsen. Wenn ich vorhin gesagt habe, 300.000 Hektar Wald sind angegriffen oder im Grade der Schädigung, und wir rechnen das um, nämlich 500 Bäume auf ein Hektar oder auf 300.000 Hektar, dann bedeutet das, daß bereits 150 Millionen Stämme unseres kostbarsten Gutes Österreichs, nämlich des Waldes - (Abg. Brandl: „Das ist eine Milchmädchenrechnung!“) -, bitte, ich gebe zu, ich habe gesagt, angegriffen sind. Herr Kollege Brandl, ich bestreite nicht, Sie haben vielleicht in dieser Beziehung sicher ein näheres Verhältnis in der Rechnung als ich. Aber ich habe das nur vom Hektarsatz auf die angegriffene Fläche umgerechnet. (Abg. Brandl: „Wir sollten nicht zu stark dramatisieren!“)

Nein, ich will es auch gar nicht! Aber, Sie sind mir nicht böse, wenn ich heute versuche, durch eine etwas stärkere Zeichnung auf die Gefahren hinzuweisen. Es ist nicht so, daß man da einfach so locker darüber hinweggehen kann. Und bitte, letzten Endes haben Forstexperten ja errechnet, daß der Schaden in den österreichischen Wäldern etwa 3,8 Milliarden Schilling beträgt. (Abg. Brandl: „Der Wildschaden ist höher!“)

Meine Damen und Herren, die Frage des sauren Regens zusammengefaßt: Es ist sicher richtig, was der Herr Kollege Brandl sagt, daß dies vielleicht eine kleine Überzeichnung ist, aber Tatsache ist, daß wir wirklich so weit angelangt sind, daß sich sowohl die Landes- als auch die Bundesstellen bemühen müssen, alles zu unternehmen, um nicht noch eine schlechtere Entwicklung sozusagen voranzutreiben. Wir müssen also schauen, daß wir zumindest als erstes die ganzen Dinge stabilisieren, und es ist, bitte, sicher so: Diese Aktion gehört effektiv auch unterstützt und unterstrichen. So, wie die Sozialistische Partei das Jahr des Waldes für 1984 proklamiert, versucht ja das Landwirtschaftsministerium weltweit, das Jahr 1985 als das Jahr des Waldes zu erklären. Und bitte, jeder von uns weiß - wir haben es ja in der letzten Debatte hier im Hause vor zwei Monaten festgestellt -, daß ja aus dem Osten achtmal mehr Schadstoffe kommen als aus dem Westen, daß wirklich einiges hausgemacht ist, aber nicht alles. Wenn der Herr Landeshauptmann zu einem Ideenwettbewerb anregt, dann glaube ich, sollte man auch einmal versuchen, wirklich herauszufinden, wie weit sind wir hier in unserem Land für die Schadstoffe verantwortlich und wieviel kommt von außen, damit wir auch klar und deutlich die Maßnahmen setzen können, damit hier einiges verhindert wird.

Meine Damen und Herren, aber nicht nur im Wald gibt es Probleme, es gibt auch große Probleme im Bereich des Naturschutzes. Der Herr Universitätsprofessor Dr. Franz Wolkinger, ein Steirer, hat anlässlich eines Umweltworkshops erklärt, daß beispielsweise 25 Prozent von 2000 Pflanzen in unserem Land Steiermark bedroht sind, 106 Säugetiere seit 1944 ausgerottet wurden, auf der roten Liste 150 von 1027 Tierarten gefährdet sind.

Meine Damen und Herren, Hohes Haus, warum sage ich das? Ich glaube, eine solche Budgetdebatte ist auch da, daß sich das Land den Spiegel vor das Gesicht hält und prüft, ob es die erforderlichen Schritte in den vergangenen Jahren oder im abgelaufenen Jahr gesetzt hat, die für den Umweltschutz und für den Naturschutz notwendig sind. Wie schaut überhaupt unsere Bilanz aus? Wenn ich mir diese Frage heute hier an diesem Rednerpult vorlege, dann, glaube ich, können wir alle zusammen sagen, im Jahr 1983 ist viel geschehen, und unsere Umweltbilanz ist positiv. Ich darf einige Beispiele zitieren: Wir freuen uns, daß der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer in der Person des Hofrates Dr. Rupprecht nun neben unserem Landeshygieniker Universitätsprofessor Dr. Möse einen Umweltkoordinator für das Land Steiermark eingesetzt hat. Seine Aufgabe ist es, erstens einmal alle Umweltfragen der Regierung und des Landes zu koordinieren. Eine sehr wesentliche Aufgabe von ihm und seiner Abteilung wird es aber sein, ein sogenanntes Vorprüfungsverfahren für größere Projekte einzuleiten, nämlich, daß schon vorher geprüft wird, ist dieses Projekt

umweltverträglich oder ist es nicht umweltverträglich. Die dritte Funktion, glaube ich, soll sein, daß eine Art Umweltombudsmann für unser Land geschaffen wird und diese Funktion ausübt.

Ein besonderer Dank gebührt auch wieder unserem Landeshauptmann in der Frage des Ausbaues unserer Flüsse. Es war bis vor ein, zwei Jahren noch immerhin so – und hier ist ja auch Wesentliches geschehen –, daß man wissenschaftlich auf diesen Bereich gar nicht so sehr geschaut hat. Durch die Initiative in unserem Land ist ein Maßnahmenkatalog ausgearbeitet worden, und wir sind im naturnahen Flußbau ein relativ großes Stück weitergekommen.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses, die Elektrizitätswirtschaft wird heute fast immer ein bißchen verteufelt. Ich möchte gerade heute hier einmal feststellen, daß unsere Landesgesellschaft STEWEAG sehr viel dazugelernt hat und einen ausgesprochen guten Willen bei allem, was mit Fragen Naturschutz, Umweltschutz und auch Energiearchitektur zusammenhängt, an den Tag legt. Nicht umsonst wurde der STEWEAG vor – ich glaube – ein paar Wochen der Geramb-Preis für das E-Werk Bodensdorf, das von der STEWEAG erbaut wurde, verliehen. Das ist eine Auszeichnung und ein Erkenntnis, das man erwähnen soll.

In diesem Zusammenhang möchte ich allerdings noch eine Kritik anbringen und auch dieses Hohe Haus auf diese Tatsache und auf diesen Umstand hinweisen. Immer wieder stellt man fest – ich meine, Energie brauchen wir, und zum Leiten der Energie braucht man Leitungen, aber, was wir verhindern müssen, ist eine Verdrahtung unserer Landschaft. Hier kann man feststellen, daß eine Methode angewandt wird, der man auf die Dauer nicht zustimmen kann. Wenn heute eine neue 110-kV-Leitung gebaut wird und ursprünglich der Strom auf einer 30-kV-Leitung transportiert wurde, bleibt die alte Leitung bestehen, wird dann noch an irgendein untergeordnetes EVU verkauft, und dann haben wir zwei Leitungen, und wenn vor Jahren schon eine 10-kV-Leitung gebaut wurde, dann haben wir nämlich eine 10-kV-Leitung auch noch. Das geht nicht so. Hier müßte man, glaube ich, bei allen Bescheiden und auch im Gesetz bei den Leitungen eine Befristung hineinnehmen, und bevor eine neue Bewilligung erteilt wird, müßte man zuerst wissen, was mit den alten Leitungen geschieht.

Einen wesentlichen Fortschritt, meine Damen und Herren, haben wir auch beim Straßenbau erzielt. Überall bei den Straßenbauten ist der Natur- und Landschaftsschutz dabei. Hier gebührt ein besonderes Lob dem Herrn Dr. Steinbach, unserem Naturschutzbeauftragten, der sehr wesentlich mittut. (Abg. Ofner: „Der Forstwegbau gehört auch dazu!“) Genauso, Herr Bürgermeister und Herr Kollege, gehört genauso dazu. Ich freue mich über diese Bemerkung.

Meine Damen und Herren, vor zwei Monaten ist hier noch kritisiert worden, daß es in der Steiermark keinen Smogalarmplan gibt. Dieser ist damals bereits in der Regierung gelegen. Er wurde vor ein paar Tagen – wie ich gehört habe – beschlossen, und der Herr Kollege Chibidziura hat das kritisiert. Ich darf in dieser Umweltbilanz nun sagen, auch für die gesamte Steiermark gibt es einen Smogalarmplan.

Einen Schritt weiter sind wir auch gekommen bei der Sonderabfallbeseitigung. Hier weiß man allerdings

nicht, meine Damen und Herren, wie es weitergeht. Jeder von uns weiß, der Herr Gesundheitsminister hat die Kompetenz bekommen, das Gesetz tritt mit 1. Jänner in Kraft. Was wird nun passieren? Am 1. Jänner oder im Laufe des Jäners 1984 sind nun alle Firmen und alle, die eben Sonderabfall haben, verpflichtet, dem Land das zu melden. Und jetzt weiß kein Mensch noch, wie das geschehen soll, weil es keine Verordnung gibt, hier ist der Minister in Verzug, und man weiß gar nicht, wohin damit, weil nämlich die Sondermüllbeseitigungsanlage in der Nähe von Linz bei der Bevölkerung auf Widerstand stößt. Die Länder beteiligen sich daran, der Bund, und im Bau geht nichts weiter. Wenn Sie mich heute fragen, ich kann Ihnen darauf keine Antwort geben. Ich hoffe, daß der Herr Minister hier einiges tut und macht und die Initiative ergreift. In der Frage, auch im Zusammenhang mit dem sauren Regen, weiß ja jeder von uns, daß der Schadstoffausstoß von diesen Feuerungsanlagen kommt. Es ist interessant, daß wir im Land Steiermark im Jahre 1973 bereits ein Ölfeuerungsgesetz beschlossen haben, wo wir gesagt haben, ein Prozent darf Schwefel drinnen sein. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Und was hat der Steger gesagt?“)

Und jetzt muß ich Ihnen, und auch dir, Herr Kollege, sagen, und hier ist der Herr Bundesminister und Vizekanzler als Energiechef auch beteiligt, bis heute waren die Mineralölgesellschaften und die ÖMV und wie sie alle heißen gar nicht in der Lage, ein solches Öl, ob leicht, schwer oder mittel, zu liefern, das die steirischen Werte erfährt. Es hat vor kurzem eine Landeshauptleutekonferenz stattgefunden. Es hat eine Länderkonferenz stattgefunden, wo man gemeinsam bemüht ist, diese Frage zu lösen und den Schwefelgehalt zu senken. Eine beachtliche Leistung hat die Steiermark, hervorgerufen durch den Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, in der Frage der kalorischen Kraftwerke und der Entschwefelung vergangenes Jahr in die Tat umgesetzt. Meine Damen und Herren, in der Frage der Müllbeseitigung in Graz ist das Land ja nur am Rande befaßt. Es ist ein Problem für Graz, auf die Dauer wird es so nicht weitergehen. Ich hoffe, daß der junge Stadtrat Dr. Gartler, der mit sehr viel Energie dieses Problem angefaßt hat und in den alle so große Hoffnungen setzen, daß hier etwas geschieht.

Ein weiterer Punkt, meine Damen und Herren, sind die Naturschutzgebiete. Wir haben im Rahmen des Erzherzog-Johann-Jahres das Versprechen abgegeben, daß wir in der Frage des Nationalparks „Niedere Tauern“ versuchen, einen Schritt vorwärts zu kommen. Wir auf der Murtalseite im Raum Murau haben uns gesagt, wir wollen auch einen Beitrag dem Land einbringen und wollten große Gebiete oder fast die gesamte Gemeinde Krakaudorf, Krakauhintermühlen und Schöder zu Naturschutzgebieten erklären. Jetzt muß ich Ihnen sagen, wir waren mit viel Ambition dabei. Aber wenn man dann diese Probleme im Detail sieht, dann sieht das wieder etwas anders aus. Hier darf ich den Herrn Dr. Dattinger zitieren, den Chef der Rechtsabteilung 6, der vor ein paar Tagen bei der Kulturpreisverleihung an den großen Naturschützer unseres Landes, Herrn Hofrat Dr. Fossl, folgendes gesagt hat, ich zitiere wörtlich: „Die Grundbesitzer empfinden so etwas – nämlich die Unterschutzstellung – wie eine Enteignung, wenn diese auch nicht im

Grundbuch steht. Der Mensch empfindet es einfach so.“ Und, meine Damen und Herren, das ist richtig. Es ist so, daß die Grundbesitzer dort eine Reihe von Einschränkungen entgegennehmen müssen. Sie dürfen nicht Wege bauen, wie sie wollen. Es ist so, daß beim Bau von Gebäuden die Zustimmung des Landes erforderlich ist, hohe Kommissionsgebühren zu zahlen sind, und wenn der Naturschutz unter Umständen sagt, es muß der alte Holz- oder Stöcklzaun bleiben, dann darf beispielsweise kein Drahtzaun dort errichtet werden. Es kann nicht wie erforderlich Sand entnommen werden für die Wege und vieles mehr. Und letzten Endes soll ein solches Unterschutzstellen ja bewirken, daß viele dort Erholung finden in einem solchen Schutzgebiet. Das bewirkt, daß viele hinfahren, sie müssen – nachdem ein Naturschutzgebiet nicht befahren werden darf – die Autos außerhalb stehen lassen – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist gesund!“) – danke, ich weiß schon. Alles das erfordert Geld. Und deshalb, meine Damen und Herren, ohne Geld für den Naturschutz, so, wie er bisher dotiert wird, und wenn Sonderdotierungen genehmigt werden, ist es immerhin so, daß ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller sehr dankbar bin, auch den Herrn Abgeordneten Brandl und Ing. Turek seinerzeit, daß sie die Frage des ÖKO-Schillings in die Hand genommen haben.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben die Aufgabe, uns auch weiterhin mit den Fragen des Naturschutzes, Umweltschutzes und vor allem mit der Frage des sauren Regens zu befassen. Wir sollen die Frage der Entschädigung und des ÖKO-Schillings nicht aus dem Auge lassen. Wir können aber sagen, daß unsere Bilanz im Land Steiermark sehr positiv ist. Wir können gleichzeitig feststellen, daß in der letzten Zeit die Gewichtung etwas zu sehr bei der Ökonomie lag und daß wir uns bemühen sollen, als Zielsetzung eine Harmonie zwischen der Ökologie auf der einen Seite und dem industriellen Fortschritt herzustellen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Sponer. Ich erteile es ihm.

Abg. Sponer: Sehr geehrte Frau Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Nicht nur die Umweltschutzsituation und das Umweltschutzes sind im besonderen als Interesse bei unserer Bevölkerung im verstärkten Maß vorgezogen, sondern auch das Interesse für das Gesundheitswesen ist gerade in der jetzigen Zeit sehr, sehr stark im Kommen. Es ist aber nicht möglich, und das wissen wir alle, die wir in der Praxis damit zu tun haben, daß die Einstellung der Menschen in diesem Land zu dieser veränderten Situation, nämlich auch zu Gesundheitsfragen, über Nacht geändert werden kann. Und in wirtschaftlich schlechteren Zeiten ist zu überlegen, wie das Gesundheitsbewußtsein bei unseren Mitmenschen vielleicht noch besser geweckt werden kann und welche Möglichkeiten es dazu gibt. Es gäbe hier einige Möglichkeiten zur Anregung, und zwar in Form von Aufklärungen über die Medien. Hier könnten die Medien einen wesentlichen Beitrag leisten. Es gäbe auch die Möglichkeit der Aufklärung über die Schulen, so daß wir auch bei den jüngsten

unserer Mitbürger beginnen können und natürlich auch ein Transparent der Krankenhauskosten in unserem Land machen.

Meine Damen und Herren! Die steirischen Krankenanstalten stehen seit dem Jahre 1945 in der Zuständigkeit sozialistischer Landesregierungsmitglieder. Erfreulich ist, daß unsere steirischen Krankenanstalten bundesweit zu den günstigsten arbeitenden Anstalten zählen. Auch heute noch. Und trotzdem, trotz dieser Tatsache ist es auch auf Grund der Kostenentwicklung und der Kostenexplosion auf Bundesebene so, daß diese Kostenentwicklung auch vor den Toren unserer steirischen Krankenanstalten nicht Halt gemacht hat. Um nur einen Teil dieser enormen Kostenentwicklung darzustellen oder herauszugreifen, nenne ich zum Beispiel die Personalkosten in unserem Land. Wenn man weiß, daß die Personalkosten in etwa 70 Prozent der Aufwendungen unserer Anstalten betragen, so ist das eine sehr beachtliche Summe. Nur, wie kommen diese 70 Prozent zustande oder wie kommt diese Höherentwicklung zustande? Natürlich auch auf Grund von sozialen Errungenschaften, die es in den letzten Jahren gegeben hat, wie die Urlaubsvermehrung, wie die Einführung der Pflegefreistellung, wie die Einführung der Arbeitszeitverkürzung. All diese sozialen Errungenschaften haben natürlich auch dazu beigetragen, daß sich die Kosten in dieser Richtung nach oben verändern. Aber nicht nur die Personalkosten, sondern auch die Ausstattung unserer Krankenhäuser und neue Einrichtungen tragen hier dazu bei. Was die Ausstattung betrifft, darf ich vielleicht nur in einem Satz die Verkleinerung der Patientenzimmer erwähnen. Daß es auf diesem Gebiet noch sehr viel zu tun gibt, meine Damen und Herren, das wissen wir alle, aber alle wissen ja, daß das nicht auf einmal möglich ist und daß das nur ein Langzeitprogramm sein kann. Aber eine Überraschung hat es im heurigen Jahr gegeben, und zwar für viele Steirerinnen und Steirer, als sie nämlich unseren Herrn Landeshauptmann bei einer seiner üblichen Sonntagsreden im Radio gehört haben (Abg. Aichhofer: „Die sind gut!“), ja, wo er unter anderem darauf hingewiesen hat, daß die Einführung eines selbständigen Wirtschaftskörpers für die steirischen Krankenanstalten beziehungsweise Spitäler deshalb notwendig ist, weil eben die Kostenexplosion so groß ist. Und hier hat er als Beispiel folgendes gebracht: Die Kosten für die steirischen Krankenanstalten im Jahre 1960 – so hörte man im Radio – betragen 300 Millionen Schilling – und jetzt kommt die Steigerung –, im Jahre 1970 war es bereits eine Milliarde Schilling, im Jahre 1975 waren es etwa 2 Milliarden Schilling, im Jahre 1980 waren es gar schon 3 Milliarden Schilling und im Jahre 1982 befinden wir uns schon bei etwa 3,4 Milliarden Schilling. Und diese Entwicklung von den 300 Millionen Schilling zu den etwa 3,4 Milliarden Schilling, das sei nun die Ursache, daß es unbedingt notwendig ist, so rasch wie möglich hier eine Änderung herbeizuführen und so rasch wie möglich, ohne Rücksicht auf Verluste, den selbständigen Wirtschaftskörper für die steirischen Krankenanstalten einzuführen. Ja, meine Damen und Herren, wenn man das als Unbelasteter und Nichtinsider, als steirischer Bürger im Radio hört, so ist natürlich eine solche Darstellung in einer Radiorede mehr als irreführend für die Bevölkerung in diesem Land, und zwar deshalb, weil der Herr Landeshauptmann fairerweise die Dinge

noch ein bißchen ergänzen hätte müssen, nämlich in die Richtung, daß man sich als Nichtinsider ein abgerundetes Bild machen kann. Das würde dann etwa so ausschauen: Wenn gesagt worden wäre, daß das Landesbudget im Jahre 1980 etwa 1,2 Milliarden Schilling betrug und der Aufwand für die Krankenanstalten dann etwa 300 Millionen Schilling, so wäre das ein Verhältnis oder ein Prozentsatz von 26,75 Prozent. Damit könnte man also schon etwas anfangen. Wenn man dann das Jahr 1970 hernimmt, da hat das Landesbudget schon etwa 4 Milliarden Schilling betragen. Wenn also dann etwa eine Milliarde Schilling für die Krankenanstalten aufgewendet wurde, dann sind das nicht ganz 25 Prozent, und zwar deshalb, weil ich hier nur aufgerundete Ziffern nenne, sonst würde es zu lange dauern. Im Jahr 1975 hat das Landesbudget bereits 10,4 Milliarden Schilling betragen, der Aufwand für unsere Krankenanstalten war etwa 2 Milliarden Schilling oder 19,17 Prozent. Im Jahr 1980 Landesbudget 16,5 Milliarden Schilling, etwa 3 Milliarden Schilling für die Krankenanstalten oder 18,87 Prozent. 1982 Landesbudget 19 Milliarden Schilling, 3,4 Milliarden Schilling etwa Aufwand für die Krankenanstalten oder 19,8 Prozent, und für das Jahr 1984, für das kommende Jahr, werden wir ein Landesbudget mit etwa 21,4 Milliarden Schilling beschließen, davon ein Aufwand für unsere Krankenanstalten mit 4,2 Milliarden Schilling oder etwa 20 Prozent. Wenn ich gesagt habe fairerweise, habe ich damit gemeint, wenn man dann gegenüberstellt oder wenn man als Nichtinformierter hört, 300 Millionen Schilling zu 4,2 oder 3,4 Milliarden Schilling, ist das eine irrsinnig große Zahl. Wenn man aber das in den Prozenten betrachtet, dann muß man feststellen, daß zum Beispiel für das Jahr 1984 etwa 20 Prozent vom Landesbudget für die Krankenanstalten ausgegeben werden und daß es im Jahre 1960, wo es nur 300 Millionen Schilling waren, sehr wohl 26,75 Prozent des Landesbudgets waren. Das ist die Wahrheit, und das wäre eine objektive Information gewesen. Warum das der Herr Landeshauptmann nicht gemacht hat, weiß ich nicht, aber ich würde ihn trotzdem ersuchen, wenn er in Zukunft so ähnliche Vergleiche bringt, daß er vielleicht fairerweise auch solche Vergleiche dann anstellt.

Trotzdem, meine Damen und Herren, glauben wir, daß in Anbetracht der Kostenentwicklung, aber auch in Anbetracht der Organisationsform in unseren Krankenhäusern eine Änderung in Form eines selbständigen Wirtschaftskörpers kommen soll. Der sozialistische Landtagsklub bekennt sich zu dieser Notwendigkeit, und ich darf sagen, daß dieses Bekenntnis nicht erst seit heute oder seit gestern bei uns besteht, sondern schon seit vielen Jahren.

Ich werde nun auch versuchen, der Objektivität halber hier eine kurze chronologische Darstellung zu geben, und zwar aus dem Grund, weil ja in den letzten Wochen und Tagen in diesem Haus hier andere Dinge behauptet wurden. So darf ich sagen, daß im Jahre 1975 Herr Landeshauptmann Dr. Niederl dem damaligen Landeshauptmannstellvertreter Sebastian und dem zuständigen politischen Referenten für die Krankenanstalten in unserem Land den Vorschlag gemacht hat, daß für die Neuordnung des Krankenhauswesens ein Beamtenkomitee einzusetzen sei. Das wurde dann auch gemacht, und im Jahre 1978 – es hat sich drei

Jahre dann nicht viel gerührt – wurde vom Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl angekündigt, daß eine Studie über die Ausgliederung von Aufgaben aus dem Landesbereich abgeschlossen wurde. Auf Grund dieser Mitteilung und Zurverfügungstellung dieser Studie nach Anforderung wurden daraufhin Verhandlungen abgeführt, und es wurden Anträge auch von der Österreichischen Volkspartei zu dieser Sache in diesem Hohen Haus eingebracht. Ich darf erinnern – und das ist noch nicht so lange zurück –, daß bei der Parteienvereinbarung über die Zusammenarbeit für die X. Legislaturperiode die vordringliche Behandlung für die Einführung eines selbständigen Wirtschaftskörpers für die Krankenanstalten fixiert wurde. Am 28. Oktober 1981 – also kurz nach der Landtagswahl – wurde von den Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei auch ein diesbezüglicher Antrag im Hohen Haus eingebracht. Am 28. März 1982 fand nun dann das erste Mal eine Information für Abgeordnete und Politiker durch die Vorstände der Rechtsabteilung 1, der Rechtsabteilung 12 und der Fachabteilung IVa in der Direktion des Landeskrankenhauses Graz in dieser Sache „Wirtschaftskörper“ statt. Daraufhin hat am 4. und 5. Mai 1982 eine 17köpfige Delegation eine Studienreise in die Schweiz und nach Vorarlberg unternommen, um sich ähnliche Anstalten, wie sie dort nach unseren Vorstellungen geführt werden, zu besichtigen, und es konnten dann auch gewisse Vergleiche, aber auch Ratschläge und gewisse Vorstellungen eingeholt beziehungsweise wieder mit nach Hause gebracht werden.

Am 14. Juli im vorigen Jahr gab es also weitere Besprechungen in der Direktion des Landeskrankenhauses Graz. Und am 29. Oktober des vergangenen Jahres legte dann der damalige Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs Kopien von Überlegungen, welche der Rechtsanwalt Dr. Kahn und der Steuerberater Dr. Peter bezüglich Betriebsführung von Krankenanstalten erarbeitet haben, vor. In der Folge darauf gab es in relativ kurzen Abständen Parteiengespräche, am 8. November, am 23. November und am 14. Dezember, also vor einem Jahr, gab es wieder in dieser Richtung Parteiengespräche, wobei von unserer Seite bei diesem letzten offiziellen Parteiengespräch ersucht wurde, daß einige Wünsche, die wir dort vorgebracht haben, berücksichtigt werden. Und nun, meine Damen und Herren, erst am 11. Mai dieses Jahres kam die Verhandlungsgruppe der Österreichischen Volkspartei unserem damaligen Ersuchen nach und wurden dann neuerlich für den 16. Mai Parteienverhandlungen anberaumt. Nach diesen Parteienverhandlungen gab es eigentlich nur mehr einen Schriftverkehr und kürzere Gespräche. Am 27. Juni, also bereits in der Urlaubszeit, hat dann der Herr Landeshauptmann einen Entwurf zur Schaffung eines selbständigen Wirtschaftskörpers für die steirischen Krankenhäuser in der Landesregierung aufgelegt, ohne – meine Damen und Herren – vorher das Einvernehmen mit der SPÖ-Fraktion herzustellen. (Abg. Dr. Eichinger: „Das glauben wir nicht!“ – Heiterkeit.)

Da gibt es an und für sich nichts zum Lachen, meine Damen und Herren! Ich fasse Ihr Lachen so auf, daß Sie ungefähr sagen wollen, das brauchen wir so nicht. Nur möchte ich sagen, wozu dann die ganzen Verhandlungen vorher und wozu die Vereinbarungen vorher,

wenn man dann das so mit einem Lächeln abtut! (Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist alles geklärt!“) Es ist nichts geklärt! Leider ist bis heute noch nicht alles geklärt, meine Damen und Herren! Wenn es geklärt wäre, so müßten wir es hier nicht sagen. (Abg. Schrammel: „Wir lachen, weil du so lange redest!“) Vielleicht wissen es nur ein paar. Aber jedenfalls darf ich sagen, wir wissen nichts. Vielleicht wissen Sie es, dann sind Sie besser informiert. Es hilft ja nichts, es ist eine lange Vorgeschichte. Ich mache es ohnehin recht kurz.

Am 18. Juli, meine Damen und Herren, gab es dann die Sondersitzung der Landesregierung, wo mit ÖVP-Mehrheit dieser berühmte Grundsatzbeschluß gefaßt wurde. Und obwohl nachher Landesrat Dr. Klausner in Angelegenheit selbständiger Wirtschaftskörper und Landesholding bezüglich des gefaßten Grundsatzbeschlusses Gutachten von den Professoren Öhlinger und Wimmer einholte, welche eindeutig aussagten, daß der gefaßte Grundsatzbeschluß vom 18. Juli 1983 verfassungswidrig und nichtig ist, trotzdem wurde er, um es jetzt mit einem Zitat aus dem Erbkönig zu sagen: „Und bist du nicht willig, dann brauch ich Gewalt“, am 24. Oktober dieses Jahres hier im Steiermärkischen Landtag, und zwar mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ, beschlossen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das war gewaltlos!“) Aus Zeitgründen lese ich es nicht vor, daß der Herr Landeshauptmann hier aufgefordert wird, das und das zu machen. Das hat jeder. Ich möchte nur eines sagen, weil der Kollege Schützenhöfer gestern in seiner Generalrede davon gesprochen hat (Abg. Dr. Hirschmann: „Das war sehr beachtlich!“), von der Zusammenarbeit und vom Weg der Gemeinsamkeit, muß ich sagen, daß gerade in dieser Hinsicht nicht viel davon zu merken oder zu sehen war.

Noch eines, meine Damen und Herren, damit komme ich schon zum Schluß: Veränderungen, die nicht ausschließlich eine Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Abläufe zum Ziel haben und diese bringen, solche Veränderungen finden von uns sicherlich auch in Zukunft keine Zustimmung. (Abg. Dr. Hirschmann: „Von uns auch nicht!“) Und noch etwas, meine Damen und Herren! Man kann nicht durch Schaffung neuer Einrichtungen ohne genaue Zielvorstellungen, das ist ja die Situation, bestehende funktionierende Organisationsformen über Nacht ausschalten wollen, denn wenn das gemacht wird und wenn das durchgeführt wird, meine Damen und Herren, ist das nicht nur eine Verunsicherung der steirischen Bevölkerung, sondern auch eine starke Verunsicherung der Bediensteten in unseren Landeskrankenanstalten. Und eine Veränderung, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, der derzeitigen Verantwortungsbereiche aus politischen Gründen kann nicht Ziel einer verantwortungsbewußten und aufrechten Gesundheitspolitik sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lind. Ich erteile es ihm.

Abg. Lind: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ist Grün eine Modefarbe? Nein, grün ist die Natur, und ich hoffe, noch sehr lange. Grün soll unser Lebensraum bleiben, davon reden wir nicht, dafür arbeiten wir. Das Modell Steiermark hat kräftige Impulse

gesetzt. In Entsprechung dieser Impulse hat der Steiermärkische Landtag gehandelt und Gesetze für den Naturschutz und Umweltschutz beschlossen, zum Beispiel das Raumordnungsgesetz, das Naturschutzgesetz. Auch in die Bauordnung wurden geeignete Bestimmungen eingebaut, um nur einige Dinge aufzuzählen. Diese unsere Welt ist ein Raumschiff. Diesem Raumschiff sind nur einige Dinge mitgegeben, mit denen wir auskommen müssen: die wichtigsten Lebens Elemente, Wasser, Pflanzen, aber auch die Rohstoffe, die gesamte Vegetation, der Wald, der Sauerstoff und all diese Dinge. Raubbau an Rohstoffen wurde bereits genug betrieben. Mit Abgasen haben wir bereits die Welt vergiftet und mit Chemikalien das Grundwasser verseucht, um nur einige Dinge aufzuzählen. Aber auch der Krieg ist es, der die direkte und indirekte Vernichtung bringt. Wenn wir überleben wollen, müssen wir zusammenstehen und gemeinsam unseren Lebensraum lebenswert erhalten, aber auch Frieden halten auf dieser Welt, denn hier liegen ja die großen Gefahren in den kriegerischen Auseinandersetzungen, wie bereits erwähnt.

Die Berg- und Naturwächter, um diese besonders herauszustreichen, arbeiten freiwillig und uneigennützig und beispielhaft. Versuchen wir alle, unsere Mitmenschen und die Jugend in diesem Sinne und nach deren Muster vom Naturschutzgedanken zu begeistern. Um nur einige Dinge hier aufzuzeigen über die Tätigkeit der Berg- und Naturwacht, die sich ganz besonders um den Umweltschutz und um den Naturschutz bemüht, kann ich einige Auszüge aus dem Tätigkeitsbericht des Jahres 1982 bringen: Es gibt zur Zeit in der Steiermark 2542 Berg- und Naturwächter und 183 Anwärter, die in 181 Ortsgruppen und in 19 Bezirksleitungen zusammengesetzt sind. In Einzelsätzen zur Überwachung der Einhaltung landesgesetzlicher Vorschriften zum Schutz der Natur waren 27.000 Einsätze erforderlich, die dafür aufgewendete Zeit betrug 157.000 Stunden. Mit eigenem Pkw wurden 310.000 Kilometerleistungen erbracht, Anzeigen an die Bezirksverwaltungsbehörde erstattet und vor allen Dingen durch Ermahnungen und Einzelaufklärungen wurde entschieden zum Schutz der Natur und der Landschaft beigetragen. Gerade die Tätigkeit der Aufklärung soll Vorrang haben. In vielen Gemeinden wurden Baumpflanzungen und Begrünungen durchgeführt, aber auch Mauern und Betonwände wurden begrünt. Im Berichtsjahr wurden 63 Marterln, Bildstöcke oder Feldkreuze instand gesetzt und 13 neu errichtet. Dabei haben sich beteiligt die Berg- und Naturwächter 10.000 mal, in 15.000 Arbeitsstunden mit eigenem Pkw 11.000 Kilometer zurückgelegt. In 425 Schulungsveranstaltungen mit einem Zeitaufwand von 12.000 Stunden und einer Fahrleistung von 42.000 Kilometern sind die Berg- und Naturwächter, insbesondere Einsatzleiter, fortgebildet worden. Die Steiermärkische Natur- und Bergwacht leistet ihre Beiträge für die Landschaft, für unseren Lebensraum, für die Umwelt im wesentlichen im Rahmen der Aktion „Saubere Steiermark“. Gerade das ist ein fester Bestandteil in den Jahresarbeitsprogrammen sowohl des Landtages für die gesamte Steiermark als auch in den Bezirksleitungen und Ortseinsatzleitungen dieser Bereiche. Es wurden zum Beispiel Fluß- und Bachbegehungen von mehr als 80 Berg- und Naturwächtern geleistet, die geeignet ausgebildet sind und auch den Baubezirkslei-

tungen Unterstützung bieten. Es werden jährlich sämtliche Fluß- und Bachufer begangen, aber auch selbsttätig geeignete Räumungen und Instandsetzungen von Uferbewachsen hergestellt.

Einen sehr wesentlichen Teil der Arbeiten nehmen die ständigen Einsätze für die Sauberhaltung und Reinigung der Landschaft ein. In den 181 Ortseinsatzstellen des Landes waren für diese Aufgaben 742 Berg- und Naturwächter ständig im Einsatz. Sie haben gerade bei der Autowrackbeseitigung aktiv zum Natur- und Landschaftsschutz beigetragen. Insgesamt haben die Berg- und Naturwächter Beiträge zur Erhaltung des Lebensraumes beziehungsweise in der Aktion „Saubere Steiermark“ im Ausmaß von 21.000 Einsatzstunden geleistet und sind mit den eigenen Pkw 30.000 Kilometer gefahren. Besonders den Ortseinsatzstellen des ländlichen Bereiches haben Berg- und Naturwächter, die gleichzeitig Landwirte oder Bauern sind, ihre Traktoren, Ladegeräte und Zugvorrichtungen freiwillig und unentgeltlich für diese Arbeiten zur Verfügung gestellt. Die Bergung von Autowracks aus Gräben und Schluchten und unwegsamem Gelände wurde in der Hauptsache durch diese Bergwächter erledigt.

Der Baraufwand der Steiermärkischen Berg- und Naturwächter wurde mit 1.200.000 Schilling errechnet. Dieser Berechnung wurde ein Kilometergeld von nur 2 Schilling – also sehr wenig – und eine Entschädigung von nur 50 Schilling – eigentlich auch zuwenig – für Verdienstentgang zugrundegelegt. Arbeiten, die während der Freizeit, also an Samstagen und Sonntagen, geleistet wurden, sind hier nicht mitinbegriffen.

Die Arbeiten in der in diesem Bericht dargestellten Art wurden selbstverständlich auch von den Gemeinden geeignet unterstützt. In eigenen Aktionen oder in Zusammenarbeit mit den Gemeinden oder privaten Vereinigungen, Vereinen und so weiter werden „Tage der sauberen Landschaft“, „Saubere Dorfgemeinde“ und unter ähnlichen Bezeichnungen auch andere Aktionen durchgeführt. Im Jahre 1982 wurden dabei rund 600 Lkw- und Traktorladungen frei abgelagerten Mülls eingesammelt und auf geordnete Deponien gebracht. Neben diesen Großeinsätzen und für die Reinigung der Landschaft besonders bestimmten Einsätzen ist jeder Berg- und Naturwächter bei jeder Gelegenheit, und das ist bei jedem Aufenthalt in der freien Landschaft, bemüht, Unratablagerungen wegzuräumen und zu verhindern. Die Berg- und Naturwächter des Landes sind insbesondere durch Aufklärung auch mit der Reinhaltung der Luft befaßt. Wiederholt haben sie dazu beigetragen, daß das Abbrennen von Müll und Autoreifen verhindert wurde. Aber ein besonderes Anliegen – wie bereits erwähnt – ist die Beseitigung der Autowracks. Es wurden seit dem Jahre 1976 – hören und staunen Sie – 50.000 Autowracks weggeschafft.

Das Arbeitsprogramm für das nächste Jahr ist wieder sehr vielseitig. Es befaßt sich stets stark neben den Einsätzen mit Schulungen der Bergwächter, mit der Tätigkeit der Aufklärung zur Stärkung des Gedankens für den Natur- und Umweltschutz.

Gute Aussagen finden Sie aber auch im „Steirischen Naturschutzbrief“, und ich empfehle Ihnen, diesen auch laufend zu lesen.

Die Berg- und Naturwächter sind unsere freiwilligen Helfer, sie sind die Berater und Naturschützer. Wir

danken allen diesen freiwilligen Helfern sehr, sehr herzlich für ihre Tätigkeit und für ihren oft unbedankten und freiwilligen Einsatz. Die Erhaltung der natürlichen Umwelt ist die Grundlage für unsere Gesundheit, für unsere Lebensqualität und für die wirtschaftliche Stabilität. Es ist dies die Voraussetzung für das Überleben von Menschen, Tieren und Pflanzen. Die roten Listen über gefährdete und ausgestorbene Tiere und Pflanzenarten sind Alarmzeichen. Benehmen wir uns nicht so, als wären wir schon die letzte Generation! Denken wir auch an die, die nach uns kommen! Einem Jahrhundert der Vergiftung dieser unserer Welt müssen Jahrzehnte der Entgiftung folgen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Brandl.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Dem Umweltschutz wird im allgemeinen in den Diskussionen der Menschen unseres Landes ein weit höherer Stellenwert beigemessen, als dies dann in den Budgetansätzen der Gebietskörperschaften einschließlich des Landes Steiermark zum Ausdruck kommt. Mit einem Wort gesagt, es ist ein großer Unterschied zwischen unserem Wollen und zwischen unserem Können, wenn ich das mit diesen Begriffen sagen darf. Dieser Unterschied wird etwas gemildert durch den neuen Umweltschutzfonds der Bundesregierung, der bekanntlich für das Jahr 1984 mit einem runden Aufwand von einer halben Milliarde Schilling erstmals installiert wird. Aber, meine Damen und Herren, ich möchte dazusagen, wir dürfen uns auch daraus keine Wunder erwarten, weil selbstverständlich für die Großprojekte des Umweltschutzes enorme Mittel aufgebracht werden müssen und für die vielen kleineren Dinge aus diesem Titel heraus wahrscheinlich kein Geld zur Verfügung steht. Diese grundsätzliche Feststellung über den Umweltschutz im allgemeinen gilt auch für den Natur- und für den Landschaftsschutz. Es ist erfreulich, daß im Landesbudget 1984 eine Million Schilling mehr für diesen Teilbereich eingesetzt wurde, es ist aber andererseits auch festzustellen, daß im Unterabschnitt „Natur- und Landschaftsschutz“ nun insgesamt 2,5 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Ich sage das nicht als Vorwurf, ich sage das ganz einfach als Feststellung, weil bei der Abwägung vieler anderer Interessen halt dafür nicht mehr übriggeblieben ist. Für das Land Steiermark bedeutet das, daß wir grob geschätzt pro Kopf der Bevölkerung 2 Schilling für unseren Natur- und Landschaftsschutz aufwenden. Das ist allerdings, meine Damen und Herren, ein sehr niedriger Betrag, wenn man bedenkt, daß Salzburg beispielsweise 14 Schilling pro Kopf der Bevölkerung und Vorarlberg 23 Schilling pro Kopf der Bevölkerung aufwenden. Diese Zahlen zeigen sehr deutlich unsere steirische Situation, und ich möchte hier sagen, das Naturschutzgesetz beinhaltet auch, daß ein Landschaftspflegefonds einzurichten ist. Dieser Landschaftspflegefonds ist derzeit mit 850.000 Schilling dotiert, und ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß man mit diesem Betrag keine großen Schritte in dem riesigen Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes unternehmen kann. Das heißt mit einem anderen Wort, und

es ist schon einige Male hier im Hohen Haus ausgesprochen worden, daß wir mehr Mittel dafür brauchen. Das, glaube ich, ist das einzig wahre Wort. Alles andere ist nur Herumreden. Ein Weg dazu ist sicher eine Landschaftspflegeabgabe, und es ist sicher gerechtfertigt, wenn wir uns nach dem Verursacherprinzip im Jahre 1984 ernstlich daranmachen, den ÖKO-Schilling in der Steiermark zu verwirklichen. Es gibt ja bereits eine Petition, der alle drei Fraktionen beigetreten sind, es gibt eine grundsätzliche Übereinstimmung, daß auf diesem Gebiet etwas geschehen soll, und ich glaube daher, daß es notwendig wäre, hier ernstlich an diese Frage heranzugehen. Wir haben im vergangenen Jahr schon sehr ausführlich darüber geredet, und ich habe voriges Jahr bei der Budgetdebatte erklärt, daß es keinen Sinn hat, länger darüber zu reden, sondern daß es entscheidend ist, endlich zu handeln. Es ist ein Jahr vergangen, und meine neuerliche Aufforderung ist, im kommenden Jahr diese so wichtige Frage in Angriff zu nehmen und damit dem Natur- und Landschaftsschutz mehr Mittel zuzuführen.

Noch eine grundsätzliche Feststellung: Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß der Natur- und Landschaftsschutz nicht nur eine finanzielle Frage ist. Es sind auch andere ganz entscheidende Fragen, die hier hereinwirken. Es ist einmal die Bewußtseinsbildung, die bei weitem noch nicht so ist, wie wir sie uns in unserem Land wünschen. Durch das Raumordnungsgesetz, durch das Naturschutzgesetz haben wir die entsprechenden Instrumente, und es wird notwendig und zweckmäßig sein, in verstärktem Ausmaß Raumordnung und Landschaftsschutz zusammenzuspannen, um hier entsprechende koordinierte und zielführende Maßnahmen treffen zu können. Ansätze dafür sind da. Sowohl im Beirat der Raumordnung als auch im Beirat des Naturschutzes bestehen hier Versuche, Übereinstimmungen, Koordinationen zusammenzubringen. Ich bin hier der gleichen Auffassung wie Kollege Schaller, der – glaube ich – dies in der Gruppe 0 schon angeführt hat, und ich möchte hier sagen, so wie er, daß Gesetze im Natur- und Landschaftsbereich ganz einfach einzuhalten sind. Und daß alle notwendigen Konsequenzen gegen hartnäckige Sünder – Kollege Schaller hat einige Beispiele angeführt – hier gemeinsam zu ziehen sind.

Die zweite schwierige, aber auch sehr entscheidende Frage ist die Abstimmung zwischen der Ökologie und zwischen der Ökonomie. Das ist – glaube ich – das Hauptproblem, denn es ist viel leichter, über eine Harmonisierung dieser zwei ganz entscheidenden Begriffe zu reden, als tatsächlich auch in der Wirklichkeit eine Übereinstimmung zusammenzubringen. Wir müssen doch feststellen, daß die Auseinandersetzungen in diesem Bereich immer stärker und immer intensiver werden.

Wenn ich nur kurz zwei Beispiele anführe, ohne ins Detail zu gehen: Sie alle kennen die langen schwierigen Auseinandersetzungen, die es bei der S 8 im Ennstal gibt. Ich bin überzeugt, diese Frage wird bei der Beratung in der Gruppe 6 auch noch eine gewisse Rolle spielen. Und ein zweites Beispiel, was mich auch sehr bedenklich stimmt: Was nützt es, wenn wir lange Überlegungen beispielsweise beim Ausbau der Bundesstraße bei den Scheiflinger Öfen droben im Murtal anstellen, wenn im Landesnaturschutzbeirat versucht

wird, hier zu einer Einigung, zu einem Vorschlag zu kommen, der letzten Endes dann auch von den Straßenbauern zur Kenntnis genommen werden könnte. Ich höre jetzt, ich weiß nicht, ob diese Information richtig ist, daß der Ausbau dieser Straße unter diesen Bedingungen abgelehnt worden ist, weil er ganz einfach nicht finanzierbar ist, weil er weit über das hinaus geht, was man sich unter normalem Ausbauvorhaben in dieser Art und Weise vorstellt. Das ist letzten Endes die Schwierigkeit, und daher sollten wir versuchen, mehr mit sachlichen Argumenten – ich weiß schon, wie schwierig diese Frage ist – den Dingen beizukommen und Emotionen mehr abzubauen und nicht, wie es fallweise auch geschieht, nur mit Emotionen diese Fragen behandeln. Denn auf die Dauer gesehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird es keine extremen Standpunkte weder in die eine noch in die andere Seite geben. Das gilt für die Technokraten genauso wie für jene Umweltschützer, die am liebsten den Urzustand unserer Landschaft hätten, aber so nebenbei alle Fortschritte und alle Möglichkeiten technischen Fortschritts selbstverständlich konsumieren wollen. Ich glaube, nur ein Mittelweg kann hier die Lösung sein.

Abschließend noch einmal das Ersuchen, im Jahr 1984 mit einem Landschaftspflegegesetz die finanzielle Basis für die so wichtige Aufgabe des Natur- und Landschaftsschutzes im Land Steiermark zu verbessern. Danke schön! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Tschernitz.

Abg. Tschernitz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil sich die Gruppe 5 mit den Fragen des Gesundheitswesens und der Krankenanstalten befaßt und ich eigentlich glaube, daß die Bevölkerung unseres Landes das Recht darauf hat, daß gerade hier in diesem Ressort auch hervorragende Arbeit geleistet wird. Es wurde schon von einigen Vorrednern aufgezeigt – mir persönlich ist es vielleicht auch nicht ganz verständlich –, daß gerade hier in diesem Ressort, wo so Großartiges im gesamten Land in der Ausgestaltung der Krankenanstalten, in der Führung der Krankenanstalten und sehr Positives geleistet wird, jetzt mit sehr großer Macht – möchte ich sagen – nun dieser selbständige Wirtschaftskörper eingeführt werden soll, ohne daß die abschließenden Gespräche, die dazu notwendig sind, geführt werden. Wie könnte man anders, als wenn man persönlich mit diesen Dingen konfrontiert wird, doch auf einige Dinge innerhalb unseres Bezirkes hinzuweisen, weil in unserem Bezirk drei Krankenanstalten vorhanden sind, die vom zuständigen Referenten der Steiermärkischen Landesregierung, Gerhard Heidinger, betreut und ausgestattet werden. Es sind dies die zwei Landeskrankenanstalten Rottenmann und Bad Aussee sowie das Diakonissenkrankenhaus in Schladming, welche mit sehr namhaften finanziellen Mitteln immer wieder unterstützt werden. Wir sind sehr stolz darauf und sehr froh, denn der große Einzugsbereich zu unseren Krankenanstalten, der immer noch zunehmende Straßenverkehr mit diesen schweren Verkehrsunfällen auf dieser Gastarbeiterroute, die besondere Bedeutung des Fremden-

verkehrs im Bereich der Dachstein-Tauern-Region, im Bereich des Salzkammergutes, und vor allem aber der sehr schlechte Bauzustand des Patientengebäudes im Landeskrankenhaus Rottenmann waren ausschlaggebend und haben eigentlich das Land veranlaßt, daß die Krankenhäuser Rottenmann und Bad Aussee in mehreren Ausbaustufen auf einen modernen Standard gebracht werden. Wir können heute mit Freude berichten, daß gerade die erste Bauetappe im Landeskrankenhaus Rottenmann im Betreuungsweg von der Siedlungsgenossenschaft Rottenmann errichtet und um die Jahreswende 1983/84 abgeschlossen sein wird. Immerhin erfordert diese Bauetappe einen Kostenaufwand von rund 200 Millionen Schilling. Unmittelbar nach Abschluß dieser Bauetappe und nach Übersiedlung der Patienten aus dem alten Bettentrakt ist die Inangriffnahme der zweiten Bauetappe vorgesehen; diese beinhaltet den Abbruch des alten Bettenhauses, die Errichtung einer Geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung mit rund 40 Planbetten sowie eine Quarantänestation mit 14 Planbetten, die bei Nichtauslastung der Internen Abteilung zugeschlagen werden kann. Weiters sind in dieser Etappe die Räume für die Psychotherapie, die Obduktionsräume, die Liegendkrankenaufnahme, die Cafeteria, Dienst- und Sozialräume sowie die Räume für die Verwaltung vorgesehen. Nach Fertigstellung dieser zweiten Bauetappe wird das Landeskrankenhaus Rottenmann voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1986 als dreiabteiliges Standardkrankenhaus mit insgesamt 219 Planbetten geführt werden. Auch die Baukosten dieser zweiten Bauetappe werden rund 200 Millionen Schilling betragen. Eine sehr erfreuliche Bilanz, wo wir wissen, wie dringend notwendig gerade in diesem Bereich dieser Ausbau gewesen ist. Ich glaube, man kann den zuständigen Referenten der Landesregierung, Landesrat Gerhard Heidinger, hier nur ersuchen, daß auch die zweite Bauetappe so zügig, wie es bei der ersten gewesen ist, vorangetrieben wird, weil ich glaube, auch hier sagen zu können, daß gerade dieses Krankenhaus von medizinischer sowie auch von chirurgischer Seite her mit hervorragenden Fachleuten besetzt ist und einen besonders guten Ruf im gesamten Gebiet hat. Dieses Landeskrankenhaus hat auch einen besonders großen Einzugsbereich des gesamten Paltentales bis in das mittlere Ennstal und auch das gesamte untere Ennstal zu versorgen.

Zusätzlich wurde auch das Landeskrankenhaus Bad Aussee mit sehr wesentlichen Verbesserungen und Erweiterungen in den letzten Jahren ausgestattet. Hier begann man bereits 1976 mit der Planung zur Erweiterung dieser damals einabteiligen chirurgischen Abteilung des Landeskrankenhauses Bad Aussee zu einem zweiabteiligen Krankenhaus der Standardversorgungsstufe. Diese Planung umfaßte unter anderem die Errichtung einer internen Abteilung mit 37 Planbetten, die Neugestaltung beziehungsweise Errichtung des Speisesaales und der Küche, die Adaptierung von Patientenzimmern im Altbau, den Ausbau der Ambulanz, den Neubau eines septischen Operationssaales und die Umgestaltung des Eingangsbereiches. Letzteres wird ebenfalls um den Jahreswechsel 1983/84 fertiggestellt sein. Es wurde auch 1977 mit dem Erweiterungsbau begonnen, der bereits im Februar 1980 seiner Bestimmung übergeben werden konnte, wo die neuerrichtete Abteilung damals ja in einer feierlichen

Form übergeben wurde. Auch diese Gesamtkosten für den Ausbau und die Generalsanierung des Landeskrankenhauses in Bad Aussee werden bis zur endgültigen Fertigstellung dieses Eingangsbereiches – wie bereits erwähnt – rund 25 Millionen Schilling betragen. Es sind also bedeutende Mittel des Landes Steiermark, die hier überall wiederum eingesetzt werden. Zusätzlich kommt noch die Betreuung des Diakonissenkrankenhauses Schladming, bei dem vielen unserer Menschen nicht bekannt ist, daß hier das Land Steiermark sehr wesentliche Mittel für dieses Krankenhaus zur Verfügung stellt, das ja dem Evangelischen Diakoniewerk Gallneukirchen – also aus Oberösterreich – gehört, welches in der Steiermark noch ein Altenheim in Graz sowie in anderen Bundesländern Senioren-, Alten-, Behinderten- und Erholungsheime unterhält und führt. Ursprünglich befand sich das Krankenhaus ja im Stadtkern von Schladming – der Herr Abgeordnete Kröll wird diese Entwicklung ja sicherlich sehr genau kennen –, und es wurde damals schon eine Erweiterung erforderlich, die nur durch die Errichtung eines Neubaus eigentlich sinnvoll erzielt werden konnte. Dieser Krankenhausneubau konnte am jetzigen Standort im Jahre 1960 mit 71 Planbetten in Betrieb genommen werden. Gerade durch die Forcierung und große Entwicklung des Fremdenverkehrs in dieser Dachstein-Tauern-Region mußte man hier feststellen – natürlich auch zusätzlich durch das erhöhte Verkehrsaufkommen in diesem Bereich –, daß das neuerrichtete Objekt bereits in Kürze wieder voll ausgelastet beziehungsweise überlastet gewesen ist. Der Anstaltsträger entschloß sich daher zu einer Errichtung eines Erweiterungsbaues, der zu einer Aufstockung des Planbettenbestandes auf 100 Patientenbetten führte. Die Eröffnung konnte bereits im Juni 1975 durchgeführt werden. Mit der Eröffnung dieses einabteiligen Krankenhauses mit 100 Betten ist auch der Vorgabe des Regionalplanes für die Akutkrankenversorgung für den Bereich Nord hinsichtlich der Bettenanzahl voll entsprochen worden. Das Diakoniewerk Gallneukirchen beantragte natürlich die Übernahme eines wesentlichen Teiles des Betriebsabganges durch das Land Steiermark. Da dem Spital im Rahmen der Regelversorgung eine wesentliche Bedeutung bei der Versorgung der Bevölkerung des Gerichtsbezirkes Schladming zukommt, wurde dieser Antrag gestellt. Nach Abschluß von Verhandlungen auf Regierungsebene hat die Steiermärkische Landesregierung eigentlich über Antrag des damaligen Landesrates Bammer in ihrer Sitzung am 10. Juli 1978 den Beschluß gefaßt, alljährlich einen Zuschuß zum Betriebsaufwand dieses Spitals in Höhe von 90 Prozent des Nettobetriebsabganges nach Abzug des Betriebszuschusses aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds zu gewähren. Der Anstaltsträger wurde in diesem Übereinkommen auch verpflichtet, die Kostenstellenrechnung durchzuführen und um die Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes anzuschreiben, soweit es von seiten der Landesregierung verlangt wurde. Aber ohne Verlangen wurde dann bereits um die Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes angesucht, weil dadurch auch ein höherer Betriebszuschuß gewährt wurde. In der Folge wurde mit Bescheid der Steiermärkischen Landesregierung am 6. Juli 1981 dem Diakonissenkrankenhaus Schladming das Öffentlichkeitsrecht verliehen. Damit sind natürlich besondere Mittel verbunden. Neben der

vertraglich vereinbarten Übernahme von 90 Prozent des Nettobetriebsabganges werden dem Krankenhaus Schladming auch laufend Investitionsförderungsmittel vom Land Steiermark zur Verfügung gestellt. So wurde 1981 für Investitionen ein Betrag in der Höhe von rund einer Million Schilling für vorwiegend medizinisch-technische Ausstattung, die den Ankauf von Patientenbetten betraf, aufgewendet. Für diese Investitionen wurden vom Land und vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds je 400.000 Schilling an Förderungsmitteln zur Verfügung gestellt. Im Jahr 1982 erfolgte eine Erweiterung und Adaptierung des Kreißsaales inklusive der Anschaffung eines Anästhesiegerätes. Hiefür wurden aber wiederum Mittel von 900.000 Schilling aufgewendet, und der Zuschuß für diese Investitionen betrug von seiten des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wiederum 400.000 Schilling und jener des Landes Steiermark neuerliche 300.000 Schilling. Gerade im heurigen Jahr wurden für medizinische Untersuchungsgeräte 700.000 Schilling und für die Adaptierung der Anstaltsküche 300.000 Schilling investiert, was wiederum geteilt wurde, und zwar vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds 400.000 Schilling und vom Land Steiermark auch wiederum 400.000 Schilling. Nur an diesen drei Beispielen sieht man, welche große Bedeutung die Krankenanstalten in einem geographisch so schwierigen Gebiet haben und welche bedeutenden Mittel gerade hier in diese Krankenanstalten geflossen sind. Es sind bedeutende Mittel des Landes Steiermark, die hier eingesetzt wurden, um den modernen Anforderungen der heutigen Zeit in den Krankenanstalten gerecht zu werden. In einem Bezirk, der auf Grund seiner Größe, seiner geographischen Lage und seiner Struktur gerade ärztlich besonders schwierig zu betreuen ist, haben die Modernisierung und der Ausbau der Krankenanstalten eben eine besondere Bedeutung.

Ich möchte daher im Interesse der gesamten Bevölkerung ganz besonders herzlich danken, daß man bereit war, hier den Ausbau dieser Krankenanstalten in unserem Bezirk vorzunehmen, und darf besonders dem zuständigen Referenten der Steiermärkischen Landesregierung, Herrn Landesrat Gerhard Heidinger, mit all seinen Mitarbeitern den herzlichsten Dank zum Ausdruck bringen. Selbstverständlich auch allen bis hinunter zu den Bauarbeitern, den Gewerbetreibenden, die an dieser zügigen Gestaltung des Landeskrankenhauses in Rottenmann beteiligt waren, und vor allen Dingen darf ich hier sagen, daß die hervorragende Ausgestaltung der Krankenanstalten besonders zur positiven Entwicklung und zum positiven Eindruck auch im Rahmen des so bedeutenden Fremdenverkehrs in unseren Regionen in unserem Bezirk beiträgt.

Ich darf nur ersuchen, daß auch in Zukunft die noch nötigen Mittel hier für diese Krankenanstalten zur Verfügung gestellt werden. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Präsident Feldgrill: Der Herr Abgeordnete Halper hat sich zum Wort gemeldet.

Abg. Halper: Hohes Haus! Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Die Gruppe 5 Gesundheit beschäftigt sich auch mit Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft. Eine steirische

Tageszeitung hat am 27. Mai dieses Jahres berichtet, die Schlagzeile lautet: „Den Steirern geht die Luft aus.“ Es steht dort weiter, und ich zitiere nunmehr wörtlich: „Den Steirern scheint langsam aber sicher die Luft auszugehen. Wie der offizielle Schwefeldioxydjahresbericht 1982 aufzeigt, ist der Schadstoffgehalt in der Luft und in den Luftkrisengebieten der Steiermark wieder gestiegen.“ Zitatende. Geschätzte Damen und Herren, die Grenzwerte der Zone 2, die Steiermark, die gesamte Steiermark, ausgenommen die Naturschutzgebiete, Kur- und Erholungsorte und die hochbelasteten Gebiete, wurden im Jahre 1982 bei nahezu allen Meßstationen, besonders aber in den Wintermonaten, zum Teil sehr erheblich überschritten. Selbst dem gutmütigsten Landesbürger dürfte angesichts dieser Meldungen die Luft wegbleiben, was in vielen Landesteilen wohl auch gesünder sein wird. Wie dem Bericht der Landesbaudirektion zu entnehmen ist, hätte 1982 der Stand an Luftverunreinigung mehrmals ausgereicht, um einen Smogalarm auszulösen. So weit sind wir aber noch nicht, entsprechende Alarmpläne befinden sich allerdings noch im Entwicklungsstadium. Nach dem Abgeordneten Ritzinger sind wir schon etwas weitergekommen. Deshalb ist es erfreulich, geschätzte Damen und Herren, daß im Budget 1984 für Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft ein Betrag von 4,2 Millionen Schilling vorgesehen ist und dies eine beträchtliche und beachtliche Steigerung gegenüber dem Jahr 1983 mit der damaligen Summe von 256.000 Schilling darstellt. Es ist vorgesehen, daß ein Smogalarmplan in die Tat umgesetzt werden soll und als zweites, einem Anliegen vieler Regionen folgend, daß auch die notwendigen Meßgeräte aufgestellt werden. Geschätzte Damen und Herren, wir brauchen diesen Emissionschutzplan, landläufig bezeichnet als Smogalarmplan, vor allem für die austauscharmen Wetterlagen und Gebiete. Dies sind im besonderen die Stadt Graz, die Region Voitsberg/Köflach und auch Aichfeld-Murboden. Bereits 1974 hat der Steiermärkische Landtag das Luftreinhaltegesetz beschlossen, aber erst im Jahre 1982 ist eine erste Durchführungsverordnung abgesehen worden, womit lediglich die Emissionswerte für Schwefeldioxid und Staub verankert worden sind und das Landesgebiet in drei Luftgütezonen eingeteilt wurde.

Geschätzte Damen und Herren! Nun könnten wir die Probleme dramatisieren und das Problem „Saubere Luft“ auch, wie es viele wissenschaftlich tun, eskalieren lassen. Aber ich glaube, es wird mehr denn je notwendig sein, diese Problematik, die heikel und diffizil ist, sachlich zu führen. Ich gebe diesen Zusammenhang nur zu bedenken. Österreich und die Steiermark sind ein Fremdenverkehrsland. Wir haben im Jahre 1982 128 Millionen Nächtigungen zu verzeichnen gehabt, und der Fremdenverkehr ist auch in der Steiermark für viele tausend Gewerbebetriebe und für viele tausend Beschäftigte Grundlage der Existenz. Noch werben wir in unseren Prospekten über die Landesfremdenverkehrswerbung für unsere schöne Landschaft, für die kulturellen Bauwerke und Güter und für die gesunde Luft und die Lebensverhältnisse. Wenn ich aber meinen Vorrednern in vielen Etappen zuhöre, dann werden wir demnächst in unseren Prospekten nur mehr eine verschandelte Landschaft darstellen können, verrußte Bauwerke und eine dicke Luft präsentieren. Diese, verbunden mit kranken Wäldern,

werden wir vermarktend darstellen müssen. Um was geht es, geschätzte Damen und Herren? Wir müssen oder wir dürfen in dieser Frage nicht untertreiben und auch nicht übertreiben, sondern es gilt, das richtige Maß zu finden. Wir müssen auch konsequenter handeln und auch – an den Herrn Landeshauptmann gerichtet – in manchen Fragen der Luftreinhaltung vielleicht etwas rascher handeln. Es gibt aber – und das soll hier zum Ausdruck gebracht werden – sehr viele positive Ansätze zu schaffen, nur könnte ich es gleich wie die Vorredner machen, daß ich also berichte, daß die gesamteuropäische SO₂-Emission im Jahre 1981 60 Millionen Tonnen ausgemacht hat, daß die Steiermark mit 420.000 Tonnen Schwefeldioxid belastet wird, daß die Stickoxyde 200.000 Tonnen ausmachen, daß die Flugzeuge jene Belastung ausmachen, daß ein Kraftfahrzeug bei einer Kilometerleistung von 30.000 Kilometern den Sauerstoffgehalt eines Hektars Wald braucht und daß wir eine dreckige Mur haben, daß unsere Gewässer schlecht sind und, und, und. Und auch, daß wir vor allem in der Region Voitsberg-Köflach, was sehr betrüblich ist, ein erhöhtes Krebsrisiko haben, Bronchialkrebs ist 60mal höher als im Ausseer Land, und daß es Teile der Untersteiermark gibt, wo Darmkrebs 40mal höher ist als in Graz. Es ist alles wissenschaftlich erwiesen. Es wäre auch an der Zeit, geschätzte Damen und Herren, daß wir hier in diesem Hause sagen, daß wir in den letzten Jahren nicht untätig waren, sowohl im Bund als auch im Land. Und das soll hier zum Ausdruck gebracht werden. Wir haben Milliarden Schilling für Wasser und Abwasser ausgegeben, Milliarden für die Reinhaltung der Seen und Seeufer, und ich möchte es noch betonen, wir haben auch Fortschritte, gemessen an vielen anderen Ländern, in der Entschwefelung unserer Kraftwerke erreicht, und wir sind auf dem besten Weg, auch die Entschwefelung von Heizöl, von Treibstoffen und die Entbleiung dieser gegenüber vielen anderen Ländern zügigst voranzutreiben. Wir haben ab 1. Jänner nächsten Jahres einen Umweltschutzfonds zusätzlich zum Investitionsvorhaben im Ausmaß von 2,5 Milliarden Schilling für den Umweltschutz bauwirksam zu verwenden. Und ich glaube, niemand will untätig sein, wenn es um die Frage des sauren Regens geht. Wir Sozialdemokraten dieses Landes haben uns vorgenommen, als einen Beitrag für die Umwelt die Hans-Gross-Initiative zum Jahr des Waldes zu setzen. Abschließend, geschätzte Damen und Herren, lassen Sie mich zur Frage des Umweltschutzes einen neutralen Experten zitieren, den Sie vermutlich alle kennen, es ist Herr Dr. Eder vom Hygiene-Institut, der Stellvertreter des Landeshygienikers Professor Dr. Möse. Er hat anlässlich einer Veranstaltung in Köflach einmal gesagt: „Wir haben bis zum Jahre 1990 die Aufgabe, die Gebiete der Zone 3 in die Zone 2 zu überführen. Das ist unser gesetzlicher Auftrag, den wir vorgegeben haben. Allerdings ist der gesetzliche Auftrag und das Ziel zur Reinhaltung der Luft und Verbesserung der Luftgüte wesentlich höher als in vielen Ländern dieser Welt und unserer eigenen Republik. Wir haben uns in Österreich und auch in der Steiermark viel vorgenommen.“ Ende des Zitates.

Es ist erfreulich, geschätzte Damen und Herren, daß es nun zur Verwirklichung des Immissionschutzplanes kommt. Es gibt keine „rote“ und „schwarze“ Luft, es soll nur eine gute steirische Luft geben. Gehen wir

gemeinsam konsequent den Weg zur besseren Lebensqualität unserer Heimat. Danke schön! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader: Herr Präsident, hoher Landtag, meine verehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Kanduth hat früher die Güte gehabt, mich zu apostrophieren, mit einem Vergleich, der mir nicht gut gefällt. Entschuldigen Sie, ich bin gläubiger Christ, ich halte diese Vergleiche mit dem lieben Gott für nicht sehr gut, aber ich kann Sie ja verstehen. Die „Kleine Zeitung“ hat heute den Vergleich zwischen der großen Mehrheit und der kleinen Minderheit zitiert, und ich kann schon verstehen, daß es Ihnen gegen den Strich gehen muß, wenn einer von dieser kleinen Minderheit kommt und halt immer so viel redet. (Abg. Kanduth: „Das haben Sie gesagt, Herr Magister Rader!“) Ich verstehe das. Wissen Sie, Herr Kollege Kanduth, ich halte es aber mit dem Dichter Erich Fried. Ich darf ihn zitieren. Erich Fried sagt: „Glaubst Du, Du bist noch zu klein, um große Fragen zu stellen? Dann kriegen die Großen Dich klein, noch bevor Du groß genug bist.“ Sehen Sie, Herr Kollege Kanduth, ich habe nicht die Absicht, mich kleinkriegen zu lassen, bevor wir größer geworden sind in diesem Haus. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine verehrten Damen und Herren, der Herr Kollege Dr. Hirschmann – er ist leider nicht da; wir haben das Pech, daß wir immer, wenn wir uns anreden, gegenseitig nicht da sind – hat früher vermutet, ich sei in ein benachbartes Bundesland gefahren, um irgendwelche Programme zu suchen. Das habe ich nicht getan. Ich war einen Sprung unten im Adventdorf und habe hier, weil man als kleine Minderheit ja nicht nur bescheiden, sondern auch höflich sein muß, mir ein paar ganz liebe kleine Engerl von da unten besorgt. Ich werde mir ab sofort erlauben, sie jedem, der uns freundlich apostrophiert, als Dank zur Verfügung zu stellen. Als erster bekommt einen Engel der Herr Kollege Ritzinger überreicht, der – wie ich gehört habe – in der Zwischenzeit mit Genugtuung registriert hat, daß wir für den Umweltschutz eintreten. Ich werde mir erlauben, wenn ich fertig bin, dir so ein kleines Engerl zu überreichen.

Meine verehrten Damen und Herren, ich werde mich nicht zu den Spitalsfragen äußern und auch nicht zur Frage der – was ja auf der Hand läge – künftigen geplanten Spitalsholding in einen eigenen Wirtschaftskörper. Ganz einfach deshalb, weil ich glaube, daß es nicht gescheit ist, sich zu ungelegten Eiern zu äußern, noch bevor man weiß, ob es die Eier von Singvögeln oder Raubvögeln sind. Das wird sich nämlich erst herausstellen, wenn man die tatsächlichen Unterlagen kennt. Es gibt Absichtserklärungen – Absichtserklärungen sind immer gut, weil sich dann etwas bewegt –, aber wir werden sehen, was herauskommt. Daher, meine Damen und Herren, möchte ich eher zur Frage der Umwelt umsteigen.

Ich habe in diesem Haus bereits einmal zitiert, daß ich es für einen großen Vorteil halte, daß sich die Landwirtschaftskammer der Frage der Umweltbelastung vor allem im heurigen Jahr so gut angenommen

hat. Und es hat da eine Diskussion gegeben, wo der Herr Dipl.-Ing. Thomas Stemberger von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern in Graz referiert hat. Ich habe hier im Rundfunk gehört, er meint, daß 80 Prozent der in Österreich schadwirksamen Luftverunreinigungen hausgemacht sind. Das war für mich so phänomenal, daß das einmal wirklich anerkannt und öffentlich klargelegt wird, daß ich ihm geschrieben und gesagt habe: „Bitte schön, lieber Herr Diplomingenieur, bestätigen Sie mir das, daß Sie das so sehen. Sie als Fachmann müßten das ja wissen.“ Er hat mir zurückgeschrieben und hat mir nicht nur das bestätigt, sondern noch mehr. Er hat geschrieben: „Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich sage, daß in der Steiermark der Anteil der hausgemachten Emissionen noch größer ist. Ferntransport von Luftverunreinigungen wird durch den Alpenhauptkamm weitestgehend abgehalten, die Schäden konzentrieren sich um die altbekannten Emittenten.“

Meine verehrten Damen und Herren, das sind natürlich Aussagen, die man nicht ignorieren kann und wo man ganz einfach etwas tun muß. Es ist eine kritische Situation. Der Herr Kollege Dipl.-Ing. Schaller hat vor ein oder zwei Jahren - ich weiß das nicht mehr ganz genau, ich habe das in den Protokollen nachgelesen - im Zusammenhang mit dem Umweltschutz von einem Quantensprung in der Bewußtseinsbildung gesprochen. Ich glaube, meine Damen und Herren, er hat recht und unrecht. Recht hat er, weil dieser Quantensprung im Umweltbewußtsein bei den Menschen draußen in der Zwischenzeit eingetreten ist. Gerade in diesen Tagen erlebt man immer wieder, wann immer irgendwer was im Zusammenhang mit Christbaum sagt, sagt er auch saurer Regen. Es ist ein geflügelter Spruch: Wir müssen einen Baum suchen, der noch nicht vom sauren Regen oder, bitte im Moment, vom sauren Schnee geschädigt ist. Auf ganz breiter Ebene glauben die Menschen an diese Schädigungen, haben sie akzeptiert und wünschen, daß dagegen etwas getan wird. Nur diejenigen, die noch zu glücklich sind, um die schwierige Situation zu verstehen, ignorieren sie, wie eben gerade ein dreijähriges Kind, das mir soeben in der Herrengasse begegnet ist und mit großem Genuß mit dem Mund versucht hat, die Schneeflocken aufzufangen. Wenn es die Publikationen kennen würde, die es in diesem Zusammenhang gibt, hätte es wahrscheinlich das leider nicht mehr getan. Leider deshalb, weil es so eine wunderbare, schöne, menschliche, kindliche Regung ist.

Ich glaube aber, er hat auch unrecht, weil dieser Quantensprung im Bewußtseinsprozeß noch nicht so weit geführt hat, daß die politisch Verantwortlichen sich diesen Ruck geben, wirklich die echten Konsequenzen zu ziehen, die natürlich grauenhaft sind, die manchmal nicht lustig sind. Und ich befürchte, daß es auch im Zusammenhang mit dem Umweltschutz in Einzelfragen zu einem Effekt kommen wird, wo ein paar zu außerparlamentarischen Aktionen greifen werden, worauf dann etwas geschehen wird. Ich möchte das im Sinne meiner gestrigen Ausführungen den sogenannten „Landhaushofeffekt“ nennen. Ich glaube, daß dann die demokratischen Parteien ein nicht sehr großes Licht gezeigt haben.

Meine Damen und Herren, ich habe mir ein Ceterum censeo aufgeschrieben: Es wäre höchste Zeit, daß es

einen Smogalarmplan in der Steiermark gibt. Ich habe in der Zwischenzeit die Wundermär gehört, daß wir endlich soweit sind. Ich bin froh und unfroh. Die gesetzlichen Grundlagen dafür sind seit fast einem Jahrzehnt geschaffen, und fast zehn Jahre braucht man, um etwas, wofür man sich die gesetzliche Basis geschaffen hat, tatsächlich zu realisieren. Auch das beweist die These, daß der Quantensprung im Bewußtseinsprozeß unter den politisch Verantwortlichen noch nicht so stark ist wie unter der Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, wir haben heute schon die Hans-Gross-Initiative zum Schutz des steirischen Waldes zitiert bekommen, und es gibt ja noch einen zweiten Schwerpunkt seitens der Österreichischen Volkspartei in Richtung Umweltschutz mit einem Fahrradpreisausschreiben.

Meine Damen und Herren, all diese Initiativen werden dann zu reinen Propagandainstrumenten degradiert, wenn wir nicht bereit sind, dafür die nötigen Mittel einzusetzen. Ich sage noch einmal, ich bedauere es außerordentlich, daß Sie nicht bereit waren, einen Vorschlag zu unterstützen, der - nicht für heuer und auch nicht für das kommende Jahr; dieses Budget ist abgehandelt, ich respektiere das - für das Jahr 1985 - vorzubereiten ein ganzes Jahr lang - die Schaffung eines steirischen Umweltfonds vorsieht, wo eben alle diese Dinge heraus finanziert werden können, die man der Wirtschaft an sich auf legistischem Wege und über Verschreibungen nicht zumuten kann. Ich weiß schon, es gibt da Grenzen, die kann man den Betrieben nicht mehr zumuten, und die muß man abdecken. Dafür hätten wir einen Fonds schaffen können.

Meine Damen und Herren, ich würde die Schaffung eines Umweltkoordinators durchaus als einen Schritt in die richtige Richtung bezeichnen, aber nur als einen ganz kleinen Schritt. In Wahrheit kann er nämlich nichts - wenn er nicht befaßt wird, wird er auch keine Möglichkeit haben, einzugreifen. Sie wissen ganz genau - jeder von Ihnen, der im Verwaltungsgeschehen tätig ist -, daß die wirklich schwierigen Dinge von den entscheidenden Behörden ja nicht ausgesprochen so behandelt werden, daß man sich auch noch zusätzliche Probleme durch die Einschaltung eines Umweltkoordinators aufhalsen wird. Da muß es ganz einfach eine Möglichkeit geben, alle Verfahren über eine Stelle laufen zu lassen und alle zu überprüfen. Sie wissen ganz genau, die tatsächlichen langfristigen Umweltschäden sind nicht durch einige wenige Entscheidungen entstanden, sondern durch eine ganze Riesensumme von kleinen Detail- und Einzelentscheidungen, die eben nicht begutachtet wurden und wo die Fragen des Umweltschutzes nicht berücksichtigt wurden. Ich würde daher sagen, auch wenn es ein Schritt in die richtige Richtung ist, er ist ein zu kleiner Schritt.

Meine Damen und Herren, zum Schluß vielleicht noch eine Frage, wieviel Geld man für den Umweltschutz aufwendet. Ich weiß schon, diese Vergleiche unter den einzelnen Bundesländern müssen ja hinken. Da sind überall andere Voraussetzungen, und da sollte man üblicherweise nicht zitieren. Ich habe den Mut gefaßt, es doch zu tun, weil in einer anderen Frage gestern in der Nacht der Herr Landeshauptmann das auch getan hat. Es geht darum, wieviel die einzelnen Länder für Umweltfragen aufwenden, und sofern ich in der Geschwindigkeit durch Querverbindungen ver-

sucht habe zu eruieren, wird sich – das ist eine Ziffer aus dem Jahre 1983 – die Ziffer im Jahr 1984 nicht wesentlich ändern. An erster Stelle steht hier Vorarlberg mit 22,20 Schilling pro Kopf der Bevölkerung. An zweiter Stelle Salzburg mit 13,50 Schilling, an dritter Stelle Burgenland mit 8,50 Schilling, an vierter Stelle Niederösterreich mit 7,10 Schilling, an fünfter Stelle Tirol mit 5,60 Schilling, an sechster Stelle Kärnten mit 2,90 Schilling. Sie müssen nicht unangenehm reagieren auf Kärnten, es handelt sich nur um ein Bundesland in der Nachbarschaft. Ich glaube, daß die ÖVP deshalb das Wort Kärnten in den letzten Tagen so oft zitiert hat, weil sie es mit der Kärntner Straße in Wien verwechselt (Abg. Dr. Maitz: „Das war eine schwache Retourkutsche!“), in der ja bekanntlich die ÖVP-Bundesleitung ist, mit der die steirische Volkspartei seit Jahrzehnten ein immer schwieriges Verhältnis gehabt hat. Das nächste Bundesland an siebenter Stelle ist dann Wien mit 2,20 Schilling, an achter Stelle Oberösterreich mit 2,10 Schilling und nach dieser Statistik im Jahre 1973 die Steiermark mit 1,30 Schilling pro Kopf und Nase Umweltschutzaufwendungen.

Auch das muß man berücksichtigen. An sich haben sich unsere Ansätze ja, in Relation gesehen, kaum verändert und auch die Ansätze in den anderen Bundesländern nicht.

Weil wir vom Geld reden, zum Abschluß ein paar Bemerkungen zu dem in Diskussion stehenden ÖKO-Schilling. Es ist keine Frage, meine Damen und Herren, daß wir selbstverständlich hohes Interesse haben, daß für diese Bereiche mehr Geld hereinkommt. Natürlich hat auch mein Vorgänger in dieser Funktion die Petition des Naturschutzbundes in diesem Haus unterstützt und mit eingebracht. Was in der Zwischenzeit aus dieser Initiative allerdings geworden ist, ist in Wahrheit nicht mehr als eine Sondersteuer für Schotterbarone. Das ist die übereinstimmende Meinung Ihrer beider Fraktionen, wenn ich die Anfragebeantwortung des Herrn Landesrates Prof. Jungwirth und den Gesetzesentwurf der SPÖ studiere, den es jetzt gegeben hat. Die Größenordnungen differieren. Sie unterscheiden sich eher, die sozialistische Fraktion will pro Tonne 24 Schilling – wenn ich richtig gelesen habe – aufdonnern. Wenn ich jetzt weiß, daß die Tonne Schotter so zwischen 75 und 80 Schilling kostet – (Landesrat Dr. Klaußer: „Herr Kollege, Sie haben einen Dezimalfehler!“ – Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Es ist nur eine bescheidene Differenz!“) – ja, doch, aber es ist trotzdem eine recht kräftige Größenordnung, es ist auch ein Prozentsatz, den Sie diesem Wirtschaftszweig auch nicht mehr zumuten werden können. Vielleicht sollten wir andere Wege suchen, als sich nur auf diese eine Steuerfindung zu beschränken. Ich glaube, man sollte das nicht vernachlässigen, was die Handelskammer zu diesem Problem geschrieben hat. Es ist eine Stellungnahme, die wir, wie alle Stellungnahmen aus dem Kammerbereich, wo immer sie herkommen, ernst nehmen. Wir meinen, daß wir sie sehr ernst nehmen sollten. Sie lehnt sehr deutlich diese Form der vorgeschlagenen Maßnahmen ab. Ich will sie nicht zitieren, der Herr Kollege Dr. Dorfer, der sie selbst unterzeichnet hat, kennt sie selbst. Ich glaube daher, daß wir beim jetzigen Stand der Diskussion über diese Frage nicht enden und nicht sagen sollten, jetzt wird diese Frage der Abgabe so beschlossen, nur auf Schotter-, Sand-

und sonstige Abbaugelände. In der Zwischenzeit haben sich die Energieversorgungsunternehmen ja abgeseilt, und wir sollten uns neu überlegen, wie wir hier diesen Fonds auffüllen können. Es gibt noch viele Möglichkeiten. Ich glaube nur, daß diese Art, die jetzt in Diskussion steht, ganz einfach zu wenig durchdiskutiert ist, und ich würde davor warnen, das in dieser Form, nur weil es optisch vielleicht gut klingt und die Betroffenen so wenig sind, daß sie sich nicht laut wehren können, das in dieser Form so zu beschließen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Preamsberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Preamsberger: Werter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Umweltschutzfragen sind natürlich jetzt sehr aktuell, und wir wissen, daß all diese Umweltfragen auch enorme Geldmittel erfordern. Ich möchte nur ganz kurz – weil ich Sie nicht zu lange belasten will – auf ein paar Punkte hinweisen: Man hat einen Fonds gegründet, um wenigstens unterstützend zu wirken, und ab Jänner 1984 tritt das Sonderabfallgesetz in Kraft. Wir wissen und haben auch in der Vergangenheit die Diskussionen und Aktionen der Bürger erlebt, daß gerade die Müllbeseitigung eine der schwierigen Fragen ist. Die Bürgermeister der Städte verfügen nicht über die notwendigen Gelder, um weit vorausschauend die richtige Müllbeseitigung oder Müllvernichtung anzustreben, sondern die billige Deponie ist natürlich und liegt auch sehr nahe. In der Zwischenzeit haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß den enormen Anfall von Müll einfach zu vergraben nicht die richtige Lösung ist. Bei Bohrungen in der Nähe von Linz hat man festgestellt, daß die Verrottung leider nicht so schnell vor sich geht, wie angenommen, denn nach zehn Jahren hat man noch Zeitungen hervorgebracht, die man ohne weiteres lesen konnte. Eine Sortierung des Mülls ist gleich zu Beginn eine Notwendigkeit. Damit wäre auch die Voraussetzung geschaffen, diesen Müll dementsprechend für gewisse Energiezwecke wieder zu verwerten. Die Müllverbrennung ist natürlich eine sehr teure Angelegenheit, aber man sollte den technischen Fortschritt, den es hier auf diesem Gebiet gibt, doch berücksichtigen. Wir sind heute in der Lage, durch die Entschwefelungsanlagen und andere Anlagen, die man in die Kammine einbaut, Müllverbrennungsanlagen in dicht verbauten Gebieten errichten zu können. Man könnte aus diesen Abfallprodukten durch die Dampferzeugung auch Strom erzeugen, so daß die Energie richtig verwertet werden könnte.

Wir haben bei der Müllverbrennung einen Wirkungsgrad von zirka 20 Prozent; in Österreich gibt es nur drei Verbrennungsanlagen in Betrieb. Es sind dies die beiden Müllverbrennungsanlagen bei Wien, und es gibt ferner eine Anlage in Wels. Aber die Schweizer, die an und für sich als sparsam bekannt sind, haben bereits 39 Anlagen in Betrieb, und eine ganz neue wurde nun in Zürich errichtet. In der Bundesrepublik sind 46 Müllverbrennungsanlagen in Betrieb, so daß man also auf gewisse Erfahrungswerte zurückgreifen kann. In Wien werden die freiwerdenden Energien, die man aus Müll gewinnt, in die Fernwärme der Stadt

eingeleitet. Darmstadt – eine befreundete Stadt von Graz – hat diese Müllbeseitigung wirklich erstklassig gelöst, und es wäre sehr erfreulich, wenn man sich einmal dieses Müllkraftwerk ansehen würde.

Es bedarf den heutigen Anforderungen gemäß noch einer Zusatzanlage; eine sogenannte Rauchgaswaschanlage wird noch errichtet. Somit hat man eines erreicht – und das bestreite ich nicht –, auch bei Müllverbrennungsanlagen bedarf es einer Deponie, aber die anfallende Menge an Müll wird bis auf 10 Prozent reduziert, so daß diese Deponien, wenn sie errichtet werden, viele, viele Jahre ausreichen. Darmstadt versorgt mit dieser Müllverbrennung ein Gebiet von zirka 350.000 Personen. Dies würde Graz und Umgebung entsprechen. Bei uns ist es immer eine Kostenfrage. Das sind die größten Probleme, denn Müllverbrennungsanlagen sind ja vor Jahren in Mürzschlag und so weiter zur Diskussion gestanden. Sie wurden wegen der Kosten nie verwirklicht.

Nun, Darmstadt beweist, daß die Kostenprobleme dort gelöst sind, denn diese Müllverbrennungsanlage arbeitet kostendeckend. Auf Grund einer Schweizer Studie ist Verbrennung mit Wärmeverwertung billiger als eine Deponie, trotz des großen Personalaufwandes, der an und für sich für uns begrüßenswert ist, weil es ja auch gleich wieder Arbeitsplätze bedeuten würde. Als neuester technischer Fortschritt wurde das Wirbelsystem entwickelt, das heute in die Kesselanlagen eingebaut wird, um bessere Verbrennungseffekte zu erzielen. In Forschungsabteilungen hat man gute Ergebnisse erzielt, den Klärschlamm biologisch zu behandeln, so daß er dann der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden kann.

Ich hoffe, es wird uns gelingen, gerade in der Müllbeseitigung den heute bereits bestehenden technischen Fortschritt zugunsten auch von dichten Siedlungsgebieten einzusetzen, denn Deponien werden auf Dauer nicht die Lösung für die Müllbeseitigung sein. Ich danke! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch: Herr Präsident, Hoher Landtag!

Es ist schon sehr viel über den Umweltschutz gesagt worden, und ich möchte noch kurz drei Fragen anschnitten:

Erstens zur Frage der Bewußtseinsbildung im Umweltschutz, zweitens zum bleifreien Benzin und drittens zum Lärm als Umweltkrankheit.

Zum ersten: Der wirkungsvolle Umweltschutz ist nicht primär eine Frage der Finanzen und des Rechtes, sondern sicherlich in erster Linie eine Frage der Bewußtseinsbildung auf möglichst breiter Basis. Ob es nun hier bei uns „Modell Steiermark“, „Jahr des Umweltschutzes“ oder „Hans-Gross-Initiative, Jahr des Waldes“ heißt oder ob es Initiativen anderer Parteien und Gruppen sind – ich möchte hier die FPÖ miteinschließen, schließlich möchte ich auch ein Engerl haben –, hier geht sicherlich die Umweltschutzfrage weit über alle Parteigrenzen hinweg, denn die Fragen des Umweltschutzes und die Ursachen der Umweltverschmutzung sind ja grenzüberschreitend. Das sollten wir hier, glaube ich, gemeinsam zur Kenntnis nehmen.

Nur, wenn es diese gemeinsame Bewußtseinsbildung gibt, dann werden wir in der Sache selbst weiter kommen. Ich behaupte, daß den Menschen die volle Tragweite dieser Fragen noch immer nicht in dem Maße bewußt ist, wie es eigentlich sein müßte. Hier gibt es ja viele, viele Beispiele, die – ich möchte fast sagen – Jahrtausende zurückgehen. Der Mensch hat die Umwelt seit jeher zerstört, hat aus fruchtbaren Landschaften furchtbare Wüsten gemacht. Hier gibt es Beispiele nicht weit von uns: Wer die istrische Landschaft etwa rund um Triest ansieht – dieses Gebiet war in der Antike wegen seiner Eichenwälder berühmt, heute ist es eine Steinwüste, und die Historiker berichten uns, daß schon der griechische Philosoph Plato über die Abholzung der athischen Berge geführt hat. Hier spannt sich ein Bogen bis zu den Mahnern der heutigen Zeit, den Ökologen, die uns sagen, daß nun eine Explosion stattfindet, eine Explosion des Wissens und eine Explosion des technisch Machbaren, und daher sind auch die Zeitabläufe, in denen ökologische Katastrophen entstehen können, in ganz andere Dimensionen gekommen. Früher hat es Jahrhunderte gedauert, bis Schäden sichtbar waren, heute kann das nur Jahrzehnte oder vielleicht nur wenige Jahre dauern, bis sich die Natur rächt. Wir wissen alle – die Medien sind voll davon, und wir können uns jeden Tag in der Natur davon überzeugen –, daß es wirklich schon fünf Minuten vor zwölf ist und daß diese Maßnahmen, die heute zum Großteil schon genannt worden sind, wirklich raschest einsetzen müssen. Wenn es uns mit dem Kampf gegen das Sterben der Wälder wirklich ernst ist, dann müssen wir die Ursachen alle gemeinsam erkennen. Es sind auch hier eine Reihe von Ursachen genannt worden, ob es Großheizungsanlagen sind, ob es der Straßenverkehr ist, aber ich bin der Ansicht – und das sagen viele nicht gerne laut –, daß auch eine gewisse Überhegung der Wälder Ursache ist. So hat der steirische Landesforstinspektor festgestellt, daß die Schältschäden im steirischen Wald nach seiner Meinung etwa 11,7 Millionen Festmeter Holz betragen würden. Das ist sicher auch eine zu überlegende Größenordnung, und wir werden sicher auch darüber reden müssen.

Es geschieht allerdings auch einiges. Es ist heute hier schon gesagt worden, der Bund hat ein Umweltschutzfondsgesetz beschlossen oder es ist in Begutachtung. Es sind weitestgehende Förderungen der Fernwärme vorgesehen, es ist vorgesehen, daß der Bleigehalt im Benzin möglichst rasch herabgesetzt wird oder daß Katalysatoren in Kraftfahrzeuge eingebaut werden sollen, und auch wir hier im Landtag haben eine Reihe von Anträgen von allen Parteien, die sich mit den Problemen der Steiermark befassen. Es ist auch schon gesagt worden, daß die SPÖ hier mit der Hans-Gross-Initiative ein „Jahr des Waldes“ kreiert und propagiert hat. Hier sind 23 Maßnahmen vorgeschlagen, und wir haben auch im Finanz-Ausschuß einen diesbezüglichen Antrag gemeinsam beschlossen, so daß ich mir jetzt ersparen kann, Punkte davon aufzuzählen.

Ein paar Sätze zur zweiten Frage, nämlich zu der des bleifreien Benzins: Wir wissen alle, daß einer der größten Luftverschmutzer im Straßenverkehr liegt und daß hier die Zusätze zum Benzin, etwa das sogenannte Bleitetraäthyl, eigentlich eine chemische Verbindung ist, die auch in kleinsten Mengen tödliches Gift bedeu-

tet. Das können wir uns nicht vorstellen, aber die Mediziner sagen uns etwa, wenn wenige Tropfen dieses Äthyls auf die menschliche Haut kommen, würde ein sehr rascher Tod eintreten. Und auch hier sagen uns die Historiker etwa, daß die alten Römer – so wird behauptet – schon an Bleivergiftung zugrunde gegangen sind, weil sie Bleirohre für ihre Wasserleitungen verwendet haben. Nur, die alten Römer wußten nichts von der Gefahr. Wir wissen aber davon, daher müssen wir auch dagegen etwas unternehmen. Trotzdem wird heute noch von der Autolobby immer wieder behauptet, es sei nicht erwiesen, daß das Blei im Benzin auch mit schuld sei am Sterben des Waldes. Ich glaube, hier sollten wir sehr rasch zu einer gemeinsamen Meinung kommen.

Zum dritten: Ich meine hier also den Lärm. Hier behaupten die Mediziner, daß 20 bis 70 Prozent der Zivilisationskrankheiten direkt oder indirekt auf übermäßigen Lärm, auf diesen Streß, der durch den übermäßigen Lärm entsteht, zurückzuführen sind. Es liegt auch hier im Landtag ein Antrag des sozialistischen Klubs vor, Maßnahmen zur Herabsetzung etwa der Geräuschemissionen, Maßnahmen, die verkehrslenkend und verkehrsordnend sind, verbesserten Lärmschutz im Straßenbau, Festsetzung vom Emissionsgrenzwerten für Haushaltsgeräte und anderes mehr vorzusehen. Es ist aber auch ein Antrag hier, daß auf die Gemeinden eingewirkt werden soll, daß sie im Rahmen ihres ortspolizeilichen Ordnungsrechtes mehr als bisher zur Bekämpfung von ungebührlichem und störendem Lärm unternehmen, und hier ergeht auch – soweit der Landtag dafür zuständig ist – der Antrag, die Gemeinden mögen mit mehr Rechten in Fragen des Umweltschutzes ausgestattet werden. Denn die Gemeinden sind heute in vielen Bereichen etwa der Gewerbeordnung, des Wasserrechtes, des Naturschutzes, des Bergbaurechtes so, daß sie keine Parteistellung besitzen. Das heißt, die Gemeinden können immer erst dann tätig werden, wenn schon etwas passiert ist, wenn etwas eingetreten ist, das das Gemeinschaftsleben stört. Es ist hier sicher nicht einzusehen, wieso die Gemeinden nicht schon als Partei bei verschiedenen Verfahren zu hören sind. Wenn wir auch diese Frage mitberücksichtigen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dann, glaube ich, haben wir eine Reihe wichtiger Probleme des Umweltschutzes im kommenden Jahr, ob es nun den einen oder den anderen Namen hat, zumindest im Ansatz gelöst, und ich darf hier wirklich alle im Landtag vertretenen Parteien auffordern mittzutun, denn es sind viele bereit, Bäumchen zu pflanzen. Aber wir müssen uns auch Sorgen machen, ob sie wirklich wachsen. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Präsident Zdarsky. Ich erteile es ihr.

Abg. Präsident Zdarsky: Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die medizinische Versorgung und vor allem das Ärzteproblem sind schon oft im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen gestanden. Die Steiermark liegt mit ihrer Praktiker- und Facharztdichte weit unter dem Bundesdurchschnitt. Der Ärztebedarf liegt in deutlichem Widerspruch zwischen Angebot und Nachfrage,

der aber einen entscheidenden Haken aufweist – denn viele Ärzte, frisch promovierte, warten auf eine sogenannte Turnusstelle, auch für die Facharztausbildung herrscht große Nachfrage.

Wartezeiten bis zu zwei Jahren sollen und müssen in Kauf genommen werden. Müssen diese langen Wartezeiten wirklich sein? Gibt es keine Möglichkeit, rasch in Ausbildung zu kommen und vor allem damit auch eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit praktischen und Fachärzten zu erreichen? Das Stadt-Land-Mißverhältnis, das ja auch soziale Merkmale mit sich bringt, müßte wesentlich verbessert werden.

Gesundheitliche Betreuung bedeutet Vorbeugung und Abwehr von Krankheit und ihren Folgen, gekoppelt damit ist auch die Lebenserwartung. Denn Gesundheit selbst ist ein Wert, der nicht verbessert werden kann.

Wie ist es möglich, daß wir eine sogenannte Ärzteschwemme haben und Politiker bei jeder Versammlung und in jeder Sprechstunde mit dem Problem der ärztlichen Unterversorgung konfrontiert werden. Aber auch mit dem der Ärzte, die auf Warteposition stehen. Sie alle werden das aus eigener Erfahrung wissen. Die Wartezeit ist ja beträchtlich.

Mit dem jetzigen Modell der Ärzteausbildung werden wir keine Verbesserung erreichen, weder für die Jungärzte noch für unsere Mitbürger.

Fast 300 Ärzte warten auf eine Turnusausbildungsstelle, und andererseits sind bei der Gebietskrankenkasse 57 Planstellen, davon 34 Facharzt- und 23 praktische Arztstellen, unbesetzt.

Dazu kommen 92 freie Planstellen mit Kassenverträgen für Zahnärzte, die sich noch erhöhen werden, da von den 342 besetzten Zahnbehandlern 138 Dentisten sind, die über kurz oder lang in Pension gehen werden. Sie wissen, seit 1949 gibt es keine Dentistenausbildung mehr, also sind die Dentisten nicht mehr jüngere Jahrgänge.

In den Landeskrankenhäusern der Steiermark – außer Graz – sind 152 Ärzte als Oberärzte oder Assistenzärzte, das sind die sogenannten Stammgruppen, und 178 Turnusärzte tätig; Turnusärzte – und bitte, hören Sie jetzt genau zu –, die im Durchschnitt 26.000 bis 30.000 Schilling und oft mehr verdienen. Spitzenwerte liegen bei 40.000 Schilling. Wohlgemerkt, ein frisch promovierter Arzt, ohne praktische Vorbildung – am Beginn seiner beruflichen Tätigkeit.

In Graz liegen die Bezüge etwa zwischen 15.000 Schilling und 20.000 Schilling, dort sind 233 Ärzte, Stammpersonal, und 82 Turnusärzte tätig.

Im Landessonderkrankenhaus gibt es 59 Ärzte als Stammpersonal und zehn Turnusärzte. Insgesamt in den steirischen Landeskrankenhäusern sind es mit 56 Primärärzten zusammen 770 Ärzte. Die meisten Landeskrankenhäuser auswärts haben zwei oder drei Abteilungen, die je pro Nacht mit mindestens einem Hauptdienst, das ist ein Assistenzarzt oder ein Oberarzt, und einem Turnusarzt, also einem Beidienst, besetzt sind. Für eine Nacht beträgt die Zulage netto 1600 Schilling, für einen Wochenenddienst netto 5500 Schilling. Der Nachtdienstschnitt in der Steiermark beträgt pro Monat für einen Turnusarzt acht Nächte, das heißt, daß ein Turnusarzt bis zu 100 Wochenstunden hat, davon aber ein Drittel der

Zeit nicht gefordert wird und schlafen kann. Diese Mehr- bzw. Sonderleistungen werden aber doch bezahlt. Die Gebühren für diese Dienste betragen jährlich pro Dienst an 550.000 Schilling, 1982 waren es insgesamt 170 Millionen Schilling an Sonderleistungen, nicht Sondergebühren, bitte, dies nicht zu verwechseln. Dazu kommt die Sonderurlaubsregelung für Krankenhausärzte. Für Krankenhausärzte gilt die Urlaubsregelung des Vertragsbedienstetengesetzes. Darüber hinaus besteht jedoch zusätzlich noch eine Sonderurlaubsregelung, die für Ärzte im Landeskrankenhaus Graz und für jene außerhalb von Graz differenziert. Den Ärzten im Landeskrankenhaus Graz wird ein Sonderurlaub von 26 Werktagen gewährt. Der Sonderurlaub wird in drei Etappen konsumiert, zehn/zehn/sechs Tage. In den Anstalten außerhalb von Graz wird ein Sonderurlaub von 18 Werktagen gewährt, dreimal sechs Tage. (Abg. Ing. Stoisser: „Warum die Ungleichheit?“) Das sind immer die Zwischenstunden. (Abg. Ing. Stoisser: „In Graz mehr als auswärts?“) Ja, weil sie mehr Zwischenstunden machen und weniger Nachtdienste. Die 18 Werktage Sonderurlaub sind, betragsmäßig umrissen, noch mit 4000 Schilling zu bewerten.

Weiters ist festzustellen, daß den Ärzten durchschnittlich ein Sonderurlaub für den Besuch von Fortbildungsveranstaltungen und Tagungen im Ausmaß von rund zwei Wochen pro Jahr gewährt wird. Es ist wohl selbstverständlich, daß Ärzte nicht gern von so kulanten und – ich muß es sagen – privilegierten Arbeitsbedingungen weg in die „freie Praxis“ gehen. Lieber noch ein Fach und wenn möglich ein Dauerdienstverhältnis beim Land Steiermark anstreben!

Wenn man zukünftig die bezahlten Mehrleistungen, die nichts mit den Sondergebühren zu tun haben – ich möchte das noch einmal betonen –, wenigstens zum Teil mit Freizeit abgleichen würde, könnte man mit diesem Geld zusätzliche Dienstposten schaffen – kostenneutral für das Land Steiermark.

In Kärnten gibt es für die Anstaltsärzte die 40-Stunden-Woche. Bei diesem Kärntner Modell könnten 800 Turnusärzte statt 320 in Ausbildung stehen. Es gäbe keine Wartezeiten.

Die Lehrer haben auf bezahlte Mehrdienstleistungsbereiche verzichtet. Turnusärzte und auszubildende Ärzte könnten ja eigentlich gleich wie die Juristen, die die Gerichtslaufbahn einschlagen, betrachtet werden. Natürlich obläge aber bei einer kürzeren – ich spreche nicht von einer 40-Stunden-Woche – wöchentlichen Dienstzeit den Primärärzten mehr Verantwortung, für die sie ja eigentlich auch bezahlt werden. Praktisches Wissen erwerben sich die Ärzte ja nicht hauptsächlich im Nachtdienst, sondern sie erwerben sich das Wissen im Tagdienst auf einer gut geführten Abteilung, wo ihnen erfahrene Kollegen mit Wissen zur Seite stehen.

Der Trend, nach Beendigung der ärztlichen Ausbildung in die Praxis zu gehen, sollte verstärkt werden, um anderen Ärzten für die praktische Ausbildung Platz zu schaffen. Meine Damen und Herren, es ist ein Vorschlag – vielleicht oder wahrscheinlich gibt es einen besseren. Aber solange es in der Steiermark noch immer so ist, daß nicht einmal in allen Bezirkshauptstädten eine genügende Anzahl von Fachärzten vorhanden ist und in gewissen Gebieten unseres Landes gar keine Chance besteht, Praktiker als Vertragsärzte dorthin zu bekommen, andererseits junge Ärzte

um eine Ausbildungsstätte anstehen, müßte man ernstlich der Ärztekammer, die als Standesvertretung für Verträge zuständig ist, ihre Verantwortung vor Augen halten.

Sicherlich müßten aber auch die Jungärzte selbst darangehen, sich zu solidarisieren, und dies nicht nur zum eigenen Vorteil. Ich meine, daß es Veränderungen im Ausbildungsmodus geben kann und soll, zum Wohle der Bevölkerung, die eine bessere ärztliche Versorgung wünscht, aber auch zur Verbesserung der derzeit tristen Situation der Jungärzte. Es wäre die Zeit dafür schon längst gekommen!

Im Koran gibt es ein Sprichwort: Man soll den Esel anbinden und dann Gott walten lassen. Gottvertrauen ist schön, aber man sollte wirklich noch etwas mehr dazutun! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Pörtl.

Abg. Pörtl: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe mir eigentlich von der Frau Präsident Zdarsky erwartet, daß sie wie bei der letzten Landtagsitzung im Rahmen der Novellierung des Jagdgesetzes sehr konkret und in der ähnlichen Art zu den Fragen des Tierschutzes Stellung nimmt. (Abg. Präsident Zdarsky: „Das kommt noch in der Landwirtschaft!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es genügt, was die „Neue Zeit“ berichtet und was sie bei der letzten Landtagssitzung gesagt hat, nämlich daß im Grunde eine jahrelange Verzögerung der ÖVP-Fraktion und im weiteren Sinne das Profitdenken der Bauern die Ursache sei, warum wir noch kein steirisches Tierschutzgesetz haben. Wenn wir diese Aussage hernehmen – das Nicken wird gleich komplizierter werden, meine Damen und Herren –, einige chronologische Fakten, wie der Ablauf bis jetzt erfolgt ist, damit diese Pause der Erholung auch interessanter wird:

Am 4. Oktober wurde einvernehmlich die Beschlußfassung eines Tierschutzgesetzes vereinbart. Am 28. Oktober wurden zwei ÖVP- und SPÖ-Initiativanträge gestellt, am 23. Dezember die Einleitung des Anhörungsverfahrens (Abg. Präsident Zdarsky: „Welches Jahr?“), am 23. April die Parteienverhandlungen und die Konstituierung des Unterausschusses, am 17. Juni eine neuerliche Parteienverhandlung und am 6. und 7. Oktober sind wir gemeinsam mit den Tierschutzvertretern des Landes in der Schweiz gewesen, um dort in der Praxis den Tierschutz und die Landwirtschaft gemeinsam zu studieren. Der Herr Kollege Kohlhammer war mit dabei. Am 21. Oktober die Beschlußfassung in der Regierung und die Einbringung der Vorlage, und am 27. Oktober 1982 die Einbringung dieser Regierungsvorlage im Landtag. Meine Damen und Herren, am 23. November 1982 wurde auf ausdrückliches Verlangen der SPÖ-Fraktion ein Verzicht auf Durchführung eines Landtagshearings zum Steiermärkischen Tierschutzgesetz gefordert. Wir haben diesem Wunsch auch Rechnung getragen. Ich möchte nur bei der Gelegenheit – bevor ich weiterfahre – sagen, keine Spur von Verzögerung!

Am 25. Jänner 1983 die Zuweisung dieser Regierungsvorlage, am 3. September 1983 wollten wir eine

Unterausschußsitzung, sie wurde auch angesetzt und wieder auf Wunsch der SPÖ-Fraktion abgesagt. Danach die weiteren Parteienverhandlungen.

Meine Damen und Herren, ich möchte sehr entschieden zurückweisen, daß wir dieses Gesetz verzögert haben, möchte aber sehr offen hier im Steiermärkischen Landtag festhalten, daß wir im Sinne dieser Vorgangsweise behaupten, daß die Bauern dieses Landes, die jetzt gegenwärtig in ihren Ställen zu Tausenden Vieh betreuen, die größte Tierschutzvereinigung dieses Landes sind. Und, meine Damen und Herren, wenn es einen Berufsstand gibt, der so viel innere Einstellung zu den Tieren hat – aus der beruflichen Sicht –, dann, bitte, nennen Sie mir diesen. Wir waren also jene, die sehr entschieden in den entscheidenden Phasen der sechziger Jahre einer Industrialisierung der Landwirtschaft mit all den Folgen der Massentierhaltung entgegengetreten sind. Es hat damals diese sozialistischen Ideen gegeben, die dort und da bei den Verhandlungen um die Bestandszahlen sicherlich noch vorhanden sind. Der Vorschlag des Bauernbundes: Bei den Schweinen 250 Standplätze pro Bauer, der Vorschlag des sozialistischen Ministers: 1000 Standplätze pro Bauer. Daher erkennen wir sehr genau, daß diese Form der Massentierhaltung, der billigen Produktion, noch immer in den Gehirnen schwebt. Ich glaube vor allem, daß wir von der Landwirtschaft sehr froh sind, daß sich möglichst viele Menschen mit Tierschutz und Naturschutz befassen, weil damit auch ein größeres Verständnis für unsere Bewirtschaftung und für unser Leben gegeben ist. Und ich glaube vor allem, daß wir entscheidende Verbesserungen, bitte, auch sehen müssen. Ich bin bis zu meinem 18. Lebensjahr mit den Kühen gefahren, und ich weiß genau, daß die Arbeit mit diesen Tieren durchaus kein Vergnügen und keine reine Lust war. Ich möchte behaupten, daß wir oft die Situation antreffen, daß die Ställe besser gebaut und ausgestattet sind als die Wohnhäuser. Daher glaube ich, daß da auch die innere Einstellung, nicht nur die wirtschaftliche Einstellung, eine sehr entscheidende Rolle gespielt hat.

Meine Damen und Herren, ohne Überstunden, Samstag, Sonntag, wie eine Uhr, in engster Verbindung betreuen wir Bauern Tiere, und wir glauben daher, wenn wir im Rahmen der ganzen Tierschutzbewegung diese Entwicklung betrachten, größtes Verständnis auch entgegenzubringen und einen weiten Winkel anzulegen. Meine Damen und Herren, wir selbst in unserem eigenen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb haben eine Legehennenhaltung mit 250 Legehennen mit Kotgrube, Familiennestern, mit Futtertrögen probiert, und ich muß Ihnen nicht erzählen, wie schwer das ist, in diesem Kreislauf der Parasiten den Kot von den Eiern zu trennen und reines Futter den Tieren anzubieten. Und es gab in der großen Entwicklung international den Versuch, diese hygienischen Voraussetzungen zu schaffen, damit wir nicht mit Medikamenten behandeln müssen, sondern eine hygienische Basis haben, damit wir ein gesundes Nahrungsmittel anbieten können. Meine Damen und Herren, die Idee – das ist keine momentane Erfindung – kommt von jener Entwicklung, die altbekannt ist. Ich bin ja auch nicht ganz sicher, ob die atemgerechte Bewegung bei unseren lieben Freunden, bei den Papageien und Wellensittichen in den Küchen und Zim-

mern so hundertprozentig gegeben ist, die sicherlich herrlich singen und die wir als „Schnuckiputzi“ anreden. Aber ich kann mir nicht vorstellen, ob das hundertprozentig das ewige Glück ist. Meine kleinen Buben haben, wie sie solche Vögel haben wollten, gleich den Käfig aufgemacht, die Vögel waren fort, rein aus dem Unterbewußtsein heraus. Meine Damen und Herren, das ist aber keine Legitimation, daß wir uns nicht anstrengen in dieser Form, und das ist der harte Kern in diesem Tierschutzgesetz, einen Weg zu finden, um eine artgerechte Legehennenhaltung in unserem europäischen Raum – das muß ich so sagen – zu erreichen. Wir kennen bereits Beispiele. Es ist das Norwegen, wo diese Käfighaltung verboten und nach fünf Jahren wieder eingeführt werden mußte, weil die gesamte Eierproduktion im Ausland wieder in diesen Käfigen passiert ist. Wir brauchen daher eine massive breite Öffentlichkeit, eine Mobilisation der Konsumenten, damit das Verständnis für diesen höheren Preis, der damit verbunden ist, gegeben ist. Es läuft ein Versuch in der Steiermark mit einer Volierenhaltung, wo die Produktion pro Ei um 70 Groschen teurer ist und nur 15 Prozent dieser Produktion verkaufbar sind, weil die Konsumenten sagen, ich kenne das nicht auseinander in der Qualität. Meine Damen und Herren, ich glaube vor allem, daß wir hier keine Konfrontation haben müssen, sondern erbitte das Verständnis, wenn wir einen Artikel-15-Vertrag in Verbindung bringen, dann ist das die einzige Sorge darum, daß wir in der Steiermark die Futtergrundlage über unsere Legehennen von 10.000 Hektar umsetzen und veredeln können und 300 Bauern, die von dieser Existenz leben, weiterhin eine Lebensberechtigung haben und nicht eine wie vom Jahre 1950 bis zum Jahre 1980, da sind 700.000 Menschen aus der Landwirtschaft weggegangen, wo wieder Menschen gezwungen sind, von diesem Arbeitsmarkt auf Grund dieses Einkommensverlustes eben weggehen zu müssen. Ich bitte daher wirklich um Verständnis. Wir kennen das Vorarlberger Modell, aber ich bin überzeugt, daß hier unter allen Umständen gemeinsam mit Naturschutz, mit Tierschutz, mit dieser Bewegung der Alternativen und grünen Geisteshaltung im Grunde doch ein Weg gefunden werden müßte, damit wir hier nicht die totale Konfrontation haben.

Meine Damen und Herren, ich möchte daher abschließend um Verständnis bitten, daß wir nicht glückliche steirische Hühner haben in Zukunft, wenn wir zu kurzfristige Entscheidungen treffen und notleidende Bauern und Konsumenten, die ausländischen Lieferanten von Eiern ausgeliefert sind. Wir als Bauern betrachten, meine Damen und Herren, unseren Beruf sicherlich nicht – und das ist bewiesen durch eine sehr lange Tradition, meine Damen und Herren – als einen reinen Produktionsauftrag, sondern für uns ist unser Beruf untrennbar mit dem Leben unserer Tiere, unserer Pflanzen und dem Fortbestand unserer Familien und Höfe verbunden. Danke schön! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Ich unterbreche die Sitzung auf 15 Minuten zur Lüftung des Saales. Der nächste Redner zu Beginn der Sitzung ist der Herr Abgeordnete Pinegger, in 15 Minuten, um 19.30 Uhr.

Präsident Zdarsky: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf (19.30 Uhr). Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pinegger. Ich erteile es ihm.

Abg. Pinegger: Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Als Bürgermeister bin ich es gewohnt, Sitzungen zu eröffnen und darf anlässlich dieser Eröffnung die Beschlußfähigkeit feststellen. Würde ich heute versuchen, dies zu tun, könnte ich das nicht feststellen. Nichtsdestotrotz, meine Damen und Herren, möchte ich an die Ausführungen des Berichterstatters, meines Kollegen Franz Halper, der sich auch als Redner zu Wort gemeldet hat, anknüpfen und den Satz wiederholen, den er prägte: „Den Steirern geht die Luft aus.“ Ich möchte, meine Damen und Herren, in diesen Slogan einstimmen und möchte sagen, schwerpunktmäßig geht uns in den industriellen Ballungszentren die Luft aus. Wenn ich das hier an die Spitze meiner Ausführungen stelle, meine ich hier unsere weststeirische Industrieregion. Ich darf mich heute aufrichtig freuen, und ich glaube auch nicht den Widerspruch zu erlangen, wenn ich meinen lieben Kollegen Prensberger anblicke – ich bin sehr froh, daß wir heute Gelegenheit haben, uns vor so großem Forum abermals zu begegnen. Ich erinnere mich an das Jahr 1980, als hier die Situation Kraftwerkbau, ÖDK III, jawohl, mit diesem riesigen Turm, zur Diskussion stand. Ich habe es damals gewagt, so frei nach Rittersmann oder Knapp hier die gegebene Situation im Zusammenhang mit der Luftverunreinigung zu fixieren. Ich kann mich noch gut erinnern, daß es damals gewaltigen Widerspruch gab, als ich die Bürgerinitiative initiierte. Und als ich dann vernehmen mußte, ihr seid die Arbeitsplatzvernichter, ihr seid für Baustopp, ihr seid für dies und jenes. Aber heute scheinen uns hier überhaupt keine Ansichten mehr zu trennen, denn in der Zwischenzeit ist der allmächtige Konzern Draukraftwerke-AG. soweit gebracht worden, daß er in die 90prozentige Entschwefelung einstimmt. Ich glaube, das ist sicher ein Weg der Erkenntnis gewesen, der uns dorthin geführt hat, lieber Herr Kollege Prensberger.

Und nun, meine Damen und Herren, darf ich auch hier sehr deutlich erwähnen, in Erfüllung dieses Steiermärkischen Luftreinhaltegesetzes vom Jahre 1974, es ist ja schon angeklungen, daß hier viel zu wenig in diesem beinahe zehnjährigen Zeitraum getan wurde. Ich möchte aber wohl bemerken, daß auf Grund einer Gewerbeordnung bei Errichtung von solchen industriellen Anlagen durch Ausstoß von Schadstoffen Auflagen erforderlich sind und gegeben werden. Nunmehr, meine Damen und Herren, ich habe mir den Rechnungsabschluß des Jahres 1982 angesehen, wo der Gebahrungserfolg für diese Luftreinhaltung, bezogen auf die gesamte Steiermark, mit 337.000 Schilling ausgewiesen ist. Das war 1982. Im Jahre 1983 – und dieses Jahr läuft aus – waren es weniger, waren es 256.000 Schilling. Und im Budget 1984, das ist erfreulich, sind insgesamt 4.238.000 Schilling präliminiert, und die werden – so nehme ich an – auch verausgabt werden.

Der Schwerpunkt dieses Budgetansatzes liegt in der Anschaffung von technischen Apparaten und Geräten. Diese Gerätschaften und Apparate sind für die erste

Etappe der Verwirklichung des Smogalarmplanes notwendig. Für diesen Zweck, meine Damen und Herren, allein für diese Gerätschaften ohne chemische Mittel sind 3,6 Millionen Schilling präliminiert. Dieser von der Rechtsabteilung 3 unter Einbeziehung der Fachabteilung Ia ausgearbeitete Plan ist anwendbar, wenn die zur Übertragung der Meßwerte notwendigen Einrichtungen zur Verfügung stehen. Und daran ist gedacht. Es müssen im gesamtsteirischen Raum 34 Meßgeräte entweder angeschafft oder im Betrieb erhalten werden. Diese dienen der Meldung über Krisensituationen im Zusammenhang mit dem Ausstoß von Schadstoffen. Die Bevölkerung soll über diese Einrichtungen informiert und über die Werte der Emissionen praktisch in Kenntnis gesetzt werden. Es soll nicht eine Einrichtung sein, die das Gruseln und das Schaudern auf Grund dieser Berichterstattung über unsere Bürger kommen läßt, sondern durch diese Messungen sollen auch Maßnahmen spontan geschaltet werden. Unter Umständen sollen auch Einrichtungen, die Verursacher dieses jähen Anstieges von hohen SO₂-Werten sind, spontan eingestellt werden. Wir freuen uns – und da meine ich auch den Bezirk Voitsberg, denn wir sind ja vielfach, was das anbelangt, an der Spitze. Gegenwärtig angeblich auch – wenn die letzten Werte stimmen – was die Arbeitslosigkeit anbelangt. Es scheint so zu sein, daß sich die Luft in der Industrieregion Voitsberg-Köflach wahrscheinlich verbessern wird, aber daß sich die Arbeitsplatzsituation im gleichen Ausmaß unter Umständen mit dem Erlöschen der Glashütte Voitsberg verschlechtert. Das wünschen wir uns auch nicht. Aber die Priorität in diesem Zusammenhang ist von seiten der zuständigen Fachabteilung wie folgt gesetzt:

Die erste Region ist Voitsberg-Köflach, und hier sollen zusätzliche Meßstationen eingerichtet werden: Station Kobald, Krems, Arnstein, Zentrum Voitsberg im Bereich des Bades und auch im Raum Köflach. Hier scheint sich etwas Interessantes abzuspielden: Die Großstädte sind hier im ständigen Clinch und sind der Ansicht, daß sie, hervorgerufen durch eine andere Stadt, höhere Werte hätten, und da wird fleißig gewetteifert. Der liebe Kollege, Herr Bürgermeister Brunnegger von Köflach, hat sich einmal recht persönlich mit seinem lieben Kollegen von der Bezirkshauptstadt Voitsberg diesbezüglich auseinandergesetzt. Wir haben dieser Auseinandersetzung in dem Sinn Wert beigemessen, daß wir wirklich sagten, auch wir, die Randgemeinden, sind durch diese Ausbildung des hohen Schlotens genauso wohlbedacht mit dem Ausstoß dieses Schwefeldioxydes.

Der zweite Raum für diese Messungen ist der Raum Aichfeld-Murboden, und der dritte Raum ist der Bereich um Pöls. Diese Überwachung, meine Damen und Herren, und eine Rückschaltung in das Zentrum Graz, wo eigene Datenverarbeitungen sehr schnell die Werte, wie sie gegeben sind, feststellen können, beruhigt uns insofern, daß wir uns über den Zustand dieser unserer eingeatmeten Luft entweder behaglich fühlen können oder beängstigt werden. Ich glaube, meine Damen und Herren, hätte Paul Lincke, der eine so herrliche Operette von der Berliner Luft schrieb, zeitverschoben bei uns in der weststeirischen Region leben müssen, dann wäre er sicher nicht inspiriert worden, eine Operette zu schreiben, die unter Umständen den

Titel gehabt hätte: „Das ist die Weststeirer Luft“, denn sie ist nicht so qualitativ.

Wenn eine Tageszeitung jüngst unseren Landesrat Dr. Heidinger apostrophiert hat, daß er anlässlich einer Fremdenverkehrstagung im Raum Hirschegg geäußert habe, daß man auf Grund der schlechten Luftwerte im Raum Voitsberg nicht in der Lage wäre, Elektronikbetriebe anzusiedeln, die praktisch beinahe eine Luftgüte besonderer Art bräuchten, so wurde er dahingehend mißverstanden, als man ihm dann zuschob, er sei hier in einen furchtbaren Widerspruch gelangt. Es wäre also eine Elektronikwerksiedlung nicht möglich, aber parallel wäre Fremdenverkehr möglich. Das kann sich wirklich nur auf die Umland- und Berglandregion Pack-Stubalpe-Gleinalpe beziehen.

Ich darf von dieser Stelle aus, meine Damen und Herren, für den Einsatz höherer Budgetmittel für die Luftreinhaltung herzlichst danken und darf auch noch einmal, nachdem das heute keine Streitfrage mehr zu sein scheint, unserem Herrn Landeshauptmann Dank sagen, daß er für diesen weststeirischen Raum die 90prozentige Entschwefelung erwirkte.

Ich glaube, Sie alle damit grüßen zu dürfen – wir sagen in unserem weststeirischen Gebiet immer „Glück auf!“, darf ich Sie alle diesmal mit der Feststellung grüßen, „Gut Luft!“ auch im weststeirischen Raum. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Der Herr Abgeordnete Karrer hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Karrer: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Zwischen der Berliner Luft und der Köflacher – „Gut Luft“, wie du jetzt gesagt hast –, glaube ich, ist ein Unterschied, nicht nur in der Interpretation, wer es geschrieben hat, sondern es ist eben so, daß heute hier im wesentlichen über die Krankenanstalten der Gruppe 5 überhaupt sehr wenig gesprochen worden ist. Ich weiß schon, im wesentlichen ist es auch in Ordnung. Es wurde in den letzten Jahrzehnten sehr viel über unsere Krankenanstalten gesprochen, es wurde auch sehr viel investiert, und das geht ja in die 100, ja weit über 1000 Millionen Schilling. Das wissen wir alles. Daher glaube ich auch, daß eine gewisse Sättigung in der Bemängelung einfach eingetreten ist.

Ich möchte mir aber doch zu einem Problem erlauben, die Frage an den Herrn Landesrat Heidinger zu richten, nämlich betreffend die Geburtenstation in Mürrzuslag. Sie wurde im heurigen Sommer eigenmächtig, glaube ich, durch die Landesregierung, oder wer immer es verfügt hat, zum Leidwesen der Bevölkerung geschlossen. Die Bevölkerung versteht dies auch nicht, wie man einen solchen Akt nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten – so sind scheinbar die Überlegungen in der Begründung – anstellen kann, wo doch meines Erachtens – und ich glaube, da werden Sie mir beipflichten – gerade auf diesem Sektor menschlicher Geburt keine Wirtschaftlichkeitsrechnung angestellt werden kann. Wenn es trotzdem so sein sollte, meine Damen und Herren, dann kann ich mir vorstellen, was auf uns zukommt, wenn der ÖVP-Gedanke der Verwirklichung des eigenen Wirtschaftskörpers Platz

greift, wenn solche Maßnahmen schon vorweg gemacht werden.

Daher meine Frage an den zuständigen Herrn Landesrat: Herr Landesrat, sind Sie gewillt, mir hier die Auskunft zu geben, ob die Geburtenstation heuer noch eröffnet und auch weitergeführt wird beziehungsweise wie es zu dieser meines Erachtens unüberlegten Handlung kam. Im Namen der Bevölkerung danke ich heute schon, wenn sie wieder aufgemacht wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Kalnoky: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur kurz zu Mürrzuslag sagen, daß wir von unserer Fraktion aus den Antrag gestellt haben, daß Mürrzuslag nicht geschlossen wird. Ferner möchte ich dem Kollegen Sponer sagen, daß wir uns sehr freuen, daß er gesagt hat, grundsätzlich ist er dafür, daß der freie Wirtschaftskörper eingeführt wird. Nun ist es so, man hört das schon an der Definition, daß Grundsätze eben oft am Grund, am Boden liegen, und da muß man ein bißchen helfen, daß sie an die Oberfläche kommen. Wir haben hier so oft über Vaterschaft gesprochen, aber in diesem Sinn ist eben vielleicht der Herr Landesrat Heidinger die Mutter, und wir werden helfen als Hebamme, daß der freie Wirtschaftskörper geboren wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich freue mich auch, daß Sie sagen, es ist ein Ziel, wirtschaftlicher zu sein, nur die Berechnungen, die Sie angestellt haben, die stimmen eben nicht, weil man im Jahr 1960 ein ganz anderes Landesbudget gehabt hat. Damals – das wissen Sie auch – ist die Bezahlung der Lehrer noch nicht im Fonds gewesen, und dadurch hat sich das Verhältnis verschoben. Wir könnten aber jetzt sehen, daß die ganzen Jahre hindurch sich der Abgang vergrößert hat. Und wenn es jetzt im Voranschlag noch nicht so aussieht, so braucht man eben außerhalb des ordentlichen Haushaltes nur auch noch den Schuldendienst hinzuzurechnen, dann sieht man, daß der Anstieg ganz einfach weitergeht und wir dringend wirklich den Wirtschaftskörper bilden müssen, damit die Dinge durchsichtig werden. Wenn wir von der öffentlichen Hand sprechen, so scheint es mir oft, als wenn die öffentliche Hand zu einem Oktopus geworden ist, der überall hineingreift und längst nicht mehr weiß, wo er überall ist und was man abstellen muß, um wirklich rentabler zu werden. Wir können einfach nicht mehr zuordnen, wo die einzelnen Gelder bleiben, und wir können auch nicht mehr feststellen, wie ein Spitalsaufenthalt finanziert wird. Da geht es längst nicht mehr um den Pflegekostenersatz der Gebietskrankenkasse oder eines anderen Sozialversicherungsträgers und auch nicht um die Zusatzversicherungen. Allein aus dem KRAZAF kommen verschiedenste Gelder, einmal aus dem Bundesanteil, hier wieder aus der Mehrwertsteuer, ein Beitrag wiederum aus der Sozialversicherung, Mittel aus dem Land und Mittel aus der Gemeinde, ferner auch nach dem Spitalerhaltungsgesetz, das Land wiederum mit der Spitalfinanzierung und freiwilligen Leistungen und außerdem die Bezirkssozialhilfefonds. Wenn man dabei bedenkt, daß es letztendlich immer der gleiche ist, der zahlt – nämlich

der Steuerzahler –, so fragt man sich, welchen Sinn eine solche Aufteilung hat und ob nicht diese Mittel sehr oft einfach in der bürokratischen Verwaltung untergehen. Die Entscheidung, einen selbständigen Wirtschaftskörper zu schaffen, ist daher äußerst sinnvoll. Es ist der Beginn einer Entflechtung der Zuordnung von Verantwortungen, Gestaltung und Vorstellungen, die eingebracht werden, sowie klare Zielsetzungen. Daß es bisher keine klaren Zielsetzungen gegeben hat, ist zum Beispiel an dem zu sehen, daß allein der klinische Mehraufwand dadurch erhöht wird, daß das Direktorium hinausgefahren ist nach Wien, sich dort eingesetzt hat und allein heuer 29 Millionen Schilling erst einmal als Vorauszahlung eingezahlt werden. Dort ist ganz einfach etwas total verabsäumt worden, und wir hoffen, daß mit mehr zugeordneter Verantwortlichkeit dann wirklich die Wirtschaftlichkeit entsteht, von der auch Sie sagen, es ist Ihr Ziel.

Ich wollte aber eigentlich zu einem ganz anderen Thema sprechen. Ich wollte Sie etwas fragen, meine Damen und Herren, was man erst erkennt, wenn es fehlt. Was ist das? Sie werden es erraten, weil es zum Thema paßt, es ist die Gesundheit. Es ist so problematisch mit der Gesundheit, weil man sie eigentlich nicht erkennt. Sie hat keinen Geschmack, sie hat keine Farbe, und die Gesundheit zu erhalten, ist einfach nicht spektakulär. Diese Einstellung hat auch die Gebietskrankenkasse, denn sie braucht den Kranken zu ihrer Selbstverwirklichung, denn sie setzt kein Geld an für die Vorsorgemedizin, obgleich es eigentlich humaner und oft auch rentabler wäre, dort Geld auszugeben. Wir müssen, um die neuen Krankheiten zu erkennen – und die neuen Krankheiten sind die Zivilisationskrankheiten –, die Bevölkerung aufmerksam machen, daß Ursache und Auswirkung eben oft so weit auseinanderliegen, daß man sie nicht mehr zuordnet. In dieser Information liegt eine große Chance. Diese Zuordnungskomplikation, die haben wir auch im Umweltbereich, wo eben auch Ursache und Auswirkung zeitlich oder aber auch räumlich verschoben sind, so daß der Verursacher oft gar nicht die Größenordnung seiner Auswirkung kennt. Wäre er mit einer Verantwortlichkeit in die Belastung eingebunden, so ließe sich vieles vielleicht von Anfang an vermeiden. Aber auch hier ist die Problematik, ob eine Belastung, die eben gar nicht durch Vorsorge aufscheint, als Erfolgserlebnis empfunden wird. Ähnlich wie in der Arbeitswelt die Sozialpartnerschaft sehr viel Ausgleich gebracht hat, wird es zu einer Umweltpartnerschaft kommen müssen, um eine Versöhnung zwischen dem Wirtschaftshaushalt und dem Haushalt der Natur zu erreichen. Nach dem Verursacherprinzip müßte ein Teil der indirekten Kosten in jeder betriebswirtschaftlichen Kalkulation mit aufscheinen, so daß in mancher Hinsicht vielleicht dann ein umweltfreundlicheres Produkt sogar das wirtschaftlichere sein kann. Aber natürlich brauchen wir auch den mündigen Konsumenten, so wie vorhin das mein Kollege Pörtl schon gesagt hat. Der Konsument muß mit begreifen, warum manche Dinge einfach auch teurer sein sollten. In diesen Bereichen brauchen wir, um die ganze Umweltproblematik irgendwie zu erfassen, neue Forschungsaufträge sowie mehr Innovation. Und es ist besonders bedauerlich, daß in dieser Zeit gerade die Regierungspartei mit ihrem Belastungspaket ganz besonders für die Forschung und die Innovation einfach nicht sehr viel

aufwendet. (Abg. Tschernitz: „Zusätzlich Mittel bereitstellen!“) Nein, es ist abnehmend!

Während die Mehrwertsteuer auf Energie zusätzliche Steuereinnahmen von 2,4 Milliarden Schilling erbringt, werden davon nur 500 Millionen Schilling, das sind 20 Prozent, für den Umweltschutz angewandt. Das ist leider eine Haltung des Weiterwurstelns, und gleichzeitig zeigt es einfach eine gelassene Ratlosigkeit. Dabei sollten wir neue Segel setzen, wir brauchen einfach neue Ideen für die Zukunft. Sprechen wir in der Natur von der Vermeidung von Umweltschäden, so gibt es eine deutliche Parallele in der Gesundheitspolitik, indem auch dort die Auswirkung unserer Zivilisation nur eingebremst werden kann, wenn wir uns der Vorsorge zuwenden. Zivilisationskrankheiten beginnen chronisch, das heißt langsam. Auch hier ist der Ursprung oft deutlich zeitlich verschoben. Zivilisationskrankheiten werden durch falsche Lebensgewohnheiten hervorgerufen. Wo aber sollen wir beginnen, die Menschen zu motivieren, oder sollen wir es einfach aufgeben oder gar nicht beginnen? Selbstverständlich liegt der wichtigste Ansatzpunkt bei der Jugend. Aber die Jugend ist sehr schwer auf die Gesundheit anzusprechen, weil die Jugend gesund ist und ihr daher das Interesse fehlt. Gesundheit ist eben meist erst durch ihr Fehlen bemerkbar. In Deutschland und Österreich nehmen Zivilisationskrankheiten immer noch deutlich zu. Anders ist es in den USA, wo zum Beispiel Übergewicht und erhöhter Blutdruck fast ausschließlich ein Problem der untersten sozialen Schicht ist, denn der Amerikaner der mittleren und oberen Schicht hat längst gelernt, seine falschen, krankmachenden Lebensgewohnheiten zu ändern.

Die steirischen Lehrlinge, zumindest zu einem Teil, haben vor einigen Jahren die große Chance bekommen, sich ihrer Gesundheit bewußt zu werden, mit dem gleichzeitigen Wissen, daß es auch an ihnen und ihrer Eigenverantwortung liegt, wie ihre Zukunft aussieht. Ganz besonders gut ist das Zahngesundheitsprogramm der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz. Es wird in vier Berufsschulen durchgeführt, denn der Zahnzustand der österreichischen Bevölkerung ist besonders besorgniserregend. 52 Prozent der Lehrlinge haben fünf bis sechs kaputte Zähne. Im Vergleich zu anderen Ländern, wo eben mehr Vorsorge eingesetzt worden ist, haben wir um 80 Prozent mehr Karies. Auf ein Zahnloch im Mund in Deutschland kommen im Vergleich hier sieben, bitte! (Abg. Hammerl: „Wir müssen noch lernen!“) Ja, Sie müßten auch noch lernen, aber vielleicht ist es zu spät.

Aber wenn wir jetzt einsetzen, dann werden wir auch einmal, zwar etwas später, einen deutlichen Erfolg sehen. Denn zum Beispiel in der Schweiz kann man jetzt nach 20 Jahren Prophylaxe beweisen, daß Karies um 70 Prozent abgesunken ist. (Abg. Sponer: „Wir haben zuwenig Zahnärzte!“) Sie brauchen keine Zahnärzte, Sie brauchen sich nur Ihre Zähne zu putzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Im Jahr 1984 sind an vier Berufsschulen an die 3000 Untersuchungen vorgesehen und Anleitungen – ich lade Sie herzlich ein – zur Mundhygiene. Dazu melden sich die Lehrlinge freiwillig – es wird ihnen freigestellt –, und sie müssen sogar einen Selbstkostenbeitrag von 30 Schilling leisten. Ich kann Ihnen nur sagen, es melden sich 95 bis 98 Prozent der Lehrlinge.

Dies zeigt, die Jugend hat durchaus ein Verantwortungsgefühl, wenn man sie richtig anspricht.

Eine andere Aktivität im vorsorgemedizinischen Bereich ist auch das Messen der Lungenwerte in bisher 16 Berufsschulen. Hier wird mit Hilfe eines Vitalographen jedem Jugendlichen gesagt, wie sein eigener spezifischer Atemwert ist und wie gut oder wie schlecht er im Vergleich zum Normalwert ist. Man muß hier wissen, daß die meisten Lehrlinge als Nichtraucher in die Berufsschule kommen, diese aber als Raucher verlassen. Soll man das einfach geschehen lassen, wenn man eine Verantwortung hat? Es ist bekannt, daß allein beim Lungenkarzinom 96 Prozent davon Raucher sind. Haben wir nicht daher die Pflicht zu warnen? Im letzten halben Jahr allein wurden 9340 Lehrlinge auf ihre Lungenwerte hin untersucht, und viele von ihnen sagten: „Jetzt höre ich mit dem Rauchen auf“, oder „Ich werde mehr Sport machen, weil ich einsehe, daß das für mein Leben wichtig ist.“ (Abg. Karrer: „Aber die Mädchen rauchen mehr!“) Das ist für beide, für Mädchen und Buben. Nur, die Mädchen sind meist leichter ansprechbar.

Mein herzlichster Dank hier gilt vor allem unserem Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, der mir persönlich aus seinem Fonds ein Geld gegeben hat, um dieses Modell durchzuführen. Ich muß mich aber auch bei den Herren Landesräten Jungwirth und Heidinger herzlichst bedanken sowie beim Landesschulinspektor Jeindl, der mit großer Initiative geholfen hat. Sie wissen gar nicht, wie mühsam es ist, wenn man etwas ganz Neues beginnt, wo man keine Anleitung hat, wo man sich nicht an anderen Programmen hier in Österreich orientieren kann. Dann braucht man eben die Mithilfe aller Beteiligten, und die ist hier ganz großartig.

Ein kurzes Wort auch zur Sportmedizin: Alle steirischen Sportschüler stehen unter bester sportmedizinischer Betreuung. Sport ist die beste Kompensation eines bewegungsarmen Lebens, wie es immer mehr zur Norm wird. Sport wird in Zukunft einen viel höheren Stellenwert haben. Sport heißt soziale Integration, Sport heißt Streßabbau. Sport kann aber auch mit Sport gar nichts mehr zu tun haben, wenn es in den Bereich des Spitzensports geht. Hier ist Sport eigentlich gleich Arbeit zu setzen, und hier kommt die Sportmedizin eigentlich in die Nähe der Arbeitsmedizin. Auch hier haben wir in der Steiermark über alle drei Dachverbände hinweg ein gemeinsames Untersuchungsprogramm ausgearbeitet, welches unsere sportliche Jugend entsprechend betreut. Seit kurzer Zeit hat auch das Bundesministerium für Unterricht und Kunst sich an uns gewandt und uns gebeten, mit ihm zusammen weitere Untersuchungen durchzuführen, wie wir sie hier in der Steiermark konzipiert haben. Im Zusammenhang mit dieser sportmedizinischen Untersuchung möchte ich aber auch auf den Film von Professor Buchner hinweisen, der im Auftrag der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz gedreht wurde. Hier ist eine Anleitung gegeben, Haltungsschäden zu erkennen, die Anleitung, Haltungsschäden durch gezielte Übungen wieder in eine gesunde Haltung zurückzuführen. Das ist der Sinn dieses Filmes. Ein ähnlicher Film, der früher in dieser Richtung gezeigt wurde, ist heute 30 Jahre alt, und so sind viele neue Erkenntnisse einfach noch nie in dieser Weise gezeigt.

Vielleicht ist aber auch ein Satz von Professor Buchner besonders hervorzuheben. Er sagt: „Die richtige Haltung ist gleichzeitig die ökonomischste. Ein Mensch, der sich richtig hält, fühlt sich besser und wird weniger müde.“ Auch hier gilt das gleiche: Information und Vorbeugen ist gleich Vermeiden. Es bedarf immer wieder der Motivation, damit die Gesunden sich nicht gegenseitig auf die Schulter klopfen und sagen: „Hauptsache gesund!“, weil jeder weiß, daß in seinem Leben weniger Hauptsachen geschehen, sondern hauptsächlich Nebensachen. Der Wert der Vorsorge ist aber auch deshalb so besonders wichtig, weil anders als in den früheren Jahren – vor hundert Jahren etwa war die Lebenserwartung 45 – werden jetzt die Menschen älter. Und darauf müssen wir auch reagieren. Während bis 45 eigentlich jeder sozusagen gesund ist, kommt dann die Stunde der Wahrheit, wo der Mensch anfängt, von seinem Gesundheitskapital zu leben. Immer wieder erleben wir, daß besonders geistig angelegte und sportliche Menschen auch im Alter noch jung sind. Wenn man dazu bedenkt, daß sich die Altersheime langsam immer mehr zu Pflegeheimen verschieben; und wenn man weiß, daß durchaus nicht jeder alte Mensch ein Pflegefall sein muß, und wenn man dazu bedenkt, daß ein Pflegefall ungefähr zweieinhalbmal soviel kostet wie ein Platz im Pflegeheim, kann man auch hier sagen: Vorsorge macht sich bezahlt, allerdings erst später!

Mein Interesse gilt der Vorsorgemedizin, denn sie ist der Glaube an die Zukunft. Dazu bedarf es aber auch eines gesundheitspolitischen Konzeptes, und daran will ich arbeiten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Das Wort hat nun Herr Landesrat Gerhard Heidinger.

Landesrat Heidinger: Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ist es die Ruhe vor dem Sturm oder ist es die allgemeine Anerkennung dessen, was in unseren steirischen Krankenanstalten geleistet wird? (Abg. Hammerl: „Es ist die Anerkennung!“) Ich darf es als letzteres werten, daß die Debatte über die Gruppe 5, die in ihrem Hauptteil die Krankenanstalten beinhaltet, keine wesentlichen Fragen oder Divergenzen oder Differenzen gebracht hat. So darf ich mich in erster Linie den Fragen zuwenden, die hier aufgeworfen wurden. Das Lächeln des Herrn Landeshauptmannes dürfte doch die Ruhe vor dem Sturm ankündigen, nehme ich an, denn immer, wenn er so freundlich ist, dann führt er etwas im Schilde.

Ich darf dem Herrn Abgeordneten Karrer, der in bezug auf die Geburtenstation Mürzzuschlag eine Frage an mich gerichtet hat, folgendes sagen: Ich habe schon Verständnis dafür, daß hier die Emotionen hochschlagen, aber die Ursache, daß die Geburtenstation in Mürzzuschlag vorübergehend geschlossen werden mußte, war kein Akt gegen die Bevölkerung, sondern sie mußte einfach deswegen vorübergehend geschlossen werden, weil personelle Mängel in Mürzzuschlag aufgetreten sind, die bis heute leider nicht behoben wurden. Ich habe – ich will hier nicht den ganzen Ablauf schildern, wie sich das zugetragen hat – sehr lange gezögert, die vorübergehende Schließung zu genehmigen. Ich habe aber gleichzeitig den Auftrag

gegeben beziehungsweise die Rechtsabteilung 1, die Personalabteilung, ersucht, alles mögliche zu unternehmen, um den personellen Notstand zu beheben. Ich hoffe, nachdem nicht beabsichtigt ist, das möchte ich sehr eindeutig sagen, von niemandem beabsichtigt ist, diese Geburtsstation tatsächlich zu schließen, daß dieser personelle Mangel sehr bald behoben wird und daß dort Hebammen eingesetzt werden, die wir derzeit nicht in jenem Ausmaß zur Verfügung haben, wie wir sie brauchen, und auch noch ein Konsiliarfacharzt in Müzzuschlag installiert wird. Das zu der Anfrage des Herrn Abgeordneten Karrer.

Die Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky hat so im Vorübergehen die Frage des selbständigen Wirtschaftskörpers gestreift. Ich bin mit ihr der Meinung, daß in Rede stehende Probleme, in Verhandlung stehende Probleme eben auf dem Verhandlungsweg gelöst werden sollen. Aber ich bitte doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sollten das anerkennen, und Sie sollten sich mit mir darüber freuen, daß eine Statistik ausweist – sie kommt vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz –, daß wir in der Kostengestaltung in unseren Krankenanstalten in Österreich an der hervorragenden ersten Stelle stehen. Wir waren im Jahre 1981 an zweiter Stelle und stehen nunmehr an erster Stelle! Ich bitte Sie, doch diese günstige Situation anzuerkennen, obwohl wir alle selbstverständlich feststellen, daß österreichweit, weltweit, die finanzielle Beanspruchung für die Krankenanstalten enorm gestiegen ist. Das will auch niemand verschweigen. Man muß aber doch Maßstäbe erkennen und anlegen und sagen, wie das gesamte Budget und wie der Anteil der Krankenanstalten am Budget gestiegen ist. Selbstverständlich ist seit 1960 zum Budget des Landes einiges dazugekommen. Damals waren eben diese 300 Millionen Schilling 26 Prozent Budgetanteil. Und 1984 werden es zwischen 17 und 18 Prozent sein. Es stimmt, damals waren es 300 Millionen Schilling, heute sind es 4 Milliarden Schilling. Aber man muß eines auch dazusagen: 1975 hat das Land Steiermark zur Budgetabdeckung 541 Millionen Schilling aufgewendet, im Jahre 1984 werden es etwa 681 Millionen Schilling sein. Auch hier sind bitte wieder die Relationen herzustellen, weil der Bund – man soll nicht so einfach darüber hinweggehen – eben 451 Millionen Schilling aus dem Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds zur Budgetabdeckung zur Verfügung stellt; zum Beispiel durch Mittel aus jenem Mehrwertsteuersatz, der, als er eingeführt wurde, nicht allgemeine Zustimmung fand.

Und zum klinischen Mehraufwand, verehrte Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky, da ist nicht irgend jemand und sind nicht irgendwelche Direktoren nach Wien gefahren, um über den klinischen Mehraufwand zu verhandeln. Vielmehr waren es hervorragende Beamte unseres Landes, die hinausgefahren und erfolgreich gewesen sind. (Abg. Dr. Kalnoky: „Warum nicht früher?“) Wir haben eine Nachzahlung bekommen. Sie beläuft sich immerhin für die Jahre 1981/82 auf 152 Millionen Schilling, und das nehmen wir sehr gerne und dankbar zur Kenntnis. (Abg. Dr. Kalnoky: „Wer hat Sie denn plötzlich auf diese Idee gebracht?“) Der Rechnungshof war es, der aufgezeigt hat, daß die Universität Graz zum Unterschied von Innsbruck und Wien nicht in jenem Maß gerecht behandelt und gleich

behandelt wird, wie etwa diese beiden vorgenannten Universitäten. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Wir brauchen dem Direktor des Landeskrankenhauses, der die Sache hier aufgebracht hat, unseren Respekt nicht zu verweigern!“) Nein, er ist unter jenen vier Herren gewesen, die in Wien waren. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das war nicht der Rechnungshof, das war Stepantschitz!“)

Wenn Sie, Herr Landeshauptmann, wünschen, daß ich alle vier beim Namen nenne, so beginne ich gerne bei Herrn Wirkl. Hofrat Dr. Stepantschitz, es war dann Herr Wirkl. Hofrat Dr. Kriegseisen, es war Herr Wirkl. Hofrat Dr. Weixler und nicht zuletzt Herr Wirkl. Hofrat Dr. Schaffer. Es ist hier nicht ein Vorbeireden an der Wahrheit, sondern Herr Wirkl. Hofrat Dr. Stepantschitz hat nach Einblicknahme in den Rechnungshofbericht es hier im Landtag aufgezeigt. Er hat es aber sicherlich nicht erfunden, sondern es haben es ja alle dann gelesen. (Abg. Dr. Maiz: „Aber 30 Jahre hat man das nicht gesehen, daß man dort etwas holen kann!“) Wer hat es nicht gesehen? Das Land Steiermark hat mit dem Bund einen Vertrag gehabt, und nicht das Land Steiermark war schuldig, sondern der Bund wollte nicht darauf einsteigen. Er wollte nicht zahlen, auch dann nicht, als man daraufgekommen ist, daß eine unterschiedliche Behandlung hier stattgefunden hat. Was herausgekommen ist, ist ein Verhandlungsergebnis, und ich bin gerne bereit, wenn Sie wollen, all jenen, die daran mitgewirkt haben, daß es zum Vorteil des Landes gereichte, diesen Lorbeerkranz umzuhängen. (Abg. Brandl: „Vier Lorbeerkränze!“ – Beifall bei der ÖVP.)

Aber lassen Sie mich zurückkehren zum selbständigen Wirtschaftskörper. Ich darf Ihnen noch eines sagen, daß wir der Meinung sind, daß wir eine Organisationsform haben, die gut wirtschaftet, die gut arbeitet. (Abg. Dr. Kalnoky: „Wir wollen es nicht gut, wir wollen es besser machen!“) Man darf übrigens die Krankenanstalten nicht nur nach dem Prinzip der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beurteilen, sondern hier ist auch eine versorgungspolitische Aufgabenstellung gegeben. Man muß auch die Qualität dieser Häuser berücksichtigen, wenn wir von der Kostengestaltung reden. Meine Damen und Herren, ich weiß, wir werden in den nächsten Tagen über diesen selbständigen Wirtschaftskörper weiter verhandeln. (Abg. Dr. Eichinger: „Jawohl!“) Ich weiß nicht, warum es da eine Zustimmung oder Ablehnung gibt. Es ist ein allgemeines Verhalten. Wir reden ja schon sehr lange darüber. Wir wollen Zielvorstellungen hören und entwickeln, und wir wollen wissen, wie in diesem selbständigen Wirtschaftskörper gearbeitet wird, und nicht zuletzt, welche Möglichkeit der Mitsprache, der Mitgestaltung der sozialistischen Fraktion in diesem selbständigen Wirtschaftskörper eingeräumt wird. Denn, meine Damen und Herren, die Referatszuteilung nach den Landtagswahlen 1981 erfolgte nach einer Wahl, und die Referate sind nach politischen Grundsätzen beziehungsweise nach politischen Kraftverhältnissen aufgeteilt worden. Das möchte ich dazu sagen. Sie werden verstehen, daß wir hier einem Abräumeffekt, von dem ja immer wieder beteuert wird, daß er nicht vorhanden sei, nicht zustimmen werden. Wir werden darüber weiterreden.

Meine Damen und Herren, damit hätte ich schon all diese Fragen, die aufgeworfen wurden, behandelt. Ich

möchte Sie wirklich nicht über Gebühr in Anspruch nehmen, sondern abschließend nur all jenen Damen und Herren, jenen 10.000 Männern, Frauen, Schwestern, Pflegern, Verwaltungspersonal, Ärzten, wer immer es ist, für ihre aufopfernde Tätigkeit in unseren Anstalten einen herzlichen Dank sagen: Das ist mir ein ehrliches Bedürfnis, und gestatten Sie mir, daß ich, einem alten Brauch folgend, jenen, die aus dem Landesdienst ausscheiden, besonders herzlichen Dank sage: Es ist das Herr Universitätsprofessor Primarius Dr. Bajardi, der durch viele Jahre hindurch das Zytologische Labor geleitet hat. Er war es, der dieses Labor zu dem machte, was es heute ist, nämlich, daß es weit über die steirischen Grenzen hinaus anerkannt wird. Er ist ein anerkannter Wissenschaftler. Herzlichen Dank!

Ebenfalls scheidet mit Ende Dezember dieses Jahres der ärztliche Leiter des Landeskrankenhauses Hartberg aus, Herr Primarius Obermedizinalrat Dr. Zäuner. Er geht in den wohlverdienten Ruhestand, und wir alle, die wir aus der Oststeiermark kommen und ihn kennen, wissen, welchen hervorragenden Arzt, der sich durch einen nimmermüden Einsatz und durch ein hervorragendes Können ausgezeichnet hat, wir hier in der Oststeiermark verlieren.

Mein Dank gilt aber auch allen Bediensteten der Rechtsabteilung 12, der Fachabteilung IV a, mit denen ich im besonderen Maß zusammenarbeite. Stellvertretend seien hier die beiden Hofräte, Herr Dipl.-Ing. Reiter und Herr Dr. Schaffer, genannt. Einen herzlichen Dank Ihnen, meine Damen und Herren, daß Sie den Ansätzen der Gruppe 5, Krankenanstalten, zustimmen werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zur Gruppe 5 liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Halper: Ich verzichte auf die Wortmeldung und wiederhole den Antrag auf Annahme der Gruppe 5. Ich darf aber nur eine Korrektur vornehmen: Ich habe bei meiner Antragstellung Zwischensummen genannt, die ich nunmehr auf die Endsummen korrigieren darf: Für die Gruppe 5 sind Einnahmen in der Größenordnung von 3.449.999.000 Schilling und Ausgaben in der Größenordnung von 4.253.146.000 Schilling vorgesehen.

Präsident Zdarsky: Meine Damen und Herren, sollten Sie diesen Ansätzen und Posten der Gruppe 5 Ihre Zustimmung geben, erbitte ich ein Händezeichen.

Die Gruppe 5 ist damit einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 6, Straßen-, Wasserbau und Verkehr, hat Einnahmen in der Höhe von 23.639.000 Schilling vorgesehen und Ausgaben von 1.282.464.000 Schilling.

Ich ersuche namens des Finanz-Ausschusses um Annahme dieser Gruppe.

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man über den Straßenbau in unserem Land spricht, so sollte man zunächst ganz einfach einmal feststellen, daß vor allem der Ausbau des überregionalen Straßennetzes trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten unter Einsatz geradezu gigantischer finanzieller Mittel vorangetrieben wird. Die Verkehrsfrei-gabe bedeutender Straßenabschnitte in letzter Zeit, wie etwa die Packstraße, der Bosrucktunnel, die Umfahrung Knittelfeld, vor allem aber das Teilstück der S 6 Kapfenberg-Bruck und nicht zuletzt die Südautobahn Hartberg-Gleisdorf, sind wichtige und unübersehbare Beweise dafür, daß nach großen planerischen und bautechnischen Leistungen zunehmend geerntet werden kann, wozu vor etwa eineinhalb Jahrzehnten auch hier in diesem Hohen Haus der Grundstein gelegt wurde.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, möchte ich nicht verschweigen, daß ich die Bemerkungen, welche der Straßenbaureferent, Herr Landes-hauptmann Dr. Krainer, vor kurzem beim Landespar-teitag der ÖVP gemacht hat, mit großem Vergnügen gelesen habe. Er sagte: „Das waren noch tolle Zeiten, da wurden wir in jeder Landtagssitzung wegen fehlen-der Straßenplanungen geprügel.“ Für jene Kollegen, welche damals noch nicht im Hohen Haus waren, möchte ich natürlich sagen, daß das keine Prügel im wahrsten Sinn des Wortes waren – so lustig waren die Zeiten dann auch wieder nicht –, sondern es waren schwere Vorwürfe und Anschuldigungen, weil es tat-sächlich zu jener Zeit, als in den westlichen Bundeslän-dern bereits Autobahnen gebaut wurden, bei uns noch keine Spur von einer einigermaßen großzügigen Straßenplanung gab. Es war auch eine tolle Zeit für die damaligen Regierungen, und das war zunächst noch die ÖVP-Alleinregierung, weil ihr das Geld, das sie geben wollte, zur Gänze mangels baureifer Bauvorhaben gar nicht abgenommen wurde.

Ich glaube, meine Damen und Herren, man könnte heute nach gebotenen Abstand übereinstimmend sagen, daß die „Prügel“ berechtigt, notwendig und, was das wichtigste ist, auch zielführend waren. (Abg. Dr. Maiz: „Mit der Zeit haben Sie sich überzeugt, daß es nicht wahr ist!“) Ich stelle nur fest.

Die Planungstätigkeit wurde zusehends aktiviert – wir können uns daran noch sehr gut erinnern –, und es kam dann die Zeit, wo es mehr baureife Vorhaben gab als Geld für deren Ausführung zur Verfügung gestellt werden konnte.

1971 wurden wichtige überregionale Straßenzüge, wie die Schnellstraße in die Mur- und Mürzfurche, in das Bundesstraßennetz aufgenommen. Das kann man alles nachvollziehen, das ist gar nicht so dramatisch.

Die anfänglichen Konfrontationen – wir erinnern uns noch –, von den Zeitungen oft als Straßenschlachten im steirischen Landtag bezeichnet, haben sich nach und nach unter dem steirischen Bautenminister Sepp Moser zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Bund und Land, mit dem Ziel, unser Bundesland so rasch wie möglich von der schädlichen verkehrspoliti-schen Isolation zu befreien, entwickelt.

Die Bundesregierung hat ihrerseits dem Bau des Verkehrsdreieckes Graz-Wien-Linz-Graz und der

Erschließung der Mur- und Mürzfurche durch den Bau von Schnellstraßen absoluten Vorrang eingeräumt. Das wurde oft genug gesagt. Zur Beschleunigung dieses Konzeptes wurde 1971, alles im Einvernehmen mit dem Land, die Gleinalmobahn- beziehungsweise spätere Pyhrn-Autobahn-Gesellschaft gegründet, später die ASAG und dann zur Finanzierung des ganzen die ASFINAG. Es muß auch gesagt werden (Abg. Dr. Maitz: „– daß die Initiative vom Land Steiermark ausgegangen ist!“), daß auch das Land Steiermark, wohl aus objektiver Einschätzung der Tatsache, daß der Bund bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit den forcierten Ausbau finanziell ermöglicht, beträchtliche Landesmittel für diesen Zweck zur Verfügung stellt.

Aber es scheint mir nicht ganz fair, meine Damen und Herren, wenn immer – und darauf kommt es an – mit diesem anklagenden Unterton darauf hingewiesen wird, daß damit das Land Aufgaben übernehme, welche eigentlich dem Bund zukämen. (Abg. Dr. Hirschmann: „So ist es aber!“)

Meine Damen und Herren, der Bund bestreitet natürlich gar nicht, daß er sich selbst durch die Bundesgesetzgebung die Aufgabe gestellt hat, die genannten Straßenverbindungen tatsächlich zu bauen, allerdings nach Maßgabe der vorhandenen Mittel. Es liegt doch schließlich in unserem ureigensten Interesse, daß die aus den schon genannten Gründen entstandenen Verzögerungen zumindest teilweise wieder aufgeholt werden. Darin sehe ich ja auch eine sehr wesentliche Begründung für den Einsatz der Landesmittel.

Meine Damen und Herren! Wir haben Grund, so optimistisch zu sein und anzunehmen, daß das im Gesetz vorgesehene hochrangige Straßennetz in unserem Land noch in diesem Jahrzehnt fertiggestellt sein wird. Das mag Ihnen als ein langer Zeitraum erscheinen. Aber ich glaube, es ist gut, uns daran zu gewöhnen, daß bei der Verwirklichung von größeren Bauvorhaben mit längeren Zeiträumen zu rechnen ist, als dies bisher der Fall war. Das Bauen selbst ist in der Regel kein Problem, außer, daß uns Baugewerkschafter mit zu wenig Beschäftigten zu viel Geld in zu kurzer Zeit verbaut wird. Aber bevor gebaut wird, ist die große Zeit der Verzögerer, der Verhinderer und der Verdränger. Und das kann, wie uns Beispiele beweisen, Verzögerungen bis zu einem Jahrzehnt bedeuten. Denken Sie an den Plabutsch, an die Umfahrung Mürzzuschlag, zur Zeit an die Probleme in Stainach und vieles andere mehr.

Ohne Zweifel, der Sinneswandel in Fragen des Umweltschutzes und in der Einstellung zur Umwelt hat sich – etwa seit dem Bau der Westautobahn – grundlegend geändert. Die Straßenplaner müssen bei der Führung, bei der Ausgestaltung und bei vielen, vielen Detailfragen mit Geduld und riesigem Zeitaufwand auf all das Rücksicht nehmen und auch Kostensteigerungen – das sollte nicht verschwiegen werden – in oft beträchtlichem Ausmaß für sinnvollen Umweltschutz in Kauf nehmen.

Auf der anderen Seite sollte man nicht vergessen, daß die gesetzmäßig festgelegte Erschließung eines Gebietes eine politische Entscheidung ist, und zwar mit dem Ziel, daß dieses Gebiet und die Menschen, die dort leben und wohnen, in ihrer wirtschaftlichen Existenz gesichert werden können oder ihre an sich schlechte Lage verbessert wird. Da kann und soll es

durch Einwendungen des Umweltschutzes durchaus Korrekturen geben, selbst, wenn diese mit Kosten verbunden sind. Die Priorität muß aber dennoch von den Politikern gesetzt und gegebenenfalls auch durchgesetzt werden. Die Meinung des Umweltschutzbeirates – ich weiß, da ist mir der Kollege Schaller und sind mir vielleicht auch andere böse – soll zum Beispiel ernst und gewissenhaft geprüft und – soweit dies möglich ist – auch berücksichtigt werden. Aber es scheint mir auf die Dauer untragbar, wenn der partiell durchaus wichtige Standpunkt des Umweltschutzbeirates ohne, wie mir scheint, entsprechende Berücksichtigung anderer Interessen und Prioritäten praktisch als Veto gegen ein bestimmtes Bauvorhaben zur Kenntnis genommen wird. Man könnte da auch Beispiele nennen. Ich spreche da gar nicht von egoistisch motivierten Personengruppen oder jenen wirklichkeitsfremden oder, wenn Sie wollen, weltentrückten Idealisten, die es auch gibt, die oft sogar als „Sekierer“ bezeichnet werden könnten. Aber mit dem müssen wir uns eben auch auseinandersetzen.

Was not täte, meine Damen und Herren, wäre mehr Mut zur politischen Entscheidung der Verantwortlichen, das Unterlassen von Schwarz-Peter-Spielen zwischen Bund, Land und Gemeinden. Auch da gibt es Beispiele. Vor allem aber das Eindämmen der kostspieligen und maßlosen Variantensuche, verbunden mit Stößen von sündteuren Gutachten und Gegengutachten, weil sich in der Regel nach der Verschwendung von Dutzenden Millionen Schilling schließlich doch immer wieder herausstellt, daß erfahrene Straßenplaner längst eine Variante vorgeschlagen haben, die vernünftig ist und sich letztlich als jene erweist, die dann doch gebaut wird. Auch dafür gäbe es zahlreiche Beispiele, aber ich glaube, die sind ja bekannt.

Wir sollten uns, meine Damen und Herren, und das erscheint mir besonders wichtig, ausnahmslos und energisch als für dieses Land Verantwortliche gegen jene immer wieder von verschiedenen Seiten polemisch und in erschreckender Unkenntnis vorgebrachte Behauptung, daß wir mit der Verwirklichung unseres Straßenbaukonzeptes unsere schöne grüne Steiermark einfach zubetonieren wollen, wehren. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist eine Behauptung, gegen die sich auch die mit schweren wirtschaftlichen Folgen kämpfenden Regionen mit aller Leidenschaft wehren müßten.

Was wir tun und was wir wollen – das soll deutlich gesagt werden – ist gar nichts anderes, als was in den westlichen Bundesländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg schon längst nahezu zu 100 Prozent geschehen ist. Wer würde behaupten, daß die Bundesländer Salzburg und Tirol zubetoniert sind? In diesen Ländern weiß man, daß durch den Ausbau ihres Straßennetzes die Wirtschaft und vor allem der Fremdenverkehr einen bis dahin ungeahnten Aufschwung genommen haben. Es ist nicht anzunehmen, daß mehr Urlauber ein Land aufsuchen, das mit einer grauen Betondecke überzogen ist. Aber glücklicherweise sind die Weichen schon gestellt. Die Bundesregierung und Bautenminister Sekanina sind trotz aller Schwierigkeiten entschlossen und haben dies auch immer wieder erklärt, das modifizierte und sparsamer angelegte Grundnetz unserer hochrangigen Straßen zügig fertigzustellen. Das sind, meine Damen und Herren, allein von den gigantischen Kosten her gesehen, Jahrhundertbau-

werke im wahrsten Sinn des Wortes. Es ist doch ohne weiteres einzusehen, daß damit nicht nur die gegenwärtige Generation alleine belastet werden kann. Damit ist die Vorfinanzierung über die sogenannten Gesellschaftsstrecken zu begründen und auch zu verantworten.

Weil man aber beim Straßenbau in etwas längeren Zeiträumen denken und planen muß, scheint mir die Frage berechtigt: Wie geht es nach den schnell vergehenden drei, vier Jahren mit dem Straßenbau weiter, wenn durch die Rückzahlungsverpflichtungen und die laufend steigenden Straßenerhaltungskosten kein Spielraum im Straßenbaubudget mehr gegeben sein wird? Das teure Grundnetz der hochrangigen Straßen hat ja nach meiner Meinung seine volle wirtschaftsbelebende Wirkung, wenn es sich nicht nur um Transitrouten handelt, sondern wenn auch die Bezirke durch leistungsfähige Bundes- und Landesstraßen an dieses Netz angeschlossen sind. Und da, meine Damen und Herren, gibt es in unserem Land eine ganze Reihe von dringenden Notwendigkeiten. Zum Beispiel: Der Anschluß des Bezirkes Deutschlandsberg an die Autobahn. Das gleiche gilt für das obere und untere Ennstal, für den Ausbau der B 115 - der Eisenstraße, dort ist noch viel zu tun.

Es gäbe eine lange Liste von im Interesse der Konzentration auf das hochrangige Straßennetz zurückgestellten sehr berechtigten Wünschen, deren Verwirklichung - und ich sage es noch einmal - erst zu der angestrebten umfassenden und wirtschaftsbelebenden Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur führt. Da es aber nicht genügt, nur Forderungen aufzustellen, sollten wir die angekündigten Vorschläge des Bundesministers Sekanina über die weitere Finanzierung des Straßenbaues abwarten, diese sachlich prüfen, dabei aber nicht nur die Kosten, sondern auch an den abschätzbaren Nutzen für ganze Regionen denken und auch Verantwortung für etwas übernehmen - im Interesse des Ganzen -, wenn es im Augenblick auch nicht gerade populär sein sollte.

Meine Damen und Herren! Wer mit offenen Augen durch das Land fährt, der muß zugeben - ich sage das abschließend noch einmal -, daß Großartiges geleistet wurde und gegenwärtig auch geleistet wird, und zwar von allen, die an unserem Straßenbau beschäftigt sind - ich will sie nicht aufzählen - ausnahmslos.

Wenn einige Jahre vergangen sein werden - davon bin ich überzeugt - und es uns vielleicht wirtschaftlich insgesamt wieder besser geht, dann können wir sicher sagen: „Das waren tolle Zeiten, meine Damen und Herren, als wir trotz schwerer langanhaltender Wirtschaftskrise den Mut und den Optimismus hatten, solche Jahrhundertbauwerke zu errichten, welche wesentlich dazu beitragen, den Wohlstand und damit den sozialen Frieden in unserem Land zu sichern. (Allgemeiner Beifall.)“

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lind das Wort.

Abg. Lind: Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Daß ich heute mit großer Freude vor dieses Rednerpult trete, ist selbstverständlich, da ich einer von denen bin, der durch Jahrzehnte die Wechselstraße unter

schwierigsten Voraussetzungen benützen mußte und auch sah, welche Unfälle und welches Unheil auf dieser Straße passierten. Nun ist es soweit: Die Oststeiermark - und damit Hartberg - ist an das öffentliche europaweite Verkehrsnetz angeschlossen. Wenn ich hier diese Broschüre in der Hand halte, die Festschrift anlässlich der Eröffnung der Südautobahn von Gleisdorf nach Hartberg, so darf ich auch gleich den Herrn Landeshauptmann selbst in seinem Geleitwort zitieren - und das hat ja auch der Herr Abgeordnete Loidl bestätigt -, daß die konsequente steirische Straßenbaupolitik wiederum deutliche Erfolge hat, wenn es hier auch zu Unrecht Vorwürfe gab von wegen zu später Planung und all dieser Dinge. Soweit festgestellt werden konnte, wurde immer rechtzeitig geplant, waren mehr Pläne vorhanden, als dem Bund Geld zur Verfügung stand. Autobahnbaubau ist ja Sache des Bundes. Es hat aber das Land Steiermark - wie wir ja wissen - gerade zum Ausbau der Südautobahn, damit dieser schneller erfolgte, 1,5 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt.

Nun zu diesem Geleitwort - wörtlich: „Nachdem im Jahre 1982 der große Südautobahnabschnitt von Mooskirchen über die Pack in das Lavanttal, der Abschnitt Selzthal-Rottenmann-West der Pyhrnautobahn und der Abschnitt Gralla-Vogau der Pyhrnautobahn freigegeben wurden, konnten wir im heurigen Jahr bereits die Pyhrnautobahn zwischen Friesach und Graz-Nord, die Murtal-Schnellstraße im Bereich der Umfahrung Knittelfeld, die Pyhrnautobahn zwischen Selzthal und Spital am Pyhrn mit dem Bosrucktunnel und die Semmering-Schnellstraße zwischen Sankt Marein und Bruck an der Mur dem Verkehr übergeben. Mit dem am 10. Dezember eröffneten Südautobahnabschnitt zwischen Untergroßau und Hartberg ist die Südautobahn in unserem Land von Hartberg bis zur Kärntner Landesgrenze befahrbar. Damit sind wir wiederum einen großen Schritt zur Schließung des Industriedreiecks Wien-Graz-Linz weitergekommen. Ermöglicht wurden diese großen Erfolge im Ausbau des steirischen Fernstraßennetzes einerseits durch die vorausschauende und dynamische Arbeit unserer Planer - durch vorausgegangene langjährige Planungen -, vor allem aber auch durch die Entscheidung des Landes Steiermark, sich durch die Aufbringung eines Opfers aus Landesmitteln in der Höhe von 1,5 Milliarden Schilling am Ausbau der Pyhrn- und Südautobahn finanziell zu beteiligen, obwohl der Autobahnbaubau nach der Bundesverfassung ausschließlich Angelegenheit des Bundes ist. Die Südautobahn zwischen Gleisdorf und Hartberg ist nicht nur ein Hauptverkehrsweg, auf dem man rascher und sicherer ans Ziel kommt, sie erschließt auch einen wunderschönen Teil unserer oststeirischen Heimat.“ Nun, große Hoffnungen wurden erfüllt, und wenn diese Straße als der Schlüssel zur Oststeiermark bezeichnet wird, so erfolgt diese Bezeichnung mit Recht, denn gerade in der Oststeiermark leben Menschen, die immer in der Lage waren, alle Zeiten zu bewältigen, alle Schicksale abzuwehren, die immer am richtigen Platz standen, aber auch an diesem südöstlichsten Teil des deutschen Sprachraumes standhielten. Darum, glaube ich, ist es notwendig, daß auch die Möglichkeiten dieser Erschließung von diesen Bewohnern geeignet genutzt werden. Vor allen Dingen aber die Verkehrsteilnehmer, zu denen ich mich ja selbst auch zähle, haben aufgeatmet, als dieses Autobahn-

stück übergeben wurde. Es ist ein enormer Wandel eingetreten: Die Entlastung der Wechselstraße, und wie ich höre, wurden am ersten Tag bereits 12.000 Einheiten an Fahrzeugen gezählt, die diesen neuen Abschnitt der Autobahn benützten.

Auch für unsere Pendler ist es wesentlich, wenn wir schon zur Zeit im oststeirischen Raum nicht die Arbeit finden, daß ihnen die Gefahren des täglichen Befahrens der schwierigsten Straßenstücke erleichtert wird. Ich bitte auch darum, diese Übergabe doch positiv zu beurteilen und froh zu sein, daß sie so rechtzeitig erfolgte, wenn es auch dort und da Dinge gibt, wie man etwa von der Presse in den Zeitungen über die Wildzäune negative Dinge lesen konnte, die ja im Bau sind und die zur Zeit noch nicht wesentlich sind, denn die Autobahn ist ja mit 100 Stundenkilometern begrenzt, nicht anders als eine Bundesstraße. Aber wir, die wir die Autobahn und die Wechselstraße befahren, fühlen und spüren, wie wichtig, wie wesentlich und wie großartig dieses Ereignis ist. Wir können unserer Freude nur darüber Ausdruck verleihen, daß diese Gefahrenquellen doch bereits weitgehend ausgeschaltet sind und vorzeitig ausgeschaltet wurden.

Wir erwarten uns aber auch gerade durch diese Autobahn einen wichtigen wirtschaftlichen Aufschwung für diesen Bereich, für die Ansiedlung von Betrieben, für die Erhaltung der Arbeitsplätze. Es kann heute niemand mehr sagen, die Oststeiermark sei nicht genügend aufgeschlossen, daß man hier nicht Betriebe ansiedeln könnte, denn die Arbeitsplätze sollen ja zu den Arbeitnehmern kommen; nicht in zentralen großen Orten, sondern bei uns in der oststeirischen Region ist es notwendig – es gab Firmenzusammenbrüche, ob in Fürstenfeld oder ganz gleich, in welchen Regionen. Der Bau dieser Autobahn ist ein Beitrag hierzu, für diese großartige Zukunft, die wir uns damit erwarten. Wir betrachten uns ja alle als Grenzlandbezirke, auch der Bezirk Hartberg. Deshalb ist es umso erfreulicher, wenn man gerade dieser Region bedeutendes Augenmerk schenkt und dieser Region hilft. Es ist zur Zeit noch keine Entsiedelung eingetreten. Wir haben bis jetzt noch immer einen Bevölkerungszuwachs gehabt, aber schon eine große Arbeitslosigkeit und viele – es wurde auch genannt –, zirka 8000, Pendler aus dem Bezirk Hartberg allein.

Es waren aber auch im Zusammenhang mit diesem Autobahnbau – und dieser hat ja auch die Bauwirtschaft enorm belebt und Arbeitsplätze gesichert – große Baumaßnahmen notwendig, auch Begleitmaßnahmen zu diesem Autobahnbau. Das Gelände war durch den schlechten Untergrund auch nicht leicht; große Rutschungen waren abzufangen. Regulierungen der Saifen, des Dombaches und so weiter waren erforderlich. 65 Kilometer Ersatzwege mußten gebaut werden. Also ein großes Bauvolumen, nicht nur die Autobahn selbst, sondern auch die begleitenden Maßnahmen. Gesamtkosten von 1,4 Milliarden Schilling waren erforderlich. Das Land Steiermark hat für diesen Autobahnabschnitt 400 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Wenn wir auch in Hartberg keinen eigenen Autobahnzubringer haben – und wir hoffen, daß er sich erübrigt, wenn die Autobahn so rasch wie möglich bis Wien weitergebaut wird, wie die Zusage des Herrn Landeshauptmannes, aber auch des Herrn Bauten-

ministers gegeben wurde –, aber eines kann ich sagen: Für die Entschärfung der Situation in Hartberg, die durch den vorübergehenden Autobahnzubringer durch Hartberg gegeben ist, wurden raschestens Maßnahmen von seiten des Herrn Landeshauptmannes, der Landesbaudirektion und der Baubezirksleitung getroffen. Der Ausbau der Kreuzungen, die Schulwegsicherung, die Errichtung von Ampeln – das alles ist auf raschestem Weg erfolgt. Ich freue mich echt darüber, und ich kann mich nur für die Menschen, die dort leben, bedanken. Aber auch der Einbau von schalldichten Fenstern und all diesen Dingen, die damit in Verbindung stehen, wurde ermöglicht. Es sind natürlich noch Ausbauten von angrenzenden Landesstraßen, die als Aufschließungsstraßen zu betrachten sind, notwendig. Die Eggendorfer Straße, aber auch die Straße in Richtung Vorau, Kaindorf, Pöllau, die Berner Leiten-Neustift-Ilz sind bereits in Bau. Denn diese Straßen, aber auch die Wechselstraße, dürfen nicht vernachlässigt werden. Sie ist eine Aufschließungsstraße, eine Zubringerstraße, sie hat Bedeutung für die ganze Region. Ich bitte auch künftighin, dieser Wechselstraße besondere Bedeutung beizumessen und dann für den Ausbau besonders zu sorgen, gerichtet an die Adresse des Bundes. Daß wir natürlich alle, die wir hier versammelt sind, besonderes Interesse haben, daß der Ausbau in Richtung Wien so rasch wie möglich erfolgt, das ist selbstverständlich. Selbstverständlich ist auch, daß ich mich immer wieder zu Wort melden werde, hier in diesem Hohen Haus, bis dieser Ausbau vollendet ist. Aber vor allen Dingen auch am Rande noch bemerkt, wir freuen uns, daß wir so weit sind. Es darf aber nicht vergessen werden, daß auch eines Tages der Vollausbau dieses Teilstückes gewährleistet ist. Mir hat jemand heute scherzhalber schon die Frage gestellt: „Was wirst du reden, wenn die Südautobahn fertig ist?“ Ich werde sicherlich noch über den zweiten Teil reden müssen, wenn der fertig ist, werde ich wahrscheinlich nicht mehr im Landtag sein. Aber wir rechnen doch und erwarten diesen Ausbau. Ich darf den Dank an den Herrn Landeshauptmann und an alle Verantwortlichen weitergeben, ich zähle mich auch zu diesen Kämpfern, die um diese Autobahn gekämpft haben. Ich darf aber auch den Grundbesitzern meine Anerkennung und den Dank aussprechen, denn für die war es auch nicht immer leicht, wenn sie oft wertvollen Ackerboden und Grundstücke verloren haben. Aber das große Ereignis für diese ganze Bewohnerschaft, der Bau dieser großartigen Sache, stellt natürlich die anderen, die negativen Dinge weit in den Schatten, auch hier muß man Verständnis entgegenbringen. Die restlichen Bauten, die noch durchzuführen sind, Raststätten, Tankstellen, die werden sicher kommen – vorsichtige Investoren sagen, ich warte ab, wie es mit der Verkehrssituation aussieht. Man sieht aber deutlich, die Autobahn ist stark frequentiert, es werden auch Tankstellen kommen, genauso Raststätten. Die Autobahngendarmerie habe ich zur Zeit in Hartberg in gemeindeeigenen Räumlichkeiten untergebracht. Ich hoffe, daß der Bund auch dieses Gebäude errichtet, damit die Autobahngendarmerie in ihr Eigenheim einziehen kann. Vorläufig sind die Gendarmen gut bei mir aufgehoben, diese Freunde und Helfer der Autobahn. (Abg. Loidl: „Die wollen gar nicht mehr weg von dir!“) Die gehen vielleicht von mir gar nicht mehr weg, das kann schon sein. Ich werde sie gut betreuen. Nun, aber auch

der Bau der Autobahnmeisterei sowie der Straßenmeisterei Hartberg sind die nächsten Dinge, um die ich bitten und die ich auch aufzählen möchte. Wir erwarten uns – ich darf es noch einmal sagen und darf schon danken – die Belegung des oststeirischen Raumes in besonderer Weise. Ich darf alle bitten, die Verantwortung tragen, daß sie sich für diesen oststeirischen Raum, für dieses Gebiet verwenden, wo viele, viele Arbeitsplätze fehlen. Vom Land Steiermark werden hier laufend Mittel eingesetzt, ob es für die Wohnbauförderung ist, für andere Baumaßnahmen, wofür wir danken. Ich glaube, daß gerade diese Südautobahn für uns enorme Erfolgchancen gebracht hat, die wir selbstverständlich nützen müssen. Glück auf! allen Autofahrern, Glück auf! allen, die in dieser oststeirischen Region wohnen, und nochmals herzlichen Dank dir, Herr Landeshauptmann, und all denen, die zum raschen Ausbau dieser Autobahn in unserem Raum beigetragen haben. Danke für die Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernitz: Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ganz kurz auch nur einige Sätze: Vielleicht ist es eine Leidenschaft von mir, aber genauso, wie die Südautobahn besondere Bedeutung für jenen Teil unserer steirischen Heimat hat, so glaube ich, daß auch der Bau der Pyhrnautobahn, der von den Vorrednern ebenfalls mitangeschnitten wurde, eine ganz wichtige und entscheidende wirtschaftliche Lebensader für den gesamten obersteirischen Raum darstellt. Ich bin eigentlich davon überzeugt, daß auch das Land Steiermark sich sehr vehement mit uns gemeinsam für den Weiterbau dieser Pyhrnautobahn einsetzt. Ich könnte eigentlich hier nur zitieren, was auch vom Koordinator des gesamten Straßen- und Brückenbaues des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, des Herrn Hofrates Dipl.-Ing. Theußl, anlässlich der Bosruckeröffnung herausgegeben wurde. Ich darf vielleicht nur einige Dinge daraus zitieren, wo er eigentlich punktiert hat, wie entscheidend diese Strecke für die gesamte Wirtschaft unserer steirischen Heimat ist und vor allen Dingen mitteilt, daß sie eine der wintersichersten Alpenüberquerungen in diesem Bereich darstellt. Vor allen Dingen sei auf die Bedeutung dieser Verkehrsrouten hingewiesen, die die Europäischen Gemeinschaften im Norden und Westen Europas und ihre Handelspartner im Südosten Europas sowie auch den Nahen und Mittleren Osten verbindet. Es ist hier festgestellt worden, daß der fortschreitende Ausbau vor allen Dingen der Autobahn Nürnberg–Regensburg bis Passau sehr dringend die Fertigstellung der Pyhrnautobahn erfordert. Es ist auch hier festgestellt worden, daß 200.000 Lkw ungefähr pro Jahr diese Strecke der Pyhrnautobahn benützen und daß auf Grund von Verkehrszählungen auch in der Zukunft kein Abklingen dieser Verkehrslawinen aus diesem Transit-, Urlauber- und Gasterbeiterverkehr in der nächsten Zeit laut einer Beobachtung zu erwarten ist. Es ist eine Strecke von rund 173 Kilometern, die hier die Pyhrnautobahn trägt. Es sind hier sehr wesentliche Teilstücke fertiggestellt worden, wie es der Herr Abgeordnete Loidl und auch der Herr Abgeordnete Lind bereits gesagt

haben. Es sind großartige Abschnitte gemacht worden, und es gibt sicherlich gerade in unserem steirischen Raum auch noch ein bedeutendes Stück von ungefähr 39 Kilometern zwischen Gaishorn und Traboch, das sich angeblich im Planungsstadium befindet und ebenfalls bearbeitet wird. Ich möchte aber grundsätzlich hier noch einmal sagen, daß es sicherlich für den gesamten obersteirischen Raum die Lebensader darstellt, weil eben die Wirtschaft verlangt, auf den günstigsten und billigsten Verkehrswegen zu den internationalen Anschlüssen zu kommen, sei es zu diesem Rhein-Main-Donau-Kanal oder wie immer, damit dann diese internationalen Anschlüsse, die je relativ preislich günstig sind, eben auf schnellstem Wege zu erreichen sind. Dazu gehört natürlich auch jener Ausbau, der zum Teil hier vom Abgeordneten Loidl aufgezählt wurde, ob es sich um den Ausbau der Eisenbundesstraße, der B 115, handelt, von Altenmarkt bis an die Staatsgrenze, ob um eine Landesstraße, der Erbstraße, die sich im Bau befindet, was sehr erfreulich ist, hier also gemacht oder weitergeführt werden soll, ob es sich um das letzte Teilstück der Salzkammergut-Bundesstraße handelt, vor allem sicherlich um jenes Teilstück zwischen Trautenfels und Liezen, einem Teil der Ennstal-Schnellstraße, der sogenannten „S 8“. Ich bin dem Herrn Landeshauptmann sehr dankbar, daß er mir vor einigen Wochen einen Brief geschrieben und mitgeteilt hat, daß hier alle Voraussetzungen, die von seiten des Bundesministeriums angeordnet wurden, durchgeführt und in Erfüllung dieses ministeriellen Auftrages diese neuerlichen Trassenuntersuchungen und diese Lösungsmöglichkeiten dem Bundesministerium natürlicherweise vorgelegt wurden. Es wurde mir mitgeteilt, daß nach Fertigstellung aller vom Bautenministerium und vom Naturschutzbeirat geforderten Untersuchungen und Planungen diese am 11. Oktober 1983 dem Bundesministerium für Bauten und Technik vorgelegt wurden, das bekanntlich die Trassenentscheidung zu treffen hat, weil es sich ja um eine Bundesstraße handelt. Ich war sehr dankbar für diesen Brief. Daraufhin habe ich selbstverständlich versucht, mit dem Bundesminister ein Gespräch zu führen und mit den zuständigen Bürgermeistern dieser Region, die besonders von diesem Teilstück der S 8 betroffen sind gemeinsam einen Termin zu erreichen, um dort die Bitte vorzutragen, daß es möglich sein soll, mit den Vorarbeiten für dieses Teilstück zu beginnen. Es wurde uns dann vom Herrn Bundesminister zugesagt, daß auf Grund der Vorlagen vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung, dem Straßenbauamt, nun die Anordnung erteilt wurde, dem Antrag des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung stattzugeben und alle notwendigen Voraussetzungen zur endgültigen Realisierung dieser Trasse in die Wege zu leiten. Als dringendster Schritt sind nunmehr alle erforderlichen Behördenverfahren einzuleiten. Ich bin sehr froh darüber, weil die ganzen Planungsarbeiten bereits 10 Millionen Schilling gekostet haben.

Ich glaube, hier sind wirklich alle Dinge berücksichtigt worden, und man ist auf eine sehr sparsame Trassenführung in diesem Bereich gegangen, um der Landwirtschaft und dem Naturschutz auch dementsprechend Rechnung zu tragen. Für mich war es nur unverstänglich, daß bereits am Abend dieses Tages ein Protesttelegramm von seiten des Naturschutzbeirates beim Bundesminister eingelangt ist. Ich darf jetzt

wirklich Sie, Herr Landeshauptmann, herzlich bitten, daß man hier diese Koordinierungsgespräche führt, weil ich glaube, daß auch dieses Straßenstück für unseren Bereich, für unseren Teil der steirischen Heimat, eine ganz besondere Bedeutung hat, nämlich deshalb, weil es wirtschaftlich den Anschluß an die Pyhrnautobahn bringt und weil es auf der anderen Seite auch den Fremdenverkehr näher an unsere so bedeutenden Fremdenverkehrszonen, wie das die Dachstein-Tauern-Region oder das Salzkammergut – eben das Ausseer Land – sind, bringt.

Ich persönlich sehe gerade in dieser Verbesserung mit dem Bau dieses Straßenstückes eine Grundvoraussetzung auch für die Wirtschaft, die ja in diesem Bereich sehr stark exportorientiert ist, von der Landgenossenschaft Ennstal bis herunter zu den Veitscher Magnesitwerken, um jene Entwicklung herbeizuführen, die der Fremdenverkehr und die gesamte Wirtschaft in diesem Bereich selbstverständlich brauchen. Am meisten davon betroffen ist natürlich der Ort Stainach, der als einziger Ort noch direkt von dieser Verkehrslawine bedroht ist, weil ja Trieben doch in nächster Zeit bereits durch den Bau der Pyhrnautobahn umfahren werden wird.

Deshalb darf ich Sie, Herr Landeshauptmann, bitten, diese Koordinationsgespräche herbeizuführen. Persönlich bin ich der Meinung, daß alle Ausbaumaßnahmen in diesem Bereich vorrangigst weitergeführt werden müssen, und davon ist eben dieses 17 Kilometer lange Teilstück der Ennstal-Schnellstraße, der S 8, Trautenfels-Liezen, von besonderer Bedeutung. Sie ist sicherlich – neben der Pyhrnautobahn – die Grundvoraussetzung zur wirtschaftlichen Belebung des gesamten Bezirkes, auch für jene Impulse, die die Wirtschaft, das Gewerbe und der gesamte Fremdenverkehr brauchen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Dorfer: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Mit dem Belastungspaket, das uns die derzeitige Bundesregierung mit 1. Jänner des kommenden Jahres beschert, wird unter anderem bekanntlich auch der Straßenverkehrsbeitrag, die sogenannte Lkw-Steuer, um 50 Prozent erhöht. Damit, Hohes Haus, hat Österreich die höchste Besteuerung des Straßengüterverkehrs aller europäischen Länder. Das ist zweifellos kein Ruhmesblatt unserer Finanzpolitik, auch kein Ruhmesblatt unserer Verkehrspolitik.

Trotz dieser Erhöhung der Lkw-Steuer wird im kommenden Jahr die Bundesstraßenverwaltung real um 20 Prozent weniger Budgetmittel für den Ausbau der Bundesstraßen einsetzen können als im vorigen Jahr. Gegenüber 1979 liegt das Ausbauvolumen indexbereinigt um 40 Prozent niedriger. Sie hören, seit 1979 um 40 Prozent niedriger! Insgesamt jedenfalls steckt der Bundesstraßenbau in einem schweren Finanzierungsloch, ja man muß sagen, in einer schweren Finanzierungs- und Wirtschaftskrise. Aus unverständlichen Gründen hat es übrigens auch die Bundesregierung verabsäumt, die betroffenen Staaten von der bevorstehenden Erhöhung des Straßenverkehrsbeitrages zu informieren, zumal die hohen Belastungen im Straßenverkehr in Öster-

reich schon bisher ständiger Anlaß zu Schwierigkeiten, bis zu Retorsionsmaßnahmen in der gesamten Verkehrswirtschaft, durch die hauptbetroffenen Staaten gewesen ist – hauptsächlich seitens der Bundesrepublik Deutschland. Und es war diesmal eindeutig vorzusehen, daß Retorsionsmaßnahmen des Auslandes, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, zu erwarten sind. Leider ist – und das ist sehr traurig – aus Brüssel schon zu hören, daß diese jetzige Erhöhung des Straßenverkehrsbeitrages den ohnedies umstrittenen Willen der EG, die Pyhrn mitzufinanzieren, fast auf den Nullpunkt sinken läßt. Hauptleidtragende dieser überfallsartigen Erhöhung des Straßenverkehrsbeitrages ist zweifellos die Verkehrswirtschaft in Österreich, und Hauptleidtragende sind im übrigen die bisher schon wirtschaftsgeographisch abseits gelegenen Regionen, insbesondere auch unsere Steiermark mit ihren Wirtschaftszentren.

Für uns Steirer ist – und das hat der Herr Kollege Tschernitz schon sehr richtig ausgeführt – für die gesamte steirische Wirtschaft ein zügiger Ausbau der Pyhrnautobahn ein Gebot der Stunde, wollen wir nicht weiterhin gegenüber unseren Haupthandelspartnern hinter dem Berg bleiben. Der Herr Abgeordnete Tschernitz hat schon sehr richtig auf die Bedeutung der Pyhrnautobahn hingewiesen, und ich kann mir daher jede Wiederholung ersparen.

Die 50prozentige Erhöhung des Straßenverkehrsbeitrages hat gerade für die steirische Wirtschaft höchst nachteilige Wirkungen. Für die steirische Wirtschaft deswegen, weil die steirischen Betriebe von ihren Exportmärkten eben weiter weg sind als die anderen österreichischen Betriebe, und dadurch verschlechtert sich zusätzlich die Wettbewerbsfähigkeit der steirischen Betriebe gegenüber den anderen österreichischen Betrieben. Eine weitere Folge davon muß zwangsläufig sein, daß das zu einem zusätzlichen Verlust von Arbeitsplätzen in der Steiermark führt, insbesondere auch in den transportintensiven Wirtschaftsbranchen. Das bedeutet aber auch eine zusätzliche Erschwernis zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Steiermark, Arbeitsplätze, die wir dringend brauchen würden. Daß importierte Waren sich durch diese Erhöhung des Straßenverkehrsbeitrages, der Lkw-Steuer, zusätzlich in der Steiermark wieder mehr verteuern als anderswo in Österreich, ist eine weitere Folge unserer Randlage.

Das Ziel – es ist sicher nur ein Ziel – der Erhöhung dieses Straßenverkehrsbeitrages, nämlich die Verlagerung der Transporte von der Straße auf die Schiene, ist gerade in der Steiermark – und das wissen wir, meine Damen und Herren – nur in einem sehr eingeschränkten Umfang möglich. Im Regional- und Lokalverkehr ist gerade bei uns in weiten Bereichen unseres Landes der Lkw durch die Bahn nicht zu ersetzen. Das mindeste, was wir in dieser Situation fordern müssen, ist ein dringender Ausbau der Pyhrnautobahn, die eben eine Lebensader für die Zukunft der steirischen Wirtschaft sein wird. Daß dies nur mit einer Sonderfinanzierung möglich sein wird, wissen wir ja alle.

Wesentlich muß aber dabei auch eines sein, nämlich der Umstand, daß die Mauttarifpolitik des Bundesministers für Finanzen auch für die Pyhrn nicht höhere Mauttarife vorsieht als für die beiden anderen alpenquerenden Autobahnen, für den Brenner und für die

Tauernautobahn. Wir wissen bereits, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, daß der Bautenminister durchaus den steirischen Standpunkt unterstützt. Es gab hier vom Hohen Haus aus, von der Landesregierung aus, vom Herrn Landeshauptmann insbesondere auch, von der Handelskammervollversammlung, ich glaube, auch von anderen Interessensvertretungen der Steiermark aus Initiativen. Wir wissen aber leider auch, daß der Herr Finanzminister für diesen wirtschaftlich eigentlich recht logischen und man könnte glauben verständlichen steirischen Standpunkt noch nicht gewonnen werden konnte und uns bisher in dieser Frage voll die kalte Schulter zeigt.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, ich kann Sie nur bitten, helfen Sie mit, daß auch Salcher sich nicht weiterhin wie bisher und bis jetzt querlegt. Das wäre eine unverständliche und ungerechte zusätzliche wirtschaftsgeographische Benachteiligung der steirischen Wirtschaft, denn Autobahnen werden gebaut, damit sie befahren werden, und nicht, damit sie umfahren werden, was zu 50 Prozent beim Schwerverkehr etwa heute noch bei der Gleinalmbahn passiert.

Meine Damen und Herren Sozialisten, ich kann Sie nur ersuchen, handeln Sie steirisch, und bekehren Sie den Herrn Salcher. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ofner. Ich erteile es ihm.

Abg. Ofner: Sehr geehrte Frau Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich habe mich im Vorjahr mit dem gleichen Thema hier im Haus befaßt, und zwar mit der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung, weil mir dieses Thema sehr wichtig erschienen ist und weil nicht nur meine Gemeinde damit befaßt ist, sondern viele andere, die das gleiche Problem und die gleichen Sorgen haben. Wir erleben immer wieder, daß durch die verschiedenen Umwelteinflüsse und Katastrophen Trinkwasser verunreinigt wird. Wir erleben im heurigen Jahr aber auch, daß durch die anhaltende Trockenheit viele Quellen versiegen und das Grundwasser eben immer weniger wird. Es können große Gebiete unseres Landes zum Teil mit dem Trinkwasser nicht mehr oder nur mehr schlecht versorgt werden. Es ist daher gerade im heurigen Jahr von der Bevölkerung ein verstärkter Bau bzw. Weiterbau dieser Wasserversorgung gefordert worden. Die Gemeinden und Wasserverbände stehen aber im großen Dilemma, da sie einfach die nötigen Mittel, die sie dazu brauchen, nicht aufbringen können und daher den Weiterbau einstellen mußten. Trotz zügiger Zahlung des Wasserwirtschaftsfonds kann ein Weiterbau ohne zugesagte Förderungen des Landes einfach nicht erfolgen, und es bleibt den Gemeinden und diesen Abwasserverbänden oftmals nichts anderes übrig, als die Leute heimzuschicken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Schulden, die das Land bei den Gemeinden und Wasserverbänden hat, sind beträchtlich. Wie ich eruieren konnte, sind die fälligen Beitragszahlungen so hoch, daß es Jahre dauern wird, bis die Betroffenen ihr Geld bekommen werden. Wenn meine Zahlen stimmen, und ich nehme das sehr an, Herr Landeshauptmann, so sind

mit dem Zeitpunkt Ende 1982 239 Millionen Schilling offen. Dazu muß gesagt werden, daß von den Gemeinden und Wasserverbänden bis Ende 1982 5,072 Millionen Schilling verbaut wurden. Diese Bausumme entspricht einem Erfüllungsgrad von etwa 81 Prozent. Mit 1. Jänner 1981 waren Bauvorhaben mit einem Gesamtbauvolumen von 6,265 Millionen Schilling im Bau und Abrechnung. Es ist demnach noch ein Bauvolumen von 1,193 Millionen Schilling zu verbauen. Die dafür erforderlichen Landesförderungsmittel betragen bei einer durchschnittlichen 25prozentigen Förderung 297 Millionen Schilling. Insgesamt ergibt sich somit für die alten Bauvorhaben ein Landesmittelbedarf in der Höhe von 536 Millionen Schilling. Würden hier keine zusätzlichen Mittel in das Budget einfließen, so könnten, meine sehr geehrten Damen und Herren, die notwendigen Zahlungen erst mit dem Jahre 1993 abgestattet werden. Dies wäre eine Katastrophe für die Bauträger und würde sicherlich den Stillstand in der gesamten Wasserversorgung und -entsorgung bedeuten. Nicht nur der Bauwirtschaft und deren betroffenen Menschen, sondern auch dem Umweltschutz im besonderen Maße würde dabei ein sehr schlechter Dienst erwiesen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erster Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross hat erkannt, in welcher schwierigen finanziellen Lagen sich die Gemeinden und Wasserverbände befinden. Es ist sehr, sehr erfreulich, daß über seinen Antrag 60 Millionen Schilling zusätzlich für die Wasser- und Abwasserbauförderung in den außerordentlichen Haushalt aufgenommen wurden. Daß dies möglich wurde, dafür möchte ich wirklich Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross sehr herzlich im Namen der Gemeinden und der Wasserverbände danken. (Beifall bei der SPÖ.) Diese zusätzlichen 60 Millionen Schilling werden sicher eine große Erleichterung für alle betroffenen Bauträger bedeuten.

Meine geschätzten Damen und Herren! Im ordentlichen Haushalt sind 19.078 Millionen Schilling für die Wasserversorgung und 32.760 Millionen Schilling für die Abwasserbeseitigung vorgesehen. Auch muß hier sicherlich gesagt werden, daß der Betrag von 93.440.000 Schilling, der als Beitragsleistung an den Wasserwirtschaftsfonds zu zahlen ist, sicherlich sehr hoch ist. Da gibt es überhaupt keine Frage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie man aus dem Voranschlag ersehen kann, sind diese zusätzlichen 60 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt im Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm enthalten. Da es sich um längst getätigte Bauvorhaben und um Schuldentrückzahlungen handelt, wären sie nach meiner Meinung eigentlich nicht in dieses Arbeitsplatzförderungsprogramm aufzunehmen gewesen, denn zusätzliche Arbeitsplätze kann man mit dieser Summe sicherlich nicht mehr fördern.

Bevor ich zum Schluß komme, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich doch über die zusätzlichen Möglichkeiten, die den Wasserwirtschaftsfonds beziehungsweise den Bund betreffen, zu sprechen kommen. Als sehr positiv möchte ich dabei erwähnen (Abg. Ing. Stoisser: „Wasserwirtschaftsfonds zahlen alle Bundesländer!“) – weiß ich, habe ich ja gesagt, diese 93 Millionen Schilling, habe ich ja gesagt, Herr Kollege, da haben Sie schlecht gehört –, daß durch

diese Anordnung der Bundesminister für Bauten und Technik die Wasserwirtschaftsfondsförderungsrichtlinien geändert hat. Damit kann in Notfällen auch eine Zwischenfinanzierung für die Gemeinden erfolgen. Auch vor allem, wenn die Zahlungen, die das Land betreffen, nicht in der Weise getätigt werden, wie es notwendig ist. Auch möchte ich erwähnen, daß auch die Rückzahlungszeit auf 30 Jahre angehoben wurde und daß für Abwasserbeseitigung beziehungsweise Abwasserleitung, Abwasserbehandlung, Klärschlammbehandlung Darlehen bis zu 80 Prozent gegeben werden. Mit diesen Maßnahmen und noch einigen dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat der Bund doch sehr wesentlich den Gemeinden und Abwasserverbänden geholfen. Meine geschätzten Damen und Herren - (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Kollege Ofner, vor allem mit unserem Geld! Es ist wichtig, die Dinge so darzustellen, wie sie sind!“) Ja, Herr Landeshauptmann, aber wir wissen, wenn wir diesen Betrag nicht hätten, könnten wir schon sehr lange nicht mehr bauen, Herr Landeshauptmann, schon lange könnte man nicht mehr bauen! (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich werde Ihnen das noch einmal sagen, damit Sie daraufkommen, wie es wirklich ist!“) Ja, ja, ich weiß schon, die Rechnung habe ich von Ihnen im vorigen Jahr gehört. Und ich muß sagen, voriges Jahr haben meine Zahlen gestimmt, Herr Landeshauptmann!

Mit einer jährlichen zusätzlichen Mittelbeistellung durch das Land Steiermark, Herr Landeshauptmann, könnten die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung auch in Zukunft gesichert werden und dies zum Wohle aller Steierinnen und Steirer. Danke schön! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Kröll.

Abg. Kröll: Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ein Satz sei mir gestattet, den ich auch noch zur Debatte im Straßenbereich beitragen darf, obwohl meine Wortmeldung dem Bereich Wasserbau und Abwasserversorgungsanlagen gilt. All das, was hier durch die Kollegen Lind und Tschernitz aufgezeigt wurde, betreffend die Pyhrnautobahn und für uns auch im neuralgischen Bereich Stainach und Wörschach, wird selbstverständlich auch von uns unterstützt, wobei zu sagen ist, daß wir selbstverständlich seit Jahren erkannt haben und immer wieder darauf hinweisen, aber auch sehr, sehr froh sind, wenn bald eine Lösung gefunden wird, die zur wirklichen Entlastung des Raumes Stainach und Wörschach gefunden wird.

Verehrte Damen und Herren! Für die Errichtung von Wasserversorgungs- und Abwasserversorgungsanlagen ist im Budget - wie gerade festgestellt wurde - eine Aufstockung um 60 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt vorgesehen. Dies ist ein absoluter Schwerpunkt im Haushalt des Landes und wird besonders von den Gemeinden und Verbänden begrüßt. Die Aufstockung kommt besonders auch der örtlichen und regionalen Bauwirtschaft zugute. Ein dringlicher Wunsch der Gemeinden konnte damit erfüllt werden. Ich danke daher dem Herrn Landeshauptmann und der Landesregierung sehr herzlich, die die Möglichkeit im Budget geschaffen haben, einen

solchen Schwerpunkt zu schaffen, und ich danke dem Herrn Landeshauptmann auch als Referent für den Umweltschutzbereich. Wird damit doch auch der Gesundheits- und Umweltgedanke ganz wesentlich gestärkt. Weitere 17 Millionen Schilling, nämlich eine Erhöhung auf insgesamt 93 Millionen Schilling, leistet das Land zusätzlich im ordentlichen Haushalt an den Wasserwirtschaftsfonds, und zwar als Beitrag. Das Land Steiermark leistet daher im kommenden Jahr insgesamt um 77 Millionen Schilling mehr als im vergangenen Jahr für den geförderten Wasser- und Abwasserbau. Im gesamten stehen im Budget, ordentlicher und außerordentlicher Haushalt, 170,3 Millionen Schilling für die Bauprogramme A und B, und 93,4 Millionen Schilling als Beitrag an den Wasserwirtschaftsfonds zur Verfügung, welche als Darlehen vom Fonds weitergegeben werden, das Land aber vorher als Beiträge einzahlt.

Die Fachabteilung III c unter der bewährten Leitung von Herrn Hofrat Dipl.-Ing. de Grancy betreut derzeit 467 Bauvorhaben beziehungsweise Bauabschnitte von Wasserverbands- und Abwasserverbandsanlagen im ganzen Land. Im Bauprogramm A, das sind die Vorhaben bis 1981 - gebaut oder abgerechnet -, ein Gesamtvolumen von 6,2 Milliarden Schilling, sind bereits 88 Prozent als erfüllt abgerechnet, was einem Volumen von 5,5 Milliarden Schilling gleichkommt.

Auch im Bauprogramm B, das sind Vorhaben, die seit 1981 bis einschließlich 1983/84 mit einem Gesamtvolumen von 3,4 Milliarden Schilling in Angriff genommen werden, wurde bereits ein Erfüllungsgrad von zirka 22 bis 23 Prozent erreicht. Das ist immerhin schon ein Volumen von 730 Millionen Schilling.

Und weil die Herren Abgeordneten der SPÖ, Rainer schon in der Generaldebatte, Trampusch immer wieder und nunmehr auch mein Vorredner, so tun, als würde auf diesem Bereich nichts geschehen und auch sehr unsachliche Kritik üben, muß ich auch noch in Erinnerung bringen, daß noch weitere 45 Millionen Schilling für die Tilgung der Kreditaktion 1981 ebenfalls im ordentlichen Haushalt vorgesehen sind, so daß insgesamt die Summe von 208,7 Millionen Schilling hier aufgewandt wird.

Und es ist so ähnlich wie heute, als alle hier genickt haben, als der Herr Landesrat Koiner im Schlußwort gesagt hat, was es bedeutet, Vorgriffe zu machen, die letztlich auch zu finanzieren sind, die aber dazu beigetragen haben, daß weitergebaut werden konnte. Das gilt natürlich auch für die 300 Millionen Schilling, für die jetzt wieder 45 Millionen Schilling getilgt werden, die mit der Kreditaktion in diesem Land ohne Unterbrechung fortgesetzt werden konnten. Und das muß man ja der Ehrlichkeit halber auch sagen, sonst ist man ja nicht glaubwürdig, wenn man sich herstellt und sagt, daß da nichts geschieht. Das ist eine ganz große Kraftanstrengung und Leistung, und ich möchte noch einmal allen sehr herzlich danken, die hier mitgewirkt haben. Ich möchte dem Herrn Landeshauptmann für noch etwas danken: Seine Initiative war es - er hat ja im Fonds auch, bitte, als Vertreter der Länder ein gewichtiges Wort mitzureden -, daß der Fonds endlich auch dem Landesbeispiel folgt und auch Beiträge leistet, nicht nur Kredite. Das ist auf Anhieb zwar nicht gelungen, aber es ist zumindest gelungen, daß auf Grund dieser Vorstöße die Bedingungen der Kreditge-

währung wesentlich verbessert wurden, was ich dankbar zur Kenntnis nehme, und zwar sowohl die Laufzeiten von 20 auf 30 wie auch die Kredithöhen von 50 auf 60 oder, je nach Anlage und Form des Bauwerbers, auch unter Umständen auf 70 Prozent.

Hohes Haus, abschließend noch ein ernstes Wort in Richtung Bundesregierung aus der Sicht der Gemeinden, und da soll auch – er ist leider nicht da – der Herr Abgeordnete Mag. Rader gut zuhören, weil er so tat, als ob das Maßnahmenpaket der Regierung ohnehin nicht schlimm wäre, und er verglich es mit anderen Maßnahmen – Mag. Rader ist schon hier, danke sehr – und verglich dabei wirklich sehr Ungleiches. Er meinte kürzlich auch, die Länder und die Gemeinden sollen nicht meckern – so ungefähr –, sondern sie sollen froh sein, sie seien Nutznießer. Verehrter Herr Kollege, dabei übersehen Sie eines ganz entscheidend: War vor dem Maßnahmenpaket auf Grund der vereinbarten finanzausgleichsgesetzlichen Regelung der Anteil der Bundesfinanzen am Gesamtkuchen 70,04 Prozent und jener der Länder 18,7 Prozent und jener der Gemeinden 11,89 Prozent, so hat der Bund aus dieser Maßnahme um 4,74 Prozent auf 74,78 Prozent zugelegt, die Länder sind mit 18,6 Prozent fast gleich geblieben, aber die Gemeinden, Herr Kollege Rader – und darum möchte ich Sie ansprechen, weil Sie so Ungleiches vergleichen –, sind um 5,3 Prozent abgefallen. Da wäre der Aufschrei notwendig, da sagt niemand etwas, warum die Gemeinden nicht weiterbauen können, wenn uns unentwegt und immer wieder durch so einseitige Aktionen, die nicht einmal ordentlich verhandelt worden sind, sondern die angeordnet, verfügt worden sind, einfach solche Ungleichheiten hingenknallt werden und daß dann immer wieder jene Dinge ganz besonders angehoben werden und gesagt wird, ja, da kommen auch die Gemeinden zum Zug, wo der Bund allein oder zum überwiegenden Teil der Nutznießer ist. Das muß man dazusagen. Das ist ein wirklich ernstes Wort, und ich möchte auch mit diesem Ernst schließen – von der grundsätzlichen Einstellung auch dieser Debatte.

Zum Stil und Inhalt dieser Debatten: Da erklärte eben auch der Herr Kollege Mag. Rader und gab großartig bekannt, das steirische Klima wird begraben, niemand weint ihm eine Krokodilsträne nach. Mir ist es unverständlich, wie Sie zu dieser Auffassung kommen. Die Bevölkerung – das darf ich Ihnen sicher sagen – glaubt das sicherlich nicht. Ich kann Ihnen auch sagen, daß viele freiheitlich-nationale Leute, die ich seit Jahren kenne und schätze, diese Meinung nicht teilen, daß es keine Zusammenarbeit in Konsens und Verständigung geben soll, und daß man bei uns zum Beispiel in anderer Form miteinander redet. Das darf ich dazu sagen, weil ich es wirklich bedauere, daß das von Ihnen so in den Vordergrund gestellt wird, so quasi, endlich kommen auch welche auf der linken Seite des Hauses darauf, daß sie vom gemeinsamen ruhigen Klima im Land, von gemeinsamer Lösung eh nichts hätten. Das ist nicht meine Sache, es zu beurteilen. Aber beim Herrn Kollegen Trampusch und auch beim Herrn Kollegen Halper hat man wirklich auch oft das Gefühl, sie hätten ein echtes Interesse daran, wenn sich das steirische Klima wirklich verschlechtern würde. Im Interesse der Bevölkerung und vor allem unserer Gemeinden ist es sicherlich nicht. Und ich sage Ihnen

an dieser Stelle noch etwas: Das ganze Getetze wegen dieser sogenannten Empfänge und Verschwendung ist gelinde gesagt... – gelinde gesagt trifft man da Leute, man will den Herrn Landeshauptmann treffen, und in Wahrheit, wer sind denn die, die kommen und bitten, ein Sportverband, eine große Tagung, ein internationales Ereignis oder ehrenamtliche Leute, Hauptversammlungen, Städtebundtagungen, Gemeindebundtagungen, Gewerkschaftskongresse, man tut einfach das, was im Land Sitte ist, was uns unsere Mütter und unsere Väter gelernt haben, daß, wenn man wo zu Gast ist, auch auf eine Jause und auf ein Grüß Gott im Land eingeladen wird, wenn wir das abschaffen sollen, da kann ich nur hoffen und bitten, daß sich der Herr Landeshauptmann nicht beirren läßt. Ganz im Gegenteil: Ich darf Ihnen versichern, wie positiv es von Leuten aus aller Welt aufgenommen wird. Es wird ja nicht gepfaßt, und es wird nicht hinausgeschmissen, aber es wird ordentlich Grüß Gott gesagt, und es ist immer ein Anlaß gegeben, wo vielen, vielen, die es sich verdienen, einmal in der Öffentlichkeit gedankt wird. Ich darf euch sagen, was der wirkliche Grund ist, wo die Leute oft enttäuscht sind: Daß der Herr Landeshauptmann leider viel zuwenig Zeit hat, selber hinzukommen, denn sie wollten ihn auch gern dabei sehen. Ob Sie es hören wollen oder nicht, so ist die Situation.

Lieber ist es allen und dem Land ist besser gedient, wenn nicht die Empfehlung des Kollegen Mag. Rader und die Tonart eines Trampusch, sondern doch der bewährte Weg der Zusammenarbeit fortgesetzt wird. Ich glaube, in diesem Sinn sollten wir den Weg fortsetzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Prutsch das Wort.

Abg. Prutsch: Frau Präsident! Hohes Haus!

Gestatten Sie mir trotz fortgeschrittener Zeit, daß ich ganz kurz zum Straßenschwerverkehr und zum Schienenverkehr Stellung nehme. Bund und Länder stellen dem Straßen-, Bahn-, Luft- und Schiffsverkehr jährlich erhebliche öffentliche Mittel zur Verfügung. Da die volle Deckung der Kosten durch die Verkehrsteilnehmer politisch und sozial nicht akzeptabel erscheint, wird das bei der Straße als selbstverständlich angenommen, der Bahn jedoch als Defizit angerechnet. Die Tatsache, daß die Kosten für die Schaffung und Erhaltung der Straßeninfrastruktur zwar in den öffentlichen Haushalten ihren Niederschlag finden, aber nicht bei den Straßenverkehrsunternehmen, mag mit zu dieser unterschiedlichen Beurteilung beitragen. Dabei sind die Kosten, die die öffentliche Hand für diesen Bereich übernimmt, vor allem in Österreich sehr beachtlich. Erstellt man auf Grund der Rechnungsabschlüsse von Bund und Ländern eine betriebswirtschaftliche Straßenrechnung, so wurden für das Jahr 1980 für den Bau und die Erhaltung des Straßennetzes rund 32,7 Milliarden Schilling, für die Verkehrsüberwachung 1,6 Milliarden Schilling, das sind insgesamt 34,3 Milliarden Schilling, ausgegeben. Die Gesamteinnahmen aus Kfz-spezifischen Abgaben inklusive Maut betragen 19,5 Milliarden Schilling. Das Defizit in der Höhe von 14,8 Millionen Schilling mußte aus den übrigen Steuermitteln abgedeckt werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dabei zeigte sich übrigens – und

dies wird durch internationale Straßenrechnungen bestätigt -, daß der Lkw-Verkehr in weit geringerem Maß für die von ihm verursachten Kosten aufkommt als der Pkw-Verkehr. In allen Fällen aber bleibt eine Tatsache unumstößlich: Die Straße verursacht der Allgemeinheit hohe Kosten. Es müssen auch die sozialen Kosten des Straßenverkehrs in die Überlegungen einbezogen werden. So stellt die OECD fest, daß die sozialen Kosten, die der Straßenverkehr verursacht, rund 4 Prozent des Bruttonationalproduktes ausmachen. Das bedeutet auf Österreich umgelegt, daß der Straßenverkehr soziale Kosten in der Höhe von etwa 40 Milliarden Schilling jährlich verursacht. Die volkswirtschaftlichen Kosten für Unfälle, deren Verursacher Lkw sind, betragen jährlich etwa 2 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren, ich glaube, man hat nicht rechtzeitig erkannt, welche Gefahren der Schwerverkehr auf der Straße bringt. Negative Auswirkungen des Straßenverkehrs treten vor allem im Individualverkehr im Bereich der Ballungszentren sowie im Güterschwerverkehr zutage. Insbesondere der Straßengütertransportverkehr, der in Österreich geradezu explosionsartig zunahm (Abg. Harms: „Weil die Bahn so schlecht ist!“), zeigt dies in krasser Form. Rund 90 Prozent des Transits durch Österreich erbringen ausländische Lkw. Österreich muß praktisch die gesamten Kosten des Nord-Süd-Transits und umgekehrt über Mitteleuropa allein tragen, weil die Schweiz durch einschneidende verkehrspolitische Eingriffe, wie ein 28-Tonnen-Limit international, sonst 38 Tonnen, den Transitverkehr auf ihren Straßen praktisch ausschaltete.

Meine Damen und Herren, zum Beispiel entwickelte sich der Transitverkehr innerhalb der letzten 20 Jahre in der Schweiz folgendermaßen: 1960 wurden auf der Straße 0,1 Millionen Tonnen, 1980 0,6 Millionen Tonnen befördert. 1960 wurden auf der Schiene 6,1 Millionen Tonnen, 1980 12,4 Millionen Tonnen befördert. Die Entwicklung des Transitverkehrs durch Österreich hat sich in den letzten 20 Jahren gerade umgekehrt entwickelt. 1960 wurden durch Österreich auf der Straße 0,5 Millionen Tonnen, 1980 17,3 Millionen Tonnen befördert. Auf der Schiene wurden 1960 4,5 Millionen Tonnen und 1980 8,9 Millionen Tonnen befördert. Das heißt, auf der Straße das 34fache, auf der Schiene nur verdoppelt. (Abg. Kollmann: „Das ist die Attraktivität der Straße!“ - Abg. Dr. Dorfer: „Das ist eine Schande für die Bundesbahn!“) Das ist keine Schande, das kann man durch gesetzliche Maßnahmen regeln. (Abg. Kollmann: „Geschwindigkeit kann man nicht durch Gesetze regeln!“) Während der Straßenverkehr, die Luftfahrt und die Schifffahrt vollkommen auf Mineralölprodukte angewiesen und wegen der geringen Eigenversorgung auf diesem Gebiet zu etwa 85 Prozent auslandsabhängig sind, besteht bei den Österreichischen Bundesbahnen die Traktionsenergie fast zur Gänze aus Strom, der wiederum zu 90 Prozent aus heimischer Wasserkraft gewonnen wird. Geschätzte Damen und Herren! Wenn man bedenkt, daß sich die Kosten für die Erdölimporte in den letzten zehn Jahren nahezu verzehnfacht haben und auch weiterhin steigen werden, ist der großzügige Ausbau des energiesparenden öffentlichen Verkehrs aus Gründen der Zahlungsbilanz ein Gebot der Stunde. Beim Schienenverkehr belasten die Schadstoffemissionen kaum die Umwelt. Bei gleicher Verkehrsleistung beträgt die

Kohlenmonoxydemission des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs nur 0,5 Prozent des Individualverkehrs, also ein Zweihundertstel. (Abg. Dr. Maitz: „Herr Kollege, Sie wissen schon, daß das Bundesbahndefizit höher ist als unser Landesbudget!“) Das Bundesbahndefizit ist nicht höher als in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland. Das Landesbahndefizit, auf das ich noch zurückkomme, ist ebenfalls so hoch. (Abg. Pörtl: „Da hätten wir kein Geld mehr!“)

Unter dem Druck einer öffentlichen Meinung, die den Straßenverkehr in einer Art überbewertete, bevorzugte die Verkehrspolitik in allen westlichen Demokratien den Straßenverkehr gegenüber der Eisenbahn, obwohl diese langfristig günstigere und menschengerechere Lösungen des Verkehrs bietet. Da die EG auch in den kommenden Jahren nicht bereit sein wird, bei der Pyhrnautobahn mitzufinanzieren, müssen wir daher wirksame verkehrspolitische Maßnahmen setzen, damit sich der Schwerverkehr, insbesondere der Transitverkehr, von der Straße auf die Schiene verlagert. Weiters sollen die Verhandlungen „Schaffung eines Verkehrsverbundes für den Grazer Zentralraum“ mit dem Ziel, für den regionalen und städtischen öffentlichen Verkehr koordinierte Fahrpläne und Umsteigmöglichkeiten mit demselben Fahrschein tarifverbunden zu schaffen, forciert werden.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, daß der Straßenverkehr große Umweltbelastungen verursacht. Dies wurde durch die Debattenbeiträge in der Gruppe 5 bestätigt. Wir alle wissen, daß der Autoboom noch immer zunimmt und die Umwelt weiter belastet wird. Ich glaube, hier begeben wir uns alle in einen Widerspruch, meine Damen und Herren. Und zum Defizit der Österreichischen Bundesbahnen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Bezieht man den Verlust von den Österreichischen Bundesbahnen, der Deutschen Bundesbahn und der Schweizer Bundesbahnen auf den Streckenkilometer, ergibt sich folgendes Bild: Bei den ÖBB 961.000 Schilling pro Kilometer, bei der Deutschen Bundesbahn 1.031.000 Schilling und bei der Schweizer Bundesbahn 1.417.000 Schilling. Natürlich ist das Defizit der Landesbahnen mit 76 Millionen Schilling weit niedriger als bei der ÖBB, denn sie hat ja nur ungefähr 100 Betriebskilometer zu betreiben. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pinegger. Ich erteile es ihm.

Abg. Pinegger: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Darf ich, geschätzte Frau Präsident, bitten, außer der Reihe eine Anmerkung machen zu dürfen, ohne einen Ordnungsruf erwarten zu müssen? (Allgemeine Heiterkeit.)

Ich darf, meine Damen und Herren, mich einer ehrenden Verpflichtung entledigen. Es hat in der vorigen Woche ein erfreuliches Ereignis in einer beinhalten Causa im Bezirk Voitsberg, Standortgemeinde Voitsberg, stattgefunden: Ein Treffen über Einladung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft Voitsberg. Die Abgeordneten aller Schattierungen hatten Gelegen-

heit dabeizusein; auch der Herr Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura war zugegen. (Abg. Brandl: „Er hat auch eine Schattierung!“)

Dort wurde ich, meine Damen und Herren, gebeten, im Stafettenlauf in dieser Phase der Katastrophe – und es wurde deutlich dargelegt – in Richtung Bund den Weg zu suchen und auch in Richtung Land – hier finde ich wieder zum Weg zurück – vorstellig zu werden, um, bezogen auf die Schließung dieser Hütte, alles zu unternehmen, um die Aktionsgemeinschaft Voitsberg Glas zu unterstützen. Bei diesem Stafettenlauf – ich weiß nicht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von gegenüber, wer dort das Licht getragen hat – wurde ich gebeten, für diese Arbeiter und Angestellten der Glashütte Voitsberg dem steirischen Landeshauptmann einen Glasuntersatz und eine Adventkerze mit folgender Aufschrift zu überreichen: „Bitte, gib uns eine Chance!“ Ich komme dem nach und darf an Sie alle die Einladung aussprechen, den Glasarbeitern diese Chance in der Bezirkshauptstadt Voitsberg zu geben. Herr Landeshauptmann, ich darf dir das überreichen. (Allgemeiner Beifall.)

Nun zur Sache, meine Damen und Herren: Zum Landesstraßen-Sonderprogramm 1983: Es ist irgendwie typisch und positiv, daß es sich im oststeirischen Bereich zu erfüllen versuchte, wo das Peter-Rosegger-Gedenkjahr, nunmehr auslaufend in diesem Jahr 1983, im Gedenken in alle Welt hinausgetragen wurde. Wir haben im Zuge dieses Ausbaues über dieses Sonderprogramm, veranschlagt im außerordentlichen Haushalt, 30 Millionen Schilling zur Verfügung gehabt. Ich möchte Ihnen nur kurz einblendend hier die Ausbaustücke mitteilen: Mürztal, Verbindung oberes Feistritztal, Murtal, Verbindung oberes Feistritztal, Gasen, Schanz, Feldbach, Ortsbereich Pöllau, Rabenwaldstraße, Sanierung Grafendorf.

Ich möchte aber heute auch, meine Damen und Herren, sehr dankbar vermerken, daß auch für 1984 wieder 30 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt veranschlagt sind, und daß wieder verschiedene Bereiche unserer steirischen Heimat hoffen können, daß infrastrukturell die Erschließung flott vonstatten geht. Ich freue mich über eine Feststellung des Herrn Kollegen Abgeordneten Loidl, der sehr deutlich vermerkte – ohne irgendwo boshaft Seitenhiebe zu verteilen –, daß hier sehr Gutes geleistet wurde. Das darf auch ich, geschätzter Herr Landeshauptmann, namens des Bezirkes Voitsberg, nicht im außerordentlichen Haushalt veranschlagt, sondern im ordentlichen Haushalt unter der Gruppe „Straßen“ abgewickelt, hier feststellen. Und ich darf danken für den Ausbau der Straßenteile Stampf-Hirscheegg, Afling-Kainach, Södingberg-Geistthal, für den Ausbau des Teilstückes Sankt Martin Straße und dann auch für den Ausbau – und das geht auch an die Adresse des Bundes – des Teilstückes der Schnellstraße Kremser Berge und auch für den vollendeten Ausbau der Gaberl-Bundesstraße.

Und Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie meiner Resolution auf raschesten Ausbau der Schnellstraße in Richtung Mooskirchen beigetreten sind, sage ich auch herzlichen Dank. Ich möchte danken meinem Kollegen Kollmann, Kollegen Halper, Kollegen Kohlhammer und dir, lieber Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura. Wir haben uns im Bezirk endgültig durchgerungen, die

Prioritätenreihung nur mehr in dem Ausbau in Richtung Autobahn Süd, Auffahrt Mooskirchen, zu sehen. Das war ein langer Prozeß, der sich hier im Bezirk abgewickelt hat, aber es scheint nun endgültig klar zu sein, daß wir hier das Ziel gefunden haben. Ich würde mir nur noch namens der Bewohner des Bezirkes und namens der Betriebe, die ja hier, was den Zubringer angeht, arg kämpfen, wünschen, daß auch die nötigen Bundesmittel für diesen raschen Ausbau zur Verfügung gestellt werden.

Ihnen, meine Damen und Herren, herzlichen Dank, daß Sie mir zu später Stunde die Aufmerksamkeit geschenkt haben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Bevor ich in die Gruppe 6 einsteige, möchte ich doch noch festhalten, daß der Herr Kollege Kamerad Kröll sehr nette Worte gefunden hat. Nach diesem Auftritt, der ja so explosiv und direkt anerkennenswert war, können wir aus freiheitlicher Sicht feststellen, daß wir in Schladming einen guten Mann zum Bürgermeister gemacht haben. (Beifall bei der ÖVP.) Aber wegen der Prozenz und der Besteuerung möchte ich dazusagen, daß es ganz gewiß bekannt ist, daß im Jahr 1985 ein Finanzausgleich abgehandelt werden wird, wobei sicherlich einiges bereinigt werden muß.

Weil ich gerade dabei bin, möchte ich noch erwähnen, daß die ersatzlose Streichung der Gewerbesteuer und Gewerbesteuer ja nicht stattfinden kann, weil dafür den Gemeinden keine Abgeltung gegeben wird. Eben das muß in diesem Finanzausgleich verhandelt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was das steirische Klima betrifft, würde ich sagen, daß nichts so heiß gegessen wie gekocht wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun zur Gruppe 6, die ja im Vulgonamen die „Gruppe der Straßensänger“ heißt und in der auch das Wasser, der Lawinenverbau und der Verkehr – nicht der Fremdenverkehr, sondern der Straßen- und Luftverkehr – enthalten sind. Ich kann mich voll und ganz der Meinung meiner Vorredner anschließen, daß in diesem Land auf diesem Sektor viel geschehen ist. Auch im Wasserbau. Ich möchte anmerken, daß es hier Bemühungen gegeben hat, um vieles wieder gutzumachen, und auch den Versuch, Fehler an Flüssen zu reparieren. Es sind sicherlich Fehler eingestanden worden – nicht lautstark, sondern mehr oder minder leise. Man hat das sehr geschickt gemacht. Aber bitte, das, was geschehen ist, wird eingestanden. Wichtig ist, daß damit Fortschritte erzielt wurden, und das freut mich. Ich habe am 19. Oktober 1982 eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann als Referenten gestellt. Ich habe ihn gefragt, ob er es für sinnvoll halte, ein Rückhaltebekkensonderbauprogramm für die Steiermark, das als Ergänzung zu den bestehenden Verbauungsformen notwendig wäre, zu initiieren. Der Herr Landeshauptmann hat mir damals zur Antwort gegeben, und das freut mich persönlich, daß es durchaus sinnvoll wäre, wie Sonderprogramme in vielen Bereichen sehr sinn-

voll wären. Es sei aber eine Frage des Budgets, und der Steiermärkische Landtag werde darüber zu befinden haben, ob die Vorschläge, die wir in diesem Zusammenhang machen, auch wirklich realisiert werden können. Heute haben wir nun das Budget vorliegen. Bereits der Herr Landesrat Heidinger hat bei der Tagung der Hochwasserschutzverbände Österreichs von diesem Hochwassersonderprogramm gesprochen. Es freut mich, daß es möglich war, in diesem Programm dieses Sonderbauprogramm einzubinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich habe ich sofort nachgesehen, ob in diesem Programm wohl das mir am meisten am Herzen liegende Projekt vorhanden ist. Es ist dies das Rückhaltebecken bei der Pölmühle an der Laßnitz. Das habe ich leider vermißt. Ich hoffe nur, daß die Verzögerung, die eingetreten ist, nicht der Grund sein möge, daß es nicht mehr aufgenommen wird. In einer persönlichen Aussprache mit Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer hat er auch sein großes Interesse bekundet, das er in die rasche Verwirklichung dieser Rückhalteanlage setzt, allein schon der großen Beispielswirkung wegen. Und nun, Herr Landeshauptmann, möchte ich hier ganz offiziell dafür herzlich danke schön sagen. Ich glaube, für mich in Anspruch nehmen zu können, daß dieses Danke doch auch etwas wirkt. Sie bekommen ja sonst mehrfach von Ihren Leuten das Dankeschön auch gesagt. Aber danke vielmals für die Unterstützung des Projektes, das ja von Fachleuten als äußerst positives Beispiel betrachtet wird und das auch das Interesse des Ministeriums besitzt. Ich bitte nur um eine rasche Betreibung und natürlich auch um eine möglichst baldige Realisierung.

Noch ein Rückhaltebecken liegt mir am Herzen, neben allen anderen Rückhaltebecken – das ist ja klar – das von Gaishorn-Treglwang, Palten. Man sagte mir, daß die Pläne längst fertig seien, daß sie aber dem Bundesministerium noch nicht vorgelegt wurden und eigentlich schon mehrfach urgiert wurden. Die rasche Entscheidung für einen Startschuß erwarten die Bevölkerung und die Fremdenverkehrswirtschaft. Ich bitte, hier eine Verzögerung unter allen Umständen zu verhindern. Ich bitte Sie, Herr Landeshauptmann, daß Sie hier auch nachsehen.

Herr Landeshauptmann, ich habe noch eine Bitte. Ich habe mir erlaubt, im Jahre 1979 an Sie eine Anfrage zu richten und habe damals sehr unfreundliche Worte geerntet. Es ging um die Grundbuchsrichtstellung im Bereich Wieselsdorf nach der Regulierung der Stainz. Sie haben mir damals zugesagt, daß Sie sich verwenden würden. Es müßten die Unterschriften für eine allfällige Flurbereinigung rasch vorliegen. Diese Unterschriften liegen nun vor, und sie liegen auch in der Agrarbezirksbehörde. Ich habe urgiert und möchte um Unterstützung bitten. Ich fürchte, hier liegt sicherlich nicht der nötige Informationsstand vor.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Thema möchte ich doch noch streifen – das ist die Abwasserreinigung. Leider müssen wir feststellen, daß reines und gesundes Trinkwasser heute schon Seltenheitswert besitzt und daß es ein Gebot der Stunde ist, jedes verunreinigte Wasser – sprich „Abwasser“ – auf jeden Fall zu reinigen, bevor es unsere Vorfluter weiter belastet. Hiefür gibt es mechanisch, biologisch und auch chemisch die verschiedensten Systeme. Die herkömmlichen Systeme haben sich in Ballungszentren

sicherlich bewährt. Es ist aber fraglich, ob es nach einer Kosten-Nutzen-Überlegung richtig ist, am Land Abwasser über kilometerlange Kanäle, die absolut dicht sein und bleiben müssen, zu transportieren, nur um die Auslastung einer Großkläranlage zu gewährleisten. Für die ländlichen Gebiete mit oft weit auseinanderliegenden Ortschaften erhebt sich die Frage, ob nicht die sogenannte Wurzelraumentorgung die bestmögliche Lösung dieses Problems sein kann. Es gibt hiefür bereits Prototypen. Diese Pflanzenkläranlagen haben sich dort, wo sie im Versuch laufen, voll bewährt und wären meiner Meinung nach die Chance für den ländlichen Bereich, für kleine Gemeinden, ja auch für Schutzhütten. Herr Landeshauptmann, ich hoffe, Sie können die Einbindung dieser Reinigungsmöglichkeit von verunreinigten Wässern, diese Wurzelraumentorgungen, in die Förderung durch den Wasserwirtschaftsförderungsfonds beschleunigen, da die Probeergebnisse äußerst positiv sind und die Kosten doch nur in der Höhe von zirka einem Drittel bis zu zwei Dritteln der herkömmlichen Anlagen liegen sollen. Die schlechte Budgetsituation der Gemeinden in der Steiermark, die wir alle kennen, ist sicher eine Motivation dafür, daß kleineren Gemeinden eine finanziell erschwingliche Kläranlage angeboten werden sollte. Vor der Bauvergabe erscheint es mir als unbedingte Notwendigkeit, verbindlich eine Kosten-Nutzen-Untersuchung zu machen, um überhaupt einmal zu sehen, was die herkömmliche im Vergleich zu so einer Wurzelraumentorgung kostet. Diese Forderung ist aus der Budgetsicht der Gemeinden sicherlich vertretbar. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Die nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile sie ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem heute die S 8 zur Diskussion gestellt und der Naturschutzbeirat recht direkt angesprochen worden ist und ich sein derzeit gewählter Vorsitzender bin, kann ich mich schwer verschweigen, weil das Schweigen sonst als Zustimmung oder als Schwäche ausgelegt werden könnte. Es wäre eigentlich sehr naheliegend, jetzt auf die angeschnittenen Probleme mit der S 8 einzugehen, und es wäre vor allem sehr verlockend, ein bißchen auch die Widersprüchlichkeiten zwischen Reden und Handeln in Fragen des Umweltschutzes aufzuzeigen. Ich werde dieser Versuchung sicher nicht unterliegen, obwohl ich nicht verschweigen möchte, daß der Beitrag des von mir ansonsten sehr, sehr geschätzten Kollegen Loidl Erstaunen ausgelöst hat (Abg. Loidl: „Das habe ich erwartet!“), wenn ich es so ausdrücken möchte. Ich werde, meine Damen und Herren, und ich bitte dafür um Verständnis, zur Sache selbst nicht Stellung nehmen, weil ich es für nicht richtig hielte, als Vorsitzender des Naturschutzbeirates – so wie es auch Kollege Brandl offensichtlich nicht macht, der dort mein Stellvertreter ist – zur Sache selbst Stellung zu nehmen, weil der Naturschutzbeirat sich am 21. Dezember abschließend mit dieser Frage beschäftigt. Ich kann und möchte ihn nicht präjudizieren.

Ich möchte aber trotzdem zum Rundherum, zum Verfahren, Stellung nehmen oder einige Fakten fest-

halten, weil ich glaube, daß ich das dem Naturschutzbeirat und dem Vorgang selbst schuldig bin (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Und dem Hohen Haus!“) und vor allem dem Hohen Haus. Danke, Herr Landeshauptmann!

Vielleicht ganz kurz zur Genesis: Die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft hat sich mit Schreiben vom 2. März an mich als Vorsitzenden des Naturschutzbeirates gewandt und gebeten, daß diese Frage im Naturschutzbeirat zur Behandlung gelangt, weil es einen sehr vehementen Widerstand der dortigen Bauern gegen die damals geplante Trasse gegeben hat. Verständlich, es ist immerhin um eine Fläche von mehr als 100 Hektar, um 120 Hektar wertvollen landwirtschaftlichen Bodens gegangen, der durch diese Trasse in Anspruch genommen worden wäre. Es hat sich gleichzeitig auch der Naturschutzbund mit derselben Bitte an mich gewandt, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß es sich hier um wertvolle Biotope handelt, um eine doch relativ noch sehr intakte Tallandschaft, und es sich im übrigen auch um ein Landschaftsschutzgebiet handelt und daher die Behandlung dieser Frage im Naturschutzbeirat eine dringende Notwendigkeit sei. Ich habe daher diesen Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung vom 18. März genommen und den zuständigen Herrn der Baudirektion, den Herrn Landeskoordinator Hofrat Theußl, eingeladen und gebeten, hier auch zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Wir haben bei dieser Sitzung als Ergebnis unserer Beratungen an die Baudirektion das Ersuchen gerichtet, im Hinblick auf die doch sehr brisante Thematik hier erstmals die Auswirkungen einer solchen Trasse auf die Landschaft, auf das Öko-System, auf den Naturhaushalt in Form einer Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen zu lassen und haben dann auch, wenige Wochen darauf, auf Grund der Möglichkeit, einen Vorschlag eines Gutachters zu nominieren, einen solchen nominiert. Das war also alles noch im Frühsommer 1981. Wir haben uns dann in weiterer Folge nach einer weiteren Beratung des Naturschutzbeirates, nachdem hier in dieser Frage Stillstand eingetreten ist, ich und mein Stellvertreter Abgeordneter Brandl gemeinsam, mit Schreiben vom 18. November 1981 im Auftrag des Naturschutzbeirates an den Herrn Bautenminister gewandt und auch dort unser Anliegen auf Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung vorgebracht und angesichts der großen und schwierigen Probleme gebeten, eine solche Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen zu lassen. Der Herr Bautenminister hat mir dann mit Schreiben vom 19. Juli – ich muß allerdings dazusagen, daß er sofort geantwortet und gebeten hat, daß er sich später endgültig äußert – mitgeteilt, und ich möchte Ihnen doch ganz gern davon einen Absatz vorlesen, weil er – glaube ich – wichtig ist. Er schreibt unter anderem: „Bei Gesprächen, die ich am 19. Juni 1982 während meines Aufenthaltes im Ennstal führen konnte, bin ich zur Überzeugung gekommen, daß noch weitere Überlegungen über kostengünstige Varianten für die S 8 im Bereich zwischen Trautenfels und Liezen und insbesondere für die Umfahrung Stainach anzustellen sein werden, in denen dann auf die Aspekte des Umweltschutzes, und hier vor allem auf die Schonung wertvollen landwirtschaftlichen Grundes, ganz besonderes Augenmerk gelegt werden wird.“ Wir haben uns daher durchaus im Einvernehmen mit dem Herrn Bautenminister

befunden, der eigentlich unseren Sorgen und unseren Wünschen damit Rechnung getragen hat, und es ist dann auch zur Auftragserteilung für dieses Umweltverträglichkeitsgutachten gekommen.

Nun, es war uns immer klar, daß die Beurteilung der Auswirkungen eben an Hand dieser Umweltverträglichkeitsprüfungen erfolgen muß. Es war uns daher immer klar, daß wir uns zu den einzelnen Trassenvarianten eigentlich erst dann endgültig werden äußern können, wenn dieses Gutachten vorliegt und wenn wir dieses Gutachten im Naturschutzbeirat ausführlich behandelt haben. Das Gutachten ist uns vor einigen Wochen übermittelt worden. Wir haben uns in einer ersten Sitzung am 16. November einmal selbst mit diesem Gutachten beschäftigt und haben dort vereinbart, daß der Naturschutzbeirat in der nächsten Sitzung, das ist der 21. Dezember – also nächste Woche –, gemeinsam mit den Herren der Baudirektion dieses Gutachten, die Umweltverträglichkeitsprüfung, diskutiert und dann an Hand der Diskussion zu einer abschließenden Meinungsäußerung kommen soll.

Ich bin also davon ausgegangen, daß wohl erst nach Würdigung der Argumente und nach Studium des Gutachtens und Behandlung der verschiedenen Gesichtspunkte und Beratung im Naturschutzbeirat entschieden werden wird, welche der in die engere Wahl gezogenen Trassen dann tatsächlich zur Realisierung kommen soll. Ich halte das für völlig selbstverständlich, weil sonst ein solches Umweltverträglichkeitsgutachten für den Papierkorb wäre, wenn man schon vorher entscheidet, bevor dieses Gutachten vorliegt und entsprechend ausgewertet ist.

Nun, mir ist inzwischen allerdings auch zu Ohren gekommen, daß eine Entscheidung bereits bevorstehen soll. Ich habe diesen Dingen nicht geglaubt und habe daher ein Telegramm an den Herrn Bautenminister geschickt, das jetzt als Störversuch und als Verhinderung interpretiert wird. Ich lese es Ihnen wörtlich vor, damit Sie das selbst beurteilen können. Es hat folgenden Text: „Herr Bundesminister Dr. Karl Sekanina“ und so weiter. „Der Steiermärkische Naturschutzbeirat wird sich am 21. Dezember 1983 auf der Grundlage des Umweltschutzgutachtens mit der S 8 beschäftigen. Entsprechend Ihrer seinerzeitigen Zusage darf ich Sie, verehrter Herr Bundesminister, namens des Naturschutzbeirates ersuchen, erst nach Abgabe der Stellungnahme des Naturschutzbeirates und nach Vorliegen der naturschutzrechtlichen Genehmigung über die Trassenführung der S 8 entscheiden zu wollen.“

Meine Damen und Herren, das ist das, was ich Ihnen eigentlich sagen wollte. Ich überlasse es Ihrer Beurteilung, was davon Störversuch und was ernste Arbeit in der Frage der Prüfung einer solch wichtigen Angelegenheit ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Ich erteile nun dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer das Wort.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Abend ist fortgeschritten, wengleich wir – wenn ich mich nicht täusche – im Laufe des Tages an Zeit etwas eingespart haben und dieses Schlußwort etwas früher gesprochen werden kann, als das im

letzten Jahr der Fall gewesen ist. Der Herr Landtagspräsident Feldgrill ist nämlich ein äußerst akkurater Beobachter der Szene, und jede Wortmeldung ist per Minute von ihm registriert. Ich glaube, daß das stimmt, Herr Präsident! Das wird mich nicht dazu verleiten, diese Zeit über Gebühr in Anspruch zu nehmen, aber natürlich ist am Ende einer solchen Diskussion auch seitens des Referenten einiges zu sagen. Alle Jahre wieder, könnte man beinahe singen, haben wir uns die Fortsetzung dieser Schaubilder machen lassen, die ich Ihnen auch heuer nicht vorenthalten will, weil sie doch immer sehr plakativ zeigen, wo wir etwa stehen. Es handelt sich um die Kurve des Wachstums der Wirtschaft, es handelt sich um die Kurve des Verbraucherpreisindex, und es handelt sich um die Arbeitslosenrate. Es ist mit einem Blick zu sehen, daß das, was Ende 1983 nach der Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute noch ein einprozentiges Wachstum bedeutet, das ist ja schon in anderem Zusammenhang gesagt worden, sich im nächsten Jahr um die Hälfte etwa reduzieren wird auf immerhin ein Wachstum von noch 0,5 Prozent. Im selben Zeitpunkt war ein Ansteigen des Verbraucherpreisindex von 3,2 auf 5,3 Prozent und der Arbeitslosenziffern von 4,6 auf 5,5 Prozent zu verzeichnen. Es wäre wirklich zuviel, wolle ich noch einmal darauf eingehen, was ohnedies mehrfach in den Diskussionsbeiträgen hinsichtlich der Beweggründe für diese Entwicklung gesagt wurde. Es ist aber doch immerhin zu sagen, daß die Entwicklung in den USA und vor allem auch in der Bundesrepublik Deutschland – Gott sei Dank – anders verläuft, daß die Wachstumsentwicklung in den USA eine relativ starke ist, daß sie auch in der Bundesrepublik Deutschland zögernd zu greifen beginnt und daß man erhoffen kann, daß auch auf der Basis dessen, was sich im heurigen Jahr auf unseren Märkten abgespielt hat und in den Produktionsstätten unseres Landes nach diesem Jahr 1984 sein wird, das auch das Maßnahmenpaket der Regierung zeigt, eine Verbesserung wenigstens im Jahre 1985 zu erwarten sein könnte, so sagt der, der so wie Sie weiß, daß Prognosen Menschenwerk bleiben und die ursprüngliche These der Ökonomie – man könnte mittelfristig seriös prognostizieren – nun auch schon hinsichtlich kurzfristiger Prognosen immer wieder in Zweifel gezogen wird. Nichtsdestotrotz ist eine solche Hoffnung nicht nur erlaubt, sondern durchaus auch wünschenswert nach einer mehr als dreijährigen krisenhaften Entwicklung, die in ein viertes Jahr übergehen wird, so daß man einen gemessenen Aufschwung wenigstens nach diesen vier Jahren zu erhoffen wagt. Wenn man dieses Wachstum der Wirtschaft in Beziehung setzt zum Beitrag der Bauwirtschaft zum realen Bruttoinlandsprodukt, dann sehen Sie die Dramatik der Entwicklung in der Bauwirtschaft ab dem Jahre 1978. Dieser tiefe Einbruch damals, hier, der leichte Aufschwung 1979 und 1980 und dann der tiefe Fall 1981 auf 1982, der leichte Aufschwung heuer, der aber immer noch, um das groteske Wort vom Minuswachstum auch zu gebrauchen, immerhin bedeutet, daß es nicht mehr so schlecht ist wie im vorigen Jahr, aber daß wir trotzdem unter der Null-Linie bleiben. Die Prognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes für das nächste Jahr besagt, daß wir trotz dieser negativen Entwicklung im Wirtschaftswachstum, die sich auch hier findet, damit rechnen können, daß wir sozusagen zum Nullpunkt zurückkehren, was den Beitrag der Bauwirt-

schaft zum realen Bruttoinlandsprodukt bedeutet. Das ist immerhin eine etwas positivere Aussage, als wir sie ganz allgemein hinsichtlich des Wachstums machen können, und für die Steiermark steht zu erwarten, daß auf Grund der Ausweitung vor allem auch des Landesbudgets um 12,4 Prozent im Baubereich – und 80 Prozent der Investitionen des Landesbudgets sind bekanntlich Bauinvestitionen – eine Zunahme der Baunachfrage seitens der öffentlichen Hand gegeben sein wird. Es ist vielleicht auch durchaus konjunkturgerecht, ich möchte da hinsichtlich unserer Möglichkeiten nicht übertreiben, aber soweit sie uns gegeben sind, steht auch dieser Versuch Pate, nämlich vor allem den Landeshochbau und auch den Wasserbau besser zu dotieren – im Landeshochbau sind es fast 20 Prozent mehr als in diesem Jahr, und im Wasserbau sind es sogar um 26 Prozent mehr –, um damit auch die Arbeitsplatzsicherung in einem höheren Maß zu gewährleisten, als das primär im Tiefbau der Fall ist. Das ist ja auch das strukturelle Problem, auf das du auch in der Wohnbaudebatte zum Teil eingegangen bist und das auch Herr Landesrat Koiner in seiner Stellungnahme angesprochen hat. Es ist gar kein Zweifel, daß die enormen Zuwächse, die die öffentliche Hand in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte, primär im Bereich des Straßenbaues erfolgt sind, wobei wir – ich sage das ohne Polemik –, wie gesagt, unser Baubudget 1984 als Land um 12,4 Prozent erhöhen, während leider die Summe des Bundesbaubudgets im Land um rund 6 Prozent geringer sein wird, was aber immerhin bedeutet, daß es perzentuell gesprochen um die Hälfte besser ist als im übrigen Bundesgebiet seitens des Bundes. Das muß man auch fairerweise dazusagen, so daß wir also insgesamt erfreulicherweise sagen können: Das, was die öffentlichen Hände auch bei einer Rückläufigkeit des Bundes, in diesem Zusammenhang ausgeglichen auch durch eine bessere Dotation unsererseits, überhaupt tun können, ist voriges Jahr, ist aber insbesondere auch heuer geschehen, um uns sozusagen über Wasser zu halten, ganz schlicht und einfach gesagt. Ich füge aber in Klammer hinzu, daß ich es daher nicht verstehe, wenn polemischerweise und demagogischerweise immer wieder auch auf Baustellen in einer sehr unfairen Weise auch von Gewerkschaftsleuten so getan wird, als hätte das Land seine Aufgabe in diesem Zusammenhang nicht erfüllt. Ich sage das auch ohne innere Bewegung, weil ich weiß, daß das da und dort einfach nicht zu ändern ist, daß es Leute gibt, die sich entweder wirklich nicht informieren und daher irgendwelchen Stories aufsitzen und daß es leider immer auch Leute gibt, die ganz bewußt Unrichtiges in die Welt setzen. Das ist leider nicht unbekannt. Ich sage, das gefällt mir nicht, und ich nehme an, daß das dem überwiegenden Teil des Hohen Hauses auch nicht gefällt, weil das schließlich ein Budget ist, das wir jeweils gemeinsam beschlossen haben, Herr Kollege Gruber, und bei dem wir gerade in diesen Fragen immer eine hohe Übereinstimmung gehabt und ein hohes Ethos vorausgesetzt haben. Ich habe schon im vorigen Jahr darauf hingewiesen, welches Schattenboxen von gewissen Leuten hinsichtlich dieses sogenannten Sonderwohnbauprogramms veranstaltet wurde – ich bin sehr froh darüber –, das Sie anlässlich der Debatte um die Regierungserklärung 1981 als solches nämlich bezeichnet haben – da muß man dann halt auch zu den Kindern stehen, die man so

getauft hat –, und wo der Herr Landesrat Koiner heute und erfreulicherweise auch der Herr Abgeordnete Loidl in einer sehr ruhigen Weise auf die Problematik solcher vorgezogener und daher überdimensioniert entwickelter Programme in Zeiten der Hochkonjunktur hingewiesen haben. Denn das, bitte schön, das hat heute sonst kaum jemand ausgesprochen, ist natürlich ein ganz elementares Problem der Bauwirtschaft nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa und in der westlichen Welt, daß wir selbstverständlich, auch was die Nachfrage anlangt, diese Strukturwandlung in Rechnung stellen müssen, wenn wir nicht unseren Leuten Sand in die Augen streuen wollen. Mit den gigantischen Summen, die im Straßenbau eingesetzt werden – Gott sei Dank in den letzten Jahren nun auch in der Steiermark –, da finde ich es fast herzig, lieber Freund Sepp Loidl, wenn du in altbewährter Dialektik ein Diktum so interpretierst, daß es deiner Geschichtsinterpretation entspricht, wir das aber natürlich anders gemeint haben, weil man inzwischen sehr genau weiß, daß immer die Pläne vorhanden waren, aber das Geld nicht, und daß wir selbstverständlich – das weiß ja jeder, der sich ein wenig eingesetzt hat – (Abg. Brandl: „Herr Landeshauptmann, das stimmt nicht!“) – Es kann ja nicht den ganzen Abend über in dieser Frage so ruhig bleiben!

Und daß ich natürlich am Landesparteitag, aber das ist ja alles Geschichte, und daher hat es sehr akademischen Charakter, gesagt habe: Prügel von Leuten, die offenbar nicht gewußt haben, wie es wirklich aussieht, und die zum Teil versucht haben (Abg. Brandl: „Heute ist es anders, aber früher!“ – Abg. Dr. Maitz: „Von dieser Legende müßt ihr euch verabschieden!“), von der Problematik abzulenken, mit der sie selber auch sehr befaßt gewesen sind. Ich glaube, das muß man auch mit aller Deutlichkeit sagen, und jeder, der sich auskennt, weiß, was es bedeutet, daß die Straßenbaubudgets mit diesen vorweggenommenen Milliarden belastet sind, daß wir daher absehbar auf eine Entwicklung zusteuern, wo die Mineralölsteuer und die zweckgebundene Belastung der Sonderfinanzierung dazu führen werden, daß wir kaum in der Lage sein werden, Neues in größerem Maß zu bauen, sondern vielfach uns der Erhaltung hingeben werden. Nichtsdestotrotz sage ich, ist viel geschehen, haben wir ein gutes steirisches Straßenbaujahr gehabt. Ich habe dem Herrn Minister Sekanina bei der offiziellen Inbetriebnahme der A 2 in Untergroßau am vergangenen Samstag mit Überzeugung jene steirische hohe Auszeichnung verliehen, die ich für ihn in der Regierung beantragt habe, weil – und das habe ich auch bei allen Gelegenheiten immer wieder gesagt – die Kooperation sowohl mit dem Minister Moser als auch mit dem Minister Sekanina in der Zeit, in der ich Straßenbaureferent war, und früher mit dem Herrn Minister Kotzina, eine sehr erfreuliche war, von kleinen „Lieblichkeiten“ abgesehen, die nun einmal im politischen Leben dazu gehören.

Und, meine Damen und Herren, ähnliches können wir Gott sei Dank für den Wasserbau sagen. Ich darf Ihnen auch hier kurz die Ziffern geben: Das Land erhöht im Schutzwasserbau seinen Anteil für das Jahr 1984 eben beträchtlich – ich habe Ihnen schon gesagt, er liegt bei insgesamt 26 Prozent. Auch diese Arbeit ist natürlich auf Grund der Mechanisierung nicht mehr

von der Arbeitsintensität, wie sie vor zehn Jahren, vor 15 Jahren noch gewesen ist, aber insbesondere wurde die Dotation für den Hochbau und auch die Mitwirkung des Landes aus Überzeugung nun beim zweiten Sonderwohnbauprogramm des Bundes modifiziert und Gott sei Dank auch anständig mit den Ländern verhandelt. Weil Sie unsere Befähigung, sozusagen auch klüger zu werden, so sehr gelobt haben, kann ich nur sagen, dasselbe gilt für Ihren zuständigen Minister, und so war es dann auch möglich, daß wir dem zugestimmt haben.

Es ist ein schönes Abschiedsgeschenk auch für den Herrn Landesrat Simon Koiner, daß es ihm möglich gewesen ist, für seinen Nachfolger eine solche Vorstellung in unser aller Namen zu realisieren. Das möchte ich auch heute und bei dieser Gelegenheit mit Freude sagen, weil er sich ja in diesen Jahren seiner Tätigkeit als Wohnbaureferent nicht nur mit großer Klugheit und Intensität um die Fragen gekümmert hat, sondern auch mit einem hohen Maß von Menschlichkeit in einer so schwierigen Materie, wie sie der Wohnbau nun einmal ist.

Dasselbe, Herr Abgeordneter Ofner, sage ich auch in Ihre Richtung und in die Richtung Ihres Generalredners, der im Augenblick jedenfalls nicht im Saal zu sein scheint. Wir haben im Jahre 1980 164 Millionen Schilling im ordentlichen und im außerordentlichen Teil unseres Haushaltes zur Verfügung gehabt, und zwar in den Fragen der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung und des Beitrages an den Wasserwirtschaftsfonds summiert, haben dann auf 166 aufgestockt, auf 183, auf 233 Millionen Schilling im vorigen Jahr – das war ein Sprung um 27 Prozent – und heuer auf 310 Millionen Schilling. Und könnten wir die 93 Millionen Schilling, die wir dem Wasserwirtschaftsfonds sozusagen in den Rachen werfen, an die Gemeinden und an die Wasserverbände direkt vergeben, dann wäre das Problem etwa des Rückstandes der Beitragsleistung an die Gemeinden überhaupt nicht existent. Sie wissen alle – und ich habe diesen Antrag mehrfach im Wasserwirtschaftsfonds eingebracht –, daß nämlich der Bund einerseits von uns kassiert, andererseits Darlehen vergibt und schließlich ein zweites Mal kassiert. Das ist ein System, das wir bekämpfen, das wir aber nicht ändern können, und daher bin ich froh darüber, was der Herr Abgeordnete Kröll auch gesagt hat, daß es uns wenigstens gelungen ist, durch einen sehr intensiven Einsatz die Bedingungen des Wasserwirtschaftsfonds auch entscheidend zu verbessern. Das bedeutet im übrigen, weil Sie das auch angesprochen haben, Herr Abgeordneter Ofner, daß wir nicht erst im Jahre 1993 – wenn wir nämlich diese Politik, die wir jetzt begonnen haben, fortsetzen – in der Lage sein werden, unsere Leistungen zu erbringen und die Förderungsrückstände abgezahlt zu haben, sondern bereits im Jahre 1988, was bei Fertigstellung der alten Bauvorhaben, mit denen ja erst 1987 zu rechnen ist, bedeutet, daß wir unmittelbar das Jahr darauf völlig à jour sein werden. Vielleicht gelingt es uns sogar, ich will da keine falschen Hoffnungen erwecken, es in den nächsten Jahren so zu gestalten, daß wir parallel zu Rande kommen.

Ich möchte Ihnen auch eines sagen. Ich habe mich darüber sehr gefreut, daß der Kollege Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross in dieser Frage mit mir

völlig konform geht und daß er selbstverständlich so wie in vielen anderen Fragen die Lösung des Problems als wichtiger ansieht als andere optische Dinge. Mehr möchte ich gar nicht sagen, weil dazu auch schon einiges heute gesagt wurde und Gott sei Dank auch das Klima in diesem Haus zum größten Teil während der Budgetdebatte ein solches ist, daß die Menschen dieses Landes auch die Gewißheit haben können, daß in erster Linie um ihre Probleme gerungen und an der Lösung für ihre Probleme gearbeitet wird. Wir haben auch eine Diskussion gehabt, verständlicherweise seitens des Abgeordneten Tschernitz zur Frage der Trassenführung der S 8, nachdem der Abgeordnete Lind sehr glücklich darüber war und dieser Einstellung auch lebhaften Ausdruck verliehen hat, daß nun endlich diese Erleichterung von Hartberg bis nach Graz gegeben ist. Ich möchte auch ganz offen sagen, uns wäre es auch lieber gewesen, die Zäune wären schon fertig. Aber sie waren terminiert mit Ende Februar, und wir haben gedacht, wir machen die Autobahn vor Weihnachten auf und sagen den Leuten „paßt auf“. Denn auch auf der Bundesstraße gibt es bei Tempo 100, das ist ohnedies heute schon einmal gesagt worden, und ich habe es auch bei der Eröffnung gesagt, keine Wildzäune. Natürlich verleitet eine komfortable Straße wie eine Autobahn eher dazu, daran nicht zu denken, das weiß ich schon, subjektiv. Aber es ist doch wirklich auch nicht zuviel verlangt, daß man sagt, du hast jetzt den Vorteil dieser geraden Straße, du mußt dich nicht durch diese und jene Ortsdurchfahrt durchzwängen, und daher fahre bitte etwas vorsichtiger.

Was die Tankstellen anlangt, darüber ist auch gesprochen worden. Wir können niemanden dazu zwingen, dort eine Tankstelle zu errichten. Auch da muß man sagen, haben sich die Zeiten gewaltig geändert. Fahren Sie hinaus aus Graz durch die Nordeinfahrt, da haben Sie alle paar Meter eine riesige Tankstelle, da überpurzeln sie sich sozusagen. Das ist alles in einer Zeit geschehen, in der ein riesiger Boom da war, hohe Gewinne. Wir alle haben das lebhaft in Erinnerung, erster Erdölchock, zweiter Erdölchock. Heute sind die Dinge einfach anders. Wir hoffen trotzdem, daß es gelingt, auf dieser langen Strecke zu einer Tankstelle zu kommen, aber wir können niemanden dazu zwingen. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daher wurden die Tafeln aufgestellt, die eben auch den Autofahrer darauf hinweisen, daß er gewärtig sein muß, von Hartberg bis hinüber nach Twimberg keine direkte Möglichkeit an der Autobahn zu haben, seine Vorstellungen eines etwas vielleicht nicht sehr sorgfältigen Nachdenkens über Nachtanken und ähnliches befriedigen zu können.

Ich möchte das auch gerade deshalb sagen, Herr Abgeordneter Tschernitz, weil ich weiß, wie schwierig dieses Problem ist. Einerseits leiden die Menschen in Stainach schrecklich unter der Verkehrssituation. Und das möchte man niemandem wünschen. Das muß man mit aller Deutlichkeit sagen. Ich habe immer wieder gesagt, und meine Beamten sind da in einer solchen Gesinnung auch ganz firm, man sollte sich überlegen, in welcher Situation man selber wäre, wohnte man dort. Dies ist immer die beste Gewähr dafür, die Dinge möglichst menschlich – und heute würde man sagen bürgernah – zu sehen. Gar keine Frage, daher ein Kampf um diese Trasse und wirklich auch alle, die Sie

das aus der Nähe jemals erlebt haben, sind Trassensucher. Aber was haben wir nicht alles in diesen letzten zwölf Jahren bewältigt, wo ich für dieses Ressort zuständig bin. Was haben unsere Beamten nicht alles wirklich zustande gebracht mit Klugheit, mit Menschlichkeit, mit viel, viel Gesprächen, da und dort auch mit einer freundlichen Härte. Sie wissen, wie schwierig das ist. Niemandem ist zu wünschen, in eine solche Lage zu kommen. Denn der Beamte muß sich ja dann einiges sagen lassen, als wollte er sich einen persönlichen Vorteil verschaffen, weil er die oder jene Trasse für richtiger oder weniger richtig hält. In Wahrheit ist es sein Beruf, und er erfüllt ihn im Interesse der Allgemeinheit, so wie jeder, der in seinem Auto sitzt, ein Autofahrer ist, und wenn er neben der Straße sein Haus hat, ein Anrainer ist, aber eine schöne breite Straße und möglichst den Verkehrslärm nicht bei sich haben will. Dieses berühmte Florianiprinzip ist ein urmenschliches Prinzip. Ich mache mich darüber gar nicht lustig. Nur, der Standpunkt der Naturschützer ist auch nicht einheitlich. Ich habe mit all diesen Gruppen gesprochen. Da gibt es Leute, die sagen, das darf nicht sein. Da gibt es Leute, die sagen, das darf erst recht nicht sein. Da gibt es Übereinstimmungen in bestimmten Fragen – also eine äußerst schwierige Situation für den, der es entscheiden muß. Das ist der Minister in dem Fall, und ich sage auch ganz offen, Freund Schaller, ich glaube nicht, daß der Minister die Absicht hat, über diese Dinge darüberzufahren. Nur sind die Herren mit aller Entschiedenheit auch als Anwälte der Anrainer dort aufgetreten, und er hat eine persönliche Meinung bekundet. Ich bin ganz davon überzeugt, daß er diese Vorstellungen des Naturschutzbeirates ernst nehmen wird. Zu welchem Entschluß er schließlich kommt – da komme ich auf das zurück, was gesagt wurde –, ist letzten Endes seine Verantwortung und seine politische Entscheidung. Ich kann mir schwer vorstellen, daß es eine Entscheidung gibt, bei der alle sagen werden, wunderbar, Gott sei Dank, und jetzt haben wir die glorreichste aller Lösungen gefunden, und nichts kann mehr geschehen. Aber nach aller Erfahrung, die wir in so komplizierten Straßenbauvorhaben besitzen – vor allem unsere Spitzenleute –, ist zu hoffen, daß es eine Lösung gibt, bei der eine größtmögliche Übereinstimmung gefunden wird. Ich glaube, daß das im Interesse aller Beteiligten liegt.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer über die Probleme des Straßenverkehrsbeitrages und dann der Herr Abgeordnete Prutsch über die Probleme des Straßen- und Schienenverkehrs gesprochen haben, dann sieht man eben auch, daß in einer Demokratie zum gleichen Thema sehr unterschiedliche Positionen möglich sind. Und daß der eine glaubt, man könnte gesetzlich eine Situation herbeiführen, die seinen Vorstellungen entspricht, und der andere meint, man könnte eine herbeiführen, die seinen Vorstellungen entspricht. So ist es durchaus legitim, und die zuständigen Leute werden Entscheidungen zu treffen haben. Ich glaube – und ich will mich hier gar nicht davon schleichen –, daß das, was der kürzlich frühverstorbenen, oftmals heiß angegriffene und bekämpfte Universitätsprofessor Dr. Josef Dorfwrith gesagt hat, viel für sich hat und daß in Wahrheit eine Volksabstimmung in einer Demokratie quasi mutatis mutandis in dem Maß erfolgt ist, daß der Individualverkehr einfach von den meisten Menschen unseres Landes als ein

Element auch ihrer eigenen Freiheit gesehen wird. Das muß man auch ganz offen sagen. Ich glaube, daß man auch in Diskussionen, in denen durchaus verständlicherweise und vernünftigerweise etwa der Anspruch für das öffentliche Verkehrsmittel gefordert wird, diesen Aspekt sehen muß und daß man auch in einem demokratischen Staatsgefüge gegen Vorstellungen der Bürger nicht permanent anrennen kann, wenn in der überwiegenden Mehrheit eine solche Position bezogen wird. Daß das für die Staatenlenker – etwas hochgestochen gesagt – und auch für die kleinen Leute wie wir in der Entscheidung große Probleme aufgibt, das steht außer jedem Zweifel.

Eines hat sich gezeigt, Herr Kollege Prutsch, daß die durchaus idealistischen, theoretisch richtigen Vorstellungen von Huckepackverkehr und ähnlichem bisher in einem höheren Maß nicht realisierbar waren. Was haben wir nicht alles probiert – auch miteinander? Ich kann mich gut erinnern, wie wir da unten vom Bahnhof – Sie waren dort der Bahnhofsvorstand – mit einer großen Gruppe – der Generaldirektor der ÖBB war dabei, und ich weiß nicht, wer noch, mein Amtsvorgänger – diese Fahrt nach Sankt Michael unternommen haben. Es hat alles sehr gut, sehr verheißungsvoll ausgesehen. Ich will nicht sagen, es ist nichts herausgekommen. Sagen wir, bis heute hat sich eine Chance der Realisierung nicht gezeigt. Trotzdem sage ich in Richtung des Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer: Deine Informationen stimmen, vor allem, was den Finanzminister anlangt – das hat mir in Hartberg auch der Bautenminister gesagt, der in dieser Frage durchaus unseren Standpunkt, sagen wir es ganz direkt, einnimmt –, und, ich will da kein falsches Mitleid mimen, aber ich kann mir vorstellen, daß der Finanzminister natürlich auch sagt, bitte schön, in der Zeit – da gibt es ja einige Formeln, die ich nicht verwende, aber die sozusagen zum offiziellen Diktum geworden sind, nämlich diese durchaus eben nicht leichten Zeiten – wird der Fiskus in eine Situation versetzt, die mit unserer nicht gleichzusetzen ist. Ich sage das möglichst so, daß wir nicht der Gehässigkeit geziehen werden könnten.

Was der Herr Abgeordnete Pinegger noch bezüglich seines Dankverses gesagt hat – das hat fast hymnischen Charakter gehabt; es liegt ein wenig im Wesen dieses sympathischen Menschen, der, das muß ich ehrlich und ohne jeden Zynismus sagen, vieles einfach mit seiner Herzhaftigkeit sehr viel optimistischer und positiver sieht und auch darstellt als andere –, ist erfreulich. Die Grenze, an die wir alle immer wieder bei der Bewältigung von Problemen stoßen, zeigt sich aber gerade in diesem Bezirk auch mit einer großen Intensität.

Zum Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura drei Punkte: Pölmühle: Ich habe Ihnen gesagt, daß ich an einer raschen Lösung interessiert bin. Treglwang: Hier gibt es bekanntlich schwierigste Grundverhandlungen. Die Grundbuchsrichtigstellung am Stainzbach liegt in der ABB, sagen Sie mir, ich werde mich darum kümmern. Die Wurzelraumsorgung läuft bei uns gut. Ich habe als stellvertretender Vorsitzender des Wasserwirtschaftsfonds bewirken können, daß die Pflanzenkläranlage Blumau als Versuchsanlage – der Herr Vorsitzende Landeshauptmannstellvertreter Frühbauer hat mich dabei sehr unterstützt – aufgenommen wurde. Man sagt offiziell, solange keine gesicherten wissen-

schaftlichen Ergebnisse vorliegen, gibt es kein weiteres Projekt. Gebe es Gott, daß diese gesicherten wissenschaftlichen Ergebnisse bald vorliegen, dann wären wir vieler Sorgen entledigt. Denn – da bin ich ganz Ihrer Meinung –, wenn das eine Lösung ist, dann ersparen wir uns Hunderte Millionen Schilling, und deshalb habe ich auch Weinitzen und Riegersburg aus Landesmitteln gefördert, damit da keine Lücke entsteht, sondern daß wir sozusagen nahtlos diese Versuchsreihe auch fortsetzen können.

Meine Damen und Herren, ein letztes und abschließendes Wort – und ich bleibe damit, Gott sei Dank, weit unter der Vorjahreszeit:

Es ist in der Gruppe 5 auch viel zum Umweltschutz gesagt worden. Ich möchte nicht versäumen, ohne falschen Stolz zu sagen, daß uns das mit Mellach und ÖDK III gelungen ist – und ich sage das in dieser ruhigen Atmosphäre –, war wirklich in erster Linie die Leistung einiger mutiger, zukunftsorientierter junger Wissenschaftler. Das war der Herr Dozent Raggam, den ich zufällig auch gut kenne und sehr schätze, von dem viele sagen, mein Gott, was hat der für Vorstellungen, und sind das nicht Utopien, und der zu mir gekommen ist und gesagt hat: „Du, ich weiß, daß die 90prozentige Entschwefelung möglich ist.“

Ich nenne keine weiteren Namen von Wissenschaftlern, die mir mit ebensolcher Intensität gesagt haben, daß das nicht geht, und die das sicherlich nicht aus Gründen eines kommerziellen Interessensstandpunktes getan haben, sondern auch aus Überzeugung, weil halt einfach auch in der Wissenschaft der eine manchesmal weiter voran ist als der andere. Und es hat sich der Landesenergiebeauftragte, der in den letzten Wochen viele Prügel zu Unrecht bezogen hat – ich sage es ganz ruhig, weil ich es sehr unfein und unfair finde – ganz ehrlich –, wenn sich ein Mensch zur Verfügung stellt, zwei Jahre vorher den Generaldirektorposten aufgibt – das ist ja nicht überall so – wirklich mit seinem enormen Fachwissen zur Verfügung stellt. Wie schwierig war das in der Auseinandersetzung mit ÖDK III, und das war keine parteipolitische – das sage ich auch mit aller Deutlichkeit, auch, wenn der Herr Abgeordnete Halper nicht da ist –, sondern wir haben da einfach für die bessere Sache gekämpft, und es ist gar kein Zweifel, daß uns das nicht gelungen wäre, hätten wir vorher Mellach nicht durchgestanden gehabt und hätten wir dieses Beispiel nicht gehabt. Nun wissen wir alle, die wir mit den Problemen befaßt sind, daß damit das Umweltschutzproblem auch der Luftverunreinigung allein nicht lösbar ist. Das sind die wenigen Knöpfe, an denen man drehen kann, um bei diesen Großverschmutzern wirklich einiges zu bewirken. Aber, meine Damen und Herren – und ich habe das immer wieder gesagt –, Sie wissen alle ganz genau, 67 Prozent aller Stickoxyde in Österreich kommen aus dem Kfz-Verkehr, und in Graz kommt der überwiegende Anteil an Staub und Schwefeldioxyd aus dem Hausbrand. Wenn es uns nicht gelingt, diese auf Hunderttausende Einzelverschmutzer verteilte Problematik in den Griff zu bekommen, dann haben wir zwar mit Mellach, ÖDK III und dem gesamten Programm einiges bewirkt, aber das Problem haben wir nicht gelöst.

Dasselbe gilt auch für den sauren Regen, wo ich eher wirklich auch der Auffassung des Herrn Abgeordneten

Brandl zuneige, der im übrigen die Dinge aus seiner eigenen Berufserfahrung ganz genau kennt, und sage, das ist eine ernste Situation, selbstverständlich, aber durch Dramatisieren bringen wir dann die Lösung auch nicht. Kümmern wir uns darum, und wissen wir, daß es bei uns immerhin 9,5 Prozent der Gesamtwaldfläche in der Steiermark sind, die von Immissionen beeinflusst sind, und rund 3 Prozent der Gesamtwaldfläche, die auf Grund der Untersuchungen wirkliche Schäden aufweisen. Auch da, bitte schön, ist die Wissenschaft völlig unterschiedlicher Meinung. Es gibt einige Fragen, in denen man sich einig ist: Das ist die Gesamtsituation, die ich früher angeführt habe, die sicherlich ihre Rolle spielt. Da spielt ein eminent internationaler Anteil vor allem aus den Oststaaten eine gräßliche Rolle. Das ist auch evident. Fahre man in den Böhmerwald – ich habe mit Leuten gesprochen, die das im Detail tagelang abgegangen sind und die tief erschüttert heimgekehrt sind. Gehen wir die Sache wirklich sozusagen in der ganzen Breite der Problemstellung an! Daher ist dieser Smogalarmplan, den wir beschlossen haben, eine weitere Vorkehrung in dieser Richtung. Dies ist auch die Novellierung des Steiermärkischen Ölfeuerungs-gesetzes, das wir in das Begutachtungsverfahren geben könnten, weil wir soweit sind. Wenn es der Bundesregierung gelingt, die Mineralölindustrie, so wie wir sie als Landeshauptmänner jetzt wieder aufgefordert haben, zu bewegen, den Schwefelgehalt von Heizöl schwer auf ein Prozent herabzusetzen, dann wäre sicherlich wieder ein großer Schritt in diese Richtung getan. Das gilt für viele, viele andere Maßnahmen. Ich sage ganz offen, schauen wir den Dingen ins Auge. Sie sind schlimm genug. Gehen wir sie entschieden an, es wird nicht allzuviel damit getan sein, daß der eine sich auf den anderen ausredet. Auch in diesen Fragen kommen wir sicherlich besser voran, wenn wir miteinander die Lösung der Probleme anpacken.

Ich darf abschließen, und wie das immer gewesen ist und wie es sich auch geziemt, bedanke ich mich als zuständiger Referent bei den Herren, die hohe Verantwortung in diesem Land und in unseren Abteilungen getragen haben und per 31. Dezember in den zeitlichen Ruhestand treten. Das ist der Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Dr. Lothar Bernhard, der Leiter des Referates für wasserwirtschaftliche Rahmenplanung. Ein leidenschaftlicher, wissenschaftlicher Kopf, der in diesen Fragen sehr vieles im Land bewirkt hat und dem ich aufrichtig und sehr herzlich für dieses Engagement danken möchte. Ich nehme an, daß er sich heute auch auf den Zuschauerrängen befindet. Weiters danke ich Herrn Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Alfred Matteweber, dem Leiter der Baubezirksleitung Graz, den ich erst vor einigen Tagen bei einer Veranstaltung des Klubs der Alten Meister, den gibt es seit 20 Jahren, Europameister, Olympiameister – unglaublich, ich habe einen 87jährigen ausgezeichnet –, getroffen habe und bei dem ich zum Beispiel nie gewußt habe, daß er ein Beinamputierter ist, weil er immer in einer männlichen und sportlichen Haltung dieses Gebrechen oder dieses Leiden, das er vom Krieg mitbekommen hat, in einer eindrucksvollen Weise überwunden hat und der auch sonst zu den getreuen und tüchtigen Männern der Bauverwaltung gehört. Dasselbe gilt für Herrn Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Johann Preindl, der in den letzten Jahren in der Kontrollabteilung und vor allem im

Landesrechnungshof sehr einfühlsam in diesen schwierigen Fragen gerade auch der Kontrolle des Baugeschehens unseres Landes wirksam gewesen ist. Ich möchte mich bei Ihnen sehr herzlich und aufrichtig bedanken, bei allen, die mit Ihnen in die Pension gehen.

Es sind auch zwei Männer im Laufe dieses Jahres in Ausübung ihres Dienstes Opfer von Unfällen geworden. Der Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Franz Amtmann, der der Vorstand der Baubezirksleitung in Hartberg gewesen ist und heuer in Pension gehen wollte, vorzeitig, ist anlässlich einer Erhebung in Kaindorf auf der B 54 im April dieses Jahres von einem Pkw niedergestoßen und tödlich verletzt worden. Der Fahrer des Streufahrzeuges der Baubezirksleitung Bruck/Mur, Anton Dietl, wurde am 12. Dezember auf der Schoberpaß-Bundesstraße bei einem Abbiegemanöver von einem nachkommenden Sattelschlepper gerammt und tödlich getroffen. Menschen, die sich für uns und für dieses Land eingesetzt haben, im wahrsten Sinne des Wortes auch mit ihrem Leben, denen ich meinen Respekt erweise, gute Leute! Danke schön! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 6 liegt nicht mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Schrammel: Frau Präsident!

Ich verzichte auf das Schlußwort und ersuche noch einmal um Annahme der Ansätze für die Budgetgruppe 6.

Präsident Klasnic: Ich schreite nun zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die mit den Posten und Ansätzen der Gruppe 6 einverstanden sind, um ein Handzeichen.

Die Gruppe 6 ist einstimmig angenommen.

Ich unterbreche nun die Sitzung, diese wird morgen mit dem Beginn um 9.00 Uhr fortgesetzt. (Unterbrechung um 22.55 Uhr).

Präsident Feldgrill: Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf (Wiederaufnahme der Sitzung: 16. Dezember 1983, 9.00 Uhr) und kommen nun zur Gruppe 7 „Wirtschaftsförderung“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Verehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Gruppe 7 „Wirtschaftsförderung“ umfaßt die Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft mit den Unterabschnitten Land- und forstwirtschaftlicher Wegebau, Land- und forstwirtschaftlicher Wasserbau, Strukturverbesserung, Elektrifizierungen, Besitzfestigungen und sonstige Maßnahmen. Dazu kommt die sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft, dazu gehören land- und forstwirtschaftliche Interessensvertretung, Bildung und Beratung, Produktionsförderung, Jagd und Fischerei, dann sonstige Einrichtungen und Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft. Für die Landwirtschaft sind Einnahmen in der Höhe von 9.570.000 Schilling vorgesehen und Ausgaben in der Höhe von 259.448.000 Schilling.

Ein weiterer Abschnitt ist die Förderung der Energiewirtschaft mit sonstigen Energieträgern, dann die Förderung des Fremdenverkehrs, und zwar die Einrichtungen zur Förderung des Fremdenverkehrs und die Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs. Einnahmen sind vorgesehen in der Höhe von 47,103.000 Schilling und Ausgaben für den Fremdenverkehr 101,253.000 Schilling.

Sodann kommt das Kapitel Förderung Handel, Gewerbe und Industrie mit den Unterabschnitten Einrichtungen zur Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie, Bildung und Beratung, wirtschaftliche Maßnahmen. Für diesen Bereich sind vorgesehen 44,015.000 Schilling, Ausgaben 74,140.000 Schilling; für die gesamte Gruppe 7 Einnahmen in der Höhe von 126,176.000 Schilling und Ausgaben von 533,046.000 Schilling. Ich bitte Sie um Annahme dieser Gruppe.

Präsident Feldgrill: Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen, und zwar als ersten Teil in die Wirtschaftsförderung, als zweiten Teil in den Fremdenverkehr und als dritten Teil in die Landwirtschaft und nach Behandlung dieser drei Teile über die Gruppe 7 gesamt abstimmen zu lassen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Bevor ich die Debatte über den ersten Teil (Wirtschaftsförderung) eröffne, gebe ich dem Hohen Haus bekannt, daß der Landwirtschafts-Ausschuß gestern, den 15. Dezember 1983, die beiden Regierungsvorlagen, Einl.-Zahl 428/1, betreffend die Wiederverlautbarung des Steiermärkischen Grundverkehrsgesetzes – StGVG 1983, und Einl.-Zahl 429/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark (grüner Bericht), beraten und hierüber beschlossen hat und nunmehr dem Hohen Haus antragstellend berichten kann.

Ich schlage vor, diese beiden Geschäftsstücke vor Eingehen in den Teil „Landwirtschaft“ der Gruppe 7 des Landesvoranschlages 1984 zu beraten und hierüber zu beschließen.

Gemäß Paragraph 27 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist hierfür die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nunmehr eröffne ich die Debatte über den ersten Teil der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser, dem ich das Wort erteile:

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche einen schönen guten Morgen!

Zum Kapitel Wirtschaftsförderung für Handel und Industrie haben wir gerade gehört, daß 74 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt präliminiert sind. Wir haben aber für Wirtschaftsförderung insgesamt

auch mit dem außerordentlichen Haushalt zusammen 523 Millionen Schilling, und das ist eine höchst erfreuliche Summe und hat diese gegenüber dem Vorjahr um 20,8 Prozent zugenommen. Für den Baubereich allein liegt die Zunahme bei 8 Prozent. Aber eine Post stimmt mich in diesem Kapitel etwas traurig: Das ist die Post für das Wirtschaftsförderungsinstitut, die wieder der planmäßigen Kürzung zum Opfer gefallen ist und mit 1,107.000 Schilling präliminiert wurde. Das ist eigentlich sehr schade, weil es gerade diese Institution trifft, die eigentlich im Sinne einer modernen Wirtschaftsförderung arbeitet, nämlich gerade auf dem Gebiet der EDV beste Schulungsarbeit leistet. Ich hoffe aber, daß das im Laufe des Jahres in irgendeiner Form repariert werden kann.

Nun zur Situation der steirischen Wirtschaft. Österreichweite Umfragen bei Unternehmen haben ergeben, daß eine gewisse Belebung zu erkennen ist. In der Steiermark sind derzeit im Handel und im Gewerbe diese Belebungstendenzen ebenfalls festzustellen, die sich aber wahrscheinlich auf die angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1984 zurückführen lassen. Von vielen Betrieben wird in diesem Zusammenhang aber auf das Fehlen von Anschlußarbeiten hingewiesen. Hier vor allen Dingen im Bau, der ja, bedingt durch das schöne Wetter, bis jetzt wirklich begünstigt war. Das mit den Anschlußarbeiten ist – wie gesagt – ein sehr großes Problem. Einzelne Gewerbe sind sehr gut beschäftigt. Dazu zählt auch mein Gewerbe – ich freue mich –: das sind die Tischler. Wir haben bei den übrigen Industrien in Österreich, bei Papier und Zellulose, eine für die übriggebliebenen Betriebe gute Beschäftigung. Die neugegründete Grazer Papierfabrik, die ehemalige Arland, hat mit vermindertem Beschäftigtenstand mittlerweile die Produktion wieder aufgenommen. Beim Werk Niklasdorf scheint sich doch eine Lösung durch den Einstieg des Industriellen Prinzhorn zu ergeben. Allerdings wird es auch dort reduzierte Mitarbeiterzahlen geben.

Die Glasindustrie – da ist auch in den Zeitungen alles voll – ist eigentlich beschäftigt, nur Stölzle soll stillgelegt werden. Hier versucht nun die Belegschaft, mit einer alternativen Produktionspalette den Betrieb zu retten. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Versuch von Erfolg gekrönt wäre.

In der Schwerindustrie ist die Situation unverändert. Während bei den meisten Betrieben die Auftragslage als einigermaßen zufriedenstellend bezeichnet wird, sind die Auftragseingänge bei Kapfenberg von VEW neuerlich rückläufig.

Die Betriebe der Metallbe- und -verarbeitung sind unterschiedlich, aber eigentlich auch ausreichend beschäftigt.

Bei der Bauwirtschaft habe ich schon gesagt, daß es bei den Ersatzarbeiten für die nächste Zeit schlecht aussieht.

Nun zur Beschäftigungssituation in der Steiermark:

Wir haben in der Steiermark im Jahre 1982 383.800 Beschäftigte gehabt, mit einer Arbeitslosenzahl von 4,4 Prozent, und sind heuer im November bei einer Arbeitslosenzahl von 5,4 Prozent. Das ist eine erschreckend hohe Zahl. Vor allen Dingen bewegen sich die Arbeitslosenzahlen in den Grenzlandbezirken schon auf über 9 Prozent. Erschreckend ist auch, wenn man

die Zahlen in der gewerblichen Wirtschaft anschaut, daß von 1982 auf 1983 ein Rückgang von 10.143 Personen festzustellen ist, nämlich von 254.298 auf 244.155. Das ist im Bereich der gewerblichen Wirtschaft ein Minus von 4 Prozent.

Tragisch entwickeln sich auch die Zahlen der Insolvenzen: Wir haben gesamtösterreichisch bis November 3218 Insolvenzen. Das ist eine Zunahme von 25 Prozent. Hier ist besonders zu vermerken, daß sich die abgewiesenen Konkursanträge, nämlich die, die mangels Masse abgewiesen werden mußten, wieder furchtbar erhöht haben, und zwar von 1025 auf 1729. Das ist ein Plus von 68 Prozent, also mehr als zwei Drittel. Wenn man hier den Monat November nimmt, beträgt hier der Zuwachs sogar fast das Dreifache, nämlich 288 Prozent. Es zeigt sich hier, daß die Betriebe versuchen, jetzt noch – November, Dezember – die letzten Wochen zu übertauchen, weil im nächsten Jahr das neue Insolvenzrecht Geltung hat. Dann ist zu befürchten, daß eine neue Welle von Insolvenzen kommen wird. Bezeichnend ist auch, daß bei vielen Insolvenzen der letztendliche Ausschlag für den Konkurs oder für den Ausgleich die hohen Arbeiterabfertigungssummen sind, die die Betriebe, welche in Schwierigkeiten sind, wenn sie nun reduzieren müssen, in weitere Schwierigkeiten bringen. Da sollte man auch bedenken, wenn man über Arbeiterabfertigungen spricht, daß gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Betriebe durch die Arbeiterabfertigung den letzten Tpf bekommen, so daß sie dann ganz untergehen.

Über die Weltwirtschaft wurde hier auch schon sehr viel gesprochen. Es ist sicherlich richtig, daß es erfreuliche Auftriebstendenzen gibt und daß man für das nächste Jahr bei der OECD 3,3 Prozent Wachstum erwartet. Interessant dabei ist, daß an der Spitze dieser Länder zuerst einmal bekannterweise die USA stehen. Es folgen dann Länder wie Thailand, Taiwan, Südkorea, Schweiz, Hongkong, Japan, Kanada, Großbritannien, Norwegen, Finnland und die Bundesrepublik Deutschland. Das sind im wesentlichen eigentlich alles Staaten, die der Marktwirtschaft den Vorrang geben. Und am unteren Ende der Skala für das Wirtschaftsklima – das ist auch sehr interessant – befinden sich nicht nur Länder wie Brasilien und Venezuela, die ja in den Zeitungen auf Grund ihres wirtschaftlichen Staatsbankrottes bekannt sind, sondern auch Frankreich, Griechenland und Österreich, für das ja nur ein Wachstum von 0,5 Prozent prognostiziert wird. Wenn man hier schaut, ist das eigentlich auch bezeichnend, daß das Länder mit sozialistischer Regierung sind.

Es wäre nun einiges meiner Meinung nach für die Wirtschaft, für das wirtschaftliche Klima, zu tun. Denn wir sollten auch in Österreich und in der Steiermark die positiven Tendenzen, die sich nun aus der Weltwirtschaft ergeben, nutzen. Bisher wurde ja immer wieder gesagt, daß die schlechte wirtschaftliche Situation in Österreich auf die Weltwirtschaftslage zurückzuführen ist. Wenn nun hier ein Auftrieb da ist, sollten wir trachten, diesen Auftrieb auch zu nutzen. Hier wäre meiner Meinung nach die Stärkung der Eigenkapitalien in den einzelnen Betrieben oder in allen Betrieben Österreichs notwendig. Denn es gibt ja schon alarmierende Zahlen. Die Eigenkapitalsquote der Industrie-Aktiengesellschaften hat sich im vergangenen Jahr-

zehnt in Österreich halbiert und liegt derzeit nur mehr bei 16,5 Prozent. Bei den Einzelbetrieben des Gewerbes liegt diese Quote noch niedriger und ist teilweise auf 10 bis 12 Prozent abgesunken. Und die Cash-flow-Quote der österreichischen Industrie, die für die Neuananschaffung von Gütern notwendig ist, sinkt ebenfalls ständig und wird heuer einen Tiefstand erreichen. Sie liegt nur mehr bei 17 Prozent gegenüber 29 Prozent im Jahre 1970.

In der Wirtschaftspolitik sind unbedingt Kapitalimpulse notwendig, denn es wird ja auch in der Zukunft unbedingt notwendig sein – und das wurde hier schon von sehr vielen Rednern gesagt –, daß wir Innovationen und neue Technologien fördern müssen.

Zur verstaatlichten Industrie und zum Marketing in der verstaatlichten Industrie möchte ich auch einiges sagen:

Die österreichische Wirtschaft leidet darunter, daß wir zwar gute Techniker haben, aber die kommerzielle Verwertung österreichischer Erfindungen und Entwicklungen nicht so gut ist und im argen liegt. Das Schicksal der Firma Eumig ist dafür ein beredtes Beispiel. Auch in der verstaatlichten Industrie finden sich genügend solcher Beispiele, daß technisch hochwertige Produkte deshalb nicht abgesetzt werden können, weil die Beziehungen zum Markt und zum Kunden fehlen, zum Beispiel die Verwaltung von VEW in Wien und die Erzeugung anderswo. Zu lange Lieferzeiten in diesen Industriebetrieben zwingen die Kunden dieser Firmen oft, anderweitig einzukaufen. Mir hat erst unlängst ein Schlossermeister gesagt, der Blech wollte, daß er es bei der Verstaatlichten kaufen wollte, es war aber irgendein Spezialprodukt, und er hätte acht Wochen warten müssen. Inzwischen hat er es aus Italien sofort bekommen. So eine Marketingarbeit kann natürlich nicht verkaufsfördernd sein.

Weiters wäre auch der Vorschlag des Booz-Allen-Gutachtens, daß die VEW ihre spezialisierten Tochterunternehmen ausgliedern und als Einzelunternehmen führen sollte, schon längst möglich gewesen. Es hat sich dieses in den USA und auch in Deutschland bewährt, nur bei uns wurde das bis jetzt verschlafen. Die Deutsche Stahlindustrie leidet ja darunter, daß diese Fusionierungsverhandlungen nicht funktionieren. In Österreich wurde aber dieses Problem schon vor 15 Jahren in Zeiten der ÖVP-Alleinregierung realisiert, nur wurden die tatsächlichen Schlußfolgerungen daraus noch immer nicht durchgeführt. Und dafür trägt die sozialistische Regierung allein die Verantwortung.

Ich möchte aber auch nicht vergessen, auf positive Entwicklungen hinzuweisen, die es auch im verstaatlichten Bereich gibt. Man soll nicht nur schwarzmalen. (Abg. Prensberger: „Das Positive sind für euch die ÖVP-Direktoren!“) Aber schau, das ist doch ein Blödsinn mit den ÖVP-Direktoren. Auf einmal wurden die ÖVP-Direktoren entdeckt. Der ÖVP-Direktor und auch der SPÖ-Direktor können dort nur eines tun, nämlich das, was der Eigentümer verlangt. (Landesrat Dr. Heindinger: „Ist der Apfalter ein ÖVPLer?“) Wenn er ein wunderbares Programm hat und der Eigentümer sagt nein, dann kann der Herr Direktor, ob er schwarz, rot, blau oder grün ist, leider nichts machen. So einfach ist das. Wenn man immer wieder liest, 70 oder 80 Prozent der Direktoren sind angeblich ÖVP-Angehörige – ich würde mich freuen, wenn es so wäre (Abg. Prensber-

ger: „Das ist so!“) –, aber ihnen die Schuld hinzuschieben, das ist ein Unsinn. (Abg. Dr. Maitz: „Der Kreisky hat bestimmt, was geschieht!“)

Als positiv möchte ich das Elektronikwerk AMI in Unterpremstätten hinstellen. Allerdings hat man dort ausländisches Know-how. Es müßte viel mehr inländisches Know-how noch dazukommen. Die Batterieproduktion in Müzzuschlag ist auch ein ausgesprochen gutes Beispiel sowie die Allrad-Pkw-Cooperation bei Puch mit ausländischen Firmen, wo österreichisches Know-how dabei ist. Und es ist – glaube ich – auch das Siemens-Forschungszentrum in Graz, wo etliche höchst qualifizierte Leute arbeiten, ein gutes Beispiel und ein Zeichen dafür, daß wir Österreicher sehr wohl in der Lage sind, kreativ und innovativ – wie die schönen neuen Modewörter heißen – zu arbeiten.

Hier nun einige Anregungen aus der Diskussion heraus, wo einzelne Kollegen gemeint haben, daß mehr Innovationspolitik betrieben werden muß: Das hat hier der Abgeordnete Kohlhammer behauptet und auf seine Firma hingewiesen. Ich unterstreiche das, er stellt die Forderung dazu auf, der Staat soll das fördern. Ich möchte dazu sagen: ja, indem er das Risiko derjenigen belohnt, die dieses große Risiko einer Neuentwicklung von neuen Produkten auf sich nehmen. Auch vom Abgeordneten Dr. Schilcher haben wir gehört, daß die Forschungsanträge an der Universität nur zu 50 Prozent genützt werden, weil man einfach nicht durchkommt. Hier sehe ich auch eine große Gefahr, wenn innovationsfreudige Menschen nicht in der Lage sind, ihre Innovationen auszuüben, weil eben der Staat das Geld nicht zur Verfügung stellt. Hier wäre staatliches Geld sinnvoll angewendet und wäre dezentrale Innovation sicher gut.

Es paßt nicht ganz her, aber der Herr Landesrat Prof. Jungwirth hat im Zusammenhang mit der Schuld Diskussion die Abschaffung, den Abbau des Zentralismus verlangt, und ich meine, das gilt auch für die Wirtschaft. Man sollte vielmehr zu den kleinen Einheiten zurückgehen. Der Herr Abgeordnete Rainer hat auch gemeint, daß man mit solchen innovativen Betrieben und mit neuen Betrieben in die Grenzlandregionen gehen soll. Und man soll ein Grenzlandbüro errichten. Ich möchte dazu sagen, wir haben hier schon unsere Institutionen. Wir haben die Handelskammer, wir haben das Wirtschaftsförderungsinstitut, wir haben den Verein für praktische Betriebsberatung, die in diese Richtung hin innovationsberatend und überhaupt bei Neugründungen von Betrieben und bei Schwierigkeiten immer wieder beratend eintreten. Ich möchte darauf hinweisen, daß, wenn man zwei- oder mehrgleisig bei solchen Dingen fährt, dies nicht unbedingt das beste sein muß. Es hat auch der WIFO-Chef Helmut Kramer in der letzten Zeit vor dem CA-Forum in Wien seine Meinung über die Innovation geäußert. Er meinte, daß es gilt, Schwachstellen in der marktgerechten Produktionsentwicklung und in der Umsetzung von Forschungsergebnissen im Marketing einschließlich der prospektiven Markterkundung und in der Finanzierung auszumerzen.

Hier einige Vorschläge, wie wir das in der Steiermark machen könnten: Wir haben in der Steiermark drei Hochschulen und die kooperativen Forschungsinstitute des Landes. Uns fehlt aber so wie in den USA die so erfolgreich praktizierte Verbindung zwischen Hoch-

schulen, zwischen Wagnisfinanzierung und unternehmerischer Verwertung von Erfindungen. Es gibt in der Steiermark sicher genügend Groß- und Kleinbetriebe, die hier schon bahnbrechend tätig sind. Ich werde auch einige nennen, aber es ist erst ein Anfang. Und wenn wir uns Japan ansehen, das seine Wirtschaftspolitik vollständig darauf ausgerichtet hat, daß die neuen Technologien gefördert werden sollen. Betriebe mit neuen Technologien, dann Betriebe, die sich mit Alternativenergie befassen. Sie wollen zu diesem Zweck Technologiezentren mit regionaler Förderung schaffen. So könnten wir uns von diesem Konzept, das die Japaner schon seit Jahrzehnten erfolgreich durchziehen, einiges abschneiden.

Auch zu den Wissenschaften bei uns, zur Meinung vom Abgeordneten Dr. Schilcher, daß hier die Leute bereit sind, muß man aber noch einiges sagen. Ich habe es schon erwähnt, aber ich möchte es trotzdem wiederholen, daß sich in Deutschland gezeigt hat, daß Wissenschaftler, die in den USA auf einer Universität tätig waren, gelernt haben, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu arbeiten, und wenn sie nach Deutschland zurückgekommen sind, eindeutig bessere Ergebnisse erzielten, weil sie viel praxisnäher gearbeitet haben. Bezogen auf diese Praxisnähe sollte man die Ansätze und den Willen sowohl auf seiten der Universität als auch auf seiten der Wirtschaft hier in der Steiermark fördern. Wir haben schon die Technova im Rahmen des steirischen Wirtschaftsförderungsinstitutes, das sich mit diesem Problem sehr befaßt, und es haben hier schon einige Betriebe Erfolge erzielt. Es hat zum Beispiel die Firma Paar Meßgeräte erzeugt. Sie hat sich vorgenommen, daß bei jeder Neuentwicklung irgend etwas dabei sein muß, was es auf dieser Welt noch nicht gibt; entweder die Maßgenauigkeit oder das Meßmedium oder was immer es ist. Es hat sich auf diese Art und Weise in Zusammenarbeit mit der Hochschule der Mitarbeiterstand innerhalb von fünf Jahren mehr als verdoppelt, nämlich von 52 auf 110. Auch der wirtschaftliche Erfolg dieses Unternehmens ist ein guter, und die Exportquote ist dabei auf fast 90 Prozent gestiegen.

Man könnte hier die Zahl dieser Betriebe sehr weit fortsetzen, aber die Zeit drängt, und ich möchte noch auf ein anderes wichtiges Thema hinweisen, das ist das Wirtschaftsklima. Die Betriebe bemühen sich wirklich überall. Es ist jetzt mein altes Lied, ich möchte es aber trotzdem wiederholen: Die bürokratischen Klimaver-schlechterungen, die wir ständig haben, führen oft dazu, daß die Betriebe verzweifeln oder überhaupt nicht mehr bereit und in der Lage sind oder auch nicht mehr wollen, irgend etwas zu tun. Dazu gehören die komplizierte Lohnverrechnung, die schleppende Erledigung von Anfragen und Verfahren bei Behörden, die Fülle von Rechtsnormen, die wir haben. Wenn man sich mit der Önorm beschäftigt, braucht man fast schon einen Akademiker dazu. Komplizierte Genehmigungsverfahren bei Überstunden beim Arbeitsinspektorat, bei der Gebietskrankenkasse die bürokratische Vorgangsweise, wenn einer zum Beispiel seine Ehegattin als Mitarbeiterin anmelden will; die Kompliziertheit der Steuervorschriften. Ich habe hier eine Statistik, eine Graphik, über die Entwicklung des Beamtenstandes in Österreich: Dieser hat sich von 1973 bis 1983 – also innerhalb von elf Jahren – von 503.000 auf

580.000 erhöht, das sind plus 77.000, das sind alle Jahre 7000 oder 15,3 Prozent, während sich hingegen in derselben Zeit die Industriearbeiter von 676.000 auf 564.000, das ist ein Minus von 110.000, verringert haben. In Prozenten ausgedrückt sind das minus 16 Prozent, und das sind alle Jahre im Schnitt 15.000. So, meine Damen und Herren, werden wir die wirtschaftliche Herausforderung der neunziger Jahre und des Jahres 2000 nicht meistern. Ich möchte aber hier nicht den Beamten die Schuld geben, denn die neuen Gesetze sind es, die diese Beamten brauchen, und diese neuen Gesetze, bitte schön, die beschließen wir Politiker, in Wien im Nationalrat, wir hier im Landtag und so weiter.

Ein paar Zahlen dazu:

Veröffentlichungen im Bundesgesetzblatt – von 1945 bis 1970, also in 25 Jahren, waren es 8053, und von 1971 bis 1982, in elf Jahren, waren es 8312. Also in Zeiten der sozialistischen Regierung waren in elf Jahren mehr als vorher in 25 Jahren. (Abg. Sponer: „Das ist ein gutes Zeichen!“) Ich habe mir das jetzt ausgerechnet: Bitte schön, das sind pro Woche 12,3 Gesetze, pro Arbeitstag mehr als zwei Gesetze. Und da soll sich jeder Mensch, der in der Wirtschaft tätig ist, Unternehmer wie Mitarbeiter, dabei auskennen und soll nicht einmal einen Fehler machen. Macht er dann einen Fehler, zack, hat man ihn, und es wird ihm etwas hinaufgetipelt, denn Unkenntnis des Gesetzes schützt nicht vor Strafe. (Abg. Sponer: „Aber Kollege Stoisser, die sind ja nicht alle für die Wirtschaft!“) Hier sollten wir in uns gehen und den Gesetzesfluß mindern und Gesetze, die nicht notwendig sind, auch weggeben. (Beifall bei der ÖVP.)

Und jetzt zur Finanz, mit der ein Unternehmer ständig zu tun hat, der Ein-Mann-Betrieb genauso wie der größte Industriebetrieb: Hier haben wir von 1971 bis zum 6. Dezember 1983 – also sagen wir in zwölf Jahren – 4124 Veröffentlichungen im Amtsblatt. Das ist jeden Tag eine, oder sind, wenn ich die Arbeitstage nehme, in drei Arbeitstagen vier Veröffentlichungen, die in irgendeiner Weise die Einhebung, die Form oder die Art der Steuern verändern. Bitte schön, wie soll sich da ein Handwerker oder ein kleiner Greißler auskennen! Hier meine ich, daß wir einiges machen sollten.

Die Arbeitnehmerschutzbestimmungen sind auch ein gewaltiges Kapitel, das immer wieder Probleme bringt. Ich kann Ihnen da ein Beispiel bringen: In einer Firma haben sie einen Feuerlöscher. Je nachdem, welcher Prüfer kommt, verlangt der eine, daß der Feuerlöscher innen aufgehängt werden muß, der andere Prüfer verlangt, daß der Feuerlöscher außen aufgehängt werden muß. Diese Firma hat sich damit beholfen, daß sie innen und außen einen Haken hat. Kommt der eine Kontrollor, wird der Feuerlöscher innen aufgehängt, kommt der andere Kontrollor, wird der Feuerlöscher außen aufgehängt. Solche Kindereien gibt es halt.

Zum Invalideneinstellungsgesetz: Da war jetzt ein Bericht in der Zeitung, daß sich körperbehinderte Jugendliche über dieses Gesetz beschwert haben. Ich möchte Ihnen hier einiges sagen: Sicherlich hat es der Gesetzgeber gut gemeint, wie er dieses Gesetz geschaffen hat. Nur, wenn Sie jetzt einen kleinen Betrieb nehmen: Dieser würde oft gerne einen Körperbehinderten aufnehmen. Aber nach diesem Gesetz

wird es dann ein geschützter Arbeitsplatz, und er kann ihn nicht mehr entlassen oder kündigen. Wenn nun wenig Arbeit ist, muß er unter Umständen einen Mitarbeiter, der dazu beiträgt, die Firma zu erhalten, weggeben und mit dem Körperbehinderten, der auf Grund seiner Behinderung nicht die volle Arbeitskraft haben kann, weiterarbeiten. Solche Dinge, meine ich, sollte man auch revidieren, denn dies ist sowohl im Interesse der Behinderten als auch im Interesse der Betriebe. Ich kann aus eigenem einen solchen Fall schildern, wo man Behinderte vom Arbeitsamt anbietet und sagt: „Nehmt diesen Mann auf, er wird keinen geschützten Arbeitsplatz bekommen.“ Ein halbes Jahr später bekommt man dann die Zuschrift, daß dieser Mann einen geschützten Arbeitsplatz hat und man ihn nicht mehr kündigen kann. Das Vertrauen zu den Ämtern wird damit sehr beeinträchtigt.

Der neueste Fall ist das Sonderabfallbeseitigungsgesetz, das im Sinne des Naturschutzes eine ganz dringende Sache ist. Aber, bitte schön, da passiert jetzt folgendes: Im Gesetz steht: „Wenn ein Gewerbebetrieb bei einem Gewerbebetrieb Abfälle wegführt, muß das registriert, abgewogen und darüber genau Buch geführt werden.“ Wenn nun Schnee geräumt wird, fällt das daher unter das Sondermüll-Abfallsgesetz und muß registriert werden. Es muß auch der Lieferant registriert werden. Ich weiß nicht, was man da dann hineinschreibt: Der liebe Gott? Petrus? Oder die Frau Holle? Ich würde hier schon bitten, daß man solche Absonderlichkeiten aus der Gesetzgebung wieder herausnimmt. Es gäbe hier eine Vielzahl solcher Dinge zu berichten, und ich meine, wir müßten unseren Unternehmern zeigen, daß wir als Verantwortliche in diesem Land für sie und für ihre Mitarbeiter da sind. Zum Schluß noch ein Kapitel, das die Steiermark betrifft: Das ist der Staatsvertrag zwischen Bund und Land, den wir, glaube ich, schon dringend brauchen und den andere Bundesländer schon haben. Hier geht es nur um die Formulierungsvorschläge für die Nebenabrede zu Paragraph 5 der verstaatlichten Industrie und des Entwurfes für eine Vereinbarung zwischen Bund und Land Steiermark, die unserer Meinung nach zu vage sind. Es wäre zu begrüßen, wenn sich der Bundeskanzler mit dem Land Steiermark in Verbindung setzen würde, daß wir endlich zu diesem Staatsvertrag kämen.

Ganz zum Schluß noch möchte ich dem Herrn Abgeordneten Trampusch antworten, der gestern eine tatsächliche Berichtigung gemacht hat. Ich habe die Zahlen des Voranschlages gegeben, er hat die Zahlen des Rechnungsabschlusses gegeben. (Abg. Brandl: „Der Bürgermeister muß das wissen!“) Ja, warte ein bißchen! Jetzt habe ich auch Zahlen vom Rechnungsabschluß da – so ist das ja nicht. (Abg. Brandl: „Das sind die richtigen Zahlen?“) Die richtigen! Ich meine, was der Herr Kollege Trampusch gesagt hat, stimmt, was ich gesagt habe, stimmt genauso, bitte schön. Ich will auch gar nicht hin- und herspielen, ich wollte nur sagen, daß diese Kosten für Bewirtung und so weiter so hochgespielt werden und überall im Land üblich sind. Es gibt eine Partnerschaft zwischen Wagna, Ronkj und noch einer jugoslawischen Stadt, und unter diesem Titel ist zum Beispiel im Jahr 1982 ein Betrag von 122.852,26 Schilling drinnen. (Abg. Premsberger: „Das kann man doch nicht hinnehmen! Das ist international!“) Das ist eine internationale Repräsentation, bitte

schön, genauso wie beim Land Steiermark, wo der Herr Landeshauptmann aufgezählt hat, welche Leute bewirtet werden. Das ist genau dasselbe! (Landesrat Heidinger: „Nein, wirklich nicht!“ – Abg. Preamberger: „Das ist ein Vertrag zwischen zwei Gemeinden!“) Ich mache hier keinen Vorwurf, ich stelle das fest. Im Gegenteil, ich freue mich, daß das stattfindet. Nur soll man das nicht so schamhaft auf die Seite schieben und sagen: „Wir sind so sparsam, wir brauchen 6 Groschen pro Einwohner.“ Weil das sind dann 20 Schilling. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich meine zu diesem Thema, daß man sich das gegenseitig nicht aufdividieren soll. Man soll sicher übertriebene Dinge wegbringen, aber ganz ohne Gastlichkeit wird es in keiner öffentlichen Körperschaft gehen – das gehört ja zur Höflichkeit –, und das mit Sparsamkeit, dann wird es passen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Preamberger: „Das wäre nie zur Sprache gekommen. Es wurde der Bund kritisiert, und so ist das weitergegangen!“) Aus diesem Grund wurde diese Antwort gegeben.

Abschließend möchte ich zur Wirtschaft sagen: Wenn wir die Zähne zusammenbeißen, optimistisch sind und das, was ich gesagt habe, ein bißchen beherzigen, werden wir diese Krise meistern. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Feldgrill: Es hat sich zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Trampusch gemeldet. Ich erteile ihm das Wort nach Paragraph 37, Höchstdauer fünf Minuten, bitte, und nachher spricht der Herr Präsident Ileschitz.

Abg. Trampusch: Herr Präsident! Hoher Landtag!

Zur Berichtigung: Hier wurde eine Städtefreundschaft angeführt und so hingestellt, als sei dies eine übliche Freundschaft zwischen Gemeinden, zwischen Völkern, und das ist sicher auch notwendig. Und ich muß nur zur Freundschaft, die angezogen wurde, etwas sagen. Es war im Ersten Weltkrieg die Stadt Ronchi bei Montfalcone ausgesiedelt anlässlich der Isonzoschlachten. 40.000 Personen haben ein Lager in Wagna gehabt, 2980 sind an einer Epidemie verstorben. Dann hat es einen italienischen Friedhof gegeben, und aus der Tatsache, daß dort auch nach dem Zweiten Weltkrieg immer Gedenkmessen gelesen wurden und Menschen noch immer diese Gedenkstätten besuchten, ist eine Städtefreundschaft entstanden. Und diese Städtefreundschaft, im Gedenken an diese unselige Zeit, an die 2980 Toten, halte ich für wichtig. Die Stadt Leibnitz hat eine Städtefreundschaft mit einer Weinstadt. Der Herr Abgeordnete kennt sie. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ist alles in Ordnung!“)

Gumpoldskirchen! Ich würde sagen, die Städtefreundschaft, die wir haben, die vertrete ich voll, und für diese Städtefreundschaft trete ich auch weiterhin mit allen Kosten ein. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Ing. Stoisser: „Es hat niemand etwas dagegen gesagt!“ – Abg. Dr. Maitz: „Das gilt überall!“)

Präsident Feldgrill: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Präsident Ileschitz. (Abg. Trampusch: „Man muß den Anlaß sehen!“ – Abg. Ing. Stoisser: „Ich habe nichts Negatives zur Städtefreundschaft gesagt, ich habe sie begrüßt!“ – Abg. Trampusch: „Ich

habe begründet, wieso wir sie haben!“ – Abg. Dr. Maitz: „Repräsentation muß eben sein!“ – Präsident Feldgrill: „Präsident Ileschitz ist am Wort!“)

Abg. Ileschitz: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Es ist kein Zufall, daß ich mich als erster Debattenredner meiner Fraktion zum Kapitel „Wirtschaft“ zu Wort gemeldet habe. In aller Bescheidenheit glaube ich aber, daß die Darstellung der Wirtschaftssituation aus der Sicht der Arbeitnehmer einige Anregungen für die Debatte geben kann. Zuerst also zum Grundsätzlichen. Wir alle wissen, daß die Steiermark wirtschaftlich im Bundesländerkonzert nur eine zweite Geige spielt. Für alle wirtschaftlichen Probleme treffen in unserem Land die schwierigsten zusammen. Die Probleme der alten Industriegebiete – hier vor allen Dingen die Mur- und Mürzfurche – werden uns gerade in der nächsten Zeit wieder sehr viele Problemlösungen geben, deren Lösungen wir wahrscheinlich miteinander anzustreben haben. Denn eine Seite wird wohl kaum dazu imstande sein, sondern nur Wirtschaft und Arbeitnehmer gemeinsam! Ich darf hier nicht verhehlen, daß in nächster Zeit ein Gutachten über die VEW, als einem unserer am schwersten betroffenen Betriebe, vorliegen wird, das als Gegengutachten zu jenem gedacht ist, das die Regierung beziehungsweise die ÖIAG und die VEW erstellen ließen. Es wird für uns eine sehr harte Zeit der Auseinandersetzungen und Verhandlungen für die Steiermark kommen. Weiters die Probleme der Grenzregionen und in letzter Zeit aber auch immer stärker die Probleme des wenig dynamischen Kernraumes Graz selbst. Ich erspare mir, hier wieder die Gründe zu untersuchen, die dazu geführt haben, daß die Krise gerade in unserem Land besonders heftig spürbar ist.

Nun einige Ziffern dazu. Die Arbeitslosenrate Ende November beträgt zirka 5,4 Prozent, das ist um 0,7 Prozentpunkte über dem österreichischen Durchschnitt. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen ist gegenüber dem Vorjahr um 1566 gestiegen. Das bedeutet, Hohes Haus, daß die Schallmauer von 20.000 Arbeitslosen nun bereits überschritten ist. Die Zahl der jugendlichen Beschäftigten zwischen 15 und 19 Jahren ist seit vorigem Jahr von 6,8 auf 7,2 Prozent gestiegen. Damit liegen wir bei dieser Gruppe um 1,3 Prozentpunkte über dem österreichischen Durchschnitt.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wir haben uns leider bereits daran gewöhnt, solche statistischen Werte nur als Zahlen zu sehen. Schlimm genug! Man muß sich aber wenigstens von Zeit zu Zeit verdeutlichen, welche menschlichen und sozialen Probleme hinter diesen Zahlen stehen. Ich will versuchen, dies wenigstens im Ansatz wieder mit einer Zahl klar zu machen. So haben bereits derzeit die Industriegebiete die höchsten Stellenandrangsziffern in der Steiermark. An der Spitze steht hier Bruck an der Mur. Das heißt, wenn sich ein Mensch ohne Arbeit in diesem Bezirk um eine Stelle bewirbt, stehen mindestens 30 andere in einer Schlange an und hoffen ebenfalls auf Arbeit. Nur einer aus dieser Gruppe kann jedoch die Stelle bekommen. Nebenbei bemerkt, die Stellenandrangquote liegt bei uns in der Steiermark bereits 80 Prozent über dem österreichischen Durchschnitt. Was das Schlimme dabei ist: Die leichte Erholung der Konjunktur – wie sie prognostiziert wird – wird sich für unser Land im

kommenden Jahr nicht auswirken, im Gegenteil: Die in nächster Zeit freigesetzten Arbeitskräfte haben kaum Chancen auf eine Unterbringung, nicht zuletzt auch auf Grund der technologischen Weiterentwicklung. Selbst das Auspendeln kann keine Strategie mehr sein, da die Zentralräume einfach nicht mehr aufnahmefähig sind.

Was können und müssen wir nun in der geschilderten Situation tun? Grundsätzlich ist zu sagen, und das werden einige von Ihnen gar nicht gerne hören wollen, daß sich die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit hauptsächlich auf den Bundeshaushalt abstützen. Die Einsatzfähigkeit dieses Haushaltes ist also für alle Arbeitnehmer ein vorrangiges Anliegen. Diese Einsatzfähigkeit ist dank der Maßnahmen der Bundesregierung ebenso vorhanden wie die zugehörigen wirtschaftspolitischen Strategien.

Für unseren eigenen steirischen Bereich möchte ich Ihnen nur einige Anregungen vorlegen, Anregungen, die uns helfen sollen, von einer eher passiven und abwartenden Wirtschaftspolitik des Landes zu einer aktiven Haltung zu kommen. Selbst auf die Gefahr hin, hier bewußt oder unbewußt falsch verstanden zu werden, die Situation zwingt uns zu einem fast aggressiven Vorgehen gegen diese Probleme. Als ersten Punkt erwähne ich hier eine Möglichkeit der Hilfe für jene, die es sozusagen bereits erwirkt hat: die Dauerarbeitslosen. Ich habe bereits vor einem anderen Gremium die Gefahren dafür aufgezeigt. Es darf jedenfalls nie mehr dazu kommen, daß sich die Menschen unseres Landes in zwei Gruppen teilen: in die, die Arbeit hat, und in die andere, die im Regen draußen steht. Diese Menschen müssen sich der Solidarität der Arbeitenden sicher sein können. Ich möchte also hier anregen, meine Damen und Herren, daß man auf Landesebene ein Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose schafft. Die Zielgruppe für diese Maßnahmen sind alle Menschen in unserem Land, die mindestens sechs Monate ohne Beschäftigung sind. Mit Hilfe bestehender Einrichtungen sollen diese Menschen erstmals erfaßt werden. Im Anschluß daran muß man es diesen Arbeitslosen ermöglichen, ein individuelles Schulungs- und Ausbildungsprogramm durchzulaufen. Der Schwerpunkt läge hier auf dem Begriff der individuellen Betreuung. Ich sage das Wort Betreuung sehr bewußt. Wenn man sich vorstellen kann, was es heißt, sechs Monate ohne Arbeit zu sein – und ich weiß das aus eigener Erfahrung –, dann muß hinter dieser beschäftigungspolitischen Maßnahme auch ein sozialpolitischer Hintergrund sein. Es geht also darum, diesen Menschen auf Grund ihrer bestehenden Fähigkeiten, Vorlieben und Interessen das Rüstzeug für einen neuen Anfang im Beruf zu geben.

Das Modell für eine Durchführung ist schnell erklärt: Ich kann hier versichern, daß wir unsere Einrichtungen, wie zum Beispiel das Berufsförderungsinstitut, gerne in den Dienst der Sache stellen würden. Daneben nehme ich an, daß auch das Wirtschaftsförderungsinstitut der Handelskammer sich einer solchen Aufgabenstellung bewußt ist und mitwirken könnte in der Gemeinsamkeit. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß das Land seine finanzielle Beteiligung einer solchen Sache verweigern würde. Sehr stark hoffe ich selbstverständlich auch auf die Mitwirkung der Arbeitsmarktverwaltung. Sie könnte einen finanziellen

Beitrag leisten, indem den schulungswilligen Arbeitslosen Zusatzprämien zur Arbeitslosenunterstützung gewährt werden.

Neben dem wirtschaftspolitischen Aspekt dieser Maßnahme gibt es auch einen sozialpolitischen, nämlich, daß die Menschen nicht gänzlich verzweifeln, daß ihnen das Gefühl gegeben wird, sie werden noch gebraucht und nicht ins Getto abgedrängt.

Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Mir ist bewußt, daß nun wieder Einwände kommen werden, Einwände, die sich auf die Finanzierung solcher Projekte beziehen. Und damit komme ich auch schon zum vorliegenden Haushaltsvoranschlag. Wir sind uns alle darüber im klaren, daß sich auch das Land, nicht nur der Bund, bereits in größere Schulden begeben hat. Der Schuldenstand lag Ende 1982 im Land bereits bei 8 Milliarden Schilling. Laut Vorschau wird nun 1984 wieder eine Schallmauer durchbrochen, das heißt, die 10-Milliarden-Schilling-Mauer. Die Nettoverschuldung wächst 1984 um 1,1 Milliarden Schilling, für Verzinsung und Tilgung müssen wir 1984 bereits 1,6 Milliarden Schilling ausgeben. Der Spielraum ist also kaum vorhanden. Soviel zum Budget selbst.

Nun zu den Ausgaben für die Wirtschaftsförderung: Immerhin wurden die Budgetmittel für die Wirtschaftsförderung auf das Niveau von 1982 wieder angehoben, wofür wir sehr dankbar sind. Trotzdem ist der Anteil für die Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie, gemessen am Gesamtbudget, gering genug, nämlich 1,5 Prozent. Aber das ist nicht der Punkt, wo ich einhaken möchte. Es geht eher darum, daß diese Mittel in vielen Fällen einfach nicht sinnvoll verteilt werden.

Hohes Haus!

Wir haben seit 1977 ein Mittelstandsförderungs- und ein Industrieförderungsgesetz. Diese beiden Gesetzesbeschlüsse – das sage ich mit aller Bescheidenheit – sind vor allem auf Betreiben unserer Fraktion zurückzuführen. Was ich hier aber immer wieder kritisieren muß: Mit diesen Gesetzen ist zwar ein Rahmen geschaffen worden, das ausfüllende Bild für diesen Rahmen fehlt aber nach wie vor. Es gibt bis heute keinen Kriterienkatalog. Es gibt nach sechs Jahren noch immer eine Gießkannenpolitik und keine Förderungsrichtlinien, die in die oft geforderte Geschäftsordnung einzubauen wären. Wir diskutieren seit Jahren über die Geschäftsordnung, und ich muß sagen, daß mit dem Vorgänger von Herrn Landesrat Dr. Heidinger im letzten Jahr fast eine Übereinstimmung erzielt werden konnte. Nach dem Wechsel in diesem Referat wurden nun die Gespräche wieder aufgenommen, und es scheint eine endgültige Lösung in Aussicht zu sein. Das ist umso wichtiger, wenn wir uns die Situation noch einmal kurz vor Augen halten. Ein Fünftel der Wirtschaftsförderungsmittel des Landes im Voranschlag 1984 ist bereits vergeben. Das heißt, der Budgetansatz ist vorbelastet. Um es noch einmal zu sagen: Es geht darum, die vorhandenen Mittel besser, sinnvoller und effizienter zu verwenden.

Mein Vorschlag geht in folgende Richtung: Es sollten für wirtschaftsfördernde Maßnahmen in Zukunft zum Beispiel drei Töpfe gebildet werden: Im ersten Topf Mittel zur Strukturverbesserung. Also ein Förderungssystem für Projekte, wo Forschung, Innovation und

Umstellung auf neue Herstellungstechnologien oder komplizierte Produkte erleichtert werden sollen. Im zweiten Topf Mittel für den regionalen Ausgleich, also für Maßnahmen, die die Grenzlandregionen betreffen. Im dritten Topf Mittel, die bei der Sanierung gefährdeter Betriebe eingesetzt werden sollen.

Damit komme ich noch einmal zu den einleitenden Bemerkungen zurück. Wirtschaftsförderungsrichtlinien ohne die geforderten Prüfungskriterien, das bedeutet die Fortsetzung der alten Gießkannenpolitik und damit den nicht effizienten Einsatz der ohnehin recht bescheidenen Mittel für diesen Zweck. Ich glaube, daß diese von mir vorgeschlagene Systemänderung in der Wirtschaftsförderung dazu beitragen könnte, daß man nicht nur wie bisher reagiert, sondern aktiv agieren kann. Zusätzlich würde damit zukunftsorientierten Investitionen eine höhere Priorität eingeräumt.

Einen Aspekt möchte ich bei der Wirtschaftsförderung aber auch herausheben. Er steht eindeutig im Gegensatz zu den von der ÖVP gemachten Erklärungen in der Obersteiermark. Überprüft man nämlich die Verteilung der Förderungsmittel nach Bezirken, dann zeigt sich, daß die Industriebezirke der Obersteiermark, die Mur- und Mürzfurche, vom Land immer noch nachrangig behandelt werden. Auch die Strukturhilfe an die VEW, die wir begrüßt haben, kann an dieser Tatsache nicht allzuviel ändern. Bei der bisherigen Verteilung der Förderungsmittel zeigt sich nämlich folgendes: An der Spitze – und es soll ihnen vergönt bleiben und soll ja nicht zu falschen Schlußfolgerungen führen – steht der Bezirk Fürstenfeld, wo pro Beschäftigten bisher 43.523 Schilling an Förderungsmitteln verabreicht worden sind. An zweiter Stelle folgt Deutschlandsberg mit 24.319 Schilling, an dritter Stelle Leibnitz mit 22.265 Schilling. Erst an vierter Stelle liegt der Industriebezirk Voitsberg. Die obersteirischen Regionen rangieren am Tabellenende. Bruck an der Mur hat zum Beispiel lediglich 2193 Schilling pro Beschäftigten an Förderung bekommen. Ähnlich stiefmütterlich wurde die Landeshauptstadt Graz behandelt. Die Förderung pro Beschäftigten liegt hier bei 3149 Schilling. Hohes Haus! Ich bitte Sie, hier die Relation zu sehen: 43.500 Schilling im Bezirk Fürstenfeld, 2200 Schilling im Bezirk Bruck an der Mur! Ich habe es von dieser Stelle aus schon öfters gesagt: Es besteht kein Zweifel, daß das Land die verstaatlichten Unternehmungen lange Zeit nicht gerade vorrangig behandelt hat. Diese Vorgangsweise ist aber nicht auf die Verstaatlichte allein beschränkt geblieben, sondern auch die Bezirke selbst merken jetzt die Folgen. Es ist kaum abzustreiten, daß die Zahl der produzierenden Klein- und Mittelbetriebe in der Obersteiermark auffallend gering ist. Auch hier erlaube ich mir, einen Vorschlag zu machen. Wir haben in dieser wald- und holzreichen Obersteiermark bisher keine einzige wirklich potente Einrichtungs- und Möbelfabrik angesiedelt. Im Gegenteil! Unser Holz wird roh nach Italien gebracht, wo in der Gegend um Udine viele solcher Einrichtungs- und Möbelfabriken bestehen. Im Gegenzug bekommen wir unser Holz wieder in Form von hochwertigen Einrichtungsgegenständen zurück. Aber nicht nur von dort, sondern von vielen anderen europäischen Staaten, aus der Bundesrepublik, aus Finnland und so weiter. Das sind Milliardenbeträge, meine Damen und Herren, an Importen, die man doch zum

großen Teil verhindern könnte. Um nun den obersteirischen Boden für einen ähnlichen Innovationsprozeß aufzubereiten, brauchen wir ohne Zweifel die nötigen Spezialisten und Facharbeiter. Ich schlage deshalb die Errichtung einer eigenen höheren Fachschule für Holzverarbeitung in diesem Raum vor. Darin könnten nicht nur die notwendigen Facharbeiter, sondern – und auf das kommt es im besonderen an – auch die Designer herangebildet werden. Ich könnte mir vorstellen, daß ein guter Standort für eine derartige höhere Fachschule für Einrichtungs- und Möbelbau zum Beispiel in einem walddreichen Gebiet wie Murau (Abg. Ritzinger: „Sehr gut! Wunderbar!“), der letzten Endes industriearm ist, bestehen könnte oder begründet werden könnte. Ohne Zweifel könnten hier die Mittel des steirischen Jugendbeschäftigtensonderprogramms mit herangezogen werden. Professor Tichy, einer der Experten, den wir immer anrufen beziehungsweise bei Vorschlägen als lebenden Zeugen anrufen, hat in seinem Obersteiermark-Gutachten den Vorschlag der endogenen Erneuerung gemacht. Ein Weg, der derzeit leider durch den Mangel ausbau- und förderungswürdiger regionaler Produktionsbetriebe nicht gegangen werden kann. Ich glaube, eine Fachschule für Einrichtungs- und Möbelbau für den gehobenen Bedarf wäre wirklich ein kleiner Schritt. Es gäbe auch die Möglichkeit zum Beispiel zur Schaffung von entsprechenden Werkstätten im Anschluß an bestehende Betriebe und Unternehmungen, die normale Möbel bauen, die bereit sein könnten, in ihrem Bereich Menschen, die dort ausgebildet werden, miteinzubauen oder auch ihre Einrichtungen für die Schulung von solchen Fachleuten zur Verfügung zu stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier geht es nicht nur um Normalmöbel, sondern hier ginge es darum, Möbel des gehobenen Bedarfes – wie schon betont – zu erzeugen. Die Ausbildung der Menschen in diesem Raum wäre besonders wertvoll, und wir hätten dann die Möglichkeit, auch auf künstlerischem Gebiet – hier gibt es sehr viele Basen dafür, nur fehlen die Fachleute – Entsprechendes zu tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Bevor ich zum Schluß komme, möchte ich Ihnen noch ein Projekt nahelegen. Gerade in Zeiten wie diesen und in so schweren Zeiten, hier wird mir sicher jeder in diesem Haus recht geben, muß man sich auf Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit einstellen. Solche Gemeinsamkeiten können auch ein Vorgehen mit vereinten Kräften sein. Ich schlage Ihnen deshalb die Einrichtung eines Krisenmanagements für unser Bundesland Steiermark vor. Im Sinne einer Sozialpartnerschaft auch auf Landesebene – und es gibt sie vor allem im Bundesbereich – sollen Arbeiterkammer, Gewerkschaftsbund, Handelskammer, Industriellenvereinigung, Landesregierung und Arbeitsmarktverwaltung und auch die Wissenschaft in einem unbürokratischen, flexiblen und rasch reagierenden Gremium zusammengefaßt werden. (Abg. Pörtl: „Die Landwirtschaft auch!“) Nehmen wir dazu, selbstverständlich! Je größer – desto besser, uns kann es nur recht sein, wenn auch die entsprechenden Anregungen aus diesem Bereich kommen.

Ein solches Krisenmanagement hätte folgende Vorteile: Schon allein die Zusammenfassung der Beobachtungen der einzelnen Institutionen könnte ein ziemlich

klares Bild des Zustandes der Unternehmungen bringen. Das heißt, das Krisenmanagement hätte als vorrangige Aufgabe die Funktion einer Frühwarnrichtung zu übernehmen. Rechtzeitige Maßnahmen, ein Eingreifen in Förderungsfälle, wären also dadurch gezielt möglich. Das Krisenmanagement hätte weiters die zentrale Aufgabe, zu verhindern, daß Schlüsselbetriebe in den Regionen insolvent werden. Beim Einsatz von Förderungsmitteln haben Sozialpartner und Landesregierung, eben das Krisenmanagement, koordiniert vorzugehen. Ich verweise darauf, daß gerade die Arbeitnehmervertretung beim Einsatz von Bundesinstrumenten besonders wirksam sein könnte und es auch ist. Wir können das täglich unter Beweis stellen. Ich denke auch an die Ansiedlung von Ersatzproduktionen und Ersatzbetrieben. Nicht zuletzt kann das Krisenmanagement auch die Aufgabe einer Art von Unternehmensberatungsfirmen übernehmen. Mit dem zur Verfügung stehenden Potential an Fachleuten in unserem Land ist eine Beratung über Produktfindung, Marktanalysen oder zum Beispiel das Finden von Beteiligungen gemeinsam zu bewerkstelligen.

Ich komme nun zum Schluß: Wie Sie wissen, gibt es seit dem Jahre 1982 Gespräche über einen Staatsvertrag mit dem Bund. Im März dieses Jahres konnte eine grundsätzliche Übereinstimmung erzielt werden. Leider haben Sie sich, Herr Landeshauptmann Dr. Krainer, damals entschlossen, etwas weiter – ich sage nicht zu weit – zu gehen und eine Beschäftigungsgarantie zu verlangen. In den letzten Wochen haben Sie diese Forderung nach Überlegung wenigstens teilweise zurückgenommen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Habe ich nicht, Herr Präsident! Das ist ein Irrtum! Ich bin auf Ihrer Linie, daß wir uns finden sollten! Aber das stimmt nicht, das hat Ihnen jemand erzählt, der das nicht weiß!“) Doch! Vielleicht bin ich zu deutlich geworden, Herr Landeshauptmann! Man hätte das ein bißchen anders fassen können. (Abg. Dr. Wabl: „Das stimmt schon, Herr Landeshauptmann!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Herr Präsident, ich will Sie nicht stören!“)

Lieber Freund, wir haben darüber schon sehr offen gesprochen. Beschäftigungsgarantie ja, wenn sie sowohl im verstaatlichten wie im privaten Bereich wirksam werden könnte. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Hirschmann: „In den privaten Betrieben sind nicht annähernd so viele Leute gekündigt worden wie in den verstaatlichten Betrieben!“) Lieber Freund, jetzt möchte ich doch etwas sagen. Jeder von uns weiß, daß das Bundesland Steiermark jenes Bundesland ist, in dem Erz und Eisen zu Hause sind. Jeder weiß, daß die internationale Eisen- und Stahlindustrie wie keine andere Branche von dieser weltwirtschaftlichen Krise erfaßt ist. Ich kann Ihnen gerade jetzt auf dem Sektor etwas sagen, weil heute die Bundesrepublik so hoch gelobt wurde. Ich bin in meiner Eigenschaft als Präsident der steirischen Arbeiterkammer zu einer Besprechung der Arbeiterkammern in der vergangenen Woche am Mittwoch nach Saarbrücken gerufen worden, gebeten worden, daran teilzunehmen. Dort haben wir die Arbeitslosenziffern aus diesem Bereich serviert bekommen und die katastrophale Entwicklung der internationalen Eisen- und Stahlindustrie von jenen, die das dort mitzuverantworten haben: aus Belgien, aus Luxemburg, aus Holland, also fast aus dem gesam-

ten EG-Raum. Dort hat man uns gesagt: „Wir sind heute bei einer Produktionsauslastung unserer Betriebe von 31 Prozent der Kapazität angelangt.“ 31 Prozent – nicht einmal mehr ein Drittel. So schaut es dort aus. Zum gleichen Zeitpunkt hat zum Beispiel die Kammer Bremen auf Grund einer feierlichen Eröffnung eines Bildungszentrums den Saarbrücknern ein Bild überreicht, die Aufnahme einer Werft, die 5000 Leute beschäftigt hat, mit der Bemerkung: „Das ist das Bild, so sieht es heute noch aus, und morgen ist das Werk zur Gänze geschlossen.“

Vertreter von Felten & Guilleaume, die im Rahmen der Arbeit im Saarland tätig sind – sie haben uns ja abgestoßen; wir haben uns Gott sei Dank mit Austria-Draht in Bruck gerettet, sind einen guten Weg gegangen –, haben uns gefragt: „Wie war das möglich?“ Ich habe ihnen geschildert, wie wir gemeinsam dieses Problem gelöst haben, daß nicht neben Diemlach auch Bruck gesperrt werden mußte, sondern Bruck läuft heute gut. Wir haben das ermöglicht. Sie haben uns gefragt: „Wie macht Ihr das?“ Ja, lieber Freund, das Endergebnis ist, dort wird gekämpft und gerungen. Es wird wahrscheinlich nur mehr in Luxemburg etwas produziert, und im ganzen Saarland wird dieser wichtige Betrieb zur Gänze geschlossen werden müssen. Röchling zittert, ob es noch weiterbestehen wird können, trotz Milliardenzuschüssen der Deutschen Bundesregierung. Und dann fragen Sie mich hier: „Wieso ist in der Steiermark und im obersteirischen Raum und in der verstaatlichten Industrie die Arbeitslosigkeit am größten?“ Das ist so demagogisch und so handgreiflich, lieber Freund, ich glaube, mit solchen Dingen sollten Sie lieber zu Hause bleiben und vor allen Dingen ein bißchen überlegen, wenn man sich in Wirtschaftsfragen mithineinmischet: Was ist korrekt? Was ist konkret? Was ist irgendwie haltbar in der Argumentation und was ist Demagogie? Und das war jetzt reinste Demagogie. Das ist meine Antwort darauf. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Probleme sind groß genug, und ich möchte hier in aller Deutlichkeit und aus meiner Verantwortung sagen, daß es höchste Zeit wird, wirklich zueinander zu stehen, und Sie werden sehen, was im Jänner und Februar auf diesem Sektor noch auf uns zukommt – trotz aller Bemühungen. Sie haben sich zum Beispiel um die Kalkulationen schon bemüht, herauszubekommen, zu welchen Preisen diese Länder liefern. Na, da geht einen das Grausen an! Dumpingpreise unter den Gestehungskosten, und zwar gewaltig! Und wenn man dann schildert, was wir bisher für unsere verstaatlichte Industrie getan haben, wie hoch unsere Förderungsbeiträge sind, so sind diese bescheiden bis dorthinaus. Wenn man schildert, daß wir heuer 5 Prozent bis 5,4 Prozent Arbeitslose bekommen werden, dann sagen sie: „Da spricht Ihr von Arbeitslosigkeit? Bei uns sind es insgesamt im Durchschnitt 20 und mehr Prozent.“

Also, Kolleginnen und Kollegen, ich möchte hier schon in aller Deutlichkeit sagen: Bleiben wir auf dem Boden der Realität, denn mit dieser kleinen Wadelbeiberei werden wir sicher keine Arbeitsplätze schaffen, sondern nur dann, wenn man zueinander steht und für die Wirtschaft verantwortungsbewußt agiert und arbeitet. Letzten Endes ist die ÖVP doch die präsentierte Partei, auch in Vertretung der Arbeitnehmerinteressen,

und nicht nur die Sozialistische Partei. So schaut es ja bald aus, wenn man solche Behauptungen aufstellt.

Also: Gemeinsamkeit, gemeinsames Vorgehen, Kampf um jeden Arbeitsplatz, damit wir auch in der Zukunft besser bestehen können, daß die Menschen unseres Bundeslandes Vertrauen zu uns haben und vor allen Dingen ihnen auch Vertrauen in die eigene Kraft der Steirer zu geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Nach einer inhaltlich so guten Rede des Herrn Präsidenten der Arbeiterkammer, die von ihren Inhalten her eigentlich mehr Aufmerksamkeit verdient hätte als sie gefunden hat. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das ist aber ein Irrtum Ihrerseits!“) Es ist sehr viel Lärm im Haus gewesen! (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wir haben sehr gut zugehört!“) Es ist natürlich schwer – wenn man als Oberlehrer beschimpft wird – hier zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das ist nicht beschimpft, aber schulmeistern lassen wir uns nicht!“) Ich bitte um Entschuldigung, Sie haben diesen Beruf, ich nicht! Sie haben völlig recht!

Meine verehrten Damen und Herren, natürlich ist es schwer, und ich habe überhaupt nicht die Absicht (Abg. Schrammel: „Weil man meistens nicht da ist, wie der Herr Magister!“), mich voll und in derselben Art in diese Probleme zu vertiefen, sondern möchte nur einige Marginalien oder Randanmerkungen machen.

Vorweg aber noch einmal: Die Rede des Herrn Präsidenten war vor allem von Konsensbemühen geprägt. Das ist mir aufgefallen, das ist sehr gut. Seitens der FPÖ empfinde ich nur als kleinen Wermutstropfen – gestern nachmittag schon in Telefonaten und heute morgen auch in den Medien – die Meldung, daß der Herr Präsident in der kommenden Arbeiterkammerwahl möglicherweise einen Gegenkandidaten haben wird, der das Schicksal vieler in der Steiermark teilt, die keine Arbeit haben. Der Spitzenkandidat des Wahlkörpers „Arbeiter“ der Freiheitlichen ist nämlich gestern von seinem Betrieb gekündigt worden. Meine Damen und Herren, ich will mich über diese Problematik nicht mehr äußern, und ich bin sicher, daß sich die Geschichte erledigen wird. Ich darf aber bei dieser Gelegenheit auch in diesem Haus in aller Deutlichkeit sagen, daß Ihre Konsensfähigkeit, meine Damen und Herren, von uns und von mir künftig daran gemessen wird, wie diese und allfällige ähnliche Fälle, die ja irgendwann einmal auftauchen können, behandelt werden. Damit ist für mich einstweilen die Geschichte erledigt. Ich bin sicher, sie wird auch in der Sache beizulegen sein.

Meine verehrten Damen und Herren, ich habe nur die Absicht, Marginalien zu diesem Thema anzubringen, weil ich mich in den letzten Wochen sehr damit beschäftigt habe, wie in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Debatten in diesem Haus über diese Fragen abgelaufen sind. Ich habe schon in der Generalrede bei der kurzen Besprechung der Frage der Verstaatlichten angedeutet, daß man etwa im Jahre

1968 die Dinge nicht so ernst genommen hat, wie sie sich dann herausgestellt haben. Das soll, bitte, kein Vorwurf sein. Das kann jedem und immer wieder passieren. Das ist gar keine Frage. Allerdings ist damals und vorher schon der Keim dieser Situation gelegt worden, in der wir sind. Es hat halt damals noch Träume gegeben, die sich dann als nicht realistisch herausgestellt haben. So zum Beispiel – wenn ich nachlese – die damalige Frau Abgeordnete und jetzige Frau Stadtrat Jamnegg – ich weiß nicht, ob sie damals schon Obmann des Sozial-Ausschusses war, ich weiß das nicht, ich glaube eher, erst später –, die von einer großen Industrialisierung unseres Landes geträumt hat. Sie sagte: „Freilich konnten bis jetzt im Zuge dieser Bemühungen nur kleine und mittlere Betriebe geschaffen werden.“ Wir wissen heute, daß wir diesen Weg wahrscheinlich besser verstärkt fortgegangen wären. „Aber wenn wir die Industrialisierung etwa anderer kleiner Staaten nehmen, ich denke hier an die Schweiz und an Schweden“, sagte die Frau Abgeordnete damals, „dann haben schließlich auch sie mit kleinen Betrieben begonnen, und heute zählen sie zu den potenziellsten Ländern der Welt. Auch wir haben natürlich die Hoffnung, und wir müssen diese Hoffnung haben, daß auch wir zu größeren und für die Zukunft bedeutenden expansiven Projekten kommen werden. Einiges ist da angebahnt“, und so weiter und so fort. Es gibt in der Zwischenzeit Studien, wo nachgewiesen wird, daß eine Konzentration auf viele kleine Betriebe wahrscheinlich viele Probleme milder hätte ausfallen lassen, weil ein großer Betrieb eine größere Lücke reißt.

Ich habe schon zitiert, daß auch der damalige zuständige Wirtschaftslandesrat mehr Optimismus hatte, als sich dann als realistisch herausgestellt hat. Es ist damals darum gegangen, daß das Booz-Allen-Gutachten und ein Gutachten der Professoren der Montanistischen Hochschule in Leoben am Tisch gelegen sind, natürlich mit Aufregung verbunden wie alle Gutachten, die schwierige Schnitte bringen oder bringen müssen. Damals wurde auch diese Frage wieder abgeschwächt. „Wenn Sie glauben“, sagte der Herr Landesrat damals, „es ist ein beschlossener Plan, wenn das so wäre, dann hätten wir vielleicht Grund, uns echt aufzuregen. Aber er sagt doch aus, ein Gutachten. Ein Gutachten! Ich habe den Eisen- und Stahlplan hier liegen, Sie können ihn haben. Daß alle Prognosen und Gutachten in der Wirtschaft nichts anderes sind als ein Wetterbericht vom Fernsehen“ – ich habe das schon zitiert – „was 1966 gegolten hat, das war nämlich der Erhebungszeitraum dieser Gutachten, ist heute schon längst wieder über Bord zu werfen.“ Da hat es gerade einen dichterem Auftragsstand gegeben. Daraus hat man die Hoffnung geschlossen, daß sich die Geschichte bessern wird, ohne daß man so hart eingreifen muß, wie man vielleicht hätte sollen. Auch der Herr Präsident Ileschitz war damals optimistischer. „Die Gutachten wurden auf Grund von Unterlagen erstellt, die die einzelnen Werksleitungen den Unternehmensleitungen zur Verfügung gestellt haben, und man ist heute miteinander der Auffassung, daß diese beiden Gutachten auch nicht das Alpha und Omega für die gesamte Industrie sind, sondern daß sehr vieles auch danebenbegutachtet wurde. Das möchte ich in aller Deutlichkeit feststellen“ – so der Herr Präsident damals. Ein Optimismus, der an sich zu begrüßen ist,

der aber leider Gottes in diesem Maß nicht eingetreten ist.

Nur der Vollständigkeit halber: Der damalige Debatte- redner Dipl.-Ing. Götz hat damals moniert, eine echte Debatte über die Probleme – nämlich nicht nur abschwächend, sondern wirklich wie es aussieht, das sind die Gutachten, das kann man tun, das unterbleibt – und daß man hier abschwächt. (Abg. Ileschitz: „Ist schon geschehen!“) Ich sage das nur, ohne dazu Stellung zu nehmen, daß man etwa bei der Frage der Zuweisung der nötigen Mittel jetzt für die verstaatlichte Industrie sehr viel Wind gemacht hat, in Wahrheit aber es wirklich darum geht, daß alle zusammen diese Schritte unternehmen, die erforderlich sind. Ich darf Ihnen sagen, unsere Freunde auch von unserer Partei nehmen diese Dinge sehr, sehr ernst, auch unter dem Aspekt, daß wir natürlich auch Mitverantwortung in diesem Bereich tragen.

Eine Anmerkung vielleicht zur Frage Niklasdorf, meine Damen und Herren, weil sich das gerade in diesen Tagen so dramatisch entwickelt. Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, den Vorwurf nicht ersparen, daß Sie dieses Zwischenspiel des Scheichs, das in der Zwischenzeit ja zu Ende gegangen ist, verursacht haben. Sie wissen, daß der Interessent Prinzhorn, der jetzt wieder mit in Verhandlung ist, schon damals ein potentieller Interessent war und durch diese dramatische Pressekonferenz – Sie haben sich damals, glaube ich, auf Klubreise in Schottland befunden –, ich habe das hier in Graz miterlebt, wo Nationalratsabgeordneter Burgstaller deutlich sagt: „Ich weiß, da gibt es Interessenten, aber das ist genau eine Entwicklung, die ich nicht zulassen möchte. Ich habe da noch viel Besseres“, sind ja diese Gespräche damals unterbrochen worden, und das Zwischenspiel des Scheichs hat stattgefunden und ist jetzt wieder zu Ende gegangen. Wahrscheinlich – ich will es nicht behaupten – aber wahrscheinlich hätte man ohne dieses Zwischenspiel in der Zwischenzeit eine Lösung, die auch wirklich hält. Ich glaube, daß man sich dieses Zwischenspiel hätte ersparen sollen.

Eine Randanmerkung zur Frage „Pöls“. Sie wissen, die letzte Entwicklung im Parlament, meine Damen und Herren, sieht anders aus. Sie haben uns vorgeworfen, daß wir plötzlich für die Verstaatlichte seien. (Abg. Dr. Hirschmann: „Nicht vorgeworfen, erfreulicherweise festgestellt!“) Ich weiß, Sie, Herr Kollege, haben aus steirischer Sicht eine andere Haltung eingenommen. Ich habe das immer gewürdigt, aber auf Bundesebene, Gesamt-ÖVP-Linie, war eine andere Haltung. Und Sie haben uns auch vorgeworfen – (Abg. Dr. Hirschmann: „Fragen Sie den Herrn Landesrat Gruber, was Ihr Parteiobmann im Februar dieses Jahres gesagt hat!“) Natürlich! Ich kann es Ihnen auch gerne wiederholen, was er gesagt hat. Wir werden dann zustimmen, wenn Konzepte auf dem Tisch liegen. Nur, sie liegen in der Zwischenzeit auf dem Tisch. (Abg. Dr. Hirschmann: „Wo haben Sie die Konzepte versteckt?“) Nur, Sie wissen nichts anderes, als sie als reine Kündigungskonzepte zu bezeichnen und sagen, wir machen hier auf jeden Fall nicht mit. Das ist ja das Dramatische. Jetzt liegen die Konzepte auf dem Tisch. Sie sind nicht lustig, das wissen Sie. Sie sind nicht lustig, wie alle Konzeptionen in diesem Bereich in der jetzigen Situation nicht lustig sein können. Aber jetzt

wollen Sie diese Konzepte nicht mittragen, weil sie nicht lustig sind. (Abg. Dr. Hirschmann: „Vielleicht können Sie uns heute aufklären, wie die ausschauen!“) Wir haben Verständnis dafür, natürlich, Herr Kollege, wir haben Verständnis dafür, daß Sie, der Sie auf Bundesebene in Opposition sind, diese Fragen nicht mittragen wollen. (Abg. Dr. Hirschmann: „Wie schauen die Konzepte aus?“) Jawohl, die Opposition hat das Recht, viele Dinge nicht mitzutragen. Das ist die Realität. (Abg. Ing. Stoisser: „Danke für das Verständnis!“) Jawohl, selbstverständlich! Ich hoffe, daß Sie mir dieses Verständnis auch gelegentlich entgegenbringen.

Meine Damen und Herren! Eine Anmerkung zur Frage „Pöls“. Ich habe heute morgen gehört, daß es wieder eine neuerliche Initiative im obersteirischen Raum vom Verein „Schützt die Obersteiermark“ in diesem Zusammenhang gibt und daß die Frage der Behandlung vor allem der gewerblichen Fragen im Augenblick im Schoß der Rechtsabteilung des Landes liegt. Ich habe zu dieser Frage schon mehrmals Stellung genommen. Ich würde bitten, daß vielleicht zu Ende dieses Kapitels der Herr Landesrat dazu Stellung nimmt, wie er diese Fragen zu behandeln beabsichtigt.

Meine verehrten Damen und Herren! Weil sonst in diesem Haus nur eher zur Sprache kommt, welche Schwierigkeiten von Bundeseite her der Wirtschaft auferlegt werden und kaum – ich weiß ja, daß man das Ihnen nicht zumuten kann – referiert wird, welche Möglichkeiten und Erleichterungen es gibt, darf ich diese Punkte mit in diese Debatte einbringen. Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung, mit dem ich mich schon vor zwei Tagen hier beschäftigt habe, hat eine Reihe von Dingen, von denen wir hoffen, daß es der Wirtschaft wirklich helfen wird, ich mache es im Schnellzugtempo: Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer in Etappen, Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbeertragssteuer, Reduktion der Vermögenssteuer von Unternehmungen – (Abg. Dr. Dorfer: „Förderung der verstaatlichten Industrie!“) – wenn Sie einen Zwischenruf machen, darf ich daran erinnern, daß ich Ihnen selbstverständlich vor zwei Tagen habe berichten können, daß Sie im Jahre 1968 die Vermögenssteuer erhöht haben – (Abg. Dr. Dorfer: „Kann ich immer machen, lasse ich mir von Ihnen nicht vorschreiben!“) – steuerliche Verbesserungen für nicht entnommene Gewinne. Das sind ja an sich Fragen, die die Wirtschaft wirklich seit Jahren – und übereinstimmend – gefordert hat. Durch die Gründung des Umweltfonds werden in den nächsten fünf Jahren rund 15 bis 20 Milliarden Schilling für Investitionen mobilisiert werden. Dem Wasserwirtschaftsfonds werden für die Aktion „Saubere Flüsse“ für 1984 3,5 Milliarden Schilling, das sind um 110 Millionen Schilling mehr als im vergangenen Jahr, zur Verfügung gestellt. Für den Ausbau des Fernwärmenetzes werden in den nächsten Jahren 6 Milliarden Schilling mobilisiert werden, die Bundesmittel für die Forschungsförderung – weil der Kollege Dr. Schilcher sich damit beschäftigt hat – werden 1984 um 40 Millionen Schilling erhöht. Ich weiß, es ist nicht sonderlich viel, aber sie werden erhöht. Zur Belebung der industriell-gewerblichen Investitionstätigkeit wird die Finanzierung von strukturpolitisch relevanten Investitionsvorhaben durch Zinszuschüsse im Rahmen einer neuen „Top-2-

Aktion“ gefördert. Sie soll ab 1984 ein Kreditvolumen von 2 Milliarden Schilling haben und so weiter. Der Bundesbeitrag für die gemeinsame Kleingewerbekreditaktion wird verdoppelt und so weiter. Meine verehrten Damen und Herren! Die Meinungsforschung – (Abg. Pörtl: „Was heißt mobilisiert – weggesteuert!“) – „Mobilisiert“ heißt durch Zuschüsse tatsächlich in Gang gesetzt.

Meine Damen und Herren, es hat eine Meinungsbefragung gegeben, daß die Regierung derzeit ein Bild von bemühter Hilflosigkeit bietet, das heißt ja bitte nichts anderes, man bemüht sich, aber es gibt Probleme, die man nicht von heute auf morgen in den Griff bekommt. Ich lese hier die Aussagen Ihres Bundesobmannes Dr. Mock nach, der ja sagt: „Fünf Jahre dauert es, um wirklich einen kleinen Kurswechsel herbeizuführen.“ Ich hoffe, daß das kürzer sein wird. Alle bemühen sich. Jenes Bild der bemühten Hilflosigkeit – man bemüht sich, aber es gelingt nicht alles – ist natürlich auch auf Landesebene gegeben. Ich interpretiere das positiv. Alle bemühen sich, und ich glaube, daß diese Bemühungen weiter fortgesetzt werden sollen. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Präsident Feldgrill: Der Herr Abgeordnete Prensberger hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Prensberger: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Die Wirtschaftssituation wurde hier in diesem Haus schon sehr oft diskutiert. Erst vor kurzem habe auch ich die Ehre gehabt, die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung, die Schwierigkeiten, in denen sich auch unsere Betriebe befinden, hier kurz zu schildern. Es ist dann nur bedauerlich, wenn aus solchen Schwierigkeiten heraus, wo man sich jahrelang bemüht, um diese Entwicklung einigermaßen unter Kontrolle zu bekommen, Situationen entstehen, daß ein Betrieb hier namentlich genannt wird. Gegen die hier genannten Kündigungen hat die Belegschaftsvertretung Einspruch erhoben, weil wir mit dem Vorstand noch über andere Maßnahmen diskutieren sollten. Mit diesem Einspruch sind leider Maßnahmen gegen die Belegschaft gesetzt worden, denn der Vorstand hat sämtliche Sozialleistungen aufgekündigt. Somit haben wir dann diesen Kündigungen zugestimmt. Ich habe in den nächsten Monaten zu kämpfen, um dies noch zu korrigieren und zu halten.

Eines möchte ich hier sagen: Seit über 30 Jahren – seit März 1953 – bin ich gewählter Betriebsratsobmann und Zentralbetriebsratsobmann in diesem Konzern, und ich kämpfe seit Jahren, daß beim Grazer Werk der Sog nach Wien verhindert wird. Jahrzehnte kämpfe ich und habe das Glück, daß ich trotzdem noch das Vertrauen der Wiener Kollegen habe und als Zentralbetriebsratsobmann gewählt werde und damit früher erfahre, was sich unter Umständen in den Gehirnen des Vorstandes an Strategie herauskristallisiert. Wenn nämlich heute von seiten der Arbeitgeber mit Recht darauf hingewiesen wird, welche Schwierigkeiten bestehen, ja dann muß ich Ihnen ehrlich sagen: In welche Situation kommt denn ein Verantwortlicher der Personalvertretung, der sowohl Arbeiter wie Angestellte zu vertreten hat, der einen Trend zur Kenntnis nehmen muß, daß in den Produktionsbereichen seit 1966 über 1000 Arbeiter abgebaut wurden.

Gießereibetriebe: Wo andere Konzerne noch von Strukturproblemen gesprochen haben, aber sich nicht getraut haben, Maßnahmen zu setzen, haben wir korrekt versucht, mit der Betriebs- und Unternehmensleitung unpopuläre Maßnahmen zu setzen, indem wir erkannten, daß die größte Gießerei – noch in Privat-hand – in Wien nicht mehr zu halten ist. Sie wurde zugesperrt. Wie unangenehm für eine Personalvertretung! Aber noch zu einem richtigen Zeitpunkt, denn damals haben wir unsere Kollegen noch in andere Abteilungen unterbringen können.

Seit Jahrzehnten kämpfe ich systematisch, daß unsere große Montageabteilung erhalten bleibt. In dieser Abteilung haben wir in den fünfziger Jahren bis 1960 die größten Schwierigkeiten gehabt, und man wollte eine Verlegung nach Vösendorf, Niederösterreich, vornehmen. Ohne irgendwo in der Öffentlichkeit aufzutreten, um Lorbeeren zu ernten, habe ich das damals verhindert, damit das in der Steiermark geblieben ist. Und ich habe damit 600 Monteure hier in der Steiermark aus dem oststeirischen Raum (Allgemeiner Beifall.); aus dem Grenzlandgebiet den Arbeitsplatz gesichert. Denn der kann ja nicht Hunderte Kilometer pendeln. Als Monteur wird ihm das Quartier beige-stellt, als Monteur kann er menschenwürdig seiner Arbeit nachgehen. Wie viele von uns pendeln täglich auch aus Ehrenhausen und Leibnitz ein!

Eines muß ich Ihnen sagen: In diesen schweren Zeiten der Umstrukturierung haben wir schon nicht mehr gewußt, wie wir den Anschluß an die Gegebenheiten meistern werden; wir haben sie besser als alle anderen Betriebe gemeistert, darf ich sagen, weil wir in einer korrekten Zusammenarbeit, Personalvertretung und Führung, versucht haben, diesen Problemen gerecht zu werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Leider habe ich gegenüber meinen eigenen Mitarbeitern der Personalvertretung jahrelang Schwierigkeiten insofern gehabt, als ich ihnen begreiflich machen mußte, daß wir bei Abrechnungen von Aufträgen versucht haben, Rücklagen zu tätigen, damit wir, weil wir ja selbst kein Eigenkapital haben, bei Schwierigkeiten die Möglichkeit haben, auf diese finanziellen Mittel zurückgreifen zu können. Keiner von der Personalvertretung hat das so ohne weiteres zur Kenntnis nehmen wollen. Ich wurde aufgefordert, zusätzliche soziale Forderungen zu erheben. Ich habe es nicht gemacht, weil ich dem Herrn Generaldirektor im Interesse des Unternehmens mein Ehrenwort gegeben habe, diese Rücklagen zum Anlaß zu nehmen, zusätzliche Forderungen zu stellen, weil mir klar war, daß sich ein Betrieb Reserven schaffen muß. (Allgemeiner Beifall.)

Und eines möchte ich Ihnen sagen: Wie schnell, Herr Abgeordneter Dr. Dorfer – da haben Sie mich einmal verrissen, als ich hier versucht habe, zu erklären, daß Betriebe leider auch durch die Führung sehr schnell in Schwierigkeiten kommen können. Da habe ich gesagt: „Managemänner“, und da bin ich lustig verrissen worden. Ich muß ehrlich sagen, wenn man eine Dummheit, einen Fehler macht, kommt man in alle Medien, aber wenn man versucht, etwas Gescheites zu sagen, wird man nicht erwähnt. (Allgemeiner Beifall.)

Aber nur eines: Ich habe mich damals so aufgeregt, weil uns folgendes passiert ist: Ich war der Meinung, wir werden 1982/83/84 – und in einem Industriebetrieb müssen sie doch weiter vorausschauen – in zwei,

drei Jahren aus dem Wasser sein. Da erlitten wir im Irak Verluste, die einfach katastrophal wären. Hätten wir diese Rücklagen nicht gehabt, wären wir in Konkurs gegangen, und dieser Betrieb würde gar nicht mehr bestehen. Wir haben unsere Rücklagen also in kurzer Zeit verloren, haben aber überlebt. Ich sage Ihnen, hier in Graz laufe ich seit fast zehn Jahren. Ich wurde vom Land unterstützt. Hier haben die Herren erkannt, daß wir wirklich in Graz, wenn wir weiter bestehen wollen, eine Zufahrt zur Bundesstraße brauchen, um mit größeren Konstruktionen auf die Straße zu kommen. Ich habe seit Jahren aufmerksam gemacht, daß Verlagerungstendenzen vorhanden sind. Ich habe alle Politiker, die Freiheitlichen genauso wie die Sozialisten und die ÖVP gebeten, helft mit, damit diese Verlagerungen nicht stattfinden, ansonsten die Arbeitsplätze in Graz in Gefahr sind. Ich sage Ihnen, die Verzögerungen kennen keine Grenzen. Wir kommen nicht weiter. Die Investitionen, die hier für das Werk Graz genehmigt waren, wurden nach Wien verlagert. Ich mußte zur Kenntnis nehmen, auf der einen Seite für Arbeitsplätze zu kämpfen, aber weil man uns hier in Graz bei der Straße nicht behilflich ist, daß diese Gelder in Wien investiert werden. Wenn diese Umschichtungen einmal eingeleitet sind, und das weiß jeder, der von der Wirtschaft eine Ahnung hat, dann gibt es kein Halten mehr, dann gibt es keinen Weg mehr zurück. Das habe ich allen gesagt, und leider habe ich – das muß ich ehrlich sagen – von meinem Freund Turek die wenigste Unterstützung erfahren. Nun haben wir die Kündigungen, obwohl die Aufträge 1983 gerade nicht rückläufig waren, aber in der Umwelttechnologie gibt es wohl Zwei-, Vier-, Fünfhundertmillionenaufträge, in Wirklichkeit sind dabei keine Werkstattstunden vorhanden. Wir müssen aber heute, wenn wir Aufträge bekommen, so wie in Voitsberg, die Kärntner Politiker kämpfen auch um ihre Betriebe, die Hälfte der Stunden nach Kärnten abtreten. Wir haben zum Beispiel erlebt – und das bringt unsere Wirtschaft um –, daß wir zum Teil mit Kampfpreisen Aufträge hereinnehmen müssen, wo wir dazuzahlen, daher keine Kostendeckung haben. Daher habe ich auch in diesem Haus gesagt, wir halten das auf Dauer nicht aus. Die Wirtschaft muß einen korrekten Gewinn haben, und ich bekenne mich auch als Gewerkschafter dazu. (Allgemeiner Beifall.) Daher muß man auch verstehen, daß man nicht jedem Betrieb einfach einen Preis aufzwingt, der bei internationalen Auseinandersetzungen entsteht, daß wir am Ende alle unsere Arbeitsplätze in Gefahr bringen.

Nun, wir haben verhindern können, daß in Graz wirklich größere Kündigungen stattfinden. Wir haben die 59jährigen ersucht, sie mögen in Pension gehen. Sie waren nicht alle davon begeistert. Aber ich habe gesagt, es ist die Pflicht des Älteren, in Pension zu gehen, wenn er Pensionsberechtigung hat, und die Möglichkeit ist uns jetzt gegeben, damit den Jungen der Arbeitsplatz erhalten bleibt. Ich selbst habe trotz Ersuchen des Vorstandes bereits in der Versammlung bekanntgegeben, ich bin nächstes Jahr 60 Jahre alt, ich gehe selbstverständlich in Pension, damit ein Junger einen Arbeitsplatz durch mein Ausscheiden wieder gesichert hat. Und ich halte mich danach. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das tun nicht alle – ich kenne zum Beispiel einen!“) Ich mache das aber! In meinem Betrieb bin ich dazu verpflichtet, wenn wir in Schwierigkeiten sind.

(Abg. Ing. Stoisser: „Die Pensionsversicherungsanstalt freut sich nicht!“) Wir haben auch Kündigungen. Bei dieser Aussprache mit dem Vorstand mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß in Wien ein ziemlich großes Paket von Angestellten, Ingenieuren bis zum Facharbeiter gekündigt werden muß, weil gewisse Abteilungen des Anlagenbaues nicht mehr die Beschäftigung haben.

Wir in Graz haben es durch die Frühpensionierung von über 80 Kollegen vermeiden können, daß es zu Großkündigungen gekommen ist. Wir werden aber auch 1984 noch einen Teil von Belegschaftsmitgliedern verlieren. Da wurde auch dieses Paket von Kündigungen – es waren Disziplinar-kündigungen plus ein paar aus Arbeitsmangel – zur Kenntnis genommen. Der Betriebsrat kündigt nicht, wir sind nicht die, die kündigen, sondern wir müssen – wenn es nicht anders geht – so etwas bedauerlicherweise zur Kenntnis nehmen und können nur aus sozialen Gründen heraus unter Umständen Einsprüche erheben. Ich habe, wie ich gestern von diesem Reporter erfahren habe, sofort die Direktion angerufen, weder der Gekündigte war bei mir, ich habe ihn gar nicht gekannt, auch die Freiheitliche Partei hat sich bei mir nicht gemeldet, ich habe die Firma gebeten, diese Angelegenheit zu durchleuchten. Wenn eine Möglichkeit besteht, möge man Abstand nehmen. Mir wurde zur Antwort gegeben, wir nehmen keine politischen Arbeitnehmer auf und kündigen keine politischen Arbeitnehmer, sondern wir haben den Gegebenheiten ins Auge zu schauen. Wir sind in Schwierigkeiten, wir müssen kündigen, und wir sind nicht bereit, von diesem schon einmal beeinspruchten Paket von Kündigungen noch einmal Abstand zu nehmen. Ich habe heute morgen – ich bin heute deshalb sogar zu spät in die Klub-sitzung gekommen – neuerliche Gespräche mit der Direktion geführt und es wurde mir gesagt, es waren der Direktion keine politischen Aktivitäten des Betroffenen bekannt.

Dieser Kollege, ich habe mir die Akten heute holen lassen, war schon viermal bei Waagner-Biró, hat gekündigt, ist gegangen und ist wieder gekommen. Es ist eben so, daß man auch in einem Betrieb von jedem Belegschaftsmitglied – und dazu bekenne ich mich auch als Personalvertretung – Disziplin und Ordnung verlangen muß, und wenn sich jemand nicht daran hält, hat er die Konsequenzen daraus zu ziehen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Kohlhammer: Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach den letzten Landtagswahlen haben sich die sozialistischen Abgeordneten des Grenzlandes auf Wunsch, auf Anregung des Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreters Hans Gross zu einem Arbeitskreis zusammengefunden, um sich mit jenen Problemen auseinanderzusetzen, die über die eigene Bezirksgrenze hinaus für das gesamte Grenzland von Bedeutung sind. Wir haben in zahlreichen Arbeitssitzungen versucht, Lösungen und Lösungsansätze zu finden, ich betone, auch an Hand von Unterlagen, die zur Verfügung stehen, die seitens der Landesregierung in Auf-